Der liviländische Strafprocess

nach
den einheimischen Quellen und
den Hülfsrechten,

mit

Bezugnahme auf die Grundsätze einer
errichtigen Processtheorie und die neuesten
Gesetzgebung,

von

Dr. A. v. Richter,
kaiserlich russischem Staatsrathe und mehrer Orden Ritter.

Erster Theil.

Riga,
Nikolai Kymmels Buchhandlung.
1845.
Der Druck wird gestattet, mit der Anweisung, nach Vollendung desselben die gesetzliche Anzahl von Exemplaren höher eingängig zu machen.


Dr. C. E. Napiersky,
Censor.

Maschinen-Druck von W. F. Häcker in Riga.
# Inhalts-Verzeichniss.

Vorwort ................................................. Seite VII.

Untersuchungen über den livländischen Strafprozess.

I. Capitel.

*Der Prozess seinem Begriff nach.*

| §  | Processverfahren überhaupt .......... Seite 1. |
| §  | Civil- und Criminalprozess .............. 4. |
| §  | Verhandlungs- und Untersuchungsverfahren .... 5. |
| §  | Urteilsfällung und Untersuchung .......... 7. |
| §  | Geschworenengerichte und Richtercollegien .... 7. |
| §  | Die zwei entgegengesetzten Processesysteme .... 9. |

II. Capitel.

Von den Quellen des livländischen Landrechts.

| §  | Das livländische Land- u. Stadtrecht überhaupt Seite 12. |
| §  | Das Land- und Stadtrecht während der bischöflichen und Ordensherrschaft .......... 12. |
| §  | Die schwedischen Verordnungen .......... 15. |
| §  | Das schwedische Recht in Livland .......... 19. |
| §  | Das deutsche gemeine Recht .......... 22. |
| §  | Andere legale Rechtsquellen .......... 23. |
| §  | Gewohnheitsrecht .......... 28. |
| §  | Doctrin .......... 33. |
| §  | Russisches oder Reichsrecht .......... 34. |
| §  | Rangordnung der in Livland gültigen Rechtsquellen .......... 35. |

III. Capitel.

Vom Criminalprocesse und Criminalsachen überhaupt.

| §  | Begriff des Criminalprocesse .......... Seite 36. |
| §  | Von Verbrechen und Vergehen überhaupt .... 38. |
| §  | Die positiven Rechtsbestimmungen .......... 40. |
| §  | Connexe Civil- und Criminalsachen .......... 42. |
| §  | Wirkung eines Civilurtheils auf eine Criminalverhandlung und umgekehrt .......... 44. |
IV. Capitel.

Von der Gerichtsverfassung.
§. 23. Criminalgerichtscharkeit ........................................ Seite 45.
§. 27. Uber Stellung und Pflichten der Sekretaire und übrigen Nebenbeamten der Criminalgerichte ........................................ 57.

V. Capitel.

Von der Staatsprocuratur.
§. 29. Vom Gouvernements-Procureuten ................................ 60.
§. 30. Vom Oberfiscal ....................................................... 62.
§. 31. Vom den Kreisfiscalen ............................................. 63.
§. 32. Vom öffentlichen Ankläger als solcher ......................... 65.

VI. Capitel.

Vertreter des Angeschuldigten.
§. 33. Von der Vertretung des Angeschuldigten überhaupt ............. 68.
§. 34. Von dem Defensor nach livländischem Rechte .................. 70.
§. 35. Von dem Defensionsverfahren ..................................... 71.

VII. Capitel.

Vom Gerichtsstande.
§. 36. Gerichtsstand der Geburt ........................................ 73.
§. 37. Von den andern Gerichtsständen .................................. 74.
§. 38. Von der Prävention ................................................ 76.

VIII. Capitel.

Von dem Processverfahren selbst und seinen Hauptbestandtheilen.
§. 41. Aufzählung der Essentien des Processes und namentlich von der Vor- und der Hauptuntersuchung ......................... Seite 79.
§. 42. Von der aus Versammlung processualischer Haupthandlungen erwachsenden Nullität .............................. 87.
§. 44. Hauptgrundsätze sowohl des accusatorischen als inquisitorischen Verfahrens ........................................ 90.
§. 45. Der gemischte Anlageprocess als Wahrheit des Strafprozesses überhaupt ........................................ 93.

IX. Capitel.

Von den den Process vorbereitenden Maßregeln.
§. 46. Einleitung ......................................................... Seite 96.
1) Von der Sistirung und Vernichtung des Angeschuldigten .......... 97.
§ 47. Einheimischen, gemeinrechtlichen Bestimmungen Seite 97.
§ 48. Russisches Recht 100.
§ 49. Praktische Bemerkungen in Bezug auf Verhaftung 104.
§ 50. Das Untersuchungsverfahren 108.
§ 51. 2) Von der Herbeischaffung verschiedener Prozessmittel ausser dem Angeschuldigten selbst 110.
3) Von der Recognition 112.
§ 52. 4) Vom Ungehorsam 112.
§ 53. 5) Von Protocollen 114.

X. Capitel.
Von der Vor- und der Hauptuntersuchung.
§ 51. Grenzen derselben 116.
§ 55. Veranlassungsgründe zur Untersuchung.
1) Handhabe That 116.
2) Anzeige und Denunciation 117.
3) Offenbares Gerücht 119.
4) Klage des Verletzten 120.
§ 58. Untersuchung des Thatbestandes 120.
§ 59. Fesselloser und sofortiges Verhör 126.
§ 60. Zweck und Inhalt der Voruntersuchung 127.
§ 61. Decret an Schlusse der Voruntersuchung 129.
§ 62. Von der Vereidigung der Zeugen 130.
§ 63. Vom artifizielten Verhör 132.
§ 64. Vorhalt am Schlusse der Specialuntersuchung 132.
§ 65. Priesterliche Admonition und Zuziehung von Standesgenossen des Inculpaten 133.
§ 66. Von der Confrontation 133.

XI. Capitel.
Vom Beweise in Strafsachen.
§ 67. Notwendigkeit einer legalen Beweistheorie 134.
§ 68. Von der richtigen Anwendung der legalen Beweistheorie und ihren Grenzen 137.
§ 69. Von den einzelnen Beweismitteln 139.
§ 70. Vom Zeugenbeweise 140.
§ 71. Fortsetzung 141.
§ 72. Vom Anzeigebeweise 143.
§ 73. Kraft des Anzeigebeweises 144.
§ 74. Vom Reinigungseide. Positive Bestimmungen 146.
§ 75. Bemerkungen über den Reinigungseid 146.

XII. Capitel.
Von der Urteilsfällung, Revision, Publication und Vollstreckung.
§ 77. Von der Lossprechung von der Instanz 149.
§ 78. Von der Stimmentählung und Votierung 151.
§ 79. Nach welchen Gesetzen gerichtet wird 152.
§ 80. Von der Auslegung der Strafgesetze 154.
§ 81. Abfassung des Criminalurtheils 155.
VI

§. 82. Form de Criminalurtheils 

§. 83. Von der Versendung der Acten an die Leutearationsinstanz 

§. 84. Verfahren in der Leuterationsinstanz 

§. 85. Von an die Revision des Senats und an die landesherlliche Bestätigung gehenden Sachen 

§. 86. Von Beschwerden gegen Criminalurtheile, sowohl vor als nach Vollziehung derselben 

§. 87. Von der Rechtskraft des Criminalurtheils und der Begnadigung 

§. 88. Von der Eröffnung des Urtheils 

§. 89. Von der Urtheilsvollstreckung überhaupt 

§. 90. Von der Vollziehung der einzelnen Straftatungen 

§. 91. Von den Criminalkosten 

XIII. Capitel.

Von dem ausserordentlichen Strafprocesse.

§. 92. Uebersicht 

§. 93. 1) Vom Anklageprocesse: a) gegen Adlige und Beamte 

§. 94. b) Vom Anklageprocesse in Amtsvergehens 

§. 95. Bemerkungen über den Anklageproces 

§. 96. 2) Der Adhäsionsproces 

§. 97. 3) Contumacialverfahren 

§. 98. 1) Process in Religionsverbrechen und vor geistlichen Gerichten 

§. 99. 5) Process in Hochverratsfällen 

§. 100. 6) Von Standrechtsgesetzen 

§. 101. 7) Von Regierungsverbrechen oder Verbrechen gegen Anordnungen der Verwaltung 

A. Aesseiverbrechen 

B. Untersuchungen über Zolldefraudationen 

C. Münzverbrechen 

D. Forstverbrechen 

§. 102. 8) Verfahren in Polizeivergehens 

§. 103. 9) Gerichtspolizeiliches Verfahren 

157

158

100

162

163

165

165

166

167

169

171

172

174

177

179

179

180

181

182

184

183

184

185

185

186

188
Vorwort.

Die mit dem Kaiserthume Russland vereinigten deutschen Ostseeprovinzen haben seit der Zeit ihrer Verbindung mit diesem Reiche des durch Capitulationen und durch wiederholte Landesherrliche Erlasse gesicherten Rechtes genossen, vorzugsweise ihren eigenthümlichen, auf Gesetz und Gerichtsgebrauch ge.gründeten Rechtsnormen zu folgen. Mit seltenen Ausnahmen, deren Zweckmässigkeit sich durch sich selbst rechtfertigt (so wie z. B. die Abschaffung der Todesstrafe), hat das russische Recht nur für diejenigen Gegenstände Gültigkeit erlangt, für welche sich in den einheimischen Quellen oder in dem als Hulfsrecht von jeher geltenden und in der Capitulation von 1710 ausdrücklich zugestandenen gemeinsamen deutschen Rechte keine Bestimmungen vorgesehen. Auch ist durch den Codex der Reichsgesetze (Swod I. Grundgesetze §. 71.) dem Provinzialrechte der Vorzug vor dem Reichsrechte namentlich zuerkannt. Dafs letzteres hauptsächlich im Verwaltungsrechte zur Anwendung kommen musste, leuchtet von selbst ein, indem in früheren Zeiten für diesen Zweig der Gesetzgebung am wenigsten gesorgt wurde,
auch derselbe sich schneller als jeder andere
den veränderten Bedürfnissen gemäß zu mo-
difizieren pflegt. Dagegen sind das Ständerecht,
diese Grundlage des politischen Lebens der
Völker, das Civil- und Criminalrecht und der
Process durch die Berührung mit dem in die-
sen Zweigen der Rechtswissenschaft nur selten
zur Anwendung kommenden russischen Reichs-
rechte nur wenig verändert worden, und kön-
nen im Ganzen als den Bedürfnissen und dem
Culturzustande der Bewohner angemessen be-
trachtet werden. Nur Eine wichtige und
höchst wohlthätige Veränderung hat sich auf
Betrieb der Staatsregierung ereignet; ich meine
die gegen den Schluss des zweiten Decenniums
dieses Jahrhunderts erfolgte Aufhebung. der
Leibeigenschaft, aber auch diese ist nicht ohne
Zustimmung der Erbherren erfolgt.

Indessen ist die Form des baltischen Pro-
vinzialrechts weit entfernt, der Güte seines
Inhalts zu entsprechen. Es liegt in einer Menge
Verordnungen und Rechtsbüchern zerstreut,
die mit Einschluss des römischen Rechtes, also
von den Zeiten Justinians an, bis zum Anfange,
für Kurland sogar bis zum Schlusse des XVIII.
Jahrhunderts, durch zwölf Jahrhunderte durch
gehen, aus den verschiedensten Zeiten stam-
men, von verschiedenen Völkern und Regie-
rungen, und daher auch oft von entgegengesetzten
Grundsätzen ausgegangen sind. Wenn
die daraus hervorgehende Heterogenität und
deilweise Unzweckmässigkeit des Stoffs nur
durch die Freiheit des Gerichtsgebrauchs hat
ausgeglichen werden können, der das Unpas-
sende als antiquirt oft glücklich beseitigte, so

erscheinen, weil derselbe bei der sich in ihm vorzüglich offenbarenden Unzulänglichkeit der einheimischen Rechtsquellen, mehr als andere Theile des Rechts, Vieles aus dem gemeinen deutschen, und in manchen Materien auch aus dem russischen Rechte entlehnen muss, diese Quellen aber in den letzten zwanzig Jahren, und zwar jenes durch seine vortrefflichen Lehrbücher, dieses durch die allgemeinen Gesetzbücher von den Jahren 1832 und 1842, eine veränderte Gestalt erhalten haben. Da in Deutschland der Gerichtsgebrauch, namentlich im Criminalprozesse, grösstentheils durch die Doctrin bestimmt wird, so hat solche, als Theil des deutschen Gerichtsgebrauchs, unzweifelhaft auch in Livland subsidiäre Geltung, wie im Capitel von den Rechtsquellen ausführlicher gezeigt werden wird, und obgleich der Reichs-Codex von 1832 auf historischen Principien gegründet, d. h. nur eine systematische Zusammenstellung der bis dahin bestehenden Gesetze ist, und der Codex von 1842, diesem Grundsätze getreu, nur die in den letzten zehn Jahren erschienenen Verordnungen mit dem früheren Gesetzbuche zu einem Ganzen verschmolzen hat, so muss es dennoch jedem Kundigen einleuchten, dass eine solche Systematisirung der Gesetze, wodurch sie in eine anschaulichere und den Bedürfnissen des Geistes angemessener Form gebracht werden, nicht ohne Einfluss auf ihren Inhalt bleiben kann, besonders wenn sie nicht, als Lehrbuch, das Werk eines Privatmannes ist, sondern als Codex von der höchsten Gewalt ausgeht.

Jede theoretische Darstellung des balti-
schen Rechts bedarf bei der Mannigfaltigkeit seiner Quellen und der über den richtigen Gebrauch derselben noch obwaltenden Meinungsverschiedenheit einleitender Untersuchungen, in denen das Material gehörig gesichtet und zusammengestellt, und so für die wissenschaftliche Ueberarbeitung zubereitet werden muss. Ich habe daher der systematischen Darstellung des Strafprozesses ausführliche Vorarbeiten in dem ersten oder untersuchenden Theile meines Werks vorangehen lassen, die dem Systeme zur Grundlage und zugleich zur Rechtsfertigung dienen sollen. In denselben habe ich auf das durch seine Lehrbücher genügsam bekannte gemeine deutsche Recht meist nur verweisen zu dürfen geglaubt, das russische aber, wo es in Livland anwendbar wird, ausführlich dargestellt, da der Reichs-Codex nur in russischer Sprache vorhanden ist. Dagegen sind im Systeme zur Erleichterung des praktischen Gebrauchs die in Livland anwendbaren Bestimmungen des deutschen Rechts vollständig aufgenommen und für das russische ist auf den ersten Theil verwiesen. Auch die Forderungen einer richtigen Processtheorie und die mit derselben zusammenhängenden Leistungen neuerer Gesetzgebungen, besonders derjenigen, die von denselben Hauptgrundsätzen wie die livländische, ausgehen, habe ich, Behufs der Beurtheilung der letzttern, nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Ist doch der Mensch durch die Würde seiner geistigen Natur nicht bloss auf Erkenntniss des Bestehenden, sondern auch auf Beurtheilung des selben im Verhältniss zur Idee ange-
wiesen. Im Prozesse mehr als in irgend einem anderen Theile der Rechtswissenschaft herrscht das Element des rein Logischen, aus dem Begriffe vollständiger Rechtserörterung und gegenseitiger Rechtsvertheidigung zu Deduzirenden, und also zu allen Zeiten und bei allen Völkern gleich Geltenden. Namens ist das Untersuchen und Beweisen juristischer Thatsachen ein Verfahren des Geists für den Geist, indem dieser sich selbst die Ueberzeugung und Gewissheit von der Wahrheit einer juristisch relevanten Thatsache zu geben sucht. Ob solches dadurch geschehe, dass der Richter sich die Mittel dazu selbst verschaffe oder von den Parten vorlegen lasse, macht nur in der Form des Verfahrens, nicht aber in der Anwendung und Beurtheilung der Beweismittel einen Unterschied. Daher ist die Beweistheorie in allen Processgattungen im Ganzen dieselbe, und die Aufstellung allgemeiner Grundsätze für sie vorzüglich ausführbar und erspriesstlich. Meiner Ansicht nach, welche ich mit vielen der bewährtesten Rechtsgelehrten theile, würden die meisten, dem deutschen Criminal- und Civilprocesse gemachten Vorwürfe sich erledigen, wenn dieselben in ihrer Form einander mehr genähert würden, wenn jener, wie unten näher ausgeführt werden wird, mehr contradictorisch, dieser durch eine dem Richter gestattete ausge dehntere Processdirection, die Beschränkung der Verhandlungsmaxime und die Abschaffung der zahlreichen gerichtlichen Eide, mehr inquisitorisch würde. Aus diesen Gründen und eingedenk des Ciceronianischen Wahl-
spruchs: „non a praetoris edicto, neque a XII tabulis, sed penitus ex intima philosophia hauriendam juris disciplinam putes“, habe ich zu einer rationellen Behandlung des Provinzialrechts durch das vorliegende Werkchen die Bahn zu brechen gesucht, eine Behandlung, wie sie im deutschen Strafrechte seit bald einem halben Jahrhundert vorherrscht, für den deutschen Strafprozess durch Mittermaier, für den Civilprozess durch Linde, für das Privatrecht durch Bornemann und Kritz, mit mehr oder minder glücklichem Erfolge angewandt worden ist. Dem denkenden Juristen mehr zusagend als die bisherige, meist exegetische, kritische und dogmatische Art der Bearbeitung, die nur das Bestehende zu erfassen und in seinen Consequenzen zu verfolgen, nicht aber zu würdigen strebt, wird sie sich um desto mehr verbreiten, je fühlbarer das Bedürfniss rationeller und systematischer Gesetzbücher wird.

Dem livländischen Juristen muss die rationelle Bearbeitung des vaterländischen Strafprocesses um so lohnender sein, als derselbe selbst vor dem durch die Theorie so ausgebildeten gemeinrechtlichen, bedeutende Vorzüge hat. Eine richtige Untersuchungs- und Beweistheorie theilt er mit demselben, lässt aber die Haupt- oder Spezialuntersuchung durch das urtheilende Gericht selbst vollziehen, das also nach eigener Anschauung entscheidet und nicht durch die Augen des Inquirenten zu sehen braucht, wobei auch die Hauptuntersuchung von der den Polizeibehörden zugewiesenen Voruntersuchung bestimm-
ter getrennt wird. Ausserdem besitzt er in dem Institut der Fiscale und des Procureurs eine vollständige und gut organisirte Staatsprocuratur, und so alle Elemente eines contradictorischen Verfahrens, zu dessen Gunsten sich jetzt in Deutschland zahlreiche und achtbare Stimmen erheben. Diese Vorzüge sollen im ersten Theile dieses Werks ausführlicher auseinander gesetzt werden. Für jetzt genügt es auf sie hinzuweisen.
Erster Theil.

Untersuchungen
über den
livländischen Strafprocess.
I. Capitel.

Der Process seinen Begriffe nach.

§. 1.

Das Processverfahren überhaupt.

Der Process, als Mittel das Recht im einzelnen Falle zu ermitteln, durch ein Urtheil zu bestimmen und durch die Vollstreckung desselben zu verwirklichen, setzt einerseits das Dasein anerkannter Rechtsverhältnisse, andererseits eine öffentliche Autorität voraus, der die Einzelnen, in streitigen Fällen, die Feststellung ihres concreten Rechts zu überlassen haben. Der praktische Geist der Menschheit muss also nicht nur in der Art zur Objectivität gelangt sein, dass er sich das Bewusstsein seines eigenen Wesens oder dessen was Recht und Pflicht ist gebe, sondern er muss es auch wenigstens in der Form der Sitte und des Gebruchs, später in der des gesetzten Rechts oder des Gesetzes, manifestiren und sich in der dieses gesetzte Recht aussprechenden, beschützenden und vollführenden bürgerlichen Gesellschaft äusserlich machen und verwirklichen. Die Gerichte sind das Organ, durch welches die Gesamtheit das Recht im einzelnen Falle erforscht, d. h. das in Thatsachen liegende und sich aus denselben herausstehende Rechtsverhältniss durch Subsumirung des Factums unter das Gesetz aufsucht und beurtheilt und durch Vollziehung dieses Urtheils die Allgemeinheit des Gesetzes im einzelnen Falle verwirklicht und gegen schon geschehene oder zu besorgende Verletzung aufrecht erhält. Vor den Gerichten ist somit das con-

Denn so wie in der bürgerlichen Gesellschaft das Recht des Einzelnen, namentlich sobald Widerspruch eintritt, nur durch die Gesammtheit und deren Organe anerkannt und verwirklicht werden soll, so darf auch wieder der Einzelne fordern, daß es nur in der von der Gesammtheit festgestellten Weise geschehe. Der Process und dessen Formen sichern so dem einzelnen Staatsbürger, so wie der Gesammtheit derselben, eine richtige, d. h. gesetzmässige (weil das Gesetz das ausgesprochene und von der Gesellschaft anerkannte Recht ist) Feststellung der Rechtsverhältnisse im einzelnen Fall. Wo es an einem geregelen Processverfahren fehlt, ist die Anwendung des Gesetzes der Willkühr, Unwissenheit und Ungeschicktheit des Richters überlassen, das Gesetz ist kraft- und der Einzelne rechtlos. Wo hingegen der Processgang fehlerhaft ist, da wird die Anwendung des Gesetzes für den einzelnen Fall ebenso irrig, das Urtheil wird falsch oder in seiner Vollziehung gehemmt, das Recht verwirklicht sich nicht und der Einzelne bleibt ebenfalls schutzlos.

§ 2.
Civil- und Criminalproces.

Die zwischen den Privaten festgesetzten Rechtsverhältnisse können nicht nur wissentlich, sondern auch unwissentlich verletzt werden, wenn nämlich der Verletzende das Recht auf seiner Seite zu haben glaubt; der sich für beeinträchtigt Haltende ruft dann den Schutz des Richters an, der den zwischen den Parten entstandenen Rechtsstreit auf dem Wege des bürgerlichen Processes zu schlichten und bei schon vorhandener Rechtsverletzung auf Schadensersatz, nicht aber
auf Strafe zu erkennen hat. — Letztere kann nur dann ausgeprochen werden, wenn eine Rechtsverletzung absichtlich oder aus Fahrlässigkeit begangen worden, also eine zu sühnende Schuld des Thäters vorliegt. Die Ausmittlung des verbrecherischen Thatbestandes, die Subsumirung desselben unter das Gesetz, durch Feststellung des Grades der Verschuldung und der Strafe, und endlich die Vollziehung der letzteren geschieht durch den Criminalproces.

§. 3.
Verhandlungs- und Untersuchungsverfahren.

wo er gleichsam den Advocaten beider Parteien zu spielen hat, kaum möglich ist, sich gegen vorgefasste Meinung und eine einseitige Führung der Untersuchung zu schützen. Indessen ist nicht zu lügen, daß durch eine zu grosse Ausdehnung der sogenannten Verhandlungsmaxime das formale Recht auf Kosten des materialen begünstigt, die Erforschung der wahrhaftigen Sachlage erschwert, ja oft ganz vereitelt, der Process verschleppct und Richter und Parten der Willkür, ja oft der Gewissenslosigkeit der Advocaten preisgegeben werden — Uebelstände, die oft genug gerügt worden sind. Eben so unzweckmässig ist anderseits die ausschliessliche Anwendung der reinen Untersuchungsmethode im Criminalprocesse. Im Eifer für Entdeckung des Verbrechens und Ueberführung des Inculpaten und aus Furcht von demselben getäuscht zu werden, kann der Inquirent sich leicht verleiten lassen, die dem letzteren zur Seite stehenden Entschuldigungsgründe zu übersehen oder doch nicht gehörig zu würdigen. Indem er den Ausschuldigungsbeweis herzustellen sucht, muss er die Rolle des Anklägers übernehmen, um später zu der des Verteidigers und endlich zu der des zwischen beiden stehenden unpartheischen Richters überzugehen. Es wird daher häufig in Ländern, wo der Inquisitionsprocess vorherrscht, dem Angeschuldigten, vor der Fällung des Urtheils, noch ein besonderer Defensor zugeordnet, der auf Ergänzung der Untersuchung antragen kann, wodurch die Form des Verfahrens dem accusatorischen sehr genähert wird. Es wird indessen unten gezeigt werden, daß dieses ebensowenig hinreichet, als die Trennung der Untersuchung von der Urtheilsfällung, welche ebenfalls ihre Nachtheile hat. — Da übrigens der Staat sowohl berechtigt als verpflichtet ist, jedes Verbrechen zu bestrafen, so kann die Einleitung des Criminalverfahrens, einige wenige, unten zu erörternde, Fälle ausgenommen, nicht von der Willkür des oft dazu unfähigen Verletzten abhängig gemacht werden und die Staatsgewalt muss, auf jede Kunde eines begangenen Verbrechens, untersuchend oder anklagend, auftreten. Nicht so in Civil-Justizfällen, wo der Richter vor erhobenem Rechtsstreit gar nicht wissen kann, ob eine Rechtsverletzung verübt oder zu be- sorgen, also zu einem gerichtlichen Verfahren ein
Grund vorhanden ist. Wenn es also zweckmässig sche
nen könnte, den Civil- und den Criminalprocess in ih
rer Methode einander mehr, als es bisher das gemeine
deutsche Recht gestattete, zu nähern, so wird in dem
Anfangspunkte derselben immer ein schlagender Unter-
schied stattfinden.

§ 4.

Urtheilsfällung und Untersuchung.

Das Geschäft der Untersuchung oder der Ermitt-
lung der einem Rechtsstreite oder einer peinlichen An-
schuldigung zum Grunde liegenden Thatumstände und
im Criminalprocesse auch des Grades der Verschul-
dung (des subjectiven Thatbestandes) kann von der ei-
gentlichen Urtheilsfällung oder der Subsumirung des-
selben unter das Gesetz insofern getrennt sein, dafs
beide Funktionen, welche auch eine ganz verschieden-
artige Geistesthätigkeit, und zwar die eine mehr na-
türlichen Verstand, Uebung und Tact, die andere mehr
juristische Bildung und Gesetzkenntniss, erfordert,
verschiedenen Personen übertragen werden. — Hierauf
gründet sich die Einrichtung des preussischen Civil-
processes, nach welcher der Instruent seine Untersuch-
ungs Referenten übergiebt, der die Resultate der-
selben zusammenfasst und dem Collegio vorlegt. Eine
ähnliche Trennung der gerichtlichen Funktionen besteht
auch im gemeinen deutschen Rechte, nach welchem das
urtheilende Gericht nicht selbst untersucht, sondern
nach den Untersuchungstaceten eines Inquiriten, die es
wiederum nur durch diesen Inquiriten ergänzen und
verbessern kann, sein Urtheil fällt. Dieses Verfahren,
welches in Livland nicht stattfindet, wie unten gezeigt
werden wird, hat den Nachtheil, dafs der Richter den
Inculpaten nicht selbst sieht und hört und sich auf
eine ihm fremde Untersuchung verlassen muss, deren
Mängel nicht immer zu verbessern sind, daher die er-
wähnte Trennung der richterlichen Funktionen nicht
zu billig ist.

§ 5.

Geschworenen-Gericht und Richter collegien.

In den Ländern, wo Geschworenen-Gerichte existi-
ren und theils blos im Criminalprocesse, theils auch,
wie in England, zum Civilprocesse zugezogen werden, 
geschicht die Ermittlung der zur gerichtlichen Beur-
theilung nothwendig kommenden Thatumstände, durch 
die gegenseitigen und öffentlichen Verhandlungen der 
Parten, z. B. die von ihnen an die Zeugen gestellten 
Fragen, die öffentliche Vorlegung von Urkunden u. s. w., 
wobei ein partheiisches Verfahren, wie etwa ein ver-
fängliches Verhören von der einen Seite, sogleich durch 
ein Gegenverfahren und Gegenverhör von Seiten des 
Ausklagten, unter Autorität des vorsitzenden Richters, 
zurechtgestellt werden kann. Die Untersuchung wird 
so nicht leicht partheiisch oder einseitig, wohl könnte 
sie aber unvollständig bleiben, da der Richter nicht 
fuldiiren darf, wenn nicht dem Eifer, den Talenten 
und der Uebung der rechtsgelernten Ankläger und De-
fensoren eine wenigstens eben so gründliche Untersu-
chung zuzuutrauen wäre, als einem blos aus Amts-
pflicht handelnden Inquirenten. Die gerichtliche Entscheidung 
über die Existenz des objectiven und subjectiven That-
bestandes liegt dann dem Geschworen ob, worauf der 
Richter, diesen Ausspruch unter das Gesetz subsumi-
rend, die an demselben geknüpften juristischen Folgen, 
verurtheilung und Lossprechung in Civil- wie in 
Criminalfällen ausspricht. Der rechtsgelernte Richter 
ist so der Ausleger des Gesetzes, der gebildete Ge-
chwornen der Ausleger des Factums. Indessen ge-
nügt zur Feststellung desselben in juristischer Hin-
sicht (und hievon handelt es sich doch immer), be-
sonders in verwickelten Fällen, nicht blos allgemeine, 
sondern juristische Bildung, d. h. wenn auch nicht die 
Kenntniss positiver Gesetzesbestimmungen, doch die mit 
Studium und natürlichen Anlagen verbundene Uebung 
in der Auffassung von Thatsachen aus dem juristi-
sehen Gesichtspunkte. Daher leitet der englischge 
richter das Verdict der Geschworen durch eine an sie, 
vor Erlassung derselben, gerichtete Rede, in der er 
das Resultat der Untersuchung vom juristischen Stand-
punkte aus zusammenfasst. Dafs dadurch die gerühmte 
Unbefangenheit der Geschworen sehr beschränkt wird, 
ist augenscheinlich und trotz dem zeigt sich dennoch 
in ihren Aussprüchen ein Schwanke, welches ganz na-
türlich dadurch entsteht, dafs es besonders dem nicht 
juristisch Gebildeten sehr schwer fällt, sein Augenmerk
ausschliesslich auf zu beurtheilende Thatumstände zu richten, ohne zugleich auf die möglichen Folgen seines Urtheils hinzublicken und sich von Mitleiden, vermeinter Billigkeit und ähnlichen widerrechtlichen Gründen zu seinem Ausspruche bestimmen zu lassen. Wie kann man auch nicht rechtsgelehrten Geschwornen zuzumuten, die Resultate Stunden-, oft Tagelanger Verhöre deutlich zu übersäen und sich klar vor Augen zu stellen? Ausserdem haben Geschwornen-Gerichte noch den wichtigen Nachtheil, dass weder die Aufstellung einer gesetzlichen Beweistheorie, deren Kenntniss von den nicht rechtsgelehrten Geschwornen nicht gefordert werden kann, noch von ihren Aussprüchen ein Recurs an die Oberinstanz möglich ist, da letztere aller Grundlage zur Beurtheilung des, von jeder allgemeinen Regel unabhängigen, subjectiven Fürwahrhalteens des Geschwornen entbehrt 1). Der Vortheil des Instituts ist nur das Bewusstsein, welches der Staatsbürger von seiner Theilnahme an den Verhandlungen über die theuersten Rechte seiner Mitbürger hat. — Da zu diesem Bewusstsein auch gehört, das die bürgerliche Gesellschaft von der Art der Ausübung des Rechts Kenntniss habe, so ist das Processverfahren in Geschwornen-Gerichten notwendig öffentlich, folglich auch mündlich. Zwar kann dieses auch stattfinden, wo der Richter ohne Zuziehung von Geschwornen untersucht und entscheidet und mag allerdings auch dann zur Controlle des Verfahrens dienen, ist aber doch nicht unumgänglich damit verknüpft.

§. 6.

Die zwei entgegengesetzten Process-Systeme.

Die Verschiedenheit der Gerichtsorganisation, mit oder ohne Geschworne, bedingt daher auch eine Verschiedenheit im Processverfahren und es lassen sich zwei durchaus von einander verschiedene, oder vielmehr, einander entgegengesetzte Process-Systeme unterscheiden, das zu Geschwornen-Gerichten gehörige des öffentlichen und mündlichen Verfahrens und der Verhandlungsmethode, selbst in Criminalsachen, und der

1) S. §. 67.
ohne Zuziehung von Geschworenen und ohne Beisein des Publikums schriftlich verhandelnde Untersuchungs-
process. Jenes System ist in allen europäischen Staaten das ältere. Es hat während des ganzen Mittelal-
ters geherrscht und sich in seiner Reinheit nur noch in England erhalten, während es in den übrigen ge-
manischen Ländern, durch den Einfluss des römischen und canonischen Rechts und das Verschwinden der
Schöffen aus den Gerichten, — eine Folge der zur
Rechtssprechung nöthig erachteten gelehrten Bildung —
dem schriftlichen und nicht öffentlichen Verfahren, so
wie der Untersuchungsmethode, wenigstens im priestli-
chen Prozesse, weichen musste. Auch bei den slavi-
ischen Völkern, namentlich in Russland, nahmen ur-
sprünglich Schöffen (die Zwöllmänner der älteren Ja-
roslawischen Prawda, Art. 12) an den Verhandlungen
Theil, müssen aber sehr früh dem steigenden Ansehen
der fürstlichen Beamten gewichen sein, da sie in spä-
teren Gesetzen nicht mehr vorkommen. Mit ihnen ver-
schwand auch die Öffentlichkeit; bei dem Mangel aber
an gelehrter, ja sogar an Schulbildung der Richter und
bei der häufigen Unkenntniss des Lesens und Schrei-
bens von Seiten der Parten, blieb das Verfahren noch
lange ein mündliches, insofern das letztere sowohl in
Civil- als Criminalsachen zu Protocoll vernommen wur-
den, — was als besondere, auf Bitten der Parten zu
gestattende, Processform (durch einen Ukas Peters des
Grossen vom Jahre 1723) beibehalten worden und noch
heutzutage besteht 1). Indessen war das Criminalver-
fahren schon um die Mitte des 17ten Jahrhunderts
inquisitorisch geworden; der Civilprocess aber ist im
Ganzen der Verhandlungsmethode treu geblieben; Satz-
schriften sind durch die Processordnung vom 30. März
1716 eingeführt worden. So bewegt sich das russische
Processverfahren, obwohl mit bedeutenden Abweichun-
gen, in den Formen des deutschen gemeinrechtlichen,
von dem der livländische nur eine, freilich durch schwe-
dische Verordnungen ausgebildete, Abart ist. In allen
dreien herrschet dasselbe System vor und sie treffen
auch in manchen Einzelheiten um so mehr zusammen,
da die russische Gesetzgebung häufig deutschen Vor-

1) Swod X. 3111—3174.
II. Capitel.

Von den Quellen des livl. Rechts.

§ 7.

Das livl. Land- und Stadtrecht überhaupt.

In Livland, so wie in den Ostseeprovinzen überhaupt, haben von jeher, so wie es in Deutschland während des ganzen Mittelalters der Fall war, die Bewohner des platten Landes, der Adel und die Geistlichkeit, nebst ihren beiderseitigen Hintersassen, unter anderen Rechtsnormen gelebt, als die Bewohner der Städte; und Land- und Stadtrecht, das eine dem Sachsenspiegel und hildesheimischen Dienstrechte, das andere dem hamburgischen Rechte nachgebildet 1), waren von einander verschieden. Als das Militair und die Beamten besondere Kasten zu bilden anfingen, wurden auch sie um so mehr nach Landrecht beurtheilt, als die Beamten theils aus dem Adel genommen waren, theils in Folge der russischen Gesetzgebung zu demselben gerechnet wurden, — der Soldat aber, durch die Landgerichts-Ordinanz von 1632 § 5, unter die Jurisdiction der Landgerichte gestellt wurde, die nach Landrecht sprachen. Der Bauernstand hat zwar im Jahre 1819 ein besonderes, alle seine Verhältnisse umfassendes Gesetzbuch erhalten, welches aber, die subsidiäre Anwendung des Landrechts unerlässlich macht.

§ 8.

Das Land- und Stadtrecht während der bi-
schöfllichen und Ordens-Herrschaft.

Während über die Rechtsquellen des livländischen Land- und Stadtrechtes zu der Zeit der politischen Unabhängigkeit und Ungetrennthet der Ostseelände und über ihr Verhältniss zu einander keine Zweifel obwal-

1) Bunige, Beiträge zur Kunde der Liv-, Esth- und Kur-
ländischen Rechtsquellen §§ 14, 20 und 42.
ten, so ist dieses in den spätern Jahrhunderten keinesweges der Fall.

In der Periode der bischöflichen und Ordens-Herrschaf
galten zuvörderst die einzelnen landesherrlichen
Verordnungen (von denen sich indess keine auf den
Process bezieht) und dann, landrechtlich, die Rechts-
bücher. Mit Ausnahme des Woldemar Erichschen Leh
rechts, welches vom König Erich im Jahre 1315 seinen
Mannen in Eichland ausdrücklich ertheilt worden und
des mit demselben wörtlich übereinstimmenden,
vom Bischofe Härting bestätigten 5ten Buches des Wiek-
Oeselschen Rechts, hatten die übrigen Rechtsbücher,
as: das ältere, mittlere und umgearbeitete liviländische
Ritterrecht und die vier andern Bücher des Wiek-Oesel-
schen Lehrechts, als blosse, meist aus dem Sachsen-
spiegel geschöpfte, Privatarbeiten nur die Geltung, die
ihnen die Praxis zustand. — Bei dem im Ganzen auf
Gewohnheitsrecht gegründeten Rechtszustande aller deut-
schen Länder im Mittelalter und der Freiheit, mit der
die Urtheilsfinder selbst das Recht bestimmten, darf
uns dieser, von unseren Begriffen über gesetzliche Ordn-
ungs so sehr abweichende, Zustand nicht befremden.
Hatte doch auch der Sachenspiegel, neben dem Wold-
emar Erichschen Lehrecht die Quelle aller unserer
Rechtsbücher, selbst in Deutschland nur durch die
Praxis Gültigkeit erlangt. Die Ungebundenheit der Indi-
vidualität und die Befugniss selbstgewählten Rechts-
normen sich zu unterwerfen, diese Grundlagen aller mittelalterlichen Einrichtungen, zeigten sich namentlich
im Processverfahren noch besonders darin, daß dasselbe
nur als Aushilfe der erst allmählich zurücktreten-
den, eigenmächtigen Rechtsverfolgung durch Fehde be-
trächtet wurde. — Von der Anwendung des römischen
Rechts findet sich in den Ostseelander, vor der Zer-
stückelung derselben, keine Spur und ein von den par-
tikulären Rechtsbüchern abweichendes und als Hilfsrech
tetwadi dienendes gemeines deutsches Recht könnte es für die Ostseelande damals nicht geben, weil dasselbe durch den Sachenspiegel in eben diese Rechts-
bücher übergegangen war und in Deutschland nach dem
selben kein anderes Rechts- oder Gesetzbuch entstand
oder allgemeine Gültigkeit erlangte und die damaligen
Reichsgesetze nur öffentliche Verhältnisse betrafen, die

§ 9.

Die polnische Beherrschungszeit.

Durch das Livland ertheilte Privilegium Sigismundi Augusti §. 4 wurde Livland der fortlaufende Gebrauch des deutschen Rechts, so wie deutsche Obrigkeit garantiert (Germanicum magistratum et jura Germanorum propria ac consueta), d. h. also die Fortdauer des bis dahin durch die Praxis sanctionirtcn Rechtszustandes, was auch aus dem, im Eingange jenes §. zu dessen Bestimmungen angeführten Grunde folgt, nämlich, daß nichts einen Staat mehr erschüttert als Veränderung der Gesetze, Sitten und Gewohnheiten. — Indessen ist durch den Ausdruck jura Germanorum propria ac consueta die Aneignung spätere Entwicklungen und Fortbildungen des deutschen Rechts für Livland keinesweges ausgeschlossen, insofern sie durch die Praxis recipirt und so zu einem jus consuetum würden. Dieses findet seine Bestätigung in der Geschichte selbst, so wie im 10ten Punkte der Capitulation von 1710, folglich in der Praxis und den Ansichten der Zeitgenossen während der ganzen Dauer der polnischen und schwedischen Regierungszeit, welche in die Capitulation übergegangen sind.

Die Capitulation von 1710 nennt nämlich die gemeinsamen deutschen Rechte als Hilfsrechte der inländischen Privilegien und Gewohnheiten und des Ritterrechts, worunter nicht etwa bloß das zu früheren Zeiten oder zur Zeit der Capitulation gültige gemeine deutsche Recht zu verstehen ist, sondern dasselbe wie es in Deutschland, zur Zeit seiner jedesmaligen Anwendung in Livland, besteht und gesetzliche Güt-

§. 10.
Die schwedischen Verordnungen.
Während die polnische Regierung durch Unwissenheit und offenbare Nichtachtung der gegebenen Ver-

2) Der Hilgensihe von 1599 und Mengdensch von 1643.


Diese Form nicht befolgt, sondern Livland bemühte sich auch vergebens um das Recht der schwedischen Reichsstandschaft, wodurch doch nicht nur dem Rechte der ehemaligen livländischen Landstände, bei der eigenen Gesetzgebung zu concurreiren, wenigstens einigermaassen Genüge geschehen, sondern auch Livland an Schweden durch das für aufgeklärte und freisinnige Völker so starke Band gemeinsamer Berathung und Beschlussnahme über politische Interessen, gefesselt worden wäre. Nachdem die polnische Regierung das Verwaltungs- und Gerichtswesen auf dem Lande, nach dem Aufhören der ehemaligen Maungerichte, die in erster, und der landesherrlichen Räthe, die in zweiter Instanz richteten, durch Ernennung dreier Landesvorsteher (praesides) für Verwaltungssachen und eben so vieler Landgerichte und eines Appellationsgerichts aus den Landesvorstehern, einigen anderen Beamten und den Deputirten der Städte, unter dem Vorsitte des Gouverneurs der Provinz, schon einigermaassen geregelt hatte, — stiftete die schwedische Regierung das dörtlische Hofgericht im Jahre 1630 als Appellations-, die Landgerichte als Civil- und Criminal- und die Ordnungsgerichte, die Kirchenvorsteher- und Oberkirchenvorsteherämter als Polizei-Instanzen und versah sie mit ausführlichen Instructionen, welche zu verschiedenen Malen vervollständigt und modifiziert dem ganzen Proceswesen eine andere Gestalt gaben. — Hierher gehören die Ordinanzen für die Landgerichte von 1630 und 1632; die für das Hofgericht von 1630; die Instruction für die Kreisskalex von 1673; die Justiz- und Polizeiordnung von 1671, die Executionsordnungen von 1669, 1682, 1683, October 1683, 25. August und 15. October 1684, 1685, 1688, 1693, 1694; die Sequesterordnung von 1684; die Wardirungordnungen von 1686, 1688; die Concursumordnung von 1687 und die allgemeine Processordnung von 1695 nebst einer Menge einzelner königlicher Resolutionen und generalgouvernementlicher Placate. Aber auch in Beziehung auf Criminal- und Strafpolizeirecht, auf die Sicherheit- und Wohlfahrtspolizei und Landespraestanda, auf das Stände-, Privat- und Kirchenrecht waren fühlbare Lücken zu füllen und wurden zahlreiche Verordnungen erlassen. — Hierher gehören:

Richters livl. Strafproces.
I. Die Strafordnung von 1653, die Grenzplacate von 1670 und 1685, die Kindermordplacate von 1680 und 1684, die Strandexcessplacate von 1680, 1683, 1696, 1697 und 1698, die Duellplacate von 1682, 1683, 1688, 1689, 1691, 1695 und 1697, die Diebsplacate von 1683 und 1699, die Placate über Schlägereien von 1693 und 1698 und über Blutschande von 1693 und 1699 u. a. m.

II. Die Vorkaufereiplacate von 1637, 1693 und 1697, die Wegebauplacate von 1697, 1707, die Oeconomiereglements von 1687, 1688, 1693, 1696, die Forstordnungen von 1664, 1689 und 1697, die Rossdiestordnungen von 1686, 1687, 1693, 1695, 1697, 1701, 1702, die Dienstvolkordnung von 1686, 1700, die Stempelordnung von 1686, Placate über Krüge von 1693, 1697, die Bettlerordnung von 1698.

III. Das Manufacturprivilegium und die Handwerksordnung von 1669, die Landtagsordnung von 1647 und mehrere auf die Ritterschaft bezügliche königliche Resolutionen.

IV. Für das nach Einführung des Protestantismus ganz neu zu regelnde Kirchenwesen: die Consistorialordnungen von 1634 und 1687, das Priesterprivilegium von 1675, die Kirchenordnung von 1686, die Kirchenbussordnungen von 1698, 1700, 1706 und verschiedene andere Placate von 1667, 1693, 1694.

V. Die Vormünderordnung von 1669, das Wechselrecht von 1671, die Testamentsordnung von 1681, die Ingrossationsplacate von 1665 und 1700 und die königlichen Interessenplacate von 1666 und 1687.

Schon aus den Ueberschriftien dieser zahlreichen Verordnungen sieht man, daß sie gerade solche Gegenstände betrafen, über welche die alten Rechtsbücher keine Bestimmungen enthielten und zum Theil auch nicht enthalten konnten. Da sie neu, ausserdem viele unter ihnen ausdrücklich für Livland gegeben waren, oder in Form königlicher Resolutionen und Briefe an alle Hofgerichte (das livländische mit eingeschlossen) ergingen, so ist es natürlich, daß sie praktische Gültigkeit erhielten. Namentlich wurde die im Jahre 1707 vom rigischen Buchhändler Möller herausgegebene Sammlung königlicher und generalgouvernementlicher Verordnungen, in deutscher Sprache, durch ihre An-
wendung in allen Behörden, zu einem wahren Gesetzbuch; während die im Jahre 1706 zu Stockholm von Schmedemann herausgegebene Sammlung, aus der vielleicht die Nöllersche geslossen ist, als in schwedischer Sprache verfasst, weniger Eingang fand, was auch von den noch ungedruckten im Hofgerichtlichen Archive befindlichen königlichen Resolutionen und Briefen gilt. Auch die abgeänderten Artikel des rigischen Stadtrechts aus dem 18ten Jahrhundert sind aus denselben Quellen geschöpft. Aber die Praxis ging noch weiter.

Aus dem im Jahre 1608 von Carl IX. bestätigten und promulgirten, später mit zahlreichen Anmerkungen aus königlichen Verordnungen und Resolutionen, recessen und Praejudicata verschenen, in das deutsche, auch zwei Hofgerichtsglieder, übersetzten und im Jahre 1709 vom rigischen Buchhändler Nöller gedruckten schwedischen Landlagn, recipirte sie diejenigen Noten, welche sich auf königliche Resolutionen und Briefe beziehen, die an das livländische oder an alle Hofgerichte ergangen sind, das schwedische Seerecht und die schwedischen Richterregeln, das Privatwerk eines unbekannten Verfassers. Außerdem sind noch mehrere Noten des Landlagns in Gebrauch gekommen, welche aus anderen Quellen als die obengenannten, geschöpft sind 1).

§. 11.
Das schwe dische Recht in Livland.

Zu dieser ganz willkürlich ausgedehnten Anwendung schwedischer Rechtsnormen gab wohl die königl. Regierung durch ihr Bestreben, das schwedische Recht, als Hulfsrecht, an die Stelle des römischen zu setzen, Veranlassung 2).

1) s. Samuelson in Bröcker's Jahrbuch, Band II. S. 19.
Wenn dieses auch nicht vollständig gelang, so bürger te sich doch allmählich so viel schwedisches Recht ein, dass es besonders zu Anfang der russischen Regierungszeit und in Verhältniss zu dem gänzlich unbekannten russischen Ukasenrechte, als ein durch Gerichtsgebrauch angeeignetes, neben die ältern einheimischen Rechtsbücher gestellt, ja, was den durch das Wegfallen der Urtheilsmänner, die Einführung des schriftlichen Verfahrens und die Einsetzung neuer Behörden gänzlich veränderten Process betrifft, ihnen in manchen Puncten sogar vorgezogen wurde. Das deutsche gemeine Recht, welches unter dem Schutze des Privilegiums Sigismund Augusts, sowie nach dem Riga ischen Stadtrechte 1), als Hülfsrecht, gleich neben den ältern livländischen Rechtsquellen, hätte gelten müssen, wurde nun durch die Einbürgerung der schwedischen Verordnungen und so mancher anderen Stücke des schwedischen Rechts, hinter dieselben zurückgedrängt und galt, in allen seinen Bestandtheilen, erst in Subsidium der, durch die Praxis recipirten, schwedischen Rechtsquellen, wobei ausserdem diejenigen Bestandtheile des gemeinen deutschen Rechts, die mit letztern dieselben Gegenstände normirten, wie die Reichsgesetze und das canonische Recht, beinahe gar nicht zur Anwendung kamen. Dieser Rechtszustand mag sich wohl erst während der russischen Regierungszeit ganz festgestellt haben. — Die Capitulation von 1710, Punct 10., setzte schon die Fortdauer der landestüblichen Pro cessform fest, worunter gewiss nicht, mit Helmersen 2),


1) B. II., c. IV.
2) Abhandlungen aus dem livl. Adelsrechte, I.
das ausser Gebrauch gekommene Processverfahren der Ritterrechte oder der ohnehin durch kein allgemeines Gesetz- oder Rechtsbuch, sondern durch Gerichtsgebrauch und Doctrin nach dem canonischen und römischen Rechte gemodelte deutsche gemeurechtliche Process, sondern der in Livland selbst herrschende und auf die obenangeführten, ausdrücklich für diese Provinz erlassenen, landesherrlichen Verordnungen gegründete zu verstehen ist, und das Reichs-Justiz-Collegium, Livlands höchste Appellationsinstanz während des 18ten Jahrhunderts, schwankte, so wie später der Senat, zwischen dem römischen und einheimischen Rechte, als Hilsrecht 1). — Wenn nun die schwedischen Verordnungen die Stellung, die sie neben, ja in einzelnen Fällen sogar vor die alten Rechtsbücher und jedenfalls vor das gemeine deutsche Recht genommen haben, nur der Praxis verdanken, so folgt hieraus, daß unter ihnen auch nur diejenigen angewandt werden können, welche der Gerichtsgebrauch anerkennt oder vielmehr, bei dem Schwanken desselben, diejenigen, welche eine consequente Praxis anerkennen müsste. Hierzu gehören alle, an sämtliche königl. Hofgerichte oder Gouverneure, so wie die speciell an die livl. Behörden erlassenen landesherrlichen Verordnungen und Befehle, so wie die auf solche sich gründenden Noten des Landtags, das schwedische Seerecht, die Kirchenordnung von 1686 und die Richterregeln. Doch möchten selbst von den obengenannten königl. Verordnungen, die nicht durch deutsche Uebersetzungen und durch den Druck bekannt gewordenen, also sowohl die blos im Hofgerichtlichen Archive oder in Schmedemann’s schwedischen Justizienwerke befindlichen, eben weil sie aus diesen Gründen sehr wenig bekannt und selten, zum Theil nie, in Anwendung gekommen sind, keine practische Gültigkeit haben, wenn auch der Hofgerichtliche Bericht vom 22. April 1727 und das Hofgerichtliche Urtheil vom 17. Februar 1783 das Schmedemannsche Werk als in Livland gültige Rechtsquelle nennen. Vielmehr ist diese Sammlung für Livland als durch die Nöllersche vom Jahre 1707 ersetzt zu betrachten. — Indessen enthält auch diese eine Menge Verordnungen, die nicht für Liv-

land gegeben worden, ja sogar eine Erläuterung des in Livland nicht gültigen schwedischen Landrechts, so wie Verordnungen, die sich blos auf Stockholm oder Schweden und Finnland beziehen, oder an einzelne Hofgerichte und Beamten gerichtet sind. Diese sind zwar eigentlich nicht gültig, aber zum Theil wegen des eingerissenen Gebrauchs, die Landesordnungen nur nach der Seitenzahl zu citiren, dennoch angewandt worden.

Ebenso ungültig sind natürlich diejenigen Stellen der Landesordnungen, welche, ohne eigene Bestimmungen zu enthalten, lediglich auf schwedisches Land- und Stadtrecht verweisen. Von den Noten zum Landlagh haben die blos erläuternden oder bekreuzten, die sich auf Geschichte, Alterthümer und Sprache beziehen, keine direkte Anwendbarkeit, so wenig als diejenigen supplingenden oder literirten, welche aus königlichen Erlassen an einzelne schwedische Behörden gezogen sind (es sei denn, daß sie durch öfteren Gerichtsgebrauch wirklich praktisch geworden seien) oder die ihrer Quelle geradezu widersprechen, wenn nämlich letztere eine in Livland durch den Druck bekannt gewordene und als eine für alle oder nur für die livländischen Behörden und Gerichte speziell bestimmte königliche Verordnung hieselbst gültig ist. Fast möchte die Note ihrer Quelle, wenn sie derselben untreu geworden, vorgehen, denn nicht die in den Noten citirten landesherlichen Erlasse sind, wenn sie nicht schon ohnehin für Livland praktische Gültigkeit hatten, durch den Gerichtsgebrauch recipirt worden, sondern die Noten selbst, sie mögen mit ihren Quellen übereinstimmen oder nicht.

§. 12.

Das deutsche gemeine Recht.

Wenn nun also die in Livland durch die Praxis

2) L. O. pp. 106, 117, 120.
3) L. O. p. 143.
5) L. O. pag. 232, 251, 301, 410, 423, 439, 465, 466, 468 u. 473.
6) Im Widerspruch mit Hezel's Meinung im Bröckerschen Jahrbuche, Bd. II. S. 97.
recipirten schwedischen Rechtsnormen als einheimische, auf Gerichtsgebrauch gegründete Rechtsquelle, das übrige schwedische Recht aber als vollkommen ungültig zu betrachten ist, so fragt es sich, in wiefern, ausser dem römischen Rechte, das deutsche gemeine und das canonische in Livland Anwendung finden können. Hiebei ist zu erwägen, dass das römische Recht nie ausdrücklich in Livland recipirt oder dessen Ge
brauch landessherlich genehmigt worden ist, letzterer also nur in sofern als legal betrachtet werden kann, als das römische Recht Bestandtheil der den Livländern, durch das Privilegium Sigismund Augustus und die Capitulation von 1710, zugewiesenen gemeinen deutschen Rechte, der jura germanorum propria ac consueta ist, und zur Zeit der Abfassung des Privile
giums und der Capitulation auch schon war. Dass aber unter dem Ausdrucke „gemeine deutsche Rechte“; „jura germanorum propria ac consueta“; nur das römische Recht, mit Ausschluss der übrigen Quellen und Be
standtheile des gemeinen deutschen, verstanden worden und auch noch jetzt zu verstehen sei, spricht gegen den damaligen, wie den jetzigen Sprachgebrauch. Von den deutschen Rechtshandbüchern des Mittelalters führt nicht nur die von Senkenberg herausgegebene kürzere Bearbeitung des Schwabenspiegels, sondern auch dieser selbst und der Sachsenspiegel den Namen „Kaiserrecht“; eben so gut als das römische Recht, und zwar wegen ihrer allgemeinen Anwendbarkeit in ganz Deutschland, daher denn auch neben der Benen
nung „Kaiserrecht“; die der „gemeinen beschrie
benen Rechte“ oder „des gemeinen Rechts“ aufkam, worin namentlich auch die Reichsgesetze be
griiffen werden 2). Durch die gelehrten Juristen, Docto
ren des römischen und canonischen Rechts, wurden zwar im Verhältniss zu den übrigen Quellen des deut
schen Rechts, die alten Rechtshandbücher in den Hintergrund gestellt und ihre Gültigkeit als gemeines Recht

1) Haltaus Glossarium mediæ aevi, unter dem Worte: Kais
serrecht.
2) Landfrieden von 1467 und 1471; Kummerger.-Ordu. von
1507, Tit. 36, §. 12.
angestritten 1), aber nie ist selbst von ihnen das gemeine deutsche Recht auf das römische beschränkt, sondern es sind die Reichsgesetze, das canonische Recht und das longobardische Lehnrrecht immer mit inbegriffen worden 2).


Wenn dem zuwider einige ältere Practiker nur das römische Recht, mit Ausschluss der übrigen Bestandtheile des gemeinen deutschen Rechts, als Hülfssrecht gelten lassen wollten 3), so ist dieses theils einer fehlerhaften Theorie zuzuschreiben, welche noch in den neuesten Zeiten und in Deutschland selbst das Dasein eines gemeinen deutschen Rechts geleugnet hatte, theils dem Umstande, dafs, mit Ausschluss des römischen Rechts, die übrigen Bestandtheile desselben in Livland sehr selten zur Anwendung kommen konnten. Denn die alten deutschen Rechtsbücher waren durch die aus ihnen geschöpften Ritter- und Stadtrechte ersetzt, die auf Process, Polizei und geistliches Recht bezüglichen Reichs- und päpstlichen Gesetze, wie oben bemerkt, durch die Reformation und dieselben Gegenstände normirenden schwedischen Verordnungen zurückgedrängt worden. Das longobardische Lehnrrecht scheint in Livland nicht allgemein bekannt und angewandt worden zu sein, so dafs von den sämtlichen Quellen des gemeinen deutschen Rechts, mit Ausnahme des römischen,

1) Eichhorn’s deutsche Rechtsgeschichte, §. 442.
2) s. Philipp’s deutsches Privatrecht, §. 1; Eichhorn, deutsches Privatrecht, S. 121. (4te Aufl.)

Da der subsidiäre Gebrauch des gemeinen deutschen Rechts den Livländern ganz allgemein und ohne Hinzufügung irgend einer, dasselbe näher bezeichnenden, Zeitbestimmung zugesichert worden ist, so ist es in Livland gerade in der Gestalt anzuwenden, wie es in Deutschland selbst gleichzeitig besteht oder bestehen sollte, falls es auch aus Deutschland durch neue Gesetzbücher ganz verdrängt würde. Namentlich müssen die verschiedenen Quellen desselben in demselben Verhältniss zu einander angewandt werden, als es in Deutschland nach einer richtigen
Theorie geschehen müsste (was ebenfalls gegen die ausschliessliche Anwendung des römischen Rechts als Hülfsrecht in Livland spricht). — Dieses gilt folglich auch von deutschem Gewohnheitsrecht und deutscher Doctrin, insofern sie als gültige Bestandtheile des deutschen gemeinen Rechts, d. h. als deutliche „gemeine“ Gewohnheit und deutsche „gemeine“ Doctrin oder als, soweit das gemeinde deutsche Recht in Deutschland selbst herrscht, allgemein geltend nachgewiesen werden könnten. Indessen kann das Maass der wirklichen Anwendung des Hülfsrechts nach der Verschiedenheit seiner Bestandtheile und der juristischen Disciplin ebenfalls nur ein sehr verschiedenes gewesen sein. Das gemeinde deutsche Privatrecht im engern Sinne, d. h. mit Ausschluss des Criminalrechts und Processes, ist, wie bekannt, ein Ergebniss der Doctrin und enthält nur die aus der geschichtlichen Entwicklung der Rechtsinstitute abgeleiteten allgemeinen Principien \(^1\)), die den particulären deutschen Rechten zu Grunde liegen, gleichsam ihr inneres geistiges Wesen, welches sich in ihnen manifestirt und particularisirt hat, und so zur Erklärung und Ergänzung derselben dienen kann. Da es sich also, abgesehen von dem es überall ergänzenden römischen, canonischen und longobardischen Rechte, auf keine durchgreifende Gesetzgebung gründet und selbst von den Rechtsbüchern des Mittelalters nur der Sachsenspiegel noch in einigen deutschen Ländern, vermöge einer besonderen Anerkennung (also als particuläres und nicht als gemeines Recht) gültig ist \(^2\)), so hatte es von jeher für Livland auch nur doctrinellen Werth, d. h. es muss-ten dessen aus der Entwicklung der Rechtsinstitute hergeleiteten Sätze (welche Entwicklung wiederum auf der Zusammenstellung der particulären deutschen Rechte beruhte), den auf Gesetzen gegründeten Rechtsquellen nachstehen, und konnten jederzeit durch eine richtigere und vollständigere Zusammenstellung widerlegt werden. Dafs eine solche Arbeit, wenn sie in Livland auszuführen war, bei dem Mangel an authentischen Quellen und

\(^1\) Eichhorn, deutsches Privatrecht, §. 39.
\(^2\) I. c., §. 32.
guten Lehrbüchern beinahe unübersteigliche Schwierigkeiten darbot, und auch nur zur Entscheidung einzelner Fälle, nie aber zur Feststellung dauernder Normen benutzt werden konnte, hatte zur Folge, daß der Praktiker lieber unmittelbar an das römische Recht currierte, während das longobardische, bei dem Verfalle des Lehnswe sens, wohl kaum Anwendung fand, das canonische aber für das Eherecht, wo es noch eine Rolle hätte spielen können, den schwedischen Verordnungen nachstehen musste. Während nun das Lehnsrecht, mit der Aufhebung des Lehnswe sens in Livland, alle Gültigkeit verloren hat, gilt das übrige heutige deutsche Privatrecht also in Livland nur in sofern es aus der Doctrin herstammt, und hat nur doctrinelle, d. h. subsidiäre Geltung.

Im Criminalrecht hingegen beruht das gemeine deutsche Recht auf einem Reichsgesetze, der Halsgerichtsordnung von 1532, der nebst dem römischen Rechts Geltung in Livland nicht abgesprochen werden kann, so wenig als der Reichspolizeiordnung von 1577, und im Processrechte, dem jüngsten Reichsabschiede von 1650 und dem canonischen und römischen Rechte, als Quellen des gemeinen deutschen Processes. Indessen sind die Reichspolizeiordnung und der jüngste Reichsabschied eben so wenig als andere seit 1561 erlassene Reichsgesetze von der livländischen Praxis anerkannt worden, und daß sie zu diesem Verfahren berechtigt war, soll unten in der Lehre vom Gewohnheitsrechte erörtert werden. Von den durch die Wissenschaft hinzugekommenen Sätzen gilt was von der doctrinellen Entwicklung des Privatrechts bemerkten worden ist. Für das Kirchenrecht könnte das canonische nur als Hilfsrecht benutzt werden; für das öffentliche Recht aber, und zwar namentlich für das Ständerecht, nur die durch die Doctrin für das gemeine deutsche Recht, auf dem obenbeschriebenen Wege, gewonnenen Sätze, mit Ausschließung gerade des für diese Verhältnisse ganz unanwendbaren römischen Rechts. Die subsidiäre Anwendung der gemeinen deutschen Rechte auf öffentliche Verhältnisse ist durch das Privilegium Sigismund Augusts und die Capitulation von 1710 so wenig ausge schlossen, daß unsere Standesverhältnisse noch jetzt zum Theil auf altgermanischen Grundlagen beruhen.
§ 13. 
A d e r e l e g a l e R e c h t s q u e l l e n.

Auf das göttliche Recht (die Bibel und nicht das canonische, den Schweden als päpstliche Ketzerei verhasste Recht), verweisen mehrere schwedische Verordnungen 1), doch ist es wohl höchst selten zur Anwendung gekommen. Vernünftigerweise hatte die Bibel nur als unmittelbarer Ausspruch der Gottheit über Rechtsverhältnisse Geltung haben können, hätte dann aber auch allen menschlichen Satzungen vorgehen und nicht als blosses Hilfsrecht dienen sollen. Übrigens war ja das mosaische Gesetz ausdrücklich nur den Hebräern verliehen. Eben so willkürlich wäre seit der Trennung Liv- und Estlands die Berufung auf das estländische Ritter- und Landrecht, die im hofsgerichtliche Berichte vom 22. April 1727 als rechtsgültig behauptet wird, da dieses Gesetzbuch für Livland nicht mehr Gültigkeit haben kann, als die kurländischen Statuten oder die Brandis'schen Collectaneen und die verschiedenen unbestätigten Entwürfe, die in Livland selbst verfertigt worden sind. Auch seinem Inhalte nach ist es nur eine Zusammenstellung und Bearbeitung einheimischer und fremder Rechtsquellen (namentlich auch des römischen Rechts und anderer juristischer Schriften, besonders der Brandis'schen Collectaneen und älterer Praktiker), und kann nach dem jetzigen Stande der Rechtswissenschaft nur als höchst dürftig und ungenügend bezeichnet werden.

§ 14.
G e w o h n h e i t s r e c h t.

Es bleibt jetzt noch das Verhältniss der bisher aufgeführten Quellen des Livländischen Rechts zum Gewohnheitsrechte oder der Praxis und zur Wissenschaft zu erörtern übrig, als zu denjenigen Formen, durch welche sich das Rechtsbewusstsein der Völker eben so sehr als durch Gesetzgebung manifestiert. Während der Herrmeisterlichen Zeit waren es, abgesehen von den

wenigen landesherrlichen Verordnungen, Praxis und Doctrin, welche das Recht schufen und fortbildeten, denn die Doctrin brachte die Rechtsbücher hervor, der Gerichtsgebrauch gab ihnen Gültigkeit und die Urtheile der Schöffen oder Urtheilssfinder bildeten das Recht, durch Anwendung auf einzelne Fälle, fort. In welchem Maasse es geschah, ist nur noch für Ehstland zu ersehen, wo sich Decretenbücher aus den letzten 70 Jahren der Ordensregierung erhalten haben, die daher auch bei der Abfassung späterer Gesetzesentwürfe berücksichtigt worden sind. Eine wichtige Quelle zur Kenntnis des Gerichtsgebrauches zu Anfange des 16ten Jahrhunderts ist auch Fabri formulare procuratorum, doch bleibt bei dem Mangel an Vergleichungspuncten die Treue seiner Schilderungen zweifelhaft und noch weniger ist zu erwiesen, daß sein Werk jemals gerichtliche Autorität erlangt hätte und so selbstständige Rechtsquelle geworden wäre.

Während der polnischen Regierungszeit hörte zwar die freie Fortbildung des Rechts durch die Urtheilssfinder auf, da dieselben allmäsig aus den Gerichten, obgleich im Widerspruch mit den recipirten Rechtsbüchern, verschwanden. — Aber durch diese wichtige Veränderung der Gerichtsverfassung beurkundete die Praxis von Neuem ihre legislatorische, in der deutschen Rechtsverfassung begründete Auctorität, so wie durch die Recipirung des römischen Rechts, als Bestandtheils des gemeinen deutschen 1). Auf gleiche Weise verfuhr sie im 17ten und 18ten Jahrhundert durch Recipirung der Richterregeln, eines rein-doctrinellen Werks ausländischen Ursprungs, der Noten zum Landlage und der „Landesordnungen“ genanntenCompilation welche beide letzteren ebenfalls als Privatsammlungen anzusehen sind. Der Gerichtsgebrauch that, wie man sieht, zu allen Zeiten dasselbe; er eignete sich fremde, theils legislative, theils doctrinelle Schöpfungen an und verleih ihnen Gesetzeskraft. — Zwar wurden die schwedischen Rechtsquellen und das gemeine deutsche Recht den alten, ebenfalls aus fremden Quellen geschöpften, Rechtsbüchern nur als Aushilfe zur Seite gestellt, den-


Dem heutigen Zustande unseres bürgerlichen Lebens gemäss, welcher die Ausübung des Rechts ausschliesslich den vom Staate bestellten Behörden überträgt, kann das Gewohnheitsrecht nur in der Form des Gerichtsgebrauchs, d. h. einer Folge gleichmässiger gerichtlicher Handlungen (Observanz) oder Urtheile

Die Vorschriften des gemeinen deutschen und namentlich des römischen Rechts über die Erfordernisse und die Geltung des Gewohnheitsrechts können nur auf das deutsche Gewohnheitsrecht selbst bezogen werden, nicht aber auf das eigentlich livländische im engern Sinne, welches, in Ermangelung einheimischer Vorschriften, nach den in den recipirten schwedischen Verordnungen sowohl über Gewohnheitsrecht im Allgemeinen, als besonders über das livländische enthaltenen Normen zu beurtheilen ist.

Das livländische Gewohnheitsrecht muss daher nicht nur ein „löbliches“ nach der oben entwickelten Bedeutung des Wortes sein 1), sondern auch dem Worte Gottes und den Hoheitsrechten des Landesherrn nicht wider sein 2), noch überhaupt den Gesetzen widersprechen. Letzteres folgt nicht nur aus Richterregeln, §. 20 und 15, sondern auch daraus, daß in der Capitation von 1710, so wie in denjenigen schwedischen Verordnungen, welche die Giltigkeit des livländischen Gewohnheitsrechts festsetzten, und im rigaschen Stadtrechte

2) Landgerichts-Ordinanz, 1. c.
L. II, c. IV solches immer den livländischen beschrie- 
benen Rechten nachgesetzt wird und also nur zu ihrer 
Ergänzung dienen sollte. Aber eben so richtig ist, 
als das rein livländische Gewohnheitsrecht, als in-
tegrierender Theil des einheimischen Rechts und als in 
and Landgerichts-Ordinanz den schwedischen Rechten und 
in der Capitulation so wie im rigaschen Stadtrechte L. 
II, c. IV den gemeinsen deutschen Rechten vorgesetzt, 
eine derogatorische Kraft gegen dieselbe behalten hat. — 
Dafs das livländische Gewohnheitsrecht den schwedi-
schen und andern ausländischen Rechtsquellen vorgehe, 
besagen auch die hofgerichtlichen Urtheile vom 23. 
September 1775 und 10. Februar 1783 in Sachen Frei-
manns contra Vietinghoff. Die schwedische Vorschrift, 
die dem Gewohnheitsrechte eine derogatorische Kraft 
gegen das Gesetz abspricht, konnte sich überhaupt nur 
auf künftige Fälle, also auf später im Widerspruche 
mit dem Gesetze durch öftern Gebrauch sich einzu-
führen versuchende Rechtsnormen bezichen, nicht aber 
auf ein älteres schon völlig festgestelltes und anerkanntes 
Gewohnheitsrecht, durch welches die noch älteren 
Bestimmungen der Rechtsbücher, die ebenfalls nur durch 
die Praxis Geltung erhalten hatten, antiquirt worden 
waren. Die Giltigkeit der durch die Praxis eingeführten 
Modificationen der Ritterrechte ist also eben so 
wenig zu bezweifeln, als die der durch sie unter den 
schwedischen Verordnungen und den deutschen nach 
1561 erlassenen Reichsgesetzen getroffenen Auswahl, 
indem die nicht recipirten immer als einem, von ihnen 
abweichenden, ältern Gerichtsgebrauche widersprechend 
angesehen werden können. Nach der Capitulation von 
1719 sollen auch die Gewohnheiten „alte“ sein. Dieses 
Requisit wird zwar in den übrigen betreffenden Ge-
setzesstellen nicht erwähnt, liegt aber in der Natur der 
Sache, obwohl eine allgemeine Zeitbestimmung hier 
acht möglich ist, sondern auch darauf zu sehen wäre, 
wie oft ein gerichtliches Verfahren sich wiederholt hat. 
Eine Ausnahme hievon machen die von den Behörden 
zur Regulirung ihres eigenen Geschäftsganges getrove-
en Verfügungen, wozu das Hofgericht durch die kö-
 niglich-schwedische Instruction an den General-Gouver-
neuren Skytte vom 26. November 1629 und die könig-
lische Resolution vom 30. November 1668, §. 6, aus-

§. 15.

D o c t r i n.

Die Doctrin kann in einem durch Gesetz und Gerichtsgebrauch geregelten Rechtszustande nur eine subsidiäre Geltung haben. Denn wenn ihre Resultate auch zu einer Abänderung des Gesetzes oder der Praxis führen, so erhalten ihre Lehren dennoch erst dann eine zwingende Macht, wenn sie in der Form neuer Gesetze oder Gebräuche auftreten. Meinungen der Rechtsgelehrten dürfen daher nicht zur unmittelbaren Rechtsquelle werden. Für die Fortbildung des Rechts hingegen ist die Doctrin anerkanntermassen das geeignetste Organ und wohl mag ihr, als der lebendigen und selbstbewussten juristischen Vernunft des Volks, der Einfluss zugestanden werden, den sie sowohl in Rom, als in Deutschland genossen hat und im letzteren Lande noch heute geniesst, nämlich, dass eine constante und allgemein verbreitete Doctrin von der Praxis allegirt und befolgt werden darf, was ja auch eine Widerlegung derselben durch bessere Gründe gar nicht ausschliesst. — Den Römern galt die auctoritas prudentium oder die disputatio fori gradezu für einen Theil des Rechts, der mit einem besonderen Namen als jus civile bezeichnet wurde 1), und auch in Deutschland werden heutzutage in gerichtlichen Relationen u. dgl. Meinungen der Rechtsgelehrten citirt. Eine in Deutschland allgemein ver-

1) I. 5. D. Tit. de orig. juris.
Richters livi. Strafprocess.
breitete und constante Doctrin ist daher, als den deutschen Gerichtsgebrauch bestimmend, auch als Theil desselben und folglich auch als subsidiäre Rechtsquelle für das gemeine deutsche Recht und so auch für Livland anzu-
sehen. In Est- und Kurland ist auch heute noch das Citiren von Schriftstellern in anerkanntem Gebrau-
che. In Livland ist zwar dasselbe durch die hofgericht-
lichen Publicationen vom 9. November 1766 und 27. Januar 1767 verboten, indessen ist dadurch die Doctrin nur als mittelbare, nicht als unmittelbare Rechtsquelle ausgeschlossen und würde sich eine solche Ausschließung auch nur auf die eigenthümlich livländische Doc-
trin, als Quelle des eigenthümlich livländischen Rechts—im engeren Sinne — nicht aber auf die deutsche Doctrin, als Quelle des deutschen Hilfsrechts, beziehen. Die Auslegung der Gesetze endlich, obgleich dem Gerichtsgebrauche anheim gefallen, kann nicht als selbstständige Rechtsquelle angeführt werden, denn ei-
erseits darf sie, um richtig zu sein, nicht von dem ausgelegten beschriebenen Rechte abweichen, ander-
seits kann auch eine usuelle Interpretation jederzeit angefochten und widerlegt werden und eine legale ist ein neues Gesetz.

§. 16.

Russisches oder Reichsrecht.

Das Verhältniss des Reichsrechts, welches in der Capitulation von 1710 gar nicht als Rechtsquelle für Livland erwähnt wird, zu den bisher aufgezählten Quel-
en ist sehr einfach. Wo dasselbe nicht correctorisch eintritt und die Anwendung der provinzialrechtlichen Normen für einen bestimmten Fall nicht ausdrücklich aufhebt, was übrigens auch dadurch geschehen kann, daß ein Gesetz namentlich für Livland erlassen oder auf dasselbe ausgedehnt wird, darf es nur als secundäres Hilfsrecht nach dem gemeinen deutschen Rechte ein-
treten. Die Form der Erlassung desselben macht hie-
bei nichts aus, besonders seit der Promulgation des Reichsgesetzbuchs und seiner Fortsetzungen, da jeder Ukas durch seine Aufnahme in dasselbe zum dauer-
den Gesetz gestempelt wird und Verordnungen, denen diese Aufnahme nicht würde, wohl nur als transitori-
sche und für einzelne Fälle erlassene Verfügungen an-
gesehen werden können 1).

§ 17.

Rangordnung der in Livland gültigen Rechtsquellen.

Zur leichtern Uebersicht fassen wir die Resultate des Bisherigen in die folgende Tabelle über die Rangordnung der in Livland geltenden Rechtsquellen zusammen.

I. Die Capitulation von 1710, als Grundlage des ganzen öffentlichen und privatrechtlichen Rechts-
zustandes Livlands.

II. Für Livland speziell erlassene russische Gesetze 2) oder solche, die auf Livland ausdrücklich ausgedehnt sind.

III. Einheimisches Provinzialrecht.

1) Aeltere landesherrliche Verordnungen, Briefe und Privilegia aus der bischöflichen und Ordenszeit.

2) Das mittlere livländische Ritterrecht, insofern es nicht durch den Gerichtsgebrauch antiquirt ist, so wiedasrigische Stadtrecht aus dem 17. Jahrhundert.

3) Der livländische Gerichtsgebrauch als einheimisches Gewohnheitsrecht, namentlich hofgericht-
liche Präjudicate.

IV. Aus der polnischen Regierungszeit.


V. Aus der schwedischen Regierungszeit.

1) Die Nöllersche Landesordnung von 1707, mit ei-
nigen oben angeführten Ausnahmen.

2) Die Richterregeln.

3) Die literirten und von der Praxis recipirten No-
ten zum Landlagh, und

4) andere schwedische Verordnungen, welche speziell für Livland oder an alle Hofgerichte des Königreichs erlassen sind.

1) Abweichender Meinung ist Bunge, livl. Privatr. § 12.

2) z. B. das neue Kirchengesetz von 1832; die Bauerverordnung von 1819; die Domänenvorordnung von 1841; das Creditreglement v. 15. Oct. 1802; die durch einen Senats-Ukas bestätigte Landtagsordnung von 1827 u. m. a.

3*
VI. Das gemeine deutsche Recht, als primäres Hilfsrecht, nach dem in Deutschland selbst gültigen Verhältnisse seiner Quellen zu einander, mit Ausschluss der seit 1561 erschienenen und in Livland nicht recipirten deutschen Reichsgesetze, aber mit Einschluss des Gerichtsgebrauchs und einer constanten Doctrin, wo sich solche nicht etwa geradezu auf die nicht recipirten Gesetze beziehen, oder die Doctrin sich als unbegründet erweist.

VII. Das russische Reichsrecht als secundäres Hilfsrecht.

VIII. Untergeordnete Rechtsquellen, die den obigen nicht widersprechen dürfen.
   1) Von der Provinzialverwaltung in den Grenzen ihrer Competenz erlassene Polizeiverordnungen,
   2) vom Hofgerichte zur Regulirung seines Geschäftsganges und des Verfahrens in seinen Unterbehörden ausgehende Constitutionen und
   3) obrigkeitlich bestätigte Beschlüsse des livländischen Landtages und der Generalversammlung des Creditvereins.

III. Capitel.

Vom Criminalprocess und Criminalsachen überhaupt.

§ 18.

Begriff des Criminalprocesses.

Der Criminalprocess ist der Inbegriff der von der Staatsgewalt festgesetzten Regeln, nach denen sie durch die Gerichte, als ihre Organe, von einer Gesetzesübertretung Kunde nimmt, sich die Gewissheit der verbrecherischen Thathandlung, der Person des Thäters und des Grades der Verschuldung gibt, das so gewonnene Resultat unter das Strafgesetz subsumirt und endlich

Da der Staat es ist, der durch den Richter die Gesetzesübertretung straft, so kann die Verfolgung derselben im Allgemeinen nicht dem Beteiligten anheimgestellt werden; peinliche Sachen dürfen daher weder verglichen 1) noch durch Schiedsrichter entschieden werden 2) und der Richter darf weder seine Gerichtsbarkeit, noch eine Untersuchung aufgeben oder ver- nachlässigten, noch den überwiesenen Verbrecher straf-

1) L. L. p. 343. not. c.; p. 77. not. c.; p. 452. not. b.
2) L. 32. §. 6., D. de recep.

§ 19.

Von Verbrechen und Vergehen überhaupt.

Wenn gleich jede Gesetzesübertretung Strafe verdient und die Regeln zur Erforschung ersterer und zur Bestimmung letzterer immer dieselben sind, es folglich nur Ein Strafverfahren geben kann, so unterscheiden dennoch die meisten älteren und neueren Gesetzgebungen zwischen schwereren und leichteren Gesetzesübertretungen und schreiben nur für jene das eigentliche Criminal-, für diese ein abgekürztes polizeiliches Untersuchungs-Verfahren vor. Indessen ist zwischen Verbrechen und Vergehen die Grenzlinie sehr schwer zu ziehen. Wird sie nach der Verschiedenheit der That

1) L. L., 1. c.; L. O. p. 246.

2) Der Swod XV. 919. verordnet bloß in dieser Hinsicht die Einstellung jedes processualischen Verfahrens, sobald der wegen Injurie klagbar Gewordene sich mit seinem Gegner vergleicht. — Das Rig. Stadtrecht lib. II. Cap. 1. § 6. verordnet die Untersuchung ex officio jeder „offenbar“ gewordenen Sache.
bestimmt, so bleibt der Willkühr des Richters viel überlassen. Wird sie durch die Strafgattung normirt,\(^1\) so kann man im Anfange einer Untersuchung nie wissen, ob ein Verbrechen oder ein Vergehen vorhanden ist und es bleibt somit nichts übrig, als die Voruntersuchung über jede Art von Gesetzesübertretung auf dieselbe Art führen zu lassen und der Polizeibehörde zuzweisen, welche sodann nach dem Ergebnisse der von ihr geführten Untersuchung, wo ein Criminalverbrechen möglicher Weise begangen worden sein kann\(^2\), die fernere Untersuchung und Beurtheilung der Sache dem Criminalgericht zu übergeben hat. Letzteres braucht also nur dann nicht zu geschehen, wenn die Polizeibehörde selbst competent ist, das Urtheil zu fallen. Die Landgerichtsordnung von 1632, §. 24, überlässt zwar den königlichen Statthaltern, alle hochpeinlichen Laster executiv und ohne Befragung des Hofgerichts zu bestrafen, allein diese, der Landgerichtsordnung von 1630, §. 14, — nach welcher alle das Leben und die Ehre betreffende Sachen vom Hofgerichte abgeurtheilt werden sollen, — widersprechende Bestimmung ist in Livland nicht praktisch geworden.

Da wo Standesunterschiede existiren und zwischen dem Grade der Bildung, so wie auch der bürgerlichen Ehre, eines jeden Standes sich ein bedeutender Abstand vorfindet, muss die Gesetzgebung auch diesen und zwar in der Art berücksichtigen, dass von Gliedern der höheren Stände begangene leichte, aber dieselben dennoch in der öffentlichen Meinung herabsetzende Vergehen, wie z. B. geringfügiger Diebstahl, Entwendung, Gaunerei, Betrug, Schlägerei, Trunkenheit, unanständiges Betragen u. dgl. dem Thäter als Verbrechen angerechnet, vom Criminalgerichte untersucht und auch strenger bestraft werden. Mehrmals wiederholte oder von erschwerenden Umständen begleitete Vergehen sind für Verbrechen anzusehen und vom Criminalgerichte zu untersuchen und zu bestrafen.

\(^1\) Baiersches Strafgesetzbuch Art. II.; Code pénal. art. 1.; Code d'instruction, art. 157, 179.
\(^2\) Auch dann, wenn der Thathand noch nicht erwiesen und kein Thäter ausgemittelt worden; Swod XV. 1144. 1228.
§ 20.

Die positiven Rechtsbestimmungen.


Über jede Art von Gesetzesübertretung haben die Landes- und Stadtpolizei-Behörden die Voruntersuchung oder General-Inquisition zu veranstalten und die eines leichten Polizeivergehens Übeerwiesenen, wie oben gezeigt, selbst abzuurtheilen und zu bestrafen; die übrigen Inculpaten aber dem Criminalgerichte zu überliefern 3). Das Criminalgericht erster Instanz hat dann die Special-Untersuchung zu führen und ein Urtheil zu fällen, solches aber, in Sachen, die Leben, Leib und Ehre angehen, in Form eines blossen Gutachtens, ans Hofgericht 4) zur Leuteration (Revision) einzusenden 5). So lässt sich auf unsere Rechtsquellen eine Unterscheidung zwischen leichten und schweren Criminalverbrechen begründen, welche von dem Maasse der angedrohten Strafe abhängt und auch eine Verschiedenheit in dem Verfahren zur Folge hat. Zweifel über

1) Swod XV. 1676 u. folg.
2) I. c. 1689.
3) B. V. v. 1819, §§. 138 u. 140.; Swod XV. 1682.
4) In Riga, an den vollen Rath.

2) Swod XV. 1461.
3) L. L. pag. 327. note c.
4) L. G. O. v. 1630, §. 8.
entscheiden sind 1) und daß, nach dem Reichsrechte, die Urteile der Criminal-Gerichtshöfe zweiter Instanz von dem Gouvernements-Procureuren und Civil-Gouverneuren nicht nur zu genehmigen sind 2), sondern auch, wenn mehr als neun Individuen zu einer Leibesstrafe, oder wenn Adlige, Beamte oder Ehrenbürger zum Verluste ihrer Standesrechte verurtheilt werden, zur Revision des Senats und, in besonders Fällen, auch noch zur landesherrlichen Bestätigung gehen müssen 3). — Da die Revision von Criminalsachen durch den Landesherrn, als dessen Vertreter jetzt auch der Senat anzusehn ist, schon zu schwedischen und sogar zu bischöflichen Zeiten insofern vorkommt, als man sich in höchster Instanz an den Bischof und seine Männer 4) und später an den König 5) wenden durfte, so können diese letztern Bestimmungen, welche überdies eine Ausdehnung, nicht aber eine Beschränkung der Rechte der Bewohner Livlands enthalten, nicht als dem Provinzialrechte widersprechend angesehen werden und haben in Livland vollkommene Gültigkeit. Das rigasche Stadtrecht 6), so wie desselben abgeänderte Artikel 7), verbieten zwar jede Appellation in vom Rathe abgeruhten Criminalsachen, dadurch ist aber die ohne Appellation erfolgende Revision nicht ausgeschlossen und scheint auch der etwas dunkel abgefasste § 7 des Stadtrechts darauf hinzudeuten.

§ 21.

Connexe Civil- und Criminalsachen.

Über die verschiedenen Fälle der Connexität von Civil- und Criminalsachen, welche oft so weit gehen kann, daß derselbe Rechtsstreit zugleich ein civil- und criminalrechtlicher ist, enthalten die provincialrechtlichen Quellen keine Bestimmung, und wir müssen uns

2) Swod XV. 1261 u. 1266.
3) Swod XV. 1290—1315; s. unten § 84.
4) R. R. art. 128.
5) L. O. S. 354.
6) L. H. c. 31. § 5.
7) § 2.

1) 1. 7. §. 2. D. de accus.
2) 1. 4. C. de ord. jud.; — 1. 5. §. 1. D. ad legem Jul. de vi publ.
3) 1. 8. C. cit.
4) 1. 8. C. ad leg. Fab. de flag.; 1. 1. C. de appell.
5) Swod XV. 900.
nach Beendigung der Civilsache, wie das Reichsrecht, sondern vorzugsweise, wie das Provinzialrecht vorschreibt, es sei denn bei der Civilsache Gefahr im Verzuge 1).

§. 22.

Wirkung eines Civilurtheils auf eine Criminalverhandlung und umgekehrt.

Wo, wie einigermaassen im livländischen und entschieden im deutschen gemeinen Rechte, die Verhandlungsmaxime in Civilsachen gilt, und also ein Urtheil leicht die Folge eines stillschweigenden Compromisses oder Verzichts der Parten oder eines zugeschobenen Eides sein kann, auch der Richter Beweise nicht supprimen und nicht ultra petita erkennen darf, folglich nur formelles, nicht materielles Recht erzielt wird, kann ein ergangenes Civilurtheil nicht auf die Criminaluntersuchung Einfluss haben 2), was durch das Reichsrecht 3) ausdrücklich festgesetzt wird. Auch ein früher ergangenes Criminalurtheil kann nicht einer späteren Civilverhandlung präjudiciren, da es als res inter alios 4) acta, etwaige Entschädigungs- oder ähnliche Forde rungen eines Dritten an den Losgesprochenen nicht ausschliessen kann 5). Das holländische Civilgesetzbuch von 1837. §. 1955. gibt die Rechtskraft nur mit Vorbehalt des Gegenbeweises zu. In Frankreich sind die Meinungen geteilt 6). Über die dem Beschädigten zustehende Wahl zwischen der Civil- und der Criminalklage gelten, bei Ermangelung provinzieller, die gemeinrechtlichen Bestimmungen.

2) es sei denn, wie nach dem Baierschen Strafs gesetzbuche, II. §. 8., auf auch im Strafverfahren zulässigen Beweisen gegründet.
3) Swod XV. 900.
4) nämlich den Staat und den Angeschuldigten.
5) Oesterrichischer Strafproces §§. 523 u. 524.; dagegen ist das Baiersche Strafs gesetzbuch II. §. 9.
IV. C a p i t e l.

Von der Gerichtsverfassung.

§. 23.

Criminalgerichtsbarkeit.


1) L. O. p. 50, 51 u. 56.
2) Rig. Stadtrecht l. Ii. c. 2. §. 1. u. B. V. v. 1819. §. 202.
3) B. V. §. 117.
4) B. V. §. 209.
5) L. O. pp. 51, 63.; B. V. §§. 137—140.
6) B. V. §§. 151 und 152.
Criminalgerichte übergeben, schwere Criminalsachen aber mit dem Gutachten der letzteren an das Hofgericht gehen, so wird dadurch die Voruntersuchung von der Hauptuntersuchung getrennt, jene kann durch diese verbessert und ergänzt werden und in schweren Fällen ist auch noch die Hauptuntersuchung von der Urteilsfällung geschieden, da das Definitivurtheil erst von der Oberinstanz gesprochen wird, nach Durchsicht desselben durch den Gouvernements-Procureuren und Civilgouverneuren — der an Senat und Kaiser gehenden Fälle nicht zu erwähnen. Um eine etwa voreilige Entlassung der Inculpationen wieder gut zu machen, müssten die Polizeibehörden ihre Acten, auch wenn kein Schuldiger ermittelt wird, dem Criminalgerichte oder ihrer eigenen Oberbehörde zur Durchsicht einsenden, was auch der Swod, XV. 1144., vorschreibt. In den Ländern des gemeinsamen deutschen Rechts führt derselbe Untersuchungsbeamte die General- und, auf erhaltene Erlaubniss des vorkommenden Criminalgerichts erster Instanz, auch die Specialinquisition; in Baden ist noch jetzt ¹) und in Württemberg ²) war bis zur Emanation der Strafprocessordnung von 1843 jene Erlaubniss nicht einmal erforderlich und beide Inquisitionsstadien waren ungetrennt, wodurch aber die Untersuchung leicht einseitig wird. Auch wird dadurch die Urteilsfällung und die Specialinquisition immer an verschiedene Behörden verwiesen, so dafs das erkennende Gericht nie selbst untersucht, sondern nur nach den Acten des Inquirenten entscheidet, folglich alle von diesem begangenen Verschen und Fehler, die etwa aus den Acten selbst in die Augen springenden ausgenommen, theilt und des so wichtigen persönlichen Verkehrs mit dem Inquisiten entbehrt. Dieser Fehler, über den in den Ländern des gemeinsamen deutschen Rechts häufig geklagt wird, ist selbst in Preussen durch die Einrichtung der Inquisitoriate, die nur untersuchen, nicht urtheilen ³), nicht vermieden, wohl aber in Frankreich

²) Organis. Edict v. 1818. §. 203.
³) Richter, Handbuch des preussischen Strafverfahrens, II. S. 7.
und England, so wie in Livland, wenigstens für die Criminalgerichte erster Instanz, die Land- und Stadtgläubigkeiten. Die läuterirrenden Obergerichte haben sich zwar hauptsächlich mit Revision und Durchsicht der untergerichtlichen Akten zu beschäftigen und schicken sie häufig, bei etwanziger Mangelhaftigkeit der Untersuchung, denselben Untergerichten wieder zur Verbesserung und Ergänzung zu; dieses Verfahren ist aber eben so wenig zu billigen, als es in den Gesetzen begründet ist. Der Unterrichter, der sich einmal in eine bestimmte Ansicht über einen vorliegenden Fall hineingedacht und dann seine Untersuchung und Verhöre angestellt hat, wird sich nicht leicht, oder doch ungem, in eine andere hineinarbeitet und die von ihm, bisweilen gegen seine Übereinstimmung, vorgenommenen Ergänzungen werden meist ungescheikt und ungenügend ausfallen. Die Oberinstanz urteilt so über Individuen, die sie nicht selbst inquirirt, ja sogar nie gesehen hat. Das Verhör ist aber die Grundlage des Urtheils, die Scene des ganzen Processes, und wenn es nicht, wie in England und Frankreich, vor sitzendem und vollständig besetztem Gerichte und in seiner ganzen Ausdehnung vollzogen wird, so das nicht nur der Inquisit und die Zeugen von dem Gerichtsvorstande und, mit dessen Genehmigung, auch von dessen Collegien befragt werden, sondern auch der Inculpat und sein Defensor ihrerseits Fragen stellen können, so ist die Vertheidigung beschränkt und unvollständig, und das Gericht urteilt oft wie der Blinde von den Farben. Die Landgerichtsordnanz von 1632, §. 32, befiehlt nur die Inquisiten während der Leuterirung bei den Landgerichten in Haft zu halten, was aber ihre Einsendung an das Hofgericht zu einem etwa nötig befundenen persönlichen Verhör der selben nicht hindert, so wie auch das Zurückschicken der Akte an die Unterinstanz auf keinem Gesetze gegründet ist 1). — Das Reichsrecht verordnet daher zweckmäßig die persönliche Sistirung der Inquisiten vor die Oberinstanz, wenn solche ihre Gegenwart für nothwendig erachtet 2), so wie

1) Samson, l. c. §. 1740.  
2) Swot XV. 1240.
es überhaupt den urtheilenden Gerichten aufträgt, mangelhaft befundene Untersuchungen 1) selbst zu verbessern und zu ergänzen 2).

§ 24.

Polizeibehörden.

Die Ergreifung von Verbrechern und Delinquenten jeder Art, als: Läuslinge, Vagabonder, Unverpasste, ist auf dem Lande den Gemeindegerichten aufgetragen, welche sie an die Gutsverwaltungen abzuliefern haben 3). Diese fertigt sie an das Ordnungsgericht zum weiteren gesetzlichen Verfahren ab 4). Sowohl die Gutsverwaltung als das Gemeindegericht haben ein polizeiliches Strafrecht 5), ebenso auch der Kirchspielsrichter 6), und zwar ist die des Gemeindegerichts, nach dem Maasse der von derselben zu verhängenden Strafe, doppelt so gross, als die der Gutsverwaltung und die des Kirchspielsrichters vier Mal so gross 7). In der Regel und sehr kleine Güter ausgenommen, bildet die Bauerschaft jedes Gutes eine Gemeinde und hat auch ein Gemeindegericht 8). Letzteres besteht aus dem Vorsitzer und mehreren Beisitzern, die von der Gemeinde aus ihrer Mitte gewählt werden 9). Die Kirchspielsrichter werden von den Gutsbesitzern auf 3 Jahre aus den Gliedern des Adels, oder auch aus den unadligen Eingepfarrten gewählt 10). Da die Theilnahme der obengenannten Beamten und Behörden sich auf die Verhaftung und Auslieferung Verdächtiger an die Ordnungsgerichte, so wie auf Berichterstattung über

1) die nach dem Reichsrechte alle von den Polizeien geführt werden.
2) Swod XV. 884, 1151.
3) B. V. §. 118.
4) B. V. §§. 188 u. 140.
5) B. V. §§. 151 u. 119.
6) B. V. §. 171.
7) bis 12 Flbl, Kupfermünze oder 6 Tage Arrest oder 60 Schläge; l. c.
8) B. V. §§. 57 u. 97.
9) B. V. §§. 98, 104.
10) B. V. §§. 158, 159 u. 166.
alle ausserordentliche Begebenheiten 1) beschränkt, so können wir sogleich zu letztern übergehen.


1) B. V. §. 49.
2) B. V. §§. 138 u. 140.
3) Swod XV. 1228.
4) Swod XV. 1144.
8) L. O. p. 9.
10) Landtagsordnung von 1827, §§. 56, 57, 60—63.
11) Landtagsordnung von 1827, §. 64.

Richters livl. Strafprocess.
Landtagen, so werden sie gemeinschaftlich von dem residirenden Landmarschall, dem Oberkirchenvorsteher und dem Deputirten des Kreises besetzt 1). Es werden jedesmal zwei Subjecte gewählt und dem General-Gou
verneuren zur Bestätigung vorgestellt, welcher den ei
nen von beiden bestätigt2); die Annahme einer Stelle
im Ordnungsgerichte darf Niemand bei Geldstrafe ver
weigern3). Macht sich einer der Gewählten durch Er
legung dieser Strafe frei, so werden diejenigen die nach
ihm die meisten Stimmen hatten präsentirt 4). Die Can
zellei des Ordnungsgerichts besteht aus einem Notaire
n, der gleichfalls auf dem Landtage, jedoch auf Lebens
zeit gewählt wird und wobei auf die Empfehlung der
Ordnungsgerichtsglieder Rücksicht genommen wird5),
und einem oder mehreren Canzelliisen.

In den livländischen Städten wird die Polizei durch
eine aus einigen Gliedern des Rathes und aus einem
Secretairen bestehende Verwaltung gehandhabt, welche
in Riga und Dorpat einen von der Staatsregierung er
nannten Polizeimeister zum Vorsitzer hat.

§. 25.

Criminalgerichte erster Instanz, Landge
richte und Magisträte.

Die Landgerichte sind im Jahre 1630 gestiftet wor
den und ihre Organisation, so wie ihre Competenz und
ihr Verfahren sind durch die Landgerichtsordnungen
vom 20. Mai 1630 und 1. Februar 1632 geregelt. Sie
bestanden in den Kreisen Riga, Dorpat, Pernau und
Wenden, wozu im Jahre 1632 Kokenhusen noch hin
zukam, aber später wieder eingezogen wurde, während
das pernusche Landgericht nach Fellin kam und im
Jahre 1695 ein füntes Landgericht für Oesel gestif
tet wurde. Die Sitzungen sollten ursprünglich auf den
Haupthöfen oder Gütern der Kreise gehalten werden6).

1) Landtagsordnung von 1827, §. 87.
2) königliche Verordnung vom 6. April 1675; Landtagsord
nung von 1827, §§. 65 u. 66.
4) Landtagsordnung von 1827, §. 59.
5) Landtagsordnung von 1827, §. 56.
6) L. G. Ö. von 1630, §. 4. Nach dem Gouvernements-Ju-


1) L. G. O. von 1632, S. 12.
5) S. U. vom 15. Nov. 1830.
9) Landtagsordnung von 1827, S. 53.

In den livländischen Landstädten competit die Hauptuntersuchung den Vogteigerichten, die eine Delegation der Magistrate sind, die Aburtheilung aber diesen Magistraten selbst, wodurch, wenn nicht die Vogteigerichte eine gutachtliche Entscheidung miteinsenden, der obenberührte, bei den Landgerichten vermiedene Uebelstand entsteht, dass das urtheilende Gericht nicht selbst untersucht. Die Magistrate bestehen in den grösseren Städten, Dorpat und Pernau, theils aus Rechtsgelehrten, theils aus Kaufleuten, in den kleineren zunächst aus Kaufleuten, doch auch aus Gewerbetreibenden und ergänzen überall sich selbst, wodurch sie um so mehr von ihren Mitbürgern unabhängig werden, als die Stellen lebenslänglich sind und die Magistratsglieder also nur durch Urtheil und Recht, nicht aber durch Abwählen ihrer Stellen verlustig gehen können. Dieser Vorteil würde indessen schon durch die lebenslängliche Wahl von Seiten der Bürgerschaft erreicht, ohne dass die Magistrate ihre Glieder selbst wählten. Durch diese Cooption können die Rathsstellen leicht in den erblichen Besitz weniger Familien kommen und es entwickelt sich ein Kastengeist, der namentlich in kleineren Städten, wo eine weniger zahlreiche, gebildete und wohlhabende Bürgerschaft nicht so leicht das Gegengewicht halten kann, sehr drückend wird, und von der andern Seite eine oft ungeregelte und unaufläckerte Opposition der Bürgerschaft und ihrer Organe, der Stadt-Cassa-Collegien, selbst gegen die verfassungsmässigen Rechte des Raths erzeugt. Beispiele hiervon finden sich in der alten, so wie sogar in der neuesten Geschichte der livländischen Städte. In Riga besteht ebenfalls ein Vogteigericht für die Stadt selbst, und ein Landvogteigericht für die Vorstädte und den Patrimonialbezirk. Sie haben aber mit Criminaluntersuchungen heute zu Tage nichts zu thun, sondern solche sind zur schnelleren Beendigung derselben einer be-

ständigen, aus einem Beisitzer jedes dieser Gerichte, nebst einem Secretair, Archivar und Notair gebildeten Criminal-Deputation übertragen, welche auch das Urtheil zu fällen hat. Dieses geht aber nicht bloss in Leuterations-, sondern in allen Fällen in Form eines Gutachtens an den vollen Rath 1).

§. 26.

Hofgericht und rigascher Rath.


1) Rig. Stadtrecht L. II. c. 3. §. 2.


2) Hofgerichtsordnung von 1630, §. 12.


3) l. c. §. 12.
7) königl. schwedisches Diploma nobilitatis v. 28. Nov. 1660.
8) Rathsprotocol vom 27. April 1723.

Obgleich nur die Stadt und ihren Bezirk verwaltet, in welchem er die volle Civil- und Criminal-Jurisdiction, über Edelleute und Beamte aber nur insofern sie Hausbesitzer sind ausübt 2), geniesst dennoch der rigasche Rath die Rechte einer Palate oder einer ein ganzes Gouvernement verwaltenden Behörde 3). — In Hinsicht auf das Gerichtsverfahren ist er daher Leuterationsinstanz und, so wie das Hofgericht, insofern inappellabel, da's seine Urtheile nur zur Revision an den Landesherrn gelangen können, welcher dieselben seit der russischen Regierungszeit zuerst durch das Justizcollegium 4); jetzt aber in Civilsachen durch das IIIte, in Criminalsachen durch das Vte Senatsdepartement ausübt (s. unten §. 84). — In Verwaltungs- und Polizeisachen sortirt der Rath unter die Gouvernements-Regierung.

§. 27.

Ueber die Stellung und Pflichten der Secretaire und übrigen Nebenbeamten der Criminalgerichte.

Ueber die Stellung und Pflichten der Secretaire und übrigen Canzeliebeamten der Criminalgerichte ent-

---

1) Rigasches Stadtrecht L. I.
3) S. U. vom 20. April 1835.
4) Abgeänderte Artikel des Rigischen Rechts, Tit. 31. §. 1.
halten unsere Quellen keine besonderen Bestimmungen. Es gelten also in dieser Beziehung die allgemeinen Vorschriften über diese Beamten überhaupt. Deren enthält das Provinzialrecht keine. Die peinliche Gerichtsordnung 1) schreibt nur die Beedigung des Actuars vor und es treten beim Mangel eines deutschen gemeinrechtlichen Gerichtsgebrauchs die Vorschriften des Reichsrechts ein, von denen nur das votum consultativum des Secretairs, seine Verpflichtung, die auf jeden Fall passenden Gesetze nachzuweisen und das Recht zur Protocollirung seiner abweichenden Rechtsmeinung, als die wichtigsten, hier bemerkt werden mögen. 2). Auch die Pflichten der Gerichtsärzte und die von ihnen auf Requisition der Gerichte vorzunehmenden Handlungen sind nach dem russischen Rechte zu beurtheilen. Nach demselben übt diese Functionen der für jeden ordnungsgerichtlichen Kreis verordnete Kreisarzt aus; die städtischen Polizeien haben an einigen Orten zu diesem Zwecke auch über besondere Stadt- oder Polizeiarzte zu verfügen 3). Sie werden von dem Medcinal-Departement des Ministeriums des Innern ange stellt und stehen unter der Aufsicht einer Gouvernements-Medicalverwaltung, deren Haupt (der Inspector) und Glieder (der Operateur und der Accoucheur) vom Minister des Innern ernannt werden 4) und namentlich zur Verfügung des Civil-Gouverneuren gestellt sind 5). In strafrechtlicher Hinsicht beschränkt sich ihre Thätigkeit auf die Besichtigung geistesschwacher Personen und auf die Erhebung des Thatbestandes bei Körperverletzungen und in Todesfällen 6).

1) Art. 5.
2) Swod II. 126, 145.
3) Swod XIII. Theil II., Medicinal-Codex, §§. 63, 86.
4) l. c. 11, 98.
5) l. c. 47.
6) s. §. 58.
§. 28.

Einleitung.


Zu diesem doppelten Zwecke stellte auch die schwedische Regierung gleich bei der Stiftung des Hofgerichts bei demselben einen Oberfiscalen an und erließ ihm, schon im Jahre 1630, eine Instruction; später ernannte dieselbe auch bei den Landgerichten Kreisfiscale, deren in der Nöllersche Landesordnung aufgenommene Instruction wohl zwischen die Jahre 1668 und 1673 fällt, da in ihr die im Jahre 1668 organisirten Ordnungsgerichte erwähnt werden und sie sich in den im Jahre 1673 edirten sogenannten Bessemerschen Landesordnungen bereits vorfindet.

1) Ord. von 1670, Tit. 3.
2) seit 1721.
3) seit 1630.
§. 29.

Vom Gouvernements-Procureuren.

Während der russischen Regierungszeit kam zu diesen Beamten, im Jahre 1783, noch der Gouvernements-Procureur, als Haupt derselben und oberster kontrollirender Beamte für alle Verwaltungszweige in der Provinz, hinzu; — er hat aber mit dem Geschäfte eines öffentlichen Anklägers nichts zu thun und seine Wirksamkeit beschränkt sich vielmehr darauf, auf die Gesetzmässigkeit des Geschäftsganges, der Verfügungen und der Endurtheile, namentlich der Gouvernementsbehörden, also in Livland \(^1\), in criminalrechtlicher Hinsicht, des Hofgerichts \(^2\) und des rigaschen Rathes \(^3\) zu wachen. Zu diesem Zwecke müssen ihm die Journäle dieser beiden Behörden mitgetheilt werden, welche er entweder durch seine Unterschrift bestätigt oder seine Bedenken dagegen ausspricht. Die Behörde kann ihnen beipflichten und ihre Verfügung demgemäß ändern, widrigenfalls der Gouvernements-Procureur sowohl dem Justizminister, welcher sein unmittelbarer Vorgesetzter ist, als dem Gouvernements-Chef \(^4\) zu berichten hat, ohne dafs indessen dadurch die Vollstreckung des Urtheils aufgehoben würde \(^5\). Er wird, auf Vorstellung des Justizministers, vom Senate ernannt \(^6\) und zur 6ten Dienstelasse gerechnet \(^7\). In seiner Abwesenheit wird er vom Oberfiscal vertreten. Er nimmt auch Anzeigen und Denunciationen über geschehene Verbrechen und Vergehen an und theilt selbige, so wie jede zu seiner Kenntniss gekommene Gesetzesübertretung, sobald klare Beweise oder doch dringende Indicien derselben vorhanden sind, der Gouvernementsregierung \(^8\) zur Einleitung des gesetzlichen Verfahrens mit \(^9\). Zwar ist er für die Richtigkeit sei-

---
\(^2\) Gouvernementsordnung von 1775.
\(^3\) N. U. vom 11. Nov. 1784.
\(^4\) Civil- oder General-Gouverneur.
\(^5\) Swod XV. 1261—1264.
\(^6\) Swod II. 2295.
\(^7\) Swod III. Aemterverzeichniss.
\(^8\) Sie ist die allgemeine Verwaltungsbehörde der Provinz.
\(^9\) Swod XV. 937—940.

1) Swod XV. 941 u. 942.
2) Swod XV. 943.
3) Swod II. 2307.
5) Swod II. 2307, 2301.
6) Swod XIV. 81.; II. 2301.
7) Swod II. 2307.
8) Swod II. 2309.
9) Swod II. 2311, 2313.
und Erfüllung der darin enthaltenen Verfügungen erhalten, und darf sie, dringende Sachen ausgenommen, 3 Tage lang zur Durchsicht bei sich behalten 1). Ueber zweifelhafte Gesetzesanslegung und Competenzfragen hat er seine Rechtsmeinung zu geben, worauf, wenn von einem neuerlassenen Gesetze, dessen Anwendung oder Zweckmäßigkeit zweifelhaft ist, oder von einem durch die bestehenden Gesetze nicht geregelten Falle die Rede ist, der General-Gouverneur sämtliche Gouvernementsbehörden zu einer allgemeinen Versammlung zusammenberuft, ein gewiss höchst wichtiges und wohltätiges, den Behörden in ganz Russland eingeräumtes Recht 2).

§. 30.

Vom Oberfiscal.


1) Swod II. 2314, 2318.
2) Swod II. 660, 2310.
3) königl. Resolution vom 5. April 1696.
5) L. O. pag. 247.
6) L. O. pag. 62 u. 247.

§. 31.

Von den Kreisfiscale.

Die Kreisfiscals werden im russischen Rechte „Kreis- anwälte“ genannt. Daher und weil von dem Jahre 1783 bis 1796 in Livland nur die letztnannten Beamten existirten, sind die Obliegenheiten derselben bei Wiedereinsetzung der Kreisfiscals auch auf letztere über- tragen worden. Sie stehen zu allen Kreisbehörden in demselben Verhältnisse der Kontrole und Beaufsichti- gung wie der Gouvernements-Procureur, dem sie di-

---

2) Swod XIII. 34, 622.
4) Swod XV. 909.
rect untergeordnet sind 1), zu den Gouvernements-Be-
hörden 2), und zu den Landgerichten ausserdem in dem-
selben, wie der Oberfiscal zu dem Hofgerichte 3). Sie
sind also die Vertreter des Gesetzes bei den Kreisbe-
hörden, zugleich kontrollirende Beamte und öffentliche
Ankläger und gehören zu Sten Rangclasse 4). Die Can-
didaten zu diesem Amte werden vom Landgerichte der
Gouvernements-Regierung vorgeschlagen und von ihr
einer derselben dem General-Gouverneur vorgestellt.

In älteren Zeiten gab es auch einen besonderen
Oeconomie-Fiscal 5), der hauptsächlich die Rechte der
Krongüter vertreten zu haben scheint und dessen Amt
später mit dem des Kreisfiscalen verbunden wurde, der
1728 schon allein vorkommt.

Den Kreisfiscalen liegt ob: 1) das Gerichtsverfah-
ren zu kontrolliren und bei vorkommenden Ungesetz-
lieheiten den Richter in foro fori (d. h. also vor das
Hofgericht) auszuladen 6);

2) auch das Benennen der Parten zu beaufsichti-
gen, die Execlirenden „in ipso termino“ zur Abstraf-
fung dem Gerichte vorzustellen und die, welche dem
Richter nicht die gehörige Ehrerbietung uerzeugen, ex
officio zu verklagen 7);

3) auf dieselbe Weise gegen Verletzer der Rechte
des Staates, so wie überhaupt der Gesetze 8) und ge-
gen die Thäter und Hehler von „im Lande sich häu-
fenden Blutschulden und eingerissenen Sünden zu ver-
fahren 9).

4) Ausser diesen, in der Instruction für die Kreis-
fiscale festgesetzten und, wie man sieht, äusserst aus-

2) Swod II. 3884.
3) Swod II. 3879.
   317, note b.
7) L. O. p. 87 u. 89.
8) „Alle und jede Polizei und Landesordnung, alle und jede
   Placate und Edicen, in geistlichen und weltlichen Sa-
   chen“, Instruction für die Kreisfiscale, §. 6., L. O. p. 87.
9) l. c. §. 7.
gedehnten Verpflichtungen, sind ihnen auch noch in besonderen Fällen öffentliche Anklagen aufgetragen, z. B. wenn gegen die Executionsordnung gehandelt wird 1) oder jemand zum dritten Male ein auf seine streitige Liegenschaft gelegtes Sequester bricht 2). Auf jede Anzeige eines Verbrechens hat der Fiscal die Klage anzustellen 3) und erweist er sich saumelig, so trägt der königliche Statthalter (der Civil-Gouverneur) einem andern Beamten dies Geschäft auf 4). Von Straf geldern erhält er ein Drittheil 5).

§. 32.

Vom öffentlichen Ankläger als solchem.

Der öffentliche Ankläger, er sei nun Fiscal oder Oberfiscal, hat das Recht, einen verdächtigen Richter zu recensiren 6) und braucht, so lange er die Grenzen seines Amtes nicht überschreitet, keine Reconvention zu fürchten 7).

Die Fiscane sind verpflichtet, sich nicht bloß mit der gerichtlichen Anzeige eines begangenen Verbrechens zu begeben, sondern als öffentliche Ankläger auch für die Herstellung des Anschuldigungsbeweises zu sorgen, worin sie von den Behörden zu unterstützen sind 8). Zeigt der Fiscal sich bei Betreibung einer öffentlichen Anklage säumig, so bestellt das Gericht für die zu ver-

1) L. O. p. 247.
2) L. c. p. 38.
3) L. c. p. 247.
4) L. c. p. 218.
5) L. c. p. 87.
6) L. O. pag. 46.
7) L. L. pag. 311. note a.
8) L. O. pag. 247, wo es heisst: „Was nun dergestalt an gegeben wird, dessen soll sich der Ankläger nebst dem „was er sonst selber noch dazu erfinden möchte annehmen, auch dasselbe nach gegebener Anleitung vor’s „Gericht bringen, und auf den geschehenen Beweis und „Gründe (welche er selber durch Hilfe und Zuthun unser serer Befehlsüber zusammen bringen können), die Sache „zum Urtheil betreiben, und sollen die Befehlsüber auch „zusehen, daß von einem solchem keine Sache versäumt „oder niedergelegt werde.“

Richters livl. Strafprocess. 5

Auch nach russischem Rechte sind die Gouvernements- und Kreisauwalde zur offiziellen Anklage ihnen angezeigter Verbrechen, zur Sammlung der nöthigen Beweise, zur Gegenwart bei den darauf folgenden Verhören und überhaupt zur Beaufsichtigung der ganzen Untersuchung und zur Vervollständigung derselben durch neue Verhöre verpflichtet 2). Von der eigentlichen Führung der Untersuchung sind sie aber befreit 3). Letztere ist daher rein inquisitorisch und das Reichsrecht weiss auch von keinem Defensor, so dafs der eigentliche Anklageprozess in demselben gar nicht vorkommt. Die Vorzüge desselben, im Vergleich mit dem reinen Untersuchungsprozesse, werden wir unten ausführlicher erörtern. Hier genüge die Bemerkung, dafs, wo die Form des peinlichen Verfahrens eine mehr contradictorische Natur hat, auch das Amt der Fiscale eine erhöhte Wichtigkeit erhält und ihre Thätigkeit bis zu dem Grade gesteigert wird, wie es der Zweck dieser Institution erfordert und die schwedische Regierung auch offenbar beabsichtigt hat. Nur Polizeiübertretungen durften nach der Landgerichtsordinanz von 1632, §. 7. auch ohne fiscalischen Antrag bestraft werden, obgleich die Fiscale auch von Betreibung solcher Sachen keinesweges ausgeschlossen waren 4). Von der Vereinigung des öffentlichen Anklägers und des die Behörde controllirenden Beamten in eine Person, was bei den livländischen Kreisfiscalen der Fall ist, ist wenig zu besorgen, sobald der Richter selbstständig und unabhangig ist und dem Angeklagten ein Defensor beigegeben wird. Vielmehr wird jener dadurch um so mehr auf die Wahrnehmung der Rechte des Angeschuldigten hingewiesen, wodurch dem Angriffe die Vertheidigung gleich gestellt wird. Beim Hofgerichte, wohin alle Ur-

1) L. O. p. 248.
2) Swob XV. 939, 940, 1020, 1038, 1040.
3) I. c. 1021.
4) L. G. O. v. 1632. §. 7.
theile über schwere Verbrechen zur Leuteration gehen, findet diese Confusion der Personen ohnehin nicht Statt, da bei demselben der Gouvernements-Procureur die Controle übt, während der Oberfiscal nur öffentlicher Ankläger ist.

Auch die städtische Gerichtsorganisation ist von der schwedischen Regierung durch die Anstellung besonderer Stadtfiscale und zwar, wie es scheint, ganz zu demselben Zwecke, wie die Kreisfiscale, vervollständigt worden, denn die Stadtfiscale sind durch L. O. pag. 247. den Kreisfiscalen als öffentliche Ankläger für alle vor jene nicht gehörigen Criminalfälle durchaus gleichgesetzt 1).

Obgleich nach der angeführten Stelle es nirgends an den zur Durchführung der Anklageprocesse tauglichen Beamten fehlen sollte, so haben sich dennoch die Verrichtungen der Stadtfiscale, wo solche vorhanden sind, nach und nach darauf beschränkt, als Ankläger in Procsssachen der Städte aufzutreten. Ob nun die Kreisfiscale ihre Controle auch auf die städtischen Behörden zu richten haben, ist streitig, da der Swod II. 3883. es zwar ausdrücklich vorschreibt, aber zugleich die Städte ausnimmt, in denen besondere Stadtfiscale angestellt sind, ohne indessen die Functionen der Letzteren zu bestimmen. Der rigasche Rath ist durch den Ukas vom 20. Juli 1823 auf Allerhöchsten Befehl von der Controle des Kreisfiscals befreit. Sollten allen Stadtmagistraten, wie sehr zu wünschen, Fiscale beigeordnet und ihnen ihre gesetzmässigen Befugnisse als öffentliche Ankläger, so wie als kontrollirende Beamte wieder eingeräumt werden, so könnten sich die Ge-

1) „Zu solchen Anklägern wurden zuerst die Fiscale gebräuchlich, welche allbereit, ein jeder an seinem Orte, verordnet worden und zwar mit diesem Unterschiede, dafs Alles was von der Ritterschaft und dem Adel versehen wird, von dem Ritterhaus- und Hofgericht-Fiscal ausgeführt, das Uebrige aber, worin andere Stadtpersonen verfehlen, den Stadtfiscalen zur Ausführung gelassen werden sollte. An den Orten aber wo kein Fiscal vorhanden, als in etlichen Städten wie auf dem Lande, so soll der Landschreiber zum Ankläger bestellt werden.“ Auf diese Erwähnung des Landschreibers, gründet sich die in Livland gebräuchliche Vertretung der Kreisfiscale durch den Landgerichtssecretären bei Verhinderung des Ersten.
schäfte der Kreisfiscale auf die übrigen Behörden be-
schränken. Die Stadtfiscale müssten aber eine von den
Magisträten vollkommen unabhängige Stellung haben
und nicht von ihnen, sondern von der Krone ernannt
oder von der Bürgerschaft gewählt werden.

VI. C a p i t e l.

Vertreter des Angeschuldigten.

§. 33.

Von der Vertretung des Angeschuldigten
überhaupt.

Eine Vertretung des Angeschuldigten in der Art,
daß er selbst nicht vor Gericht zu erscheinen und in-
quirirt zu werden brauchte, kann nur 1) bei unbedeu-
tenden Polizeivergehen gestattet werden, da einerseits
dann die Ueberführung durch Geständniss unmöglich
würde, und es andererseits eben so hart als ungerecht
wäre, jemanden peinlich zu bestrafen, ohne ihn selbst
gehört und überführt zu haben. Eine solche Vertre-
tung wird daher vom rigischen Stadtrecht 2) und dem
römischen und canonischen Rechte verboten 3); aus-
genommen zu Gunsten in contumaciam verurtheilter Ab-
wesenden 4). Auch geniessen Minderjährige den Bei-
stand eines Curators 5), was die Praxis mit Unrecht nicht
beobachtet 6), da solches ganz in dem Bereiche der

1) Wie im Code d'instruction criminelle §§. 152 u. 185.
2) L. II., c. 6, §. 3.
3) l. 13, §. 1. D. de publ. jud. l. 11, §. 2. D. ad leg.
Jul. de adult.; c. 5. X. de procurat.; c. 15. X. de accus.
4) c. 15. X. 1. c.; Peinliche Gerichtsordnung §. 155.
5) l. 4. C. de auct. praest.; Portugiesische Criminalordnung
von 1836, §. 121.
6) Quistorp, Grundsätze des peinlichen Rechts, §. 551.;
Tittmann III., S. 142.
von dem deutschen Rechte sowohl als dem livländischen mittleren Ritterrechte ¹) Vormündern auferlegten Pflichten liegt. Nach dem Sachsenpiegel, so wie dem mittleren Ritterrechte ²) und dem rigischen Stadtrechte ³) müssten auch Frauen zu jeder Klage ihren Vormund, oder einen selbstgewählten oder vom Richter ihnen gesetzten Fürsprecher ⁴) haben und nur Eide persönlich zu leisten verpflichtet sein ⁵), eine Art Vertretung, die ihr Erscheinen vor Gericht und ihre persönliche Vernahmung nicht ausschliesst und jetzt durch die jeden Inculpaten verstattete Wahl eines Defensors ersetzt wird. Dass aber die peinliche Gerichtsordnung ⁶) dem Kläger erlaubt, sich vertreten zu lassen, ist als noch heute gültig zu betrachten, selbst dann, wo ein öffentlicher Ankläger auftritt oder blos inquisitorisch verhandelt wird. Die Verweigerung eines so natürlichen Rechts, da das persönliche Vertrauen des Klägers zu seinem selbst gewählten Vertreter sich durch nichts ersetzen lässt, würde Misstrauen in die Rechtspflege zur Folge haben. Diesem Privatakläger müssten dann, aber nur in Beziehung auf die Art und Weise der zu führenden Untersuchung, die Rechte des öffentlichen eingeräumt werden, namentlich in Betreff der Befragung der Zeugen und des Angeklagten selbst, entweder unmittelbar, wie es im englischen Processe der Fall ist, oder durch den Richter, auf seinen Antrag. Allein der Kläger müsste dann auch die von der peinlichen Gerichtsordnung §. 12. vorgeschriebene Caution wegen Schäden und Kosten leisten ⁷). Der öffentliche Ankläger hätte dann mit der Sache nichts zu thun, denn der Kläger hat durch die Aufstellung eines eigenen Vertreters auf ihn verzichtet, ja einigermassen Misstrauen gegen ihn gezeigt, aber die Verhandlungen dieses Vertreters sind vom Gerichte in derselben Weise zu beauf-

¹) c. 49.
²) c. 42, 175.
³) L. II. c. 6, §. 2.
⁴) Ritterrecht, c. 101, 103.
⁵) J. c. c. 43.
⁶) in §§. 12, 14 und 17.
⁷) Im Ermangelungsfalle hat der Kläger, nach dem §. 14. der peinlichen Gerichtsordnung, das Gefängniss des Beklagten zu theilen.
sichtigen und im Interesse der Strafjustiz zu ergänzen, wie es unten in Beziehung auf den öffentlichen Ankläger gezeigt werden wird.

§. 34.

**Von dem Defensor nach livländischem Rechte.**


---

nen Mitteln nicht remunerieren kann und die Defension
nicht verweigern darf 1). Der Defensor hat das Recht
zur Durchsicht der Acten, auf denen er seine Verthei-
digungsschrift zu begründen hat, so wie er auch auf
eine von ihm nöthig erachtete Ergänzung der Unte-
suchung antragen muss, so wie zur Unterredung mit
dem Inquisiten. Die Defensionsschrift geht als Theil
der Acten mit an die Leuterationsinstanz, welche die
evtua vom Untergerichte verweigerte Ergänzung der Un-
tersuchung anordnen kann. Ob eine solche Verweige-
rungr den Defensor zu einer Beschwerde an die Leute-
rationinstanz berechtige, ist zweifelhaft, da die Suppli-
cation de denegata vel male administrata justitia nur
genegen das Hofgericht gestattet ist 2) und auch das
Reichsrecht, in Sachen die ohnehin zur Revision gehen,
keine Beschwerde erlaubt 3). Im Übrigen gelten in
Beziehung auf die Defension die Bestimmungen des deut-
schen Gerichtsgebrauchs.

§ 35.

Von dem Defensionsverfahren.

In der Befugniss des Vertheidigers die Vervoll-
ständigung der Verhöre zu beantragen, liegt auch die,
solches noch während des Verhörs selbst vor sitzen-
dem Gerichte zu thun, wodurch nicht nur viel Zeit
gewonnen, sondern auch einer fehlerhaften Richtung
des Verhörs vorgebeugt wird, welche durch spätere
Ergänzungen sich oft nicht mehr verbessern lässt, weil
die Zeugen durch ihre, auf ungeschickte oder sugge-
stive Fragen gegebenen, unpassenden und einseitigenAnt-
worten sich für gebunden halten. Zu diesem Zwecke
müsst es dem Defensor freistehn bei den Verhören ge-
genwärtig zu sein und den Richter um die Stellung be-
stimmter, dem Angeschuldigten und den übrigen vernomme-
nen Individuen zu machenden Fragen zu ersetzen. Dies-
er Bitte dürfte nur dann nicht willfahrnt werden, wenn
die Fragen als captios oder suggestiv verboten sind.
Dem öffentlichen Ankläger stände dasselbe Recht zu.

1) Samson, Institutionen §. 1485 u. folg.
2) L. O. p. 386.; L. L. p. 75. note g.
3) Swod XV, 1320.

1) Swod XV. 1038.
daß,wünschenswerth sie auch wäre, nicht wohl möglich, — sie kann aber während der darauf folgenden Hauptuntersuchung stattfinden.

VIII. C a p i t e l.

V o m G e r i c h t s s t a n d e.

§ 36.

Gerichtsstand der Geburt.


1) Statut der Universität Dorpat, § 3.


§. 37.

Von den anderen Gerichtsständen.

Die gemeinrechtlichen fora delicti commissi, depre-

1) L. O. pag. 50 u. 56.
2) Mittermaier deutsches Strafverfahren I. §. 55.
3) Statut der Universität Dorpat, §. 6 u. 207.
5) Institutionen, §. 1395.
7) l. c.
hensionis et domicilii können natürlich nur aushilfsweise und dann eintreten, wenn, nach dem foro des Geburtsstandes, mehrere Gerichte zugleich competent sind, dieses sich also zur Bestimmung des Gerichtsstandes als ungenügend ausweist. Denn erstlich ist das deutsche gemeine Recht in Livland nur Hülfrecht und die einheimischen Quellen erwähnen jene Gerichtsstände entweder gar nicht, oder, wie das mittlere Ritterrecht 1), nur zur Bestimmung der Competenz unter mehreren concurrrenden Gerichten desselben Geburtsstandes 2). Ferner wären selbst nach deutschen gemeinrechtlichen Begriffen die fora des Geburtsstandes als privilegirte anzusehen und gingen also den übrigen vor 3). Letztere sind ganz nach den Grundsätzen des deutschen gemeinen Rechts zu beurtheilen, nach welchen sie concurriren, obwohl zur Sicherung des Erfolgs der Untersuchung dem Gerichtsstande des begangenen Verbrechens mit mehreren neuern Gesetzgebungen und den meisten Stellen des römischen Rechts 4) der Vorzug einzuräumen wäre. Auch das rigasche Stadtrecht 5) so wie das Reichsrecht 6) lassen das forum apprehensionis nur in Ermangelung der Gerichtsstände der Geburt, nämlich bei Vagabunden unbekannter Herkunft, und des begangenen Verbrechens eintreten und wenn das rigasche Stadtrecht 7) es nur dem auswärtigen foro delicti vorzieht, so liegt darin ein der rigaschen Gerichtsbarkeit eingeräumter unbilliger Vorzug, da keine Reciprocity zugestanden ist. — Für Untertanen des Königreichs Polens oder des Grossfürstenthums Finnlands, die in den Grenzen des Kaiserreichs sich vergisn, gilt ebenfalls das forum des begangenen Verbrechens 8) und nur in Fällen, die nicht zur Leuteration gehen und wo mehr

2) in der angeführten Stelle, unter mehreren uldigen Ge-
richten.
3) folgt auch aus Swod XV. 896.
4) l. 7. §§. 4, 5. l. 22. D. de accus.; l. 28. D. de poenis
l. 3. D. de off. Praes.
5) L. II. c. 2. §. 3.
6) Swod XV. 897.
7) L. II. c. 2. §. 4.
8) Swod XV. 1885, 1905.
als zehn Individuen beteiligt sind, ist es verstattet
die Untersuchung, in ihrem Wohnorte zu führen und
die Acten zur Urtheilsfällung dem foro delicti commissi
tzu übersenden ¹). Finnländische oder polnische Adlige,
Geistliche und Beamten geniessen hiebei, in Bezug auf
die laudesherrliche Revision des Urtheils, dasselbe Recht
wie die russischen ²).

Über das forum der Connexität enthalten weder
das Provinzial- noch das deutsche Recht Bestimmun-
gen, es treten also die des Reichsrechts ³) ein, nach
denen die von dem Inculpaten angegebenen Mitschul-
digen, Gehilfen, Helfer, Begünstiger etc. dem Gerichts-
stande des ersteren, oder, wenn sie schon früher ver-
haftet worden, dem des Hauptverhebers unterworfen
sind. Doch dürfte auch in diesem Falle das Vorrecht
einer privilegierten Geburt eine Ausnahme bewirken.

§. 38.

Von der Prävention.

Sind mehrere Gerichte gleich competent, so kann
natürlich nur Prävention entscheiden. Von einem in-
competenten Richter vorgenommene Handlungen sind
null und nichtig ⁴), wodurch indess vorbereitende und
provisorische Maassregeln, selbst Verhöre, Augenscheins-
cinnahmen und andere Beweishandlungen nicht ausge-
schlossen sind, sobald Gefahr im Verzuge ist. Sogar
die Wiederholung derselben vor dem competenten Ge-
richte ist gefährlich (namentlich bei Geständnissen die
leicht zurückgenommen werden, obgleich in dieser Hinsicht
das unten allegirte Gesetz die Nullität klar ausspricht)
und sollte nur dann stattfinden, wenn eine Ergänzung
nothwendig oder die Fähigkeit oder Unpartheiligkeit
des Gerichts zu bezweifeln ist. Eine Beschränkung
dieser Gesetzbestimmung wäre also zu wünschen.

¹) Swod XV. 1890, 1907.
²) Swod XV. 1899, 1916.
³) Swod XV. 898.
⁴) c. 4., X. de judic.: "Sicut enim sententia a non suo ju-
dice lata non tenet, ita et facta confessio coram ipso."
§ 39.

Gerichtsstand der Ausländer.

Der Gerichtsstand der Ausländer, so wie die Auslieferung von Verbrechern an fremde Regierungen, sind nicht nur beim Mangel einheimischer und gemeinrechtlicher Vorschriften, sondern auch weil Livland dem Auslande gegenüber nur als russische Provinz anzusehen ist, nach dem russischen Rechte und russischen Staatsverträgen, und wo diese nicht ausreichen, nach dem europäischen Völkerrechte zu beurtheilen, denn Russlands Beziehungen zum Auslande müssen für alle diesem Staate einverleibten Völker und Landschaften gelten. Nach dem Reichsrechte ist der in Russland zeitweilig sich aufhaltende oder ansässige Ausländer den russischen Strafgesetzen unterworfen, mit Ausnahme der Mitglieder des diplomatischen Corps. Da der ausländische Adel in Russland die Rechte des russischen nur in Beziehung auf Befreiung von Leibesstrafe geniesst, so hat der ausländische Adlige in Livland auf den privilegierten Gerichtsstand des einheimischen vor dem Hofgerichte keinen Anspruch, sondern der Ausländer jeglichen Standes sortirt vor das Gericht des begangenen Verbrechens, d. h. in den Städten vor die Magisträte, auf dem Lande vor die Ordnungs- und Landgerichte und wird also auch nach den Orte des begangenen Verbrechens gültigen Strafgesetzen gerichtet (in Livland also nach den livländischen), so wie auch für den russischen, im Auslande ein Verbrechen begehenden, Unterthan dieselbe Regel gilt, ausgenommen wenn es in der Türkei, Persien oder China geschieht, was der untergeordneten Bildungsstufe dieser Länder ganz angemessen ist.

§ 40.

Von der Incometenz der Glieder competenter Gerichte.

Ein nach den oben entwickelten Regeln competentes Gericht kann für einen einzelnen Fall incompetent
werden, sobald Gründe der Verdächtigung gegen dasselbe oder gegen einzelne Glieder eintreten. Denn wenn auch die peinliche Gerichtsordnung § 1 verordnet, der Richter solle „fromm, ehrbar, verständig und erfahren“ sein, so wird dennoch, auch wenn diese Bedingungen häufiger eintreffen sollten als es der Fall sein mag, das Vertrauen auf die Rechtspflege erhöht und die richtige Ausübung derselben mehr gesichert, wenn nicht nur dem Inculpaten und seinem Defensor ein ausgedehntes Recusationsrecht zugestanden wird, sondern auch die Oberbehörde ex officio ein ganzes Gericht oder einzelne Glieder desselben aus gesetzlichen Gründen von der Verhandlung der Sache entfernen kann und zwar gelten hier alle Gründe, welche den Richter sowohl in Civil- als in Criminalsachen zur Aburtheilung gewisser Fälle unfähig machen. Diese sind nach den Quellen Verwandtschaft und Freund- oder Feindschaft zu dem Inculpaten 1), oder wenn die Sache des Richters eigne ist 2), wenn sie früher vom Richter als Anwalt vertheidigt 3), oder in der Un terinstanz von ihm entschieden worden 4), endlich aus allen den Gründen, welche zur Zeugenschaft unfähig machen 5), d. h. ausser den schon angeführten, wenn der Richter einen Vortheil oder Nachtheil aus der Sache zu erwarten hat 6). Der Grad der Verwandtschaft wird landrechtlich nur in der Processordnung bei Thumepiteln 7) auf Kinder, Schwiegernachricht und Geschwisterkinder festgesetzt 8). Das rigasche Stadtrecht 9) er-

1) Resol. an die Hofgerichte vom 17. Aug. 1667, § 11.
3) Gerichtsgebrauch.
5) L. L. pag. 376, note a.
6) L. L. pag. 350, n. a.; l. 10. l. ult. D. c. 10. C. de test.
9) L. I. § 3.
kennt Schwieggerschaft im ersten und Verwandtschaft bis in den dritten Grad für einen Grund der Incompe-
tenz. Da die einheimischen Gesetze die Incompe-
tenz des in angeführter Weise beteiligten Richters fest-
setzen und ihm die Teilnahme an der Verhandlung
bestimmt untersagen, ohne sie von dem Willen der
Parten abhängig zu machen, — da im Criminalprocesse es
sich überhaupt um materiales, nicht um formales Recht
handelt, also, ohne irgend welche Anträge des Beklag-
ten abzuwarten, zu verfahren ist, — da endlich die In-
competenz des Richters eine Nullität involvirt und eine
solehe von Amtswegen gehoben werden muss, so sind
die Gerichte unzweifelhaft berechtigt und sogar ver-
pflichtet, ihre eigenen Glieder von der Verhandlung der
denselben durch das Gesetz entzogenen Sachen auszu-
schließen und wenn dieselben Gründe das ganze Col-
legium treffen, der Oberbehörde darüber Anzeige zu
machen, die sodann die Verhandlung an ein anderes Ge-
richt zu weisen hat. Übrigens erwähnen unsere Quel-
len, nur den Richter selbst als zu recusirende Person.
Die von manchen deutschen Practikern geforderte Aus-
dehnung des Recusationsrechts auf den Actuar oder
Secretair ist nicht gesetzlich begründet und auch theils
nicht erforderlich, da dieser Beamte nur eine berathende
Stimme hat, theils in der Ausführung schwierig, weil
er meist nicht leicht zu ersetzen ist.

VIII. C a p i t e l.

Von dem Processverfahren selbst und
seinen Hauptbestandtheilen.

§ 41.

Aufzählung der Essentialien des Processes
und namentlich von der Vor- und der Haupt-
untersuchung.

Die schwedischen, für Livland gegebenen, Verord-
nungen und namentlich die Landgerichtsordinanz von
1632, §. 25, und die Executionsordnung von 1669, §. 26, setzen für Vergehen von Adligen eine Verhandlung „durch Klag und Antwort“ und „nach der Gerichtsordinanz und Process“ fest, wobei der Fiscal als Ankläger auftreten soll. Auf diesen Verordnungen, einigen Bestimmungen der Carolina und dem deutschen Gerichtsgebrauch gestützt, hat die Praxis in Livland einen besonderen, und zwar zum Theil mit den Grundsätzen des Civilprocesses übereinstimmenden, Anklageprocess gegründet, oder vielmehr aus dem früheren mittelalterlichen Verfahren erhalten, so daß das heutige livländische Recht zwei verschiedene Criminalformen kennt: die inquisitorische und die accusatorische. Wesentliche, d. h. von dem Begriffe des Processes als solchen untrennbare Bestandtheile beider sind: 1) die zur Anstellung eines peinlichen Verfahrens vorzunehmenden einleitenden Maßregeln oder nothwendige Vorbedingungen desselben, als Ladung, Verhaftung, Haussuchung u. s. w. 2) Die Er mittelungs- und Beweishandlung, nämlich a) im An klageprocess die gegenseitigen Verhandlungen der Parten 1), denen aber, der Natur der Sache nach, doch immer eine Voruntersuchung vorangeghn muss, aus wel cher der öffentliche Ankläger die Materialien zu seinem Klaglibell entnimmt und an der er selbst thätigen An theil zu nehmen hat. Denn die oben allegirte Execu tionsordnung, §. 26. 2), besagt ausdrücklich: „Was nun angegeben wird, dessen soll sich der Ankläger, nebst dem was er sonst selber noch dazu erfinden möchte, annehmen, auch dasselbe nach gegebener Anleitung vor’s Gericht bringen, und auf den geschehenen Beweis und Gründe, welche er selber durch Hülfe und Zu thun unsrer Befehlshaber zusammen bringen können, die Sache zum Urtheil betreiben.“ Der öffentliche Ankläger hat daher selbst die Materialien zu seiner Instruierung zu sammeln und nicht bloss nach der von einer requirirenden Verwaltungsbehörde ihm ertheilten Instruction zu handeln, um so mehr da er im Geiste der schwedischen Verordnungen bei allen schweren Verbrechen ex officio thätig ist und in vielen Fällen,

1) L. G. O, von 1632, §. 25.
2) in den Landesordnungen pag. 247.
ohne Requisition irgend einer Behörde, sondern auf Privatanzeigen, polizeilichen Mittheilungen, Notorietät und dergleichen auftreten muss. Eine Voruntersuchung findet noch in allen Ländern statt, wo der Anklageprozess vorherrscht, wie in England und Frankreich, und zwar wird dort immer erst nach beendigtem Vorverfahren über die Versetzung in den Anklagezustand fürenlich 1) abgeurteilt — eine wegen der harten Folgen eines fürenlichen Criminalverfahrens für den Unschuldigen sehr nützliche Garantie. Sie genießt in Livland der eines Amtsvergehens bezüchtigte Beamte und zwar in Folge der Reichsgesetze, welche eine Gerichtsübergabe wegen Amtsvergehen nur aus bestimmten Gründen, also doch nach vorhergegangener Untersuchung und Ermittlung derselben durch die Oberbehörde des Inculpates zulässt, obgleich das Reichsrecht 2) die Versetzung in Anklagestand auch ohne vorherige Untersuchung und Vernehmung des inculpirten Beamten, doch natürlich nur in ganz klaren und keine Voruntersuchung erfordernden Fällen, gestattet. b) Im Untersuchungsprozesse geht ebenfalls der gegen einen bestimmten Angeklagten gerichteten und alle zur Begründung des Urtheils erforderlichen Umstände, sowohls des objektiven als subiectiven Thatbestandes, die Thäterschaft, so wie die etwanigen Schärfungs- und Milderungsgründe bis zur möglichsten Gewissheit ermitteln, also den ganzen Beweis und Gegenbeweis aufs genaueste feststellenden Specialinquision, eine sogenannte Generaluntersuchung voraus, welche zuvörderst die Spuren des Thatbestandes aufzusuchen und denselben, d. h. sowohl das corpus delicti als die Thäterschaft, bis zu einem so hohen Grade von Wahrscheinlichkeit festzustellen hat, daß nüg gegen ein oder mehrere bestimmte Individuen, als vermutliche Thäter oder Mitschuldige, die Untersuchung gerichtet und dieselben ohne Ungerechtigkeit als peinlich Angeklagte angesehen und behandelt werden können. Der Zeitpunkt der Versetzung in den Anklagestand liegt also auch im Untersuchungsprozesse

1) in England von einem besonderen Geschwornengericht, in Frankreich von der Anklagekammer des Criminalgerichts erster Instanz, wogegen noch appelliirt werden kann.
2) Swod XV. 1489.

Richters livl. Strafsprocess. 6
der Unterscheidung zwischen General- und Specialinquisition, aber unbewusst und unausgesprochen, zum Grunde. So wie es von jeher über die Gränzscheidung der General- und der Specialinquisition, des summarischen und articulirten Verhörs Streit gegeben hat, so ist es auch offenbar, daß dieselbe nach dem reinen Untersuchungsprinzip nicht bestimmt zu ziehen ist, um so mehr, da oft gleich zu Anfang oder im Verlaufe der ersten neben dem objectiven Thatbestande auch die Thäterschaft sich zur Ermittelung darbietet (existirt doch keine That ohne Thäter) und so die Untersuchung sofort gegen ein oder mehrere verdächtige Subjekte zu richten und dieselben auch zu verhaften sind, die dennoch aus Mangel an tiefern Verdachtsgründen wieder freigelassen werden müssen, so daß die Ermittlung der Thäterschaft im Gegensatze zu der des Thatbestandes auch nicht als Criterion der Hauptuntersuchung dienen kann. Von den individuellen Umständen des concreten Falls und von dem Ermessen des Inquirirents hängt meist der Uebergang ab, sobald von einer Versetzung des Inculpaten in den Anklagestand abgesehen wird. Außerdem fordern die dringendsten Interessen der Angeklagten eine genaue Bestimmung des Zeitpunktes, von dem an sie als peinlich Angeklagte zu betrachten sind, wie eine solche im Anklageprocess sich von selbst ergiebt 1). Wo der reine Untersuchungsprocess vorherrscht, bleibt nichts übrig, als die Special- von der Generalinquisition, wenigstens äusserlich, entweder durch zu trennen, dafs der Inquiriret von der einen zur andern nicht ohne Decret des Gerichts übergehen darf 2), worüber die gemeinrechtliche Praxis und Doctrin schwanken 3), oder dafs jede, wie in Livland, einer besonderen Behörde aufgetragen wird, woraus aber noch immer der Nachtheil entsteht, dafs das voruntersuchende Polizeiamt für seine Thätigkeit weder eine bestimmte Richtung, noch ein lebhaftes Interesse hat, während der

---

1) So wurden in Frankreich im Jahre 1836 von den Bezirksgerichten in 17,265 Fällen die Untersuchung sistirt und zwar in 9455 Fällen, weil die That kein Vergehen oder Verbrechen ausmachte.
2) Bayersches Strafgesetzbuch II. 98.
3) Mittermaier, l. c. §. 136.
öffentliche Ankläger beides in der Klage erhält, die er anzustellen, also auch gehörig zu begründen hat.

In Livland wird diesen Mängeln dadurch abgeholfen, daß die Fiscale, wie es ihnen nach ihrer obliegenden Instruction obliegt, die wichtigsten Criminalfälle in der ersten Instanz ex officio zu betreiben und dann auch vorgeschriebenermaßen, wenn auch nicht an der Generaluntersuchung der Polizeibehörden 1), so doch an den landgerichtlichen Specialuntersuchungen, durch zweckdienliche Anträge, Theil zu nehmen haben. Der livländische Strafprozeß erhält dadurch, so wie durch die Zuziehung von Defensoren, eine contradictorische Natur, er wird zu einem accusatorisch-inquisitorischen Prozesse, wie er es zu herrmeisterlichen, polnischen und schwedischen Zeiten und zu Anfange der russischen Beherrschung zum Theil schon gewesen 2) und nur durch die in gesetzwidriger Lässigkeit veränderte Stellung der Fiscale und durch den überwiegenden Einfluss des, in der deutschen gemeinrechtlichen Praxis des achtzehnten Jahrhunderts, vorherrschenden inquisitorischen Verfahrens, in der Anwendung bisweilen vernachlässigt worden ist 3). Das Reichsrecht lüsst seine Kreis-Anwälte sowohl an der Vor- 4) als auch auf sehr thätige Weise an der Hauptuntersuchung Theil nehmen, freilich in mehr beaufsichtigender als accusatorischer Form, obgleich dem Wesen nach die Anklage von ihnen in allen Fällen ausgeschrieben werden soll, wo kein Kläger auftritt 5). Dies hat ausser Livland keine Schwierigkeit, weil es dort nur eben so viel Landpolizeibehörden, als Criminalgerichte erster Instanz giebt, während die Häufung der Geschäfte eine Vermehrung der Ordnungsgerichte noth-

1) Dieses wäre wegen der grössern Anzahl der neuen Ordnungsgerichte, im Verhältniss zu den fünf Fiscale, ohne bedeutende Verzögerung, nicht wohl ausführbar.
3) Die überwiegenden Vortheile dieses Systems sollen unter §. 45. gezeigt werden.
4) Swod XV. 944.
5) Swod II. 2303. („Гдѣ нѣ тъ, нѣ тъ.“)
wendig gemacht und so die Theilnahme der Kreisfisc-
cale an den Verhandlungen derselben beschränkt hat.

Die schwedischen, in Livland gültigen Verordnun-
gen enthalten über eine Trennung der General- von der
Specialinquisition keine bestimmte Vorschriften. Sie
findet also für Livland ihre gesetzliche Grundlage in
dem gemeinen deutschen Recht, in welchem sie sich
meist durch Gerichtsgebrauch ¹) ausgebildet hat. Die
Generalinquisition wird von der Stadt- oder Landpoli-
zei betrieben und nach Actenschluss an das erkennende
Criminalgericht gesandt ²). Dieses geschieht sehr zweck-
mässig auch dann, wenn kein Schuldiger hat ausgemit-
telt werden können ³), d. h. keine Specialinquisition zu
verhängen ist, indem auch dann nicht die Polizei, son-
dern das Criminalgericht erster Instanz über die etwa-
nige Fortführung der Untersuchung, also in Livland über
Eröffnung der Specialinquisition, entscheidet ⁴).

Zur Controle eines voreiligen Schlusses der Vor-
untersuchung von Seiten der Polizeibehörde dient die,
aucli in Livland gültige, Bestimmung des Reichsrechts,
dafs die Polizei, wenn kein bestimmtes Verbrechen vor-
liegt oder kein Schuldiger auszumitteln ist, dem Civil-
Gouverneur, als oberstem Polizeichef des Gouverne-
ments, zu berichten hat, der, wenn er das bisherige
Verfahren nicht befriedigend findet, oder darüber bei
ihm Klage geführt wird, die fernere Verhandlung dem
Criminalgerichte aufträgt ⁵). Wenn nun zwar letzteres
auf diese Weise von allen, der Polizei bekannt gewor-
denen, Criminalfällen unterrichtet wird, und ihre Acten
zur Einsicht erhält, so wird eine bedeutende Garantie
für den Inculpaten darin liegen, wenn das Criminalger-
richt, nach Zuziehung des Fiscals, als öffentlichen An-
klägers, so wie des Defensors, die Versetzung in den
Anklagestand, resp. die Eröffnung der Specialinquisi-
tion oder die Loosprechung des Inquisiten, durch ein
förmliches Decret, verfügt. Dies erfordert nicht nur
die Wichtigkeit eines solchen Decrets, sondern auch

¹) in Folge des c. 14., X. de accus. u. der P. G. O. §. 6.
²) Swod XV. 1143.
³) l. c. 1144.
⁵) Swod XV. 1228.
die Rücksicht, daß durch dasselbe sehr häufig 1) die Specialuntersuchung oder der förmliche Criminalprocess ganz vermieden und so die Verwaltung der Justiz bedeutend vereinfacht und beschleunigt werden kann. Man wende nicht ein, daß durch das von dem Criminalgericht erster Instanz zu erlassende Decret über Versetzung in Anklagestand unnütz Zeit verloren gehe, denn dieses Decret wird theils durch die im Reichsrecht 2) verordnete Einsendung der Acten erforderlich und wird auch sehr oft 3) negativ ausfallen und so eine grosse Anzahl Specialuntersuchungen abgeschnitten werden. Die Durchsicht der Polizeiaente und die Verfü- gung auf dieselbe bleibt unerläßlich, weil dem Criminalgerichte nicht zugemuthet werden darf, auf das blosse Sentiment der voruntersuchenden Polizeibehörde hin die Specialuntersuchung entweder anzufangen oder wegzulassen. Die Theilnahme des Fiscals als öffentlichen Anklägers so wie der Defensoren bei einem Acte, der die Grundlage des ganzen folgenden Verfahrens ist, scheint unerläßlich. Auch wäre der Inculpat selbst zur Vorbringung seiner etwanigen Einwendungen gegen die Eröffnung der Specialuntersuchung zu vernehmen: In Processen über Amtsvergehen liegt die Versetzung in Anklagestand in der Verfügung der Oberbehörde des Inculpaten zur Gerichtsübergabe, welche Verfügung immer erst nach gehörig geführter Untersuchung und nach Vernehmung des Beteiligten erfolgen darf. Ist ein Adliger in einen Criminalprocess verwickelt, der also in erster Instanz vor das Hofgericht gehört und ohnehin accusatorisch zu führen ist, so wird das Hofgericht, ehe es den Oberfiscal zur öffentlichen Anklage aufforder, doch immer erst die von der Polizeibehörde geführte Generaluntersuchung prüfen müssen, bevor es dem Landgerichte die Specialinquisition aufträgt. Es wird also auch über die Eröffnung der letzteren ein Decret fallen müssen und kann zuvor den Oberfiscal und den Vertheidiger des Angeschuldigten hierüber ver-

1) wie das pag. 82. note 1. dieses §. angeführte Beispiel von Frankreich zeigt.
2) Swod XV. 1144.
3) da die Polizeibehörde nach Swod XV. 1144. in allen Fäl- len ihre Acten einsenden muss.
nehmen. Die Standeslehre des Betheiligten fordert diese Garantie noch um so dringender. In den Fällen, wo schon während der Generaluntersuchung der Inculpat zur Haft zu bringen ist, wird dieselbe dadurch auch sehr abgekürzt werden, wenn das Criminalgericht erster Instanz, ohne sofort die Specialuntersuchung anzufangen, zuerst über die Zulässigkeit derselben ein Urtheil spricht; diese Einrichtung ist also auch eine Pflicht der Gerechtigkeit und Menschlichkeit gegen die Augenschuldigten. Auch wird die öffentliche Meinung, selbst die des gemeinen Mannes, sich bald daran gewöhnen, in der sittlichen Beurtheilung der Inculpaten einen Unterschied zwischen dem, nur in der Voruntersuchung Gestandenen und dann färmlich Losgesprochenen und zwischen dem in Anklagestand feierlich Versetzten und der Specialinquisition Unterworfenen zu machen. Dieser Unterschied tritt bei unserem heutigen Verfahren, nicht genug hervor und ist demnach wesentlich, weil auch der Unschuldigste und Verdachtlosigste in eine Voruntersuchung gerathen kann.

Ein grosser Vorzug des Provinzialrechts besteht darin, daß das Criminalgericht erster Instanz selbst die Specialuntersuchung zu führen hat, also nicht blob nach den todten Acten, sondern nach eigener Anschauung und in Folge eines lebendigen Verkehrs mit dem Inculpaten sein Urtheil fällt und sich nicht auf ein untersuchendes Polizeiamt oder einen Inquirenten, wie in Deutschland, zu verlassen braucht 1). Die Specialuntersuchung, welche vom Richter selbst und im Hühnlicke auf das in seinem Geiste sich allmählig bildende Urtheil als Schlussfolgerung aus demselben geleitet wird, erhält gewiss eine bestimmtere Richtung und ermittelt die zu dem Urtheile nothwendigen Prämissen viel genauer und sicherer, als wenn sie von einem andern Beamten veranstaltet wird, der an ihrer richtigen Führung gar nicht dasselbe Interesse hat. Auch wird nur dadurch diese wünschenswerthe Zuziehung der Fiscale, als öffentliche Ankläger, und der Defensoren zu der Untersuchung möglich.

1) s. auch Bentham, traite des preuves I. p. 265.
§. 42.

Von der aus der Versäumung processualischer Haupthandlungen erwachsenden Nullität.

Wo eine solche Haupthandlung ausfällt, ist sie nicht nur nachzuholen, sondern es werden durch diesen Mangel auch alle diejenigen Prozesshandlungen afficirt, welche unter ihrem Einflusse hätten vorgenommen werden sollen. Diese sind also schon von vorn heraus in ihrem Ursprunge und Wesen verfälscht, folglich ungültig, d. h. nichtig ¹). Eben so ist diejenige Haupthandlung nichtig, die zwar nicht ganz ausfällt, aber der es an einem wesentlichen Erfordernisse fehlt, so wie alle aus dieser Handlung abgeleiteten ²). Welche die nie zu unterlassenden Haupthandlungen des Processes und welche die wesentlichen Erfordernisse jeder einzelnen seien, und ob sie nachgeholt werden dürfen, ohne dass die frühere Unterlassung eine Nichtigkeit einiger oder aller auf sie folgenden Handlungen bewirke, ist vom Gesetze genau zu bestimmen. Neuere Verordnungen benennen daher diejenigen Formalitäten, deren Unterlassung eine Nichtigkeit der unter ihrer Beobachtung vorzunehmen gewesenen Handlungen, also auch der aus dieser abgeleiteten Acte nach sich ziehe, ausdrücklich ³). Das königlich-sächsische Gesetz vom 30. März 1838 §. 9 stellt auch dann, wenn eine unter Strafe der Nichtigkeit vorgeschriebene Formalität nicht nachgeholt und ihrem Mangel auch nicht sonst abgeholfen werden kann, dem Richter anheim, den Einfluss der Verletzung der Form auf die Glaubwürdigkeit der Handlung selbst zu prüfen; nur auf Todesstrafe darf bei dem Mangel einer solchen Formalität nie erkannt werden. Dadurch wird freilich dem Nachtheile der Annullirung wichtiger und einflussreicher

¹) z. B. eine Urteilsvollstreckung ohne Urteilsfällung, letztere ohne Specialinquisition und diese ohne Generalinquisition.
²) z. B. ein Zeugenverhören ohne protocollarische Aufnahme desselben und folglich das ganze daraus folgende Beweisverfahren.
³) Preuss. Crim.-Ordn. §§. 21 u. 45.; Baiersches Strafgesetzbuch II. 38.
Processhandlungen, deren Nachholung nicht mehr mög-lich ist und oft der eines ganzen Processes vorgebeugt, aber auch dem Richter eine sehr ausgedehnte Macht-vollkommenheit gestattet. Es kann sich aber doch er-eignen, daß eine sonst unwesentliche oder doch nicht unter Androhung der Nichtigkeit im Unterlassungsfalle gebotene Förmlichkeit oder ganze Processhandlung, in einem einzelnen Falle, eine solche Wichtigkeit erhält, daß durch ihre Versäumung das Resultat der ganzen Untersuchung schwankend und ungewiss wird. So kön-nen z. B. einige der bei der Recognition einer wichti-gen Person oder Sache, etwa des Angeschuldigten oder eines Mordwerkzeugs, erforderlich gewesenen Vorsichts-maassregeln, die nach Lage der Sache wechseln und daher nicht alle vorgeschrieben werden können, unter-lassen worden sein und so das Resultat der ganzen Recognition und der Thatbestand so wie die Thäter-schaft des Angeschuldigten ungewiss werden. Es bleibt dann nichts übrig, als auch für solche Fälle die Nach-holung des Versäumten vorzuschreiben, oder, wo sol-che nicht thunlich, dem richterlichen Ermessen, etwa mit Recurs an die Oberbehörde, sogar die Annullirung aller der von der Versäumung leidenden Processhandlungen anheim zu stellen.

§. 43.

Bestimmungen des positiven Rechts über Nullitäten.

Der Landlagh 1) zählt eine Menge Nichtigkeits-gründe auf, welche mit Unrecht bloss im Civilprocesse als gültig betrachtet werden möchten, da das Gesetz diese Beschränkung nicht enthält und das leuterirende Gericht sowohl als das in höchster Instanz revidirende auf die Vermeidung derselben zu sehen haben. Diese Nullitätsgründe sind folgende: a) rücksichtlich des Richters: 1) wenn er zu der Sache nicht als Rich-ter verordnet worden, oder zu ihrer Entscheidung nicht competent war, also aus gesetzlichen Gründen recusirt werden konnte; 2) wenn er zwar als Richter verord-net, aber nicht beeidigt war; 3) wenn der Beklagte nicht

1) p. 383—385. n. b.
unters seinem Gerichtszwange stand; 4) wenn die Sache schon bei einem andern Gerichte anhängig war. Diese Nullitäten involvierten offenbar die Nichtigkeit des ganzen Processes. Hingegen wird bloß das Urtheil nichtig, wenn es 5) nicht an dem Gerichtsorte, nicht nach Stimmenmehrheit, nicht von der gesetzlichen Anzahl Glieder vor Ablauf einer ertheilten Frist oder nachdem die Partei ihre rechthlichen Hinderungen erwiesen hatte, ertheilt wurde. Die beiden letztcn Bestimmungen passen nur auf den Anklageprocess, die, daß die Entscheidung einer ergriffenen Appellation abzuwarten sei, nur auf in Fällen, die nicht zur Leuteration oder Revision gehören, eingelegte Appellation oder Beschwerde 1); b) rücksichtlich des Beklagten, wenn er unmündig (d. h. nach peinlichen Gesetzen ganz unzurechnungsfähig) oder nicht sitzt oder gehört 2), oder durch einen nicht legitimirten Sachwalter oder Defensor verteidigt worden, oder er bei der verhandelten Sache gar nicht beteiligt ist. Hiedurch wird der ganze Process nichtig, in soweit er durch solche gesetzwidrigen Vorgänge bestimmt war; c) rücksichtlich der Form der Verhandlung, wenn Gegenstände, die in der Citation nicht vorkommen, verhandelt und abgeurtheilt werden oder das Urtheil vor eingegangener Erklärung des Beklagten gefällt wird. Beides passt nur zum Anklageprocesse und ist in beiden Fällen nicht die ganze Verhandlung, sondern nur das Urtheil und zwar in jenem nur, insofern es sich auf die in der Citation übergangenen Gegenstände bezieht, nichtig. Andere hier vorkommende Nichtigkeitsgründe kommen nur im Civilprocesse vor; d) rücksichtlich der verhandelten Sache und des Inhalts des Urtheils, wenn es dem früher in derselben Sache gefällten oder einem positiv-gebietenden oder verbietenden Gesetze offenbar widerspricht 3). Hiezu fügt das römische Recht noch den zur Zeit der Urtheilsfällung schon erfolgten Tod

1) s. unten §. 85.
2) v. 6. C. de accus. ; Reichskammer-Gerichtsordnung von 1555, II. 28. §. 5.
3) C. quando provocare non est necesse, 1. 5.: „quod contra jus gestum videtur“; D. quod sent. sine app. resc., 1. 1. §§. 2 u. 3.: „Quum contra sacras constitutiones judicatur.“
des Inculpaten ¹), die Unmöglichkeit der Urtheilsvoll-
streckung ²) und ein durch Bestechung erlangtes Ur-
theil ³) hinzuz. In letzterem Falle ist auch die ganze Ver-
handlung, als vermutlich durch denselben verwerflichen
Grund influencirt, aufzuheben. Die Zweckmässigkeit
dieser Vorschriften ist nicht zu verkennen. Als ein
sich von selbst verstehender Nullitätsgrund ist noch
die Verjährung des Verbrechens auszuheben, denn da
sie jede Untersuchung abschneidet, so ist die trotz
dem geführte, für keine zu Recht beständige zu hal-
ten. Hingegen steht es dem auf irgend eine Weise,
wohl auch durch blosses Gerücht, Beschuldigten frei ⁴),
zu jeder Zeit, ohne Rücksicht auf Verjährung, seine
Unschuld auszuführen ⁵). Der urteilende Richter so-
wohl als die leuterirende oder revidirende Oberinstanz
hat ex officio auf die Wegräumung aller Nichtigkeits-
gründe zu sehen.

§. 44.
Hauptgrundsätze sowohl des accusatorischen
als inquisitorischen Verfahrens.

Zweck des Richters ist selbständige, von dem
Anbringen der Parten unabhängige Ermittelung der ma-
teriellen Wahrheit, weil der Staat an der Erforschung
und Bestrafung des Vergehens ein eignes, von den Ent-
schädigungsforderungen oder Vergeltungsgefühlen des
Verletzten ganz getrenntes Interesse der öffentlichen
Sicherheit und sittlichen Ordnung hat ⁶). Das römi-
sche Recht, in welchem doch das accusatorische Verfah-
ren vorherrschte, befehlt daher selbst auf Geständniss
nicht zu bestrafen, wenn die Wahrheit desselben zweifel-
haft erscheint ⁷), und die peinliche Gerichtsordnung, in der
jene Verfahrensart ebenfalls die Hauptrolle spielt, macht

¹) I. 2. D. cod.
³) venales sententias I. 7. C. 1. c.
⁴) qui reis. requirendus annotatus est.
⁵) I. 2. §. 4. D. de requir. reis.
⁶) „um gemeinen Nutzens willen“ straft die P. G. O. §§.
es dem Richter zur Pflicht 1), von sich aus den Angeklagten auf die ihm etwa zur Seite stehenden Entschuldigungsgründe aufmerksam zu machen. Auch kann der Angeklagte durch keinen Prächusivtermin an der Ausführung seiner Vertheidigung gehindert werden 2). Dem widerspricht die §. 43. note 1. allegirte note b. der p. 388. des Landlags, durch die Festsetzung einer Nullität, wenn Gegenstände, die in der Citation nicht vorkommen, verhandelt werden, nicht; sie gewährt dem Beschuldigten nur den billigen Vortheil, nicht mit unvorhergesehenen Anklagen überrascht zu werden und hindert den Richter nicht, wenn im Laufe der Verhandlung neue, nicht in der ersten La-
dung begriffene und dem Inculpaten zur Last gelegte Vergehen zur Sprache kommen, eine neue Ladung an ihn zu richten, so wie es dann, nach der oben ange-
führten Landesordnung p. 247., dem öffentlichen Anklä-
ger obliegt, selbst die Materialien zu einer neuen An-
klagaeette zu sammeln. Ebenso wenig steht dem die
peinliche Gerichtsordnung §. 3. entgegen, welche zur Eröffnung der Zeugenaussagen (Kundschaft) an den
kläger und Beklagten Termine ansetzen lässt, ohne
ihnen aber eine Prächusivkraft zu geben, noch die l. 2.
§. 3. D. de appell., welche von einer Capitalstrafe am
Tage nach der Urtheilsfällung zu appelliren vor-
schreibt, da sie in Livland, wo alle Urtheile über
schwere Verbrechen ohnehin zur Leuteration und Re-
vision gehen, nicht praktisch ist. Nur dem Ankläger
schreibt die peinliche Gerichtsordnung §. 12. vor, in
der von dem Richter ihm gesetzten Frist, bei Gefahr
der Verurtheilung in Schäden und Kosten, seinen Be-
weis auszuführen. Dem Gange der Verhandlung scha-
det diese Bestimmung nicht, da die Frist aus Gründen
verlängert werden muss und auch im inquisitorischen
Processe der Richter den Actenschluss zu verfügen hat,
so bald die Fortsetzung der Untersuchung keine neuen
Resultate erwarten lässt, denn die von keinen Wahr-
scheinlichkeitsgründen unterstützte blosse Möglichkeit
der selben reicht zur Aufschiebung des Actenschlusses,
der dann nie erfolgen könnte, nicht zu, weil kein Cri-

1) §. 47.
2) l. 2. §§. 4. D. de reg. reis.
minalbeweis die logische Möglichkeit des Gegenteils, sondern nur dessen Wirklichkeit, und zwar durch die ihr widersprechende Wirklichkeit des Beweisgegenstandes, ausschliesst.


1) P. G. O. §. 17.
2) Mittermaier, 1. c. §. 155.
3) Code d'instruction criminelle, a. 266 u. 293.
Parten-Vor- und Anträge geschehen, da der Richter keinen Theil unterstützen kann, ohne die Selbstständigkeit und Unpartheiligkeit einzubüßen, die im Begriffe seines vermittelnden und reine Gerechtigkeit übenden Amts liegen und dessen ganze Würde und Erhabenheit ausmachen, wohl aber durch eine von Gerichte ausgebende ergänzende Untersuchung, die wohl meist in Verhören des Angeklagten und der Zeugen, wozu oft die Stellung einzelner Fragen hinreicht, bestehen wird, so wie durch eine angemessene Processdirection, indem keinem Theile die Ergreifung ungesetzlicher Mittel, z. B. die Stellung captioßer oder suggestiver Fragen erlaubt und zugleich auf genaue Beobachtung aller vom Gesetz vorgeschriebenen Prozessvorschriften, z. B. Beedigung der Zeugen u. s. w. von Amtswegen zu sehen ist. Denn das Gericht soll ja Gerechtigkeit üben, folglich sich von allen das Verbrechen und die Verschuldung bestimmenden Thatumstände aufs genaueste und zuverlässigste unterrichten, um ein ihnen vollkommen angemessenes und dann erst gerechtes Urtheil fallen zu können. Dies geschähe aber nicht, wenn das Gericht sich mit der oft unvollständigen und unzuverlässigen Ermittlung dieser Thatumstände, durch die in seiner Gegenwart vorgenommenen Partenverhandlungen beginnen und lediglich pro ut acta jacent, nach der beliebten civilrechtlichen Verhandlungsmaxime, ein ungefährtes Urtheil aussprechen wollte, Auch der französische Gerichtsgebrauch, nach welchem der Staatsanwalt die Anklage zum Theil oder ganz fallen lassen kann, wenn er sich im Laufe der Debatten von der Umschuld des Angeklagten überzeugt, verdient Nachahmung; nur muss dem Gerichte freistehen, hierauf keine Rücksicht zu nehmen, wenn es anderer Meinung ist.

§. 45.

Der gemischte Anklageprocess als Wahrheit des Strafprocesses überhaupt.

Während im Anklageverfahren Angriff und Vertheidigung sich offen gegenüberstehen, sind sie im Unter-

suchungsprozesse in der Person des inquirirenden Richters verhüllt und in ungeschiedener Einheit vorhanden, der ausserdem auch noch oft zugleich der Angriff und Vertheidigung, durch ein unpartheisches Urtheil, Vermittelnde sein soll, also eine dreifache Function in sich vereinigt. Denn wenn auch die Untersuchung nur mit der unbestimmten Anzeige einer Thatsache anhebt, der vermuthungsweise eine strafbare Handlung zu Grunde liegt, so schreitet sie doch mit der Verifizierung des Thatbestands zugleich zur Ermittlung des Thäters und der Inquirent sammelt alle die sich ihm darbietenden Indicien zum künftigen Anschuldigungsbeweise und bildet sich, wenn er nicht ganz ohne Ziel und Zweck verfahren will, einen auf diesen Beweis gerichteten Untersuchungsplan, wobei er denn auch die Entschuldigungsgründe nicht vernachlässigen soll. Ein Criminalprocess ohne ihm zu Grunde liegende Anschuldigung ist gar nicht denkbar. Da aber diese sowohl als die Entschuldigung (namentlich letztere — die der Amtseifer des Inquirenten leicht vernachlässigt), um sich das Gegengewicht zu halten, von Anfang des Processes an gleichmässig und selbstständig hervortreten haben, was nur das Anklageverfahren leistet, so leuchtet hervor, daß dieses, das die Gegensätze zu Tage fördert, die eigentliche Wahrheit des Inquisitionsprocesses ist. Zwar scheint dies dem historischen Entwicklungsgange des Processes zu widersprechen, der mit dem Anklageprozesse angefangen hat. Allein dieser in seiner ursprünglichen Form war mit bedeutenden Mängeln behaftet. Der Staat blieb in der Ausmittlung des Verbrechens ganz unhätig, der Process trat nur in Ermanglung der Selbsthilfe ein, und selbst dann war der Richter von dem Anbringen der Parthieen abhängig und die Strafe war als Sülm- und Lösungsgeld der vertragsmässigen Festsetzung der Betheiligten überlassen. Diese Form musste eben wegen ihrer Mängel in den Gegen- satz des reinen Untersuchungsprocesses umschlagen, den schon die c. 7. C. de accus. bei amtlichen Denun- ciationen, so wie die peinliche Gerichtsordnung §. 6. bei Gericht und Anzeigen, so wie §. 214. in Ermanglung von Klagen und das cap. 17, 21, 24. X. de accus.; cap. 10. X. de purg. canon.; c. 31. X. de simon. c. un.; X. ut eccl. benef. ganz allgemein gestatten. Der Anklage-

\(^1\) Dessen Bedürfniss auch in England wegen der Straflosigkeit vieler Verbrechen gefühlt wird. Mittermaier §. 137.
\(^2\) wie einigermaassen in Frankreich.
handeln kann. Diese Controlle ist zugleich dem Inquirenten eine Erleichterung seines mühsamen Geschäfts. Die Last der Aufsuchung und Feststellung der Beweis- und Gegenbeweismittel fällt nicht allein auf ihn. Der öffentliche Ankläger und der Defensor haben zu diesem Zwecke die geeigneten Anträge zu stellen und ihn auf Versäumtes aufmerksam zu machen, so wie ihr Zeugniss ihm auch zur Rechtfertigung dienen kann, wenn trotz des umsichtigsten Eifers die Untersuchung misslang, oder gegen sein Benehmen bei derselben ungegründete Klagen erhoben werden.

IX. Capitel.

Von den vorbereitenden Maassregeln.

§ 46.

Einleitung.

Ehe auch nur die Voruntersuchung in einer Criminalsache beginnen kann, muss die Behörde darauf bedacht sein, sich die zur Führung derselben erforderlichen Mittel zu verschaffen. Das vorzüglichste, und wenn kein Contumazialverfahren, was das römische Recht nur bei geringfügigen Vergehen zulässig 1), eintreten soll, unerlässliche Mittel 2) während des ganzen Proces ses anhaltend, ist 1) die Gegenwart des Angeschuldigten; außerdem sind 2) auch noch Zeugen, so wie nach Lage der Sachen verschiedene materielle Gegenstände, Urkunden u. a. erforderlich, die oft nur durch geeignete Zwangsmittel zu erhalten sind; 3) ist die

1) I. I. de requis. vel abs. damn.; I. 5. pr. D. de poenis;
   I. 6. C. de accus.
2) c. 24. X. de accus.
Identität der vorgestellten Personen und Sachen durch Recognition festzustellen; 4) sind die Hindernisse, welche sich der gehörigen Benutzung derselben, namentlich der Personen durch hartnäckiges Schweigen, Lügen oder Widersprüche entgegensetzen, mittelst s. g. Ungehorsamsstrafen oder Confrontation zu heben; 5) muss für die Aufbewahrung des ganzen Inhalts der Untersuchung durch genaue und sichere Verprotokollierung gesorgt werden.

1) Von der Sistirung und Vernehmung des Angeschuldigten.

§ 47.

Einheimische und gemeinrechtliche Bestimmungen.


---

3) Priester-Privil. §. 24. (L. O. p. 310.)
4) womit auch L. I. D. de custodia in Beziehung auf die dignitas der zur Untersuchung gezogenen übereinstimmt.
5) c. 115. 119.
der Acht zu ziehen, und ist seit dem Aufhören der
Achtsäklerklärung nicht mehr anwendbar.

Sehr beschränkt würde das sichere Geleit jeden-
falls durch die im L. L. 1) aufgestellten Bedingungen,
nämlich der Inculpent müsse sich an einem Orte befin-
den, wo er nicht ergriffen werden kann, und das sichere
Geleit könne nur vom Landesherrn selbst bewilligt wer-
den. Da sie sich aber auf königliche Briefe an das
schwedische und das gothändische Hofgericht gründen,
so ist ihre Gültigkeit zweifelhaft, um so mehr, da in
der Landesordnung 2) die Ertheilung eines freien Ge-
leits dem Gerichte überlassen ist, womit auch die deut-
scbe Praxis übereinstimmt 3). Das sichere Geleit gilt
nur für das im Geleitsbriefe ausdrücklich benannte Ver
gehen; für andere kann der Thäter trotz des Geleits
verhaftet werden 4). Ausserdem erwähnen die Quellen
die Edictalladung auf einen sechsmonatlichen Ter-
min 5), wodurch aber natürlich eine spätere Verthei-
digung des Angeklagten nicht abgeschritten wird, da
er sich zu jeder Zeit, auch geächtet 6), vertheidigen
cann 7). Bei allen levioribus delictis, die nicht Leib-
und Lebensstrafe mit sich bringen, kann das Criminal-
gericht die Angeklagten nach seinem Ermessen auf
Bürgschaft freilassen 8), wodurch die auch bei den
schwersten Verbrechen durch das c. 112. des mittlern
Ritterrechts gestattete cautio de judicio sisti beschränkt
wird.

Wird der Angeklagte nicht gestellt, so hat der
Bürge eine Geldstrafe zu erlegen 9), im Falle eines
dolus des Letztern ist eine ausserordentliche Strafe
zulässig 10).

1) p. 57. note 6.
2) p. 62.
3) Mittermaier, Straf-V. §. 80.; Stübel, Crim.-V. §.
1766; Martin, Lehrb. §. 116.; Tittmann. Handb. III.
§. 727.
4) p. 57.; L. L. note c.
5) L. O. p. 605.; L. L. p. 335. n. c.
6) P. G. O. §. 155.
7) l. 18. §. 9. D. de quaestion.
8) L. O. p. 66.; p. 306. L. L. p. 364. n. c.; l. 1. 1), de cu-
stodia.
9) l. c. l. 4. D. de custodia; R. R. c. 112. p. 3.; c. 195.
10) l. 4. cit.
Die Novelle 134 c. q. verbietet ganz unbedingt und für alle Fälle Frauen in Gefängnissen unter männlicher Bewachung zu halten und verordnet, sie bei schweren Verbrechen in Klöster oder unter weibliche Aufsicht zu setzen (die in unsern heutigen Gefängnissen auch stattfindet), bei leichtern auf Bürgschaft, und wenn sie schwören, solche nicht stellen zu können, auf ihren Eid zu entlassen. Die Befugniss zur juratorischen Caution wird auch den viris illustribus bei Privatklagen gegen sie ertheilt 1), was noch heute anwendbar ist.

Auf erhobenes Gerüchte 2) oder Hülfsgeschrei ist jeder Erwachsene zur Verfolgung des etwanigen Thäters verpflichtet 3), welche Nachweise sich auch bis in einen fremden Gerichtsbezirk erstrecken darf, wo die dortige Behörde zur Gefängenhaltung des Ergriffenen verpflichtet ist 4). Auch durch Requisitoriate (Steckbriefe) kann die Verhaftung bewirkt werden 5). Das Vermögen der flüchtigen Verbrecher wird gerichtlich obsequirt und ihren Freunden (wenn sich solche finden) zur Verwaltung übergeben, um ihren Familien den notdürftigen Lebensunterhalt zukommen zu lassen, ohne ihnen selbst etwas daraus überschicken zu können 6). Gefangene werden auf Kosten des Anklägers unterhalten 7). Wer zu ihrer Bewachung verpflichtet ist und sie aus Nachsamkeit oder Connivenz entwicken lässt, wird nach richterlichem Ermessen bestraft 8). In den Gefängnissen müssen die Inquisiten verschieden Genus Geschlechts getrennt sein 9), und zu Vermeidung von Collusionen möglichst abgesondert, indessen die Gefangnisse selbst zu Behaltung und nicht zu schwe-
rer, gefährlicher Peinigung der Gefangenen eingerichtet sein 1). Sie dürfen nur leichte, oder wo möglich gar keine Ketten tragen, bei Nacht in gesunden Vorhäusern (vestibulis carcerum) gehalten, bei Tagesanbruch ins Freie geführt 2) und jeden Sonntag vom Richter über das Verhalten ihrer Wärter befragt werden 3).

§ 48.

Russisches Recht.

Bei der Unzulänglichkeit dieser Verordnungen und in Ermangelung eines constanten deutschen Gerichtsgebräuchs, besonders in Beziehung auf das Untersuchungsgefängniss, müssen für viele Fälle die Bestimmungen des Reichsrechts eintreten. In der Darstellung desselben werden wir aber hier nicht die Gesetzgebung über Gefängnisse überhaupt aufnehmen, welche eine abgesonderte, vom Processe ganz verschiedene Disciplin ausmacht, sondern nur die auf Verhaftung und Untersuchungs-Gefängniss als solches, und die Mittel zur Sistirung des inculpaten bezüglichen und in Livland suppletorisch anwendbaren Vorschriften.

Mit weiser Vorsicht lässt das Reichsrecht 4) den zur Verhaftung Abgeordneten jedesmal mit einem schriftlichen Verhaftsbefehl versehen, der ihn zur Aufforderung an die Ortsbehörde zur Beihilfe, so wie zur Nachhilfe in einen fremden Gerichtsbezirk, endlich auch, aber nur im dringendsten Falle, zur Anwendung gewaltsamter Ergreifungsmittel, die selbst den Tod des sich widersetzenden Verfolgten nach sich ziehen können, ermächtigt 5). Nur Individuen des Lehr- und geistlichen Standes, Militair-Commandos, Beamten und dergleichen mehr dürfen, so lange sie sich in der Behörde, dem Kirchenhause u. s. w. befinden, Nothfälle ausgenommen, nur von ihren eigenen Vorgeschritten auf Requisition der Polizei verhaftet werden 6). Da ohne

1) P. G. O. §. 11.
2) c. 1. C. de custodia.
3) c. 9. C. de episc. und.
4) Swod IV. 784, 988.
5) 1. c. 986, 987, 990.
6) 1. c. 997, 1000.
dringenden Verdacht Niemand in Untersuchung zu ziehen ist¹), so versteht sich dies um so mehr von der Verhaftung; der Inculpat darf nur dann von Wache begleitet werden, wenn die Schwere der Anschuldigung oder die Notwendigkeit einer Aufsicht es erheischt²). Gefesselt darf nur der auf Raub oder Gewaltthat Ergriffene werden³), auch diesen werden im Gefängnisse die Fesseln abgenommen, wenn sie von Adel oder minderjährig sind⁴). Ueberhaupt soll mit zum Gericht begleiteten Angeschuldigten als wie mit Leuten verfahren werden, deren Unschuld sich vielleicht noch erweisen wird⁵). Der Angeschuldigte ist nach seiner Ankunft sofort zu verhören⁶) und nach Maassgabe der Wichtigkeit und Stärke der Anschuldigung, der Wahrscheinlichkeit und Unwahrscheinlichkeit einer Flucht, so wie seines Standes, auf Bürgschaft zu entlassen, oder bei Verbrechen, die nur zeitliches Gefängniss nach sich ziehen, in Hausruest oder unter polizeiliche Aufsicht zu stellen, oder endlich bei schweren Verbrechen oder in Ermanglung von Bürgschaft, ins Gefängniss abzuführen⁷).


¹) l. c. 976, 979.
²) l. c. 1004.
³) l. c.
⁴) Swod XIV. von Gefangenen §. 92.
⁵) l. c. 1005.
⁶) Swod XIV. von Gefangenen §. 92.
⁷) l. c. 1007.
⁸) l. c. 1007. 1013.
⁹) l. c. 1007. 1013.
¹⁰) Swod XIV. Theil V. Von Gefangenen und Verschickten, §. I. IX.
¹¹) Swod XIV. Theil V. §. 25 u. 30.
¹²) der Special-Inquisition Unterworfen??

1) l. c. 22—26.
2) l. c. 44.
3) l. c. 32.
4) l. c. §. 97, 247 und 81.
5) Instr. für die Gefängnisaufscher §. 67 u. 89.
6) l. c. 71.
7) Swod XIV. Theil V. §. 35.
8) Instr. für die Gefängnisaufscher §§. 4, 5, 9, 13—31.
9) l. c. §. 41—43.
10) l. c. 82.


Die Kost ist für die Gefangenen aus den gebildeteren Ständen etwas besser als für die Anderen; übrigens durch das Reglement bestimmt, und mit Aus-

---

2) l. c. 45—50.
3) l. c. 229, 51.
4) l. c. §. 257—260.
5) l. c. 53 u. 56.
6) l. c. 70.
7) l. c. 72, 84 u. 89.
8) l. c. 126 u. 127.
9) l. c. 126.
10) l. c. 161 u. folg.
nahme der Schuldgefangenen, darf sich niemand eine bessere verschaffen 1).


§. 49.

Practische Bemerkungen in Bezug auf Verhaftung.

Die Bedingungen und Formen unter welchen der Richter zu dem oft notwendigen, aber doch immer drückenden Mittel der Verhaftung schreiten darf, so wie die

1) l. c. 196—204.
2) Swod XIV. V. 81—84.
3) l. c. 86—88.
4) l. c. 92.
5) l. c. 93.
6) l. c. 155.
7) l. c. 120.
Stufenfolge der Maßregeln, welche dieser äussersten und immer eherverletzenden vorangehen müssen, sind aufs genaueste zu bestimmen. Zu unterscheiden ist 1) die einfache Ladung 1), welche bei leichten Vergehen gegen im Orte Auslässige (deren heimliche Entfernung nicht so leicht zu besorgen) und zur Vermeidung jeden Zeitverlusts auch wohl mündlich, nach deutschem Gerichtsgebrauch, zu verhängen wäre, da sie in allen diesen Fällen vollkommen ausreicht und eine an ihrer Stelle sofort ergriffene, strengere Maßregel eben so hart als ungerecht wäre. 2) Der Vorführungsbefehl gegen eines Verbrechens Beschuldigte, wodurch diese verpflichtet werden, sofort dem Gerichtsdieners vor Gericht zu folgen 2). Ein solcher Befehl ist zu erlassen, sobald die freiwillige Sistierung des Vorgeforderten, wegen der peinlichen Natur der Anschuldigung oder aus irgend einem andern Gründe zweifelhaft wird, so wie, wenn der durch eine einfache Ladung Vorgeforderte nicht erscheint 3). Auch ist der Richter zu ermächtigen, sogleich nach dem ersten Verhöre die Vorladung oder den Vorführungsbelehl nach Lage der Sache in einen Verhaftungsbefehl zu verwandeln 4). Zu diesem Zwecke und da ohne Verhör in einem solchen Falle auf Haft nicht erkannt werden darf, und doch die, ein zweites Mal vielleicht nicht so leicht zu erhaltende Gegenwart des Angeschuldigten zu benutzen nöthig ist, muss das Gesetz die Vornahme eines vorläufigen Verhörs sofort bei der Erscheinung des Vorgeforderten vorschreiben 5). Die Ursache des erlassenen Vorführungsbelehls, d. h. dem gegen den Vorgeforderten erhobenen Verdacht in demselben anzugeben, kann in manchen Fällen das Verhör und die Erhaltung eines Geständnisses erschweren 6). 3) Der Verwahrungsbelehl 7) zur Gefangennehmung des Vorgeladenen oder Vorgeführten nach vor-

1) mandat de comparution. Code d'instr. 91. 95.
3) Code d'instr. §. 91.
4) l. c.
5) l. c. §. 93.
6) Neues Archiv des Crim.-Rechts 1841.
7) mandat de dépot. Code 86. 100. 193. 245. 333. 576.
gängigem Verhöre desselben, wenn aus demselben die notwendigen Vorbedingungen zur Gefangennahme sich ergeben, d. h. nicht etwa, nach der peinlichen Gerichtsordnung 1), dringender Verdacht der Begehung eines peinlichen Verbrechens oder der Theilnahme an demselben von Seiten eines bestimmten Individuums, denn dies ermächtigt nur zur Einleitung der Special-Inquisition, die mit der persönlichen Freiheit des Anschuldigten wohl vereinbar ist und mit der Erklärung seiner Unschuld noch immer schliessen kann. Sondern die zur Verhaftung ermächtigenden Umstände sind nur Fluchtgefahr (die freilich mit dem Fortschreiten der Untersuchung und der Grösse des angeschuldigten Verbrechens wächst), Besorgniss neuer Verbrechen oder der Collusion, oder sonstiger Versuche zur Verheimlichung der Wahrheit und momentan, wenn aus einer grossen Zahl beim Verbrechen anwesend Gewesener, der Verdächtige nicht sogleich anszumitteln ist 2), kurz alle diejenigen Umstände, welche eine Erwahrung oder Unmöglichmachung des Processes befürchten lassen müssen.

Hart und ungerecht sind die Bestimmungen des französischen Rechts, welche die Bürgenstellung nach dem einmal erlassenen Vorführungsbeschluß 3), so wie die Zurücknahme desselben nicht gestatten. Vielmehr wäre dieselbe dem römischen 4) und dem ältern deutschen 5) so wie livländischen 6) Rechte gemäss, für alle Fälle zu gestatten, wo nicht Flucht, trotz der daraus dem Bürgn erwachsenden Gefahr, oder Erschwerung des Processganges, z. B. durch Collusion, zu befürchten ist 7), denn diese Umstände sind es allein, die eine Verhaftung rechtfertigen. Das englische Recht erlaubt Freilassung gegen Bürgschaft für alle Verbrechen,

1) §§. 11, 218.
4) l. l. D. de custod.
5) Sachsuppiegel I. 65.; Hamburgisches Statut v. 1270. IX. 9., aus dem das altere Rig. Stadtrecht hervorgegangen ist.
6) M. R. R. c. 112.
ausgenommenen Verrath, Mord und Brandstiftung 1), so wie wenn der Angeklagte schon einmal der Haft entflohne oder vom schlechten Rufe ist. Die Bestimmung der Landesordnung 2) entspricht übrigens der preussischen Criminalordnung 3) und dem bayerischen Strafgesetzbuch 4). Die juratorische Cautio oder das Handgelübde 5) darf nur bei leichten Vergehen, Personen von ganz reinem Rufe aus den gebildeten Ständen stattfinden. Uebrigens muss die dem Bürger aus der Nichtstellung des Inculpates erwachsene Strafe gesetzlich bestimmt und so hoch sein, dass eine Freilassung des letzteren durch jenen, etwa aus falschem Mitleid, nicht zu erwarten ist. Sie wird daher nicht immer eine bloße Geldstrafe sein können, sondern etwa um einen Grad geringer als die dem Inculpat drohende. Auch sind die nächsten Verwandten als Bürger nicht anzunehmen, ausgenommen, wo es sich bloss um eine Geldstrafe handelt und die cautio de judicio sibi zu einer cautio judicatum solvi wird.

Das sichere Geléit kommt sowohl im gemeinsamen deutschen Rechte als in einigen neueren Gesetzgebungen vor. Nur im Falle der Ertappung auf frischer That sollte die Ergreifung und Vorführung ohne schriftliche Ordre des Gerichts zu erlauben sein 6). Der Inculpat müsste auch dann sofort vor Gericht geführt und vernommen werden, weil ein einfaches Verhör oft zu seiner Freilassung hinreichen kann, z. B. bei einem Irrthum in der Person 7), worauf erst der schriftliche Arrestbefehl ausgehen sollte, durch welchen der Inculpat förmlich und bis auf Weiteres, also vorläufig auf die ganze Dauer des Processes, der Haft übergeben wird. Der Verwahrungsbefehl müsste, wo und so lange die Um-

1) Reg. inst. judic. II. pag. 344.
2) pag. 66.
3) §. 208, 224.
4) §. 134.
6) Bayerisches Strafgesetzbuch §. 120, 124.
ständes es erlauben, durch Hausarrest oder Einlegung einer Wache ersetzt werden. Von diesem, mit dem französischen Rechte gegen den für die ganze Untersuchungszeit Inhaftirten, noch einen eigentlichen Arrestbefehl 1) und den Criminalhaftbefehl 2) gegen den in Anklagestand Versetzten (oder der Spezialuntersuchung Uebergebene) zu unterscheiden, scheint von keinem praktischen Nutzen. Schon der Verwahrungsbefehl gilt für so lange als die Inhaftirung nöthig ist, folglich im Notthfalt auch für die ganze Untersuchungszeit. Er genügt auch zur Verwahrung des der Spezialuntersuchung Uebergebenen, wenn letzterer bis dahin frei war; jeden aber in dieser Processlage sich Befindenden, ohne Rücksicht auf Bürgschaft oder andere Fluchtgefahr, oder Collusion entfernende Umstände, zu verhaften, wäre unhöflich und hart. War der Inculpat schon in Verwahrung, so ist ein neuer Haftbefehl überflüssig, da die Gefängnisse selten so eingerichtet werden können, dass die zur Hauptuntersuchung Gedechten, von denen der Voruntersuchung Unterworf enen getrennt werden 3), übrigens auch eine etwaige Schärfung der Haft für jene ungerecht wäre, weil trotz des stärkeren Verdachts, der Inculpat noch immer für schuldlos erklärt und freigesprochen werden kann.

§. 50.

Das Untersuchungsgefangnis.

Das französische Recht unterscheidet den provisorischen oder temporären Verwahrungsort (maison de depot) von der maison d'arrest, für die der Voruntersuchung Unterworf enen; der maison de justia für die in Anklagestand Versetzten und der maison de détention, oder der prison, dem eigentlichen Strafgefangniss.

Wenn auch die Errichtung und Unterhaltung so vieler verschiedenen Gebäude an jedem Landgerichts-orte, so wie sogar in der Gouvernements-Stadt Riga, zu kostspielig wäre, so sollten die vorhandenen Gebäude

1) mandat d'arrêt.
2) Ordonnance de pris de corps.
3) Daher das diese Maasregel anordnende Baiersche Strafgesetzbl. §. 123. nicht beachtet wird. Mitterm. i. c. §. 50
doch so abgetheilt werden, daß wenigstens die Untersuchungsgefangenen von den Strafgefangenen, d. h. die vielleicht ganz Schuldlosen von den Schuldigen und Entehrten, die der Verführung Ausgesetzten von den Verführern, wie durchaus notwendig, getrennt würden. Kommt hierzu noch die eben so unerläßliche Trennung der Stände, der Geschlechter und des Alters, so entsteht daraus schon eine grosse Anzahl Unterabtheilungen, so daß jede fernere Sonderung unmöglich wird. Die einzelnen Gefangenen ganz von einander getrennt zu halten, beugt zwar sowohl Collusionen als der Verführung der Halbverderbten, durch im Laster ergraute Verbrecher vor, erfordert jedoch eine ganz veränderte und sehr kostspielige Bauart der Gefängnisse, eine Theilung derselben in lauter Einzelzellen. Auch ist es zu Vermeidung jener Uebel hinreichend, in jedem Zimmer einen beständigen Aufseher zu halten, der jedes nachthellige Gespräch sofort verhindert. Da alle schweren Verbrechen durch Verschickung nach Sibirien bestraff werden, so kommen langwierige Gefängnissstrafen nicht vor. Besserung durch Isolirung scheint also für die wandernde Bevölkerung unserer Gefängnisse nicht anwendbar; hingegen scheint die Trennung der in derselben Sache beteiligten Untersuchungsgefangenen von einander, so wie die vollständig der schweren Verbrechen Beschuldigten und sittlich Verderbten von den übrigen, namentlich jugendlichen Inculpaten (was beides durch den Reichscodex verordnet worden) und Verhinderung jeder Communication, höchst zweckmässig. Uebrigens darf dem noch nicht Verurthelten das Gefängnis nur als Sicherungsart dienen, muß folglich so milde als möglich eingerichtet sein, es dürfen ihm weder Beschäftigung noch feinere Nahrungs- und Zerstreuungsmittel versagt werden, die er sich etwa auf eigene Kosten verschaffen kann, es sei denn, daß durch die Stille und Ruhe im Gefängnisse gestört werde 1) oder der Gefangene die Gegenstände deren Gebrauch ihm erlaubt ist, zu unerlaubten Verbindungen oder zu Vorbereitungen zur Flucht, wohl gar zum Selbstmorde 2) benutzen könnte. Ueberhaupt müsste

1) Daher alle Spiele zu verbieten sind.
2) Wovon es viele Beispiele gibt.
dem Untersuchungsgefangenen, der vielleicht ganz unschuldig ist, in Hinsicht auf Local, Nahrung, Kleidung und Behandlung, durchaus und auf äußerlich erkennbare Weise von den übrigen Gefangenen getrennt sein. Denn wenn auch das Gesetz erklärt, daß Verhaftung Niemanden zur Unehre gereicht\textsuperscript{1}), so bleibt dies dennoch ein todter Buchstabe, so lange der Untersuchungsgefangene äußerlich auf dieselbe Weise wie der verurtheilte Verbrecher behandelt wird. Selbst beim Transporte liessen sich unbeschadet der Sicherheit desselben, die Untersuchungsgefangenen von den gewöhnlichen Verbrechern trennen und abgesondert geleiten. Nur in Beziehung auf Zulassung von Besuchen muss man auch bei Untersuchungsgefangenen sehr streng sein, weil sie leicht zu Collusionen führen können, was bei schon Verurtheilten nicht zu fürchten ist. Daher sind auch in ein und dieselbe Untersuchung verwickelte Gefangene nie zusammen einzusperren, wie solches auch schon das russische Recht verordnet, auch solche Gefangene, deren aus der Untersuchung schon bekannter buschafter und verstockter, oder sittlich entarteter Character Versuche zur Aufwiegung der Mitgefangenen oder Verführung zur Unzucht befürchten lässt, müssen abgesondert gehalten werden.

\textsection{51.}

2) \textit{Von der Herbeischaffung verschiedener Processmittel ausser dem Angeschuldigten selbst.}

Die Haussuchung erwähnt das römische Recht\textsuperscript{2}), ohne indessen ihre Bedingungen genauer festzusetzen. Nach der livländischen Praxis schreitet man zu derselben auch in Abwesenheit des Inculpaten, und sie wird bisweilen von der Versiegelung alles Vorgefundenen und der gerichtlichen Deponierung der zur Untersuchung nothwendigen Gegenstände begleitet\textsuperscript{3}). Das Reichsrecht\textsuperscript{4}) schreibt

\textsuperscript{1}) Katharina II. Instr. zum Entwurf eines neuen Gesetzbuches vom 30. July 1767, §. 169.
\textsuperscript{2}) §. 4. D. de obl. qu. ex del. nasc.
\textsuperscript{3}) Samson von Himmelstien, Institutionen, §§. 1797, 1798.
\textsuperscript{4}) Swed XV, 969.

Da Zeugenschaft allgemeine Bürgerpflicht ist 1), so findet Zwang zu derselben nur gegen solche Personen nicht statt, denen die Ablegung eines Zeugnisses verboten ist, wozu ausser unfähigen Zeugen 2) Geistliche, in Beziehung auf das Beichtgeheimniss, gehören. Dieses ist aber nicht zum Nachtheil der Strafjustiz auf, ausser der Beichte dem Geistlichen anvertraute Thatsachen auszudelnen. Das Niemanden gestattet werden könne, dem Staate die Mittel zu einer gerichtlichen Untersuchung zu verweigern, folglich auch etwamal geforderte Urkunden nicht herauszugeben, leuchtet von selbst ein und kann auch dem Angeschuldigten ebenso wenig erlaubt werden, als etwa gerichtlich an ihn gestellte Fragen nicht zu beantworten. Wenn das römische Recht 3) das Gegenteil, namentlich bei peinlichen Sachen verordnet, so scheint dieses nur aus dem jetz nicht mehr bestehenden Systeme der reinen Privatklage zu folgen, nach der der nicht der Staat, sondern der Private die peinliche Klage in seinem eigenen Interesse anstelle, und so den Beklagten nicht zur Erleichterung der seinem Gegner auferlegten Beweisführung oder zur Aussage gegen sich selbst zwingen zu können schien. Auch verordnet das canonicische Recht 4) in Beziehung auf Wucherer bestimmt das Gegenteil, so wie die Urkundenedition von Seiten Dritter 5).

---

2) s. unten §. 70.
3) l. 2. §. 2. D. de jure fisci.
4) v. l. §. 1. Clem. de usuris.
5) l. 22. C. de fide instrumentorum.
3) Von der Recognition.

Sie ist lediglich nach deutschem Gerichtsgebrauche zu beurtheilen, da kein Gesetz darüber etwas vorschreibt. Zu ihrer Bewerkstelligung in Beziehung auf Personen, dient vorzüglich die Confrontation, welche daher zu diesem Zwecke vom russischen Rechte ausdrücklich vorgeschrieben ist 1).

§. 52.

4) Vom Ungehorsam.

Das Ritterrecht 2) befehlt, Angeschuldigte, welche die Antwort verweigern, mit einer Geldstrafe (Wedde) zu belegen, was dreimal geschehen kann; auf die zum vierten Male verweigerte Antwort werden sie für sächlich erklärt; in Criminalsachen aber muss der Kläger selbsbieder seine Anklage bezeugen. Es scheint also dieses Uebersiebenen im Strafprocesse die Bedingung der Verurtheilung des hartnäckig Schweigenden gewesen zu sein, so wie es auch zur Bestrafung eines auf frischer That eraptten, aber läugnden Angeschuldigten erforderlich war 3). Da dieses Beweismittel ganz aus der Praxis verschwunden ist, so wäre es als Bedingung einer Verurtheilung für Ungehorsam, durch andere, heute noch zulässige, zu ersetzen und das c. 219. in der Art anzuwenden, dass das Urtheil nach dreimal verhängter Geld- oder Arreststrafe nach den vorliegenden Beweismitteln, also nach Lage der Acten, gefällt würde. Diese Bestimmung trifft auch für Civilsachen die Executionsordnung 4) und die Processordnung v. 1695, §. 12) 5. Sie ist eben so gerecht als menschenfreundlich, denn der jeder Vertheidigung entsagende Inculpate kann dem Richter nicht wehren, nach den vorhandenen Beweisgründen zu entscheiden, und ausser dem gelindenden Correctivmittel einer Geldbusse, fällt jeder weitere Zwang hinweg. Allein sie wird da nicht hinreichen, wo keine oder so schwache

---

1) s. §. 66.
2) c. 219.
3) R. R. c. 118.
4) vom 10. Juli 1669, §. 23. in L. O. pag. 244 u. 616.
5) in L. O. pag. 244 u. 616.


---

2) Swov XV. 1054.
3) L. L. p. 396; note b.

Richters livl. Strafproces.
oder andere Personen die an den Verhandlungen teilnehmen. „Greift jemand den Richter oder Exeuntoren „unbillig an, so soll er nicht allein doppelt oder mehr „hüssen, nachdem sein Verbrechen gross ist, sondern „auch eine öffentliche Abbitte thun. Rühret es aber „derselben Ehre und Leumund, soll er vom Fiscalen angeklagt und mit gesetzmässiger Strafe belegt werden 1).“ Reconvension gegen den Richter wird nur dann gestattet, wenn er die Limites Officii überschreitet 2), das heisst also, wenn er über die dem Richteramte im Allgemeinen zugestandenen Befugnisse hinausgeht und namentlich ein Verfahren sich erlaubt, zu welchem überhaupt ein Richter nie berechtigt ist, wobei aber auch jede, auch irrhümlich begangene Nullität oder Competenzverletzung gerechnet werden kann. Die genauere Ausführung der für alle solche Fälle passenden Strafbestimmungen gehört übrigens nicht der Processlehre an.

§ 53.

5) Von Protocollen.

Abgesehen von der sehr nothwendigen Vorschrift der Protocollirung aller gerichtlichen Verhandlungen 3), enthalten die einheimischen Quellen nur die Bestimmung, das die Verhörsprotocolle den Parten gleich nach ihrer Ausschreibung verlesen und die Richtigkeit derselben von den Vernommenen agnoscir werden muss 4). Der livländische Gerichtsgebrauch erfordert die Unterschreibung des Protocolls durch die Inquirenten, so wie durch den Protocollführer, der immer ein Gerichtsbeamter sein muss. Im Uebrigen ist die deutsche gemeinrechtliche Praxis und, subsidiarisch, das russische Reichsrecht zu befolgen. Beide verlangen bei Verhörsprotollen, sehr zweckmässig, das nicht bloss die Antworten des Vernommenen, sondern auch die Fragen des Inquirenten 5), und zwar in erster Person 6), aufgenommen werden. Sehr nützlich und mit

1) L. c.
2) L. L. p. 348. note e.
3) L. O. p. 53.
4) L. L. p. 355. note b.
5) Swod XV. 1055.
6) Mittermaier, l. c. §. 85.; Preussisches Criminalrecht.
neuen deutschen Gesetzgebungen übereinstimmend, verordnet das russische Recht, daß das Verhörsprotokoll auch von dem Vernommenen unterschrieben, oder die etwanige Verweigerung der Unterschrift von Seiten desselben im Protokolle bemerkt werde 1). Dies gilt natürlich auch von Zusätzen und Abänderungen, die ebenfalls vom Vernommenen genehmigt werden müssen 2).


1) Svon XV. 1056 und 1058.; Preußisches Criminal-Recht §§. 55 und 57.
2) Baiersches Strafgesetzbuch §. 42.
3) Judex autem qui constitutionem ipsam neglexerit observare, si propter ejus negligentiam quid difficultatis erumserit, per superiorum judicem animadversione debita castigatur, nec pro ipsius praesumptus processus nisi quatenus in causa legitimis documentis constiterit, Caput II. x. de probat. Inhibemus, ne unius judicis verbo credatur in causis. Nec scriptura eorum, nisi testium adimitu fulcitur, cum obtinat firmitatem, quin ei possit et debant duorum vel trium testium honorum testimonio praevaletere. Caput 28. x. de testibus.

8*
X. Capitel.

Von der Vor- und der Hauptuntersuchung.

§. 54.

Grenzen derselben.

Es ist schon oben bemerkt worden, daß die einheimischen Quellen zwischen diesen Haupttheilen der Untersuchung keine feste Grenzlinie ziehen, und daß solches auch mit dem Wesen des reinen Inquisitions-Processes sich nicht verträgt. Es erscheint daher angemessen und stimmt auch mit dem Geiste der schweedish-livländischen Verordnungen überein, diese beiden Hauptstadien jedes Criminal-Processes durch ein förmliches Decret über Versetzung in den Anklagestand und Eröffnung der Special-Inquisition zu trennen, so wie in die letztere durch jedesmalige Zuziehung des Fiscals als öffentlichen Anklägers und eines Defensors, ein contradictorisches, den Richter als Inquirenten controllingendes und ihm, als Urtheilsfinder, seine unparteiische Stellung sicherndes Princip hereinzubringen 1). Eben so wenig enthalten die einheimischen Quellen oder die deutsche gemeinrechtliche Gesetzgebung genauere Bestimmungen über die Führung der Untersuchung, so daß solche in Livland hauptsächlich durch den einheimischen und subsidiär durch den deutschen Gerichtsgebrauch bestimmt wird, welche übrigens in ihren Grundzügen übereinstimmen.

§. 55.

Veranlassungsgründe zur Untersuchung.

1) Handhafte That.

Die Veranlassungsgründe zu einer Untersuchung

1) Die dafür sprechenden Gründe sind in den §§ 32, 34, 41 und 45 erörtert worden.


§. 56.

2) Anzeige und Denunciation.

Anzeige und Denunciation sind gemeinrechtlich nicht

1) Wozu auch die Wahrnehmung des Richters zu rechnen sein möchte wo er nur als Privatperson auftritt, nicht aber bei vor Gericht begangenen Vergehen, z. B. ungebührlichem Benehmen, wo der Richter als solcher beobachtet und das über dergleichen Vorgänge aufgenommene Protocoll volle Beweiskraft haben muss.
2) Swod XV. 918.
3) Swod XV. 1143 u. 1144.
4) Swod XV. 1228.
5) cap. 144.
6) Swod XV. 936.
7) cap. 147.
streng von einander geschieden, daher denn manche Rechtslehrer einen Jeden 1) zur Denunciation zulassen wollen 2), und der deutsche Gerichtsgebrauch die Gültigkeit der Denunciation nur von gewissen Bedingungen abhängig macht, als: dass der Denunciant sich nenne und zum Zeugnisse nicht absolut unfähig sei und die Anzeige in sich wahrscheinlich, bestimmt und umständlich und nicht auf blosses Hörensagen, sondern auf eigene Erfahrung des Anzeigenden bernhe 3). Hiermit stimmt der livländische Gerichtsgebrauch überein. Eine allgemeine Verpflichtung zur Anzeige, ausgenommen bei Ergreifung auf frischer That, wird nirgends ausgesprochen; nur die Kreisfiscale 4) und Prediger, und zwar letztere hauptsächlich in Beziehung auf Kindermord 5), sind zur gerichtlichen Angabe aller zu ihrer Kenntniss gekommenen Verbrechen und Gesetzesübertretungen verpflichtet. Wenn auch die Aufstellung der oben angeführten Requisiten einer gültigen Anzeige manche verbale und zwecklose Untersuchung abwenden wird, so kann sie doch auch umgekehrt bisweilen zur Vernachlässigung von Anzeichen führen, die auf den ersten Blick unwahrscheinlich und widersprechend, doch bei weiterer Nachforschung sich begründet finden und die Entdeckung schwerer Verbrechen anbahnen. Zweckmässig unterscheidet daher das Reichsrecht die Anzeige von der förmlichen Denunciation und macht jene von keiner Bedingung abhängig, legt auch dem Anzeigenden keine Beweispflicht auf, sondern verbietet nur eine förmliche Untersuchung wenn die Anzeige sich als völlig unbegründet ausweist 6), wozu aber doch schon wenigstens eine vorläufige Untersuchung stattgefunden haben muss. Von der Denunciation hingegen werden die durch ein gerichtliches Urtheil aller Standesrechte verlustig Erklärte 7) ausgeschlossen und sie muss von

1) auch den in der Sache zum Zeugnisse relativ Unfähigen, z. B. Unmündige.
3) Mittermaier I. c.
4) L. O. p. 89.
6) Swod XV. 914–916.
7) Also auch zum Zeugniss Unfähige.

§. 57.

3) Offenbares Gerücht.

In Beziehung auf offenbares Gerücht verbieten die Richterregeln 7), auf "blosse Plauderei und Reden" jemanden vor Gericht zu ziehen, sondern es soll vielmehr derjenige, welcher solches böse Gerücht ausbringt, angehalten werden, es wahr zu machen, das heisst,

1) Swod XV. 920—936.
2) „Явное обвинение.“
3) Swod XV. 934.
4) l. c. 875.
5) l. c. §. 921 u. 914.
6) l. c. §. 921.
7) §. 27.
er must zu einer gerichtlichen Anzeige genöthigt werden, — eine weise und um so weniger drückende Bestimmung, als im Unterlassungsfalle der Nachredner mit Recht als Verleumender verklagt zu werden verdient. Zwar steht auch dem Verletzten die Provocationsklage frei, allein Furchtsamkeit, Jugend, Unerfahrenheit und tausend andere Umstände können ihn hindern, sich anzustellen, und der Staat ist denn um so mehr verpflichtet, ihn zu beschützen als Verleumdung ein schweres und an sich strafbares Verbrechen ist, es sei denn, dass etwa der Verletzte selbst auf Einstellung der Untersuchung antrage, welches Recht ihm nicht genommen werden darf. Daher lässt auch das Reichsrecht 1) jede Untersuchung in Injurienachen durch einen zwischen den Parten getroffenen Vergleich aufheben. Das Reichsrecht 2) verpflichtet nur im Falle noch nicht gebrühr begründeter Gerüchte die Polizei zu Vorbeugungsmassregeln und genauer Beaufsichtigung.

4) Klage des Verletzten.

Die durch die peinliche Gerichtsordnung 3) dem Kläger gestattete eidliche Erhärtung seines Schadens oder Verlustes, worauf sie ein Indicum gründet, ist für Livland durch die Richterregeln 4) als aufgehoben anzusehen, wo es heisst: dass "ein solcher Eid nicht vom Kläger, sondern von dem Beklagten genommen werden muss, denn mit Eiden muss man sich versöhnlichen, nicht aber anklagen, auch kann sich niemand Geld zuschören." Weise hingegen verordnet die peinliche Gerichtsordnung 5) jedesmal zu untersuchen, ob die angebrachte Klage nicht aus Neid, Feindschaft oder in Erwartung irgend welchen Nutzens angebracht worden.

§. 58.

Untersuchung des Thatbestandes.

In Beziehung auf die Untersuchung des Thatbestan-

1) Swod XV. 919.
2) l. c. 917.
3) l. c. §. 25.
4) l. c. §. 80.
5) l. c.
des verordnet das Reichsrecht 1) zweckmässig, daß alle offenbare Kennzeichen eines Verbrechens, als Schläge, Wunden und dergleichen aufgenommen, so wie vorgefundene Werkzeuge und andere zur Untersuchung dienliche Gegenstände in Verwahrung gebracht, wo möglich unter Siegel gestellt und nebst einem Verzeichnisse zu den Acten gelegt werden sollen. Ueber die Erforschung des Thatbestandes von Tötungen und körperlichen Misshandlungen durch den Gerichtsarzt (welcher eine vorläufige Beschreibung eines mit den Merkmalen gewaltsamer Behandlung vorgefundenen Leichnams durch die Orts-Polizei, gleich nach Auffindung desselben vorgehen muss 2), enthält der Medicinalcodex ausführliche Bestimmungen, die mit dem in Deutschland gebräuchlichen Verfahren meist übereinstimmen und in einer besonderen Verordnung 3) enthalten sind. Verpflichtet dazu sind auch frei praktisirende Aerzte in Abwesenheit des Gerichtsarztes und auf Requisition des Gerichts 4). Eine solche erfolgt nicht nur nach jedem plötzlichen oder verdächtigen Todesfalle, sondern auch wenn der Leichnam eines erwachsenen oder eines neugeborenen Kindes aufgefunden, oder Abtreibung der Frucht vermuthet wird 5). Der Fall des Selbstmordes ist vom Gesetze weder ausdrücklich angeführt noch ausgeschlossen. Wenn derselbe erwiesen ist oder aus den Umständen klar erhebt, ist eine Obduction wohl nicht notwendig 6). Nur wenn der Todeszustand noch ungewiss oder die Leiche in so hohem Grade verletzt oder in Fäulnis übergegangen ist, daß die Obduction kein sicheres Resultat liefern würde, ist sie zu unterlassen 7). Bei unbekannten Leichen müsste ihr eine, aber nicht zu lange dauernde Recognition vorangehn 8). Vor Ankunft des Gerichtsarztes darf mit der Leiche nichts, die Reinheit der Beobachtung etwa Verhinderndes vor-

1) Swod XV. 948 u. 950.
2) Swod XV. 957.
3) v. 19. Dechr. 1828.
4) Swod XIII. Thl. II. Medicinal-Codex §. 1305.
5) l. c. 1306.
7) l. c. 1388.
8) Preuss. C. O. §. 161.; Baiersches Strafgesetzbl. §. 75.

1) Swod I. c. 1308.
2) Swod XIII. Theil II. 1309, 1330.
3) l. c. 1310.
4) l. c. 1313, 1314.
5) l. c. 1315, 1316.
6) in der unter andern auch die Lage des Leichnams genau bezeichnet wird.
7) Swod I. c. 1319—1322.
8) Swod 1323.
9) Swod 1326.
zu beschreiben ist, werden jedesmal die drei Haupthöhlen 1), und wo nöthig auch noch andere geöffnet und so viel als möglich die Ursache der Verletzung und der Zeitpunct ihrer Zufügung 2) ermittelt, so wie ob die Anzeichen einer vermuteten Verletzung nicht als Folgen innerer abnormen Zustände zu erklären sind 3).


In Vergiftungsfällen richtet sich die Thätigkeit des Gerichtsarztes nach genommener Einsicht von der Krankheitsgeschichte auf Beobachtung und Beschreibung des äussern und innern Zustandes der Leiche, hauptsächlich des Schlundes, Magens und Gedärmentes und auf die möglichste Herstellung der Giftsubstanzen selbst. Alle in der Leiche oder auch ausserhalb derselben, im Hause vorgefundenen verdächtigen Stoffe, so wie die innere blutige und schäumende Magenfeuchtigkeit, der leere aber doch entzündete Magen selbst, die gebrauchten Reagentien

2) vor oder nach dem Tode.
3) Swod 1331—1348. Ausführliche Vorschriften über die Section der verschiedenen Hohlen enthalten die §§. 1349 bis 1391.
4) Zeit, Ort, Lage u. s. w.
5) Swod 1392—1407.
6) wo in der Preuss. Cr.-Ordn. §. 145. und im Baierschen Strafgesetzbuch §. 80.
und das Spülwasser muss er in Flaschen thun und an die Medicinal-Verwaltung zur chemischen Untersuchung einsenden \textsuperscript{1}).

Das gerichtärztliche Gutachten soll die vom Gerichte gestellten speziellen Fragen \textsuperscript{2}) über den Zustand des Leichnams und die Todesursache umständlich beantworten \textsuperscript{3}), mit Angabe wissenschaftlicher Gründe und Unterscheidung des Zweifelhaften von dem Gewissen \textsuperscript{4}). Welche specielle Fragen das Gericht zu stellen habe ist nicht vorgeschrieben, auch solches vor der Session nicht immer thunlich, da diese so schnell als möglich erfolgen muss und meist ehe der Richter aus dem Verhören den Stoff zu den zu stellenden Fragen entnehmen kann.

Bei Körperverletzungen sind die zu stellenden Fragen vom Gesetze bestimmt. Ist der Verletzte noch am Leben, so hat der Arzt zu untersuchen und zu beantworten: ob die Verletzung heilbar oder unheilbar sei und im letzteren Falle, ob tödlich oder welchen Schaden sonst aus ihr der Verletzte zu erwarten habe \textsuperscript{5}). Für tödlich werden Verletzungen innerer, und namentlich zu den Lebensfunctionen nöthiger Theile erklärt, die äusserer Theile nur, wenn sie sehr bedeutend und zahlreich und von dem Verluste oder einer grossen Desorganisation derselben begleitet sind \textsuperscript{6}). Ist der Verletzte nicht mehr am Leben, so ist die Frage zu beantworten, ob er an den erlittenen Verletzungen gestorben sei, d. h. ob diese in dem vorliegenden Falle die Ursache des Todes gewesen seien, indem die Tödlichkeit der Verletzungen immer in concreto und nicht in abstracto beurtheilt werden soll \textsuperscript{7}). Um die Absichtlichkeit eines etwa verübten Todtschlags bestimmen zu können, werden die Verletzungen in absolut oder allgemein und unbedingt und in individuell-tödliche, das heisst, erst durch die Körperbeschaffen-
heit des Verletzten tödlich gewordene, eingetheilt 1). Zu letzteren gehören auch diejenigen, welche erst durch Hinzutreten besonderer Umstände tödlich werden, die aber selbst die Folge der Verletzung waren oder deren Einflusse der Verletzte nicht entgehen konnte 2). Zugleich hat der Gerichtsarzt anzugeben, ob die individuellen Tödtlichkeitsursachen leicht zu bemerken waren oder nicht, da hievon die Beurtheilung des Grades der Verschuldung abhängt 3).


In Criminalfällen hätte sich die inquirirende Behörde annalog an den Gerichtsarzt, und in zweifelhaften Fällen an die Medicinal-Verwaltung zu wenden. Nur wäre es ratsam, der öffentlichen Befragung vertrauliche Unterredungen und versteckte Beobachtung durch einen dazu delegirtten Gerichtsarzt vorhergehen zu lassen, da jene feierliche Vornehmung in einer zahlreichen Versammlung nur ein ungewisses Resultat hervorbringen und bisweilen auf ein schichternes und schwachköpfiges Individuum einen schädlichen Einfluss üben kann.

1) Swod 1425—1431.
2) Swod 1432.
3) Swod 1433.
4) l. c. X. 310—313.
Im Falle der beigezogene Arzt sich weigert, sich einer von ihm verlangten Untersuchung zu unterziehen oder sie zu spät oder nachlässig vollzieht, kann an die Gouvernements-Regierung geklagt werden ¹). Stimmen der inquirirende Beamte und der Arzt in ihren Ansichten nicht überein, oder ist das ärztliche Gutachten dunkel und unbestimmt, oder endlich der vorliegende Fall besonders schwierig, so wird der Gouvernements-Regierung berichtet, welche die Sache an die Medicinal-Verwaltung bringt ²).

**§ 59.**

Fesselloses und sofortiges Verhör.

Nach livländischem und deutschem Gerichtsgebrauche werden dem Inquisiten aus Gründen der Menschlichkeit zum Verhör die etwa früher nötig befindlichen Fesseln abgenommen ³). Gerecht, und auch in Livland beim Mangel eines bestimmten deutschen Gerichtsgebrauchs gültig, ist die Verordnung des Reichsrechts ⁴), den vorgeführten Angeschuldigten von der Polizei sofort vernehmen und dann von ihr die auf Sicherstellung der Person desselben bezüglichen Maßregeln festsetzen zu lassen. Sie ist auch vollkommen anwendbar, denn ein solches Verhör braucht nur sehr kurz und auf Herstellung derjenigen Umstände gerichtet zu sein, von deren Kenntniss die Beschlussnahme über obige Maßregeln abhängt. Daß die Spezialuntersuchung nicht über einen Monat dauern dürfe, wenn dem nicht besondere Hindernisse entgegen stehen, wohin aber die Aufsuchung von Mitschuldigen nicht zu rechnen ist ⁵), ist eine für das so ausgedehnte und so wenig belebte, also der Verbergen von Verbrechern so günstige Reich, nützliche Vorschrift. In Livland nicht anwendbar sind die §§ 1062—1065 des Reichs-Codex, durch welche den Angeschuldigten, ausgenommen Hochverrathern, Mörder, Todtschlägern, Räubern und Die-

¹) Swod XV. 956.
²) Swod XV. 956.
³) Samson, Inst. § 1596.
⁴) Swod XV. 1007.
⁵) Swod XV. 1014.

\section*{§ 60.}

\textbf{Zweck und Inhalt der Voruntersuchung.}

Da in dem reinen Untersuchungsverfahren zwischen der Vor- und Hauptuntersuchung, wie schon oben erwähnt worden, die Grenze so schwer zu ziehen ist, so hat auch der deutsche Gerichtsgebrauch von jeher darüber gewehmt, worauf eigentlich die Voruntersuchung zu richten sei und wie weit sie sich ausdehnen dürfte. Die Vernehmung in der Voruntersuchung ist als eine summarische betrachtet worden und man hat oft geglaubt, sich auf allgemeine Fragen über Personalverhältnisse und einige unbestimmte Aufforderungen zur Mittheilung der Wahrheit beschränken zu müssen\(^2\).

\footnote{1) Archiv des Crim.-Rechts 1841. Nr. VIII.}
\footnote{2) Baiersches Strafgesetzbuch §§ 136—158.}


§. 61.

Decret am Schlusse der Voruntersuchung.

Das am Schlusse der Generaluntersuchung zu fäl- lende Decret kann nur auf Eröffnung oder Nichteröff-
nung der Specialinquisition gehen, nie aber die Ver-
urtheilung des Inculpaten schon in sich enthalten. Auch
braucht es den Grad der Verdächtigung, in welcher der
von der Untersuchung losgesprochene Inculpat belastet
wird, nicht, wie das Definitiv-Urtheil, anzugeben, weil
die Voruntersuchung noch nicht gegen ein bestimmtes
Individuum gerichtet und folglich der Grad des auf ihn
ruhen bleibenden Verdacht es auch nicht festgestellt ist,
und wenn ein solcher vorhanden, dies eben die Bedin-
gung der zu eröffnenden Specialinquisition ausmacht. Die
Freisprechung von derselben drückt also schon aus, das
kein Verdacht vorhanden ist. Die Verfügung kann aber
auch wohl auf Ergänzung der Generaluntersuchung oder
auf nur einstweilige Aufhebung derselben 1) gehen, wenn
während die Verübung des Verbrechens wahrscheinlich, aber
gegen Niemanden ein dringender Verdacht vorhanden
ist, auch solcher durch eine sogleich fortgesetzte Un-
tersuchung nicht herzustellen möglich scheint. Erfolgt
schon in der Voruntersuchung ein Geständniss, so ist
die Untersuchung keineswegs aufzuheben, sondern so-
fort auf die Feststellung des Thatbestandes zu richten.
Diese auch in das Reichsrecht 2) aufgenommene Be-
stimmung wird nicht nur dadurch nothwendig, daß nach
dem L. L. 3) zur Geltendmachung des Geständnisses
auch der Thatbestand erwiesen sein muss, sondern
dient auch dazu, die Gemüthsstimmung des Inculpaten
bei dem Geständniss zu benutzen, um von ihm alle
Thatumstände, deren Kenntniss dem Gerichte nöthig
ist, zu erfahren und so sein Geständniss gegen etwa-
gigen später Widerruf sicher zu stellen.

§. 62.

Von der Vereidigung der Zeugen.

Da in der Generaluntersuchung alle Individuen, von
den man Aussagen über ein etwaniges Verbrechen zu
erhalten hoffen kann, vernommen werden müssen und
man noch nicht weiss, wer als Theilnehmer, Gehilfe,
Begünstiger oder als blöser Zeuge, und zwar als voll-

1) Baiersches Strafgesetz bu. II. §. 98.
2) Swod XV. 916.
3) pag. 471. note e.
gültiger zu betrachten sei und da nur von Letzterem der Zeugeneid gesetzlich zu fordern ist und auch ohne Gefahr des Meinides gefordert werden kann, so folgt hieraus, daß in der Generaluntersuchung die Verhörer ohne vorherige Beeidigung stattfinden müssen, bis dafs es sich herausstellt, ob der Vernommene ein exceptionsfreier Zeuge sei, wo er dann sofort zu beeidigen und ihm seine frühere Aussage zur Bestätigung oder Modifizierung derselben vorzulegen ist 1). Nach der waaländischen Criminal-Proceßordnung 2) und der holländischen 3) werden Zeugen in der Voruntersuchung gar nicht beeidigt. Hierin ist der Gesetzgeber offenbar zu weit gegangen, denn die Nichtbeeidigung schwächt immer die Glaubwürdigkeit der Aussagen. Die österreichische Gesetzgebung 4) und die preußische Criminal-Ordnung 5) lassen die Vereidigung selbst classischer Zeugen erst nach der Vernehmung eintreten, was auch in Hessen und Sachsen beobachtet wird 6). Auch hierdurch verliert das Zeugniss an Glaubwürdigkeit, denn wenn man auch dem zu Vernehmenden im Anfange seines Verhòrs eröffnet, er werde seine Aussage zu beeidigen haben, so kann dies doch auf das Gemüh nicht so stark wirken und den zu Vernehmenden zu einer wahrhaftigen Aussage bestimmen, als ein feierlich geleisteter Eid selbst. Am augenmessensten scheint es daher, dem Vernommenen, sobald er für verdächtlos erkannt wird, den Zeugeneid auch in der Voruntersuchung abzunehmen und dann erst mit dem Verhörer fortzufahren, die übrigen Vorgeforderten aber blos pro informatione und ohne Beeidigung zu vernehmen. Dies Verfahren stimmt auch sowohl mit dem einheimischen 7) als dem römi-


2) §. 158.

3) §. 62.

4) §. 356.

5) §. 333.


7) L. L. p. 350. note a, welche vorschreibt streitige Zeugen unbeeidigt zu vernehmen.

9*
schen 1) und Reichsrechte 2) überein, welche Zeugen (also doch nur den als vollgültigen Zeugen Anerkannten) vor der Vernehmung zu vereidigen vorschreiben, und wäre demnach in Livland als gesetzlich gültig anzusehen.

§. 63.

Vom articulirten Verhör.


§. 64.

Vorhalt am Schlusse der Specialuntersuchung.

In manchen Fällen kann es nützlich sein, wenn der Inquirit alle die aus der summarischen Untersuchung sich ergebenden Verdachtsgründe sammelt und dem Inquisiten vorhält, wie dieses das braunschweigische Gesetz 4) bei schweren Verbrechen, die preussische Criminal-Ordnung 5) und die Anhaltische 6) gerade

1) L. 9. Codex de testibus.
2) Swod XV. 1103.
3) Mittermaier, l. c. §. 143.; Tittmann III. S. 388. und andere.
4) vom 5. October 1832.
5) §. 418.
6) von 1822, §. 8.
umgekehrt bei leichteren Vergehen (indem bei schweren
Fragartikel vorher aufgesetzt werden sollen) fordern.
Die Einrichtung dieses Vorhaltes und die Zweckmäßig-
heit desselben im einzelnen Falle, muss ganz der Ein-
sicht des Richters überlassen bleiben. Am wenigsten
darf er hiebei slavisch der Ordnung der vorher auf-
gesetzten Fragepunkte folgen, was von allen bessern
Criminalisten getadelt wird\(^1\).

§. 65.

Priesterliche Admonition und Zuziehung von
Standesgenossen des Inquisiten.

Die in Livland gebräuchliche priesterliche Admo-
nation des Angeschuldigten gründet sich auf deutschem
Gerichtsgebrauch und wird durch das Reichsrecht\(^2\)
angeordnet.

Dasselbe befehlt auch\(^3\), wenn der Angeschuldigte
unter einer besonderen Jurisdiction steht, z. B. dem
Geistlichen-, Militair-, Kaufmanns- oder Gewerbsstande
angehört, die Zuziehung eines Abgeordneten aus die-
sem Stande zu dem Verhöre. Dieser hat das Recht
auf die richtige Führung der Untersuchung zu sehen,
die Protocollen mit zu unterschreiben und bei jeder sich
etwa zeigenden Meinungsverschiedenheit seine Ansicht
mitzuteilen. In Livland können Kauf- und Gewerbs-
leute, sie seien denn auf dem Lande ansässig, nur von
ihren städtischen Standesgenossen gerichtet werden,
und so bleibt obige Gesetzesvorschrift hauptsächlich nur
für Militair und Geistliche\(^4\) anwendbar und wird auch
in Beziehung auf dieselben beobachtet. Sie enthält ein
specielles, den Individuen dieser Stände ertheiltes lan-
desherrliches Privilegium, das mit der ältern einheimi-
schen Gesetzgebung nicht im Widerspruch steht.

§. 66.

Von der Confrontation.

In Bezug auf Confrontationen gelten die Bestim-

---

\(^1\) Tittelmann, III. S. 388.; Mitterm. §. 143.
\(^2\) Swod XV. 1043.
\(^3\) Swod XV. 1023—1034.
\(^4\) für evangelische Geistliche namentlich nach dem K. G. von 1832 §. 301.
mungen des deutschen Gerichtsgebrauches, mit dem der livländische übereinstimmt. Die Form der Confrontation ist in Livland die, dass dem Confrontanten in Gegenwärt des Confrontaten seine Aussage über einen bestimmten Fragepunkt aus dem Protocoll vorgelesen wird, so wie dem Confrontaten die reinige, dass beiden die Abweichung erklärt wird und dann vom Confrontanten verlangt wird, auf seinen geleisteten Eid dem Confrontaten die Aussage zu wiederholen. Auf die nun erfolgende Aussage des Confrontanten muss der Confrontat sich erklären und in Ermangelung der Ueber-einstimmung lässt man beide Thüile zur Re- und Duplic zu 1). Indessen wird es oft zweckmassig sein sich an diese Form nicht zu streng zu binden, sondern den gegenseitigen Erläuterungen und Unterredungen der Confrontirten freien Spielraum zu lassen, wodurch die Ermittlung der Wahrheit nicht wenig gefördert wird.

XI. C a p i t e l.

Vom Beweise in Strafsachen.

§. 67.

Nothwendigkeit einer legalen Beweistheorie.

Da nur der durch positive Handlungen in die Ausserslichkeit übergegangene verbrecherische Wille der Strafe unterliegt, so muss der Richter von dem wirklichen Dasein der verbrecherischen Thathandlung, so wie aller dieselbe näher bestimmenden, auf das Strafurtheil einwirkenden Nebenumstände vollkommen überzeugt sein, um mit gutem Gewissen verurtheilen zu können. Zu dieser Ueberzeugung kann er nur durch einen logischen Process gelangen, welcher aus der Kennt-

1) Samson, Institut. §. 1696, 1697.
niss der für die bestimmte verbrecherische Thatsache sprechenden Gründe, die Gewissheit dieser Thatsache herstellt, sie dem Geiste vermittelt, d. h. sie beweist. Der Beweis ist diejenige Thätigkeit, durch welche der Geist etwas für sich selbst macht, ihm Existenz für sich oder Gewissheit gibt. Als rein logische Thätigkeit und wel das vernünftige Denken die Allgemeinheit der menschlichen Natur ausmacht und daher in jedem Individuo dasselbe ist, ist auch der Beweis für jedes dasselbe, und was dem einen Gewissheit verschaft, muss sie auch dem andern geben, die Fälle besonderer und nicht allgemein vorauszusetzender Geistesschwäche oder Unbildung abgerechnet. Es giebt daher für den Beweis allgemeine Regeln oder eine Theorie, und es kann nur zur Beraubung der Staatsbürger dienen, wenn sie wissen, dass sie nicht von der oft einseitigen und irrenden Meinung eines nur subjectivem Fürwahrhalten folgenden Geschworen, sondern von der durch allgemein anerkannte Grundsätze geleiteteten und an ihre Befolgung gebundenen Ueberzeugung des rechtsgelehrten Richters abhängen. Auch kann nur in den letzten Falle der Richter durch Darlegung bestimmter, für seine Ueberzeugung sprechender Gründe die öffentliche Meinung und die Oberinstanz, ja oft den Delinquenten selbst (was zur Besserung desselben und zur vollkommenen Gerechtigkeit der Strafvollstreckung nothwendig ist) von der Richtigkeit seines Urtheils überzeugen und jener Instanz eine gründliche Prüfung desselben möglich machen. Dafs überhaupt bewiesen worden kann, zeigt schon, dass die Gewissheit nicht das blosse Produkt eines instinctmässigen Wahrheitsgefühls ist, das nur für den Einzelnen gültig, die Möglichkeit der Ausdehnung dieser Gewissheit auf Andere, d. h. die des Beweises, ausschliesst. Nur die durch bestimmte, allgemein anerkannte Gründe vermittelte Gewissheit, d. h. ein nachgewissen, vernunftgemäss festgesetzten Regeln geführter Beweis verschafft die höchstmögliche Wahrscheinlichkeit einer richtigen Urtheilsfällung, weil dann zwar der Richter sich noch in der Anwendung dieser Regeln, nicht aber durch Aufstellung und Befolgung ganz falscher Grundsätze täuschen kann. Diese Grundsätze zu ermitteln ist Sache der Wissenschaft, sie richtig anzuwenden eine
Kunst— jenes die Pflicht des Gesetzgebers, dieses die des Rechtsgelehrten. Wie schwankend also, und oft irrhümlich die Entscheidung des rechtsunkundigen Geschwornen ausfallen müsse, der die Regeln für seine Übersetzung sich selbst macht und sie ohne vorhergehende Uebung auch sogleich praktisch anwendet, leuchtet eben so sehr ein wie die Unmöglichkeit, den Geschwornen an eine Beweistheorie zu binden, deren Studium ja nicht von ihm gefordert werden kann, so wie die daraus folgende Unanwendbarkeit von Recursen an eine Oberinstanz, da diese jeder Grundlage zur Beurtheilung eines, von jeder allgemeinen Regel unabhängigen, rein individuellen Fürwahrhalteens entbehrt. Das englische, so wie das französische Recht lassen daher consequent den Geschwornen nur nach seiner subjektiven Meinung urtheilen 1) und gestatten von ihren Aussprüchen keine Appellation, sondern bloss, und zwar nur das französische Recht, Cassation wegen aus Formfehlern entspringender Nichtigkeit, die dem processleitenden Richter, nicht aber dem Geschwornen zur Last gelegt werden kann 2). Das englische Recht hat wenigstens in der grossen Anzahl der Geschwornen und in der Notwendigkeit ihrer Einstimmigkeit eine Abhilfe gesucht, da durch beides die Irrthümer individueller Ansichten einigermassen ausgeglichen werden, ihre Subjectivität sich gegen einander abstreitet, und eine wenigstens relative Objectivität und Allgemeingültigkeit gewinnt. Die Notwendigkeit einer legalen Beweistheorie, obwohl noch in einigen neueren Gesetzbüchern, z. B. dem waatländischen 3) und toskanischen 4) nicht anerkannt, ist daher nicht zu läugnen. Sie hat, so wohl die römischen Juristen und Gesetzgeber, als den Urheber der peinlichen Gerichtsordnung vermocht einzelne Regeln aufzustellen, aus welchen Gerichtsgebrauch und Doctrin ein Ganzes gemacht haben. Auch unsere einheimischen Quellen enthalten nur wenige Andeutungen,

1) Code d’Instruct. §. 342.: la loi ne leur fait que cette seule question, qui renferme toute la mesure de leurs devoirs: avez vous une intime conviction?
2) l. §. 408 u. folg.
3) §. 347.
4) vom 9. August 1838, §. 222.
so daß in der Beweislehre neben dem einheimischen, der deutsche Gerichtsgebrauch, der sehr ausführlich und genau ist, hauptsächlich zur Norm dient.

§ 68.

Von der richtigen Anwendung der legalen Beweistheorie und ihren Grenzen.

Die Notwendigkeit einer legalen Beweistheorie darf aber nicht über die Grenzen der Anwendung der selben verblenden. Es gibt im Processe kein Beweismittel, welches die Möglichkeit des Gegentheils ausschliesse oder eine rein logische, absolute Gewissheit gäbe. Denn es handelt sich ja um zu beweisende Thatsachen, und diese lassen sich nicht a priori deduciren, sondern nur als Resultat einer sinnlichen oder geistigen Anschauung (letzteres zum Theil bei dem Gutachten der Kunstverständigen und ganz beim Ge-ständnisse), welche immer dem Irrthume unterworfen sein kann, selbst wenn sie, wie beinah nie, die des Richters selbst ist. Sobald sie die dritter Personen ist, wie beim Zeugnisse, dem Gutachten von Kunstverständigen und dem Bekennnisse, hängt die Gewissheit ihrer Resultate noch von dem Grade der Glaubwürdigkeit dieser Personen ab, welche nur mit Wahrscheinlichkeit, nicht mit Gewissheit auszumitteln ist, so daß dann der ganze Beweis auch nur auf Wahrscheinlichkeit hinausläuft. Urkunden gehören entweder zum richterlichen Augenschein, wenn sie selbst das Verbrechen constituiren, oder zum Zeugnisse, wenn sie über das Verbrechen aussagen. Indes endlich sind Thatsachen, aus denen ein Verbrechen sich nach dem gewöhnlichen Zusammenhange menschlicher Handlungen mit hoher Wahrscheinlichkeit schliessen lässt; nicht nur müssen sie selbst erst durch die oben angeführten directen Beweismittel hervorgebracht sein, sondern man kann noch in der aus ihnen zu leitenden Schlußfolgerung irren, und im günstigsten Falle geben sie ebenfalls nur eine hohe Wahrscheinlichkeit. Die Gewissheit im Strafprocesse kann also, nach der Natur der ihm zu Gebote stehenden Beweismittel, nicht die Möglichkeit, sondern nur die Wirklichkeit oder die Wahrscheinlichkeit des Gegentheils, bis auf et-
wanige Erweisung desselben, indem kein haltbarer Grund dafür spricht, ausschliessen; denn ist das Gegenteil wirklich, so ist die behauptete Thatsache nicht vorhanden; ist es wahrscheinlich, so ist letztere unwahrscheinlich und in beiden Fällen kann sie nicht Grundlage des zu fällenden Urtheils sein. Der Anschuldigungsbeweis ist also vollendet, sobald für die Entschuldigung kein haltbarer Gegengrund vorliegt; ist aber ein solcher vorhanden, so wird dadurch die Kraft der Anschuldigung um so viel geschwächt und sie sinkt von dem Grade der höchsten Wahrscheinlichkeit, der die juristische Gewissheit ausmacht, zu einer geringern, ja bis zur völligen Ungewissheit herab, wenn Gründe und Geggründe sich das Gleichgewicht halten. Da nun die Grade der Wahrscheinlichkeit sich nicht nach bestimmten Merkmalen im Allgemeinen bezeichnen lassen, sondern von der Totalwirkung aller Beweismittel in ihrem lebendigen Zusammenhange, folglich von den Umständen des concreten Falls abhängen und daher ihre Beurtheilung, und folglich die der Kraft der Beweismittel selbst in jedem einzelnen Falle dem Richter zu überlassen ist, so hat kein Beweismittel unbedingt und immergleiche Gültigkeit, und der Richter darf nie durch das Gesetz gezwungen werden, nach einem oder mehreren Beweismitteln zu verurtheilen, sobald sie ihm nach der Natur des vorliegenden Falls ungenügend erscheinen. Sondern die Beweistheorie hat nur die Bedeutung, daß der Richter ohne die vorgeschiedenen Beweismittel nicht entscheiden darf, weil sonst seinem Urtheile die gesetzliche Begründung fehlen würde. Er ist aber auch nicht verpflichtet, der formalen Wahrheit zu Liebe, in Grundlage derselben gegen seine Überzeugung zu sprechen, so lange ihm die materielle Wahrheit der durch sie herzustellenden Thatsachen ungewiss ist. Diese Beschränkung, welche die holländische Criminal-Ordonnanz §. 425—431. allgemein, und die peinliche Gerichts-Ordonnanz §. 67. bei Gelegenheit des Zengenbeweises bestimmt ausspricht, stellt neben das objective Element der legalen Gewissheit auch das subjective der richterlichen Ueberzeugung (welches in den Geschwornen-Gerichten einseitig vorherrscht) und vermittelt aus beiden das so aus der Seele des Richters.
wie aus der Vernunft des gesetzgeberischen Volks, nach
den concreten Umständen des einzelnen Falls, wie nach
den Regeln allgemeiner Denkgesetze zu sprechende Ur-
theil. Der Nachtheil blind Anwendung fessender
Formen, der einzige einer legalen Beweistheorie zu
machende Vorwurf, wird dadurch vermieden.

§. 69.

Von den einzelnen Beweismitteln.

Wir gehen jetzt zu den einzelnen Beweismitteln
über. Ueber den richterlichen Augenschein und den
Beweis durch Kunstverständige enthalten unsere einhei-
mischen Quellen keine Bestimmungen, man möge denn
den oben allegirten Art. 144. des Ritterrechts über Er-
egreifung auf Handhafter That hinzurechnen, obgleich
eine solche Ergreifung wohl auch in den seltensten
Fällen durch den Richter selbst geschehen und so zum
richterlichen Augenschein werden wird. Es treten
also hier die Bestimmungen des deutschen Gerichtsge-
brauchs, so wie in Beziehung auf die Ermittelung des
Thatbestandes durch den Gerichtsarzt suppliterisch die
oben allegirten Vorschriften des russischen Rechts ein.
Geständniss wird in den Richterregeln 1) und im Land-
lagh 2) für das sicherste Beweismittel erklärt. Es muss
aber freiwillig, ungezwungen, mit Anführung von Um-
ständen, welche die eingestandne That wahrscheinlich
machen und vor Gericht abgelegt, auch das corpus de-
lictii ausserdem erwiesen sein 3). Im übrigen gelten
die Bestimmungen des deutschen Rechts. Urkunden
müssen in origina]. 4) oder in beglaubigter Abschrift,
wen die Natur der Sache es zulässt, und zwar schon
in der ersten Instanz bei Strafe von 5 Thalern schwed-
isch (3 Rbl. 50 Kop. S.) beim Landgerichte, oder 10
Thaler schwedisch beim Hofgerichte, vorgelegt wer-
den 5). Attestate von Privatpersonen müssen beschwo-
ren werden, gelten also nur als Zeugnisse 6); Handels-

1) §. 16.
2) p. 471. note c.
3) L. L. I. c.
4) Rig. Stadtrecht L. II. c. 21. §. 8.
5) L. O. pag. 660 u. 657.
6) L. O. pag. 697.
bücher unbescholtener Kauflute und sonstige Rech-
nungsbücher beweisen gegen ihre Aussteller vollkom-
men, für sie selbst aber nur halb ¹). Sie brauchen
nicht ganz, sondern nur die zum Beweise erforderli-
chen Stellen vorgelegt zu werden ²). Öffentliche Urkun-
den, wozu auch Notariatinstrumente und von den Mä-
lern selbst beschwore Mäklerbücher gehören, haben
volle Beweiskraft ³).

§. 70.

Vom Zeugnenbeweise.

Zum vollständigen Zeugnenbeweise ist die überein-
stimmende Aussage zweier exceptionsfreier Zeugen er-
forderlich ⁴). In Betreff der Glaubwürdigkeit der Zeu-
gen unterscheiden die einheimischen Quellen fähige
Zeugen von den unfähigen, welche zum Zeugniss nicht
zugelassen werden dürfen ⁵). Unter den als unfähig
bezeichneten Zeugen kommen aber in der angeführten
Stelle auch solche vor, deren Tüchtigkeit im vorlie-
genden Falle der richterlichen Beurtheilung überlassen
wird, und die also richtiger als verdächtige, denn als
durchaus ungültige ansuzusehen sind, z. B. die wegen
Freundschaft und Gewinn erweislich und offenbar
den einen oder dem andern was zu Liebe aussagen
oder verschweigen, oder die nach eines andern Aus-
sage und Bericht oder auf ein Hörerzeugnisse ablegen
wollen. Denn um beurtheilen zu können, ob dies wirklich der Fall sei, müssen sie doch zuerst
vernommen werden, sie sind also nicht absolut unfä-
hige, sondern nur verdächtige Zeugen. Auch Haus-
gesinde des Inculpirten ist nach obiger Stelle zum
Zeugnisse zuzulassen, wenn keine anderen Zeugen
t zu haben sind. Zu diesen Gattungen verdächtiger
Zeugen sind auch noch die übrigen gemeinsinrechtlich da-
für anerkannten zu zählen. Nur bei unter classischen
Zeugen sich ergebenden Widersprüchen kann noch un-

¹) Rig. Stadtrecht L. II. c. 21. §. 45.
²) l. c. §. 9.
³) l. c. §. 126.
⁴) L. L. p. 31. note c.
⁵) L. L. p. 350. note a; Richterregeln §. 37.
ter ihnen selbst nach dem römischen Rechte 1) ein Unterschied gemacht werden, wobei die Gründe, die im vorliegenden Falle die Kraft des Zeugnisses vermindern, z. B. Schwäche oder Mangel an Übung der zur Wahrnehmung der berichteten Tatsachen erforderlichen Sinne, Leichtsinn und Flüchtigkeit und Gleichgültigkeit, oder bisweilen im Gegenteil Aengstlichkeit des Characters, Mangel an Bildung, wo das abzulegende Zeugniss eine solche erforderte, unruhiges Benehmen vor Gericht, unbedachtsames Zeugniss, Mangel an Zusammenhang, Genauigkeit und Vollständigkeit von dem Richter zu berücksichtigen sind. Dafs derselbe die Glaubwürdigkeit der Zeugen und ihrer Zeugnisse ex officio zu prüfen habe versteht sich von selbst und ist auch durch die Strafordinnung von 1653 2) vorgeschrieben. Zweckmässig lässt die Landesordnung 3) die Zeugen auch um die Gründe ihrer Wissenschaft befragen. Vereidigung der Zeugen ist durch die Landesordnung 4) vorgeschrieben, der Zeitpunkt derselben aber nicht bestimmt, worüber also die gemeinrechtlichen Verordnungen gelten. Streitige Zeugen sind unbeeidigt zu vernehmen 5).

§. 71.

Fortsetzung.

Die Aussage nur eines Anschuldigungszeugen macht nach den Richter-Regeln 6) einen halben Beweis aus, worauf der Angeschuldigte zum Reinigungseid zu lassen ist. Jeder Zeuge ist einzeln und in Abwesenheit des Inculpaten zu vernehmen 7), womit mehrere neuer Gesetzgebungen 8), wohl aus dem Grunde um Einschüchterungen oder Regungen des Mitleids für den Inquisiten zu vermeiden, übereinstimmen, wogegen alle auf

2) L. O. p. 96.
4) p. 60.
6) §. 29.
7) L. O. p. 60.

Vernehmung der Zeugen in ihren Wohnungen ist durch die Landgerichtsordnung 2) unbedingt gestattet; doch sollte dies, da die Vernehmung minder feierlich ist und bei entfernten Zeugen selten durch den erkenndenden Richter selbst geschehen kann, nur dann vorkommen, wenn Krankheit oder Altersschwäche des

---

1) § 317.
2) von 1632, S. 21. (L. O. p. 61.)
Zeugen es erfordern, oder bei grosser Entfernung desselben 1) nach Lage der Sachen ein schriftliches Zeugniss hinreichet 2). Im übrigen gilt der deutsche Gerichtsgebrauch.

§. 72.

Vom Anzeigebeweise.

Von Anzeigen werden in den einheimischen Quellen die des Kindermordes hervorgehoben, indem eine königliche Verordnung 3) Weibspersonen, die aus ungesetzlichem Beischlaf schwanger werden und solches, so wie die Geburt selbst verhehlen und bei der Geburt Einsamkeit suchen, mit der Todesstrafe bedroht, wenn auch die Frucht todtgeboren oder nicht vollkommen gewesen, besonders wenn solche nach der Geburt nicht zum Vorschein gebracht, sondern aus dem Wege gelegt wird. Das Zusammentreffen der angeführten Anzeigen wird also als zureichender Beweis des Kindermordes angesehen. Hiedurch ist eine frühere Verordnung 4), welche die Vollkommenheit der Frucht zur Bedingung der ordnaimen Leibesstrafe macht, verschärft worden, indessen hält sich die Praxis ebenfalls an diese Beschränkung 5). Das Ritterrecht 6) erklärt ferner das Vorfinden einer gestohlenen Sache im Gewahrsam einer Person die den Schlüssel dazu hat für handhafte That und stellt es dem Ertrappen auf frischer That ("wor man en begruppet mit der dadt") ganz gleich, schreibt also diesem Indicium vollkommene Beweiskraft zu. Dies gilt aber nur von dem der sich über den Besitz der Sache nicht legitimieren kann, denn das Ritterrecht 7) verstattet die Verweisung an den Auctor so wie die Beweisführung darüber, daß man den Gegenstand selbst verfertigt oder 8) gezogen habe, und legt dabei

---

1) l. 8., D. de test.
2) L. L. p. 353. note f.
3) vom 15. Nov. 1684. (L. O. p. 319.)
5) Samson, Institut. §. 1853.
6) c. 141.
7) c. 146.
8) bei Thieren.
dem Käufer gestohlener Sachen nur die Auslieferung an

den Eigentümer auf 1). Durch das Herausheben der
obgenannten Anzeigen als gesetzlicher für gewisse Ver-
brechen, ist aber die Benutzung anderer Anzeigen nicht
ausgeschlossen, zumal in den einheimischen Quellen
eine vollständige Aufzeichnung aller Beweismittel nirgends
vorkommt und die peinliche Gerichtsordnung 2) aus-
drücklich sagt, „daß alle argwöhnige und verdächtliche
Fälle und umstände nit möglich ist zu beschreiben.“

Hiemit stimmt auch die Praxis überein, welche übri-
gens die von der peinlichen Gerichtsordnung festgestell-
ten legalen Indicien anerkennt 3).

§. 73.

Kraft des Anzeigebeweises.

Wenn auch ein wiederholtes Gesetz 4) die Verur-
theilung zur peinlichen Strafe nur auf „sonnenklaren“
Beweis zulässt, so ist dadurch der Anzeigebeweis nicht
ausgeschlossen, sobald er nur nach der Natur des vor-
kommenden Falles dem Richter vollkommene Übere-
zeugung verschaft. Ubrigens galt während eines grossen
Theils der schwedischen Beherrschungszeit in Livland
die Folter als Mittel zur Erhaltung eines Geständnis-
es, und da die Richterregeln 5) ihren Gebrauch nur
dann verstatten, „wenn ein so fester Grund und Um-
stände sich hervortäten, worauf ein Richter zu spre-
chen wohl befugt sein könnten“, so wurde wohl bei drin-
genden Anzeigen vor der Urtheilssprechung noch auf
die Folter erkannt, wie es auch die peinliche Gerichts-
ordnung 6) ausdrücklich festsetzt. Da indessen diese
Vorschrift in unserm einheimischen Gesetzen nicht na-
menteilig vorkommt, so ist die Praxis in Livland durch
die Aufhebung der Folter, welche durch einen königli-
chen Brief an das livländische Hofgericht 7) erfolgte,

1) c. 145.
2) §. 24.
3) S. a. n. Institutionen §§. 1813—1841.
4) Landlagh p. 346. note d.; p. 436. n. c.; p. 513. n. a.;
   Richterregeln §. 31.
5) §. 38.
6) §. 22.
7) vom 22. December 1686 (L. L. p. 346. note c.): „einen
ohne daß bei der Gelegenheit über den Indicien-Beweis statuirt worden — nicht in dieselbe Verlegenheit gesetzt wie in Deutschland, nach der Meinung derjenigen, welche den §. 22. der peinlichen Gerichtsordnung als noch gültig ansehen. Ebensowenig stimmen wir der erlægengesetzten Meinung der Rechtslehrer zu, welche auch für das heutige gemeine deutsche Recht den §. 22. der peinlichen Gerichtsordnung durch Aufhebung der Folter für annullirt ansehen, und daher die Bestimmungen des römischen und kanonischen Rechts eintreten lassen. Diese stellen dragende Anzeigen 1) als Beweismittel dem Zeugen- und Urkunden-Beweise, so wie dem Geständnisse ganz gleich 2); auch das russische Recht scheint sich zu derselben Ansicht zu neigen. Dasselbe verordnet 3), niemanden ohne klare Beweise oder offenbare Anzeigen zu verurtheilen, gestattet also in Letzterem Falle die Verurtheilung und befehlt, wenn nur einige Anzeigen vorhanden sind, je nach Lage der Sache; den Reinigungsseed, Bürgschaft oder Lossprechung von der Instanz 4). Dasselbe sagt zwar 5), dass Anzeigen keinen vollständigen Beweis über die Vollziehung des Verbrechens liefern können, setzt aber hinzu, daß sie an Stärke gewinnen 6), wenn ihrer viele zusammentreffen oder der Angeschuldigte keine haltbaren Entschuldigungsgründe anführt. Dieses Gewinnen kann nach den Worten des angeführten §. 1205. wohl nur darin liegen, daß die Stärke des Beweises bis zur Vollständigkeit desselben, die also zur Verurtheilung hinreicht, gesteigert wird.

Menschen aber durch Reinhaltung der Wahrheit zu zwingen ist keineswegs zugelassen. 4)

1) (Indicia indubitata luceque clariora, l. 25. C. de probationibus, c. 2. C. 2. Q. 8. indicia certa, quae jure non respuuntur. 1. 19. C. de R. V. indicia mani festa, l. 3. C. majestatis: argumenta vestigiaque veritatis, l. 22. C. de falsis, l. 4. C. quorum appellatio non necessaria.)

2) Bauer, Theorie des Anzeigenbeweises, 1843, pag. 209 u. u. gegen Mittermaier, deutsches Strafverfahren, §. 182 und folg.

3) Swod XV. 1169.

4) (Belastung in Verdacht) Swod §. 1177.

5) l. c. §. 1205.

6) „Сия якъ увеличивается."
§ 74.

Vom Reinigungseide.

Positive Bestimmungen.

Von Eiden kommt in den einheimischen Quellen nur der Reinigungseid vor\(^1\)), was auch mit der Natur des Criminalprozesses übereinstimmt. Derselbe soll dem Beschuldigten nur dann auferlegt werden, wenn Wahrscheinlichkeitsgründe gegen ihn sprechen und der Beschuldigte unbescholten und in einem Zustande ist, zum Eide gelassen werden zu können, auch überhaupt kein Meineid zu besorgen ist\(^2\)). Wer eines schweren Verbrechens, und namentlich des Diebstahls, Raubes, Mordes, Kirchenraubes, einer Verratherei, Giftmischerei oder Zauberei vor Gericht überführt worden; wird zum Reinigungseide nicht zugelassen\(^3\)), indessen ist bescholtener Lebenswandel aus früher Zeit\(^4\)) kein Grund, den Inquisiten den Reinigungseid zu verweigern\(^5\)). Ist der Anschuldigungsbeweis unvollständig und dennoch kein Reinigungseid aus Furcht vor Meineid zulässig, was nicht nur bei bescholteneren Leuten, sondern auch bei allen Anschuldigungen schwerer Verbrechen der Fall sein wird, so ist die Sache Gottes Gerichte und der zukünftigen Zeit\(^6\) zu überlassen, womit das Rechtsrecht übereinstimmt\(^6\)). Trotz der weisen Beschränkungen unter denen die schwedische Gesetzgebung den Reinigungseid zulässt, trante sie dennoch demselben so wenig, daß sie bei Verweigerung desselben die ordinaire peinliche Strafe nicht gestattete, als welche nur auf „sonnenklaren“ Beweis verhängt werden sollte\(^7\)).

§ 75.

Bemerkungen über den Reinigungseid.

Der Reinigungseid, der dem ausgebildeten römischen

\(^1\) „Befreiungseid“ oder „Eid“ kurzweg genannt; L L. pag. 345. note \(^7\).
\(^2\) L. L. pag. 346. note e.; Richterregeln, § 27.
\(^3\) R. R. c. 38.
\(^4\) wenn hernach Besserung erfolgt und keines der obenbenannten Verbrechen begangen worden.
\(^5\) L. L. pag. 231. n. d.; pag. 510. n. b.; pag. 239. n. c.
\(^6\) Swov XV. § 1177.
\(^7\) L. L. pag. 346. n. d.
Rechte unbekannt war, stammt bekanntlich aus der rohen Processweise der Germanen, nach welcher der Be-
schuldigte von seinen Verwandten oder Standesgenos-
sen als Eideshelfern begleitet, vor Gericht erschien,
um sich von der Klage løsuschwören.

Dieses Verfahren, welches mit dem ebenfalls alt-
germanischen Grundsätze zusammenhängt, daß es zu
dem Beweise erst kommt, wenn der Beklagte nicht
näher ist der Klage mit seinem Eide zu entgehen, als
der Kläger ihn zu überführen¹), ist für gewisse Fälle
auch in das mittlere Ritterrecht²) übergegangen, un-
terscheidet sich aber durch die Theilnahme der Eides-
helfer wesentlich von dem, dein Angeschuldigten ganz
allein auferlegten Reinigungseide. Über dessen richtig-
ten Gebrauch und die zur Vermeidung des so leicht
vorkommenden Meineides anzuwendenden Mittel, hat
bei dem Mangel an gesetzlichen Bestimmungen, die deut-
sche gemeinnützliche Praxis von jeher geschwankt und
mehrere neuere Gesetzgebung, haben ihn daher ganz
abgeschafft³). Nur bei geringen Vergehen dürfte er,
und zwar mit der Wirkung zuzulassen sein, daß die
durch einen unbescholtenen Mann beschwörte Unschuld
die Kraft der gegen ihn obwaltenden Verdachtsgründe
aufhebt⁴), was auch mit den schwedischen Verord-
nungen übereinstimmt. Die Ablegung des Eides kann
aber höchstens einem stillschweigenden, nie aber einem
vor Gericht ausdrücklich abgelegeten Geständnisse gleich
geachtet werden und daher keinen vollen Beweis der
Schuld, sondern nur eine dringende Anzeige begrün-
den⁵). Über den zusammengesetzten Beweis enthal-
ten die einheimischen Quellen keine Vorschrift.

¹) M. R. R. C. 113.
²) c. 85.
§ 76.

Von dem Verhältnisse des Anschuldigungszum Entscheidungsbeweise.

Das Verhältniss des Anschuldigungs- zum Entscheidungsbeweise betreffend, gestatten unsere Quellen die Verurtheilung des Beklagten nur auf vollständigen Beweis 1), woraus schon folgt, daß wenn die Sache dunkel oder zweifelhaft ist, oder der Anschuldigungsbeweis so wenig herzustellen ist, daß nicht einmal auf den Reinigungseid erkannt werden kann, der Beklagte losgesprochen werden muss 2). Die Lossprechung von der Instanz, als das die Ungewissheit des richterlichen Bewusstseins ausdrückende Mitteilung zwischen Verurtheilung und Freilassung, kommt in den einheimischen Quellen nicht vor, sondern dieser Zustand der Ungewissheit wird als blosser Vorwand von den Richterregeln 3) nicht gebilligt und wo keine Verurtheilung erfolgen kann, die unbedingte Freisprechung des Inculpaten ausdrücklich vorgeschrieben. „Wird jemand einer schweren Hals- oder anderen Sache die an Leib, Ehre und Leben geht, beschuldigt, ist aber kein solcher Beweis vorhanden, daß er dessen überzeugt, noch auch mit dem Befreiungseid belegt werden kann, so giebt zwar das schwedische Gesetzbuch an die Hand, daß alsdann 12 Männer zu Richtern verordnet werden sollen, und wenn dieselben den Beschuldigten unschuldig erklären, er frei sei, und wenn sie ihn schuldig erkennen, er verurtheilt werden solle 4). Es kann aber zuweilen eine Sache sogar dunkel sein, daß diese 12 Männer sagen, sie können den Angeklagten weder schuldig noch unschuldig erklären, und die Sache also in voriger Ungewissheit stehen bleibt; so kann ein solcher Vorwänd nicht gebilligt werden; denn wenn man einer That nicht genugsam überführen und ihn

1) L. L. pag. 346. note d.
2) Richterregeln, §. 31.; L. L. pag. 436. note c.; pag. 216. note d.; pag. 513. n. a.
3) §. 31.
4) „siehe Capitel 21. von Gerichtssachen (Landlagh).“
„verurtheilen kann, der ist vor (für) unschuldig zu halten, und soll man ihn freisprechen und loslassen“ 1).

XII. C a p i t e l.

Von der Urtheilsfällung, Revision, Publication und Vollstreckung.

§ 77.

Von der Lossprechung von der Instanz.

Ausser dem lossprechenden und dem verdammen- den Urtheile kennen die deutsche gemeinrechtliche Pra- xis auch noch das von der Instanz losbindende, über dessen Zulässigkeit die Theorie noch schwankt. Für Livland scheint die Frage zwar durch den so eben al- legirten § 31. der Richterregeln entschieden, der bei der Unmöglichkeit einer gehörig begründeten Verur- theilung, die vollkommene Freisprechung ausdrücklich vorschreibt, also jeden Mittelweg ausschliesst. Wenn aber auch Theoretiker behaupten, der Angeklagte habe ein Recht auf eine vollständige Unschuldserklärung so lange seine Schuld nicht erwiesen worden, so wäre dies nur dann richtig, wenn zwischen jener und der nur auf vollen Beweis zu gründenden Verurtheilung und Bestrafung, in der Überzeugung des Richters kein Drittes möglich wäre. Denn das Urtheil muss, um nicht eine offizielle Lüge genannt werden zu können, genau dem Grade der Überzeugung des dasselbe fällenden Richters entsprechen, und so wenig es beim mangelnden Beweis der Schuld verdammen darf, so darf es auch nicht für schuldlos erklären und so den Verdächtigen dem Unschuldigen gleichstellen, wenn nicht die Unschuld durch Entfernung der Verdachts- gründe hergestellt worden ist. Wenn daher mehre neuer Gesetzgebung die Lossprechung von der In-

1) Richterregeln § 31.
stanz oder die vorläufige Aufhebung der Untersuchung als derjenigen Sachlage entsprechend festzusetzen, wo der Inculpat verdächtig, der Richter ungewiss und die Fortführung der Untersuchung zwecklos ist 1), so scheint die Bestimmung des badischen Edicts 2) noch vorzüglicher, welche mehrere, dem jedesmaligen Ergebnisse der Untersuchung genau entsprechende Arten von Urtheilen unterscheidet, nämlich: 1) die Schuldlos-Erklä-
rung, wenn die That nicht von dem Angeklagten begangen war oder nicht aus seiner freien Handlung hervorgegangen 3); 2) Straflos-Erkärung, wenn die That gesetzliche Entschuldigungsgründe für sich hat; 3) Klagfrei- und Verdachtslos-Erkärung, wenn der Inculpat alle Inzichten beseitigte; 4) Klagfrei-
erklärung, wenn die Beweise nur zur ordentlichen Strafe nicht hinreichen (die bisherige Lossprechung von der Instanz). Auch dann, wenn an diese sämmtlichen Urtheile sich die Freilassung des Inculpaten ohne besonders für ihn gravirliche Folgen knüpfen sollte, würde doch durch die obige Unterscheidung der wesentliche und von der Gerechtigkeit geforderte Zweck erreicht, daß der für unschuldig Erkannte nicht mit dem für verdächtig Befundenen auf gleichen Fuss gestellt, und jener vor der öffentlichen Meinung vollkommen gerechtfertigt würde. Sowohl die livländische als die deutsche gemeinrechtliche Praxis erkennen die Entbindung von der Instanz an; diese unterwirft auch den von der Instanz Losgesprochenen einer polizeilichen Aufsicht, die sich aber nicht so weit erstrecken darf, den Betheiligten an der Ausübung seines Gewerbes oder Gewinnung seines Lebensunterhaltes zu hindern, z. B. durch das Verbot seinen Aufenthaltsort zu wechseln. Das baiersche Gesetzbuch 4) gestattet auch, von dem Betheiligten eine Bürgschaft des Wohlverhaltens zu fordern und bei schweren Verbrechen, übereinstimmend mit dem altenburgischen Gesetz über Indizienbeweis 5),

2) §. 18.
3) wohin auch der Fall des nicht ermittelten Thatbestandes gehören möchte.
4) §. 390 u. 391.
5) vom Jahre 1837, §. 27.
and mit dem hannöverschen 1) über Werkhäuser, einen Sicherheitsarrest oder Abgabe in das Arbeitshaus. Auch das russische Recht 2) befehlt, wenn der Augeschuldigte nicht überwiesen ist, aber doch Anzeigen (у.л.ки) wider ihn vorhanden sind, ihn nach Maassgabe der Dringlichkeit derselben, entweder in Verdacht zu belassen, oder auf Bürgschaft guter Führung loszulassen oder ihn den Reinigungseid aufzuerlegen, bei Gefahr des Meineids aber, die Sache dem Willen Gottes anheimzustellen. Bei Anwendung irgendeiner solchen Massregel muss es dem Beteiligten jeder Zeit gestattet werden, nach mehrjähriger tadelloser Führung und wenn sich keine weitere gravirlichen Anzeigen ergeben, um völlige Lossprechung zu bitten 3).

§ 78.

Von der Stimmzählung und Votirung.

Zu einem von einem Untergerichte zu fallenden Urtheile müssen alle Glieder desselben concuriren, im Hofgerichte der Präsident oder Vicepräsident nebst 4 bis 5 Gliedern 4). Verwickelte Fälle werden bis zur Bemtheilung von Seiten des ganzen Hofgerichts aufgeschoben 5). Ergeben sich drei oder mehr verschiedene Meinungen, so haben diejenigen einen Vorzug, welche am nächsten übereinkommen und sich am leichtesten vereinigen lassen, auch den Fall gelinder Bürtheilen 6). Ueberhaupt soll in zweifelhaften Fällen eher für als wider den Angeklagten gesprochen werden 7). Wenn indessen bei einer Verschiedenheit der Meinungen, der die strengste noch die gelindeste, sondern am häufigsten die den Mittelweg haltende die richtigere sein dürfte, so könnte man auch die letztere dadurch begünstigen, daß man die dem Augeschuldigtem nachtheilig-

1) vom 27. Januar 1838, §. 2.
2) Swod. XV. 1177.
3) Baiersches Gesetzboobh §. 392.
5) E 9.
sten Stimmen zu den ihnen am nächsten kommenden günstigeren so lange hinzuzeihen, bis eine absolute Majo-
rität entsteht, oder noch besser 1), daß die Abstimmung zuerst über die schwerste Strafe, dann über die zu-
nächst kommende und so fort bis zur gedingsten ge-
schielt, bis absolute Majorität herauskommt. Beim
Votiren muss im Hof- und den Landgerichten der jün-
ster Assessor anfangen 2). Sind im Hofgerichte die
Stimmen gleich getheilt, so zählt die des Präsidenten
(oder in seiner Abwesenheit die des Vicepräsidenten)
doppelt 3).

§. 79.

Nach welchen Gesetzen geurtheilt wird.

Die Frage, nach welchen Gesetzen in Livland Cri-
minalearbeitheile erfolgen sollen, scheint zwar nach den
allgemeinen Grundsätzen über die Anwendung und das
gegenseitige Verhältniss der verschiedenen hieselbst gel-
tenden Gesetzgebungen, also dergestalt entschieden wer-
den zu müssen, dass zuvörderst nach den einheimischen
Gesetzes-Vorschaften, dem Ritterrechte, in so weit es von der Praxis noch befolgt wird, und den dasselbe
ergänzenden schwedischen Verordnungen und den Rich-
terregeln und den Noten zum Landlagh, dann wo sel-
bige nicht ausreichen, nach dem gemeinen deutschen
Rechte als einheimischem Hülfrechte, und zwar erstens
nach der Carolina und den Reichabschieden, dann nach
canonischem, dann nach römischem Rechte, ferner nach
deutschem Gerichtsgebrauche, endisch in Erwandelung
aller dieser Erkenntnissquellen, nach dem allgemeinen
russischen Reichsrechte gesprochen würde. Allein ob-
gleich die schwedischen in Livland gültigen Rechts-
quellen und namentlich die Noten zum Landlagh sehr
ausführliche, und in Bezug auf die verschiedenen Gatt-
tungen und Unterarten von Verbrechen sehr genaue Be-
stimmungen enthalten, wie Mütthels livländisches Cri-
ninalrecht beweist (von dem nur der erste Theil im
Druck erschiene ist), so werden dieselben dennoch

3) Hofger.-O. §. 33.
sehr selten von der Praxis angewandt, theils weil die
scharfsten Strafgattungen durch die des russischen
Rechts ersetzt, die Geldbussen in heute wenig bekan-
ten schwedischen Münzsorten angegeben und endlich
auch diese Noten zum Landlagh nicht allgemein Ge-
genstand eines gründlichen Studiums und einer syste-
matischen Zusammenstellung (ausgenommen im Mü-
thelschen Werke) geworden sind. Das Ritterrecht
ist meist antiquirt, daher folgt die Praxis für den sog-
annnten allgemeinen Theil dem deutschen Rechte,
wie es von der Doctrin ausgebildet worden ist, als dem
zuverlässigsten Führer, in der Verhängung der Strafen
aber theils dem schwedischen, theils dem deutschen,
theils dem russischen Rechte; in der Vollstreckung
derselben, dem russischen, mit der Ausnahme, da's Kunt
und Plett 1) nach altem, aus schwedischen Zeiten her-
rührendem Gebrauch, durch sogenannte Paarruthen er-
setzt werden 2). Seitdem nämlich ein Allerhöchster
Ukas 3) die Vollführung der Todesstrafe im ganzen
Reiche untersagte und ihr die Versendung zur Strafar-
beit in die sibirischen Bergwerke und andere Orte sub-
stituerte, sind sämtliche schwerere Strafarten des äl-
tern einheimischen, so wie des deutschen Rechts, durch
die Verschickung nach Sibirien, die auf verschiedene
Weise modifizirt, theils zur blossen Ansiedlung, theils
zur Zwangsarbeit die Strafe beinahe aller peinlichen
Verbrechen ausmacht, allmählich verdrängt worden. Si-
birien ist das grosse, von der Natur selbst dazu be-
stiminte und sehr wenig kostspielige Besserungsgefäng-
niss des russischen Reichs, wo es dem ein neues Le-
ben, fern von allen früheren Verhältnissen, beginnenden
Sträfling weder an Raum noch an sonstiger Gelegen-
heit zu einem bessern Lebenswandel fehlt. Freilich
should dem Principe nach, noch immer nach dem ein-
heimischen und dem deutschen Rechte das Urtheil ge-
sprochen und die verhängte Strafe sodann nur in die
toentsprechende des russischen Rechts verwandelt wer-
den. Dies geschieht aber meist nur bei solchen, in
dem einheimischen und deutschen Rechte ausgezeich-

1) Zwei Gattungen von Peitschen.
3) vom 29. März 1753.
neten Arten von Verbrechen, die das russische nicht speciell erwähnt, z. B. manche qualifizirte Tötungs- und Dichstahlsfälle.


§ 80.

Von der Auslegung der Strafgesetze.

In zweifelhaften Fällen, oder in Ermangelung von Gesetzesvorschriften ist es dem Gerichte verstattet bei

---

1) Placate von 1680 und 1681.
2) L. O. p. 86, 626.
3) Viele Verordnungen sind als nur temporäre Maassregeln während des Drucks des Werks wieder aufgehoben worden.
4) vom 7. April 1804 und Juli 1805.
der Oberinstanz anzufragen 1). Die schwedischen Verordnungen schärfern dem Richter genaue Befolgung der Gesetze ein und verbieten denselben das Arbitriren 2), erklären aber die Befolgung des Gesetzes dahin, daß man sich nach der „rechten Meinung“, nicht aber „nach den Worten“ desselben richte 3). Sie erkennen also eine logische, von der grammatischen abweichende Auslegung an, und gestatten sogar dem Richter das Recht vernünftig zu messigen 4), was in Verbindung mit der vorgeschriebenen Befolgung des Gesetzes wohl nur so zu verstehen ist, daß der Richter in Strafurtheilen genügende und erwiesene Mildungsgründe berücksichtigen soll. Das russische Recht welches bestimmte Mildungsgründe aufstellt 5), läßt sich auf diesen Unterschied zwischen dem Worte und dem Geiste des Gesetzes nicht ein und befehlt sich genau nach dem Sinne 6) desselben zu richten und 7) nur die Worte des Gesetzes, in zweifelhaften Fällen aber den allgemeinen Geist der Gesetzgebung zur Richtschnur zu nehmen und sowohl bei dem Gouvernements-Procureur als auch höheren Ortes über die Auslegung zweifelhafter Gesetze nachzufragen. Für die Interpretation deutscher gemeinrechtlicher Vorschriften gelten natürlich die Grundsätze des deutschen gemeinen Rechts; desgleichen auch für die der ältern einheimischen Quellen, weil Livland bis zum Jahre 1561 ein Theil des deutschen Reiches war. Bei der coodirirten Anwendung verschiedener Rechtsquellen, wie sie in Livland stattfindet, muss natürlich jede Gesetzessvorschrift nach den Auslegungsmaximen derjenigen Reichsquelle interpretirt werden, zu welcher sie gehört.

§ 81.

Abfassung des Criminalurtheils.

Der Beratung über das Criminalurtheil geht nach

2) L. L. pag. 325. note b.; pag. 391. note c.
3) Richterreg. § 18.
4) I. c. § 8.
5) Swod XV. 137—143.
6) „на томъ по мнь разум.·“ Swod XV. 1220.
7) nach Swod I. 65., wo diese Materie besonders abgehandelt wird.

In Bezug auf die Reihenfolge der Aburtheilung von Criminalsachen enthält das russische Recht die auch in Livland gültige Bestimmung, dass zuerst Sachen auf allerhöchsten Befehl, denn solche in welchen sich die Inculpaten in Haft befinden, denn endlich alle übrigen vorgenommen werden müssen, unter gleichartigen

¹) Mittermaier, deutsches Strafverfahren §§. 155 u. 156.
²) Swod XV. 1038.
Sachen aber die älteren den Vorzug haben 1). Hiermit sind die Bestimmungen der einheimischen Quellen und des römischen Rechts zu verbinden, nach welchen Civilsachen, es sei denn Gefahr im Verzuge, den Criminalesachen 2), Geld den Ehren- und fiscalschen Sachen 3), Privatsachen den Staatssachen 4), jüngere den älteren 5) nachstehn.

§. 82.

Form der Criminalurtheile.

In Beziehung auf die Form der Urtheile verordnet der Landlagh 6) zweckmässig, sie mit den Entscheidungsgründen zu versehen. Das Landgericht ertheilt in Letertationsfällen nur ein Gutachten 7), womit das russische Recht 8) übereinstimmt. Im Eingange erwähnt dieses Gutachten das Alter und die sonstigen Personali- lien des Inquisiten, namentlich besondere Verdienste oder erhebliche Laster desselben 9) und bemerkt sowohl Anfang als Dauer der Untersuchung nebst der Zeit, wie lange der Inquisit aus der Haft mit oder ohne Bürgschaft befreit gewesen ist 10); die Worte „ohne Erhar- mung und hart 11) dürfen in der Strafbestimmung nicht vorkommen 12). Ist Leibesstrafe verbürgt, so ist die Zahl der Schläge im Urtheil bestimmt anzugeben 12).

1) Swod XV. 1219, 1220.
4) I. 35. D. de jure ficti.; I. L. 1. c.
6) p. 325. n. b.
7) mit der angehängten Clause: salva tamen leuteratione illustrenti domini judicis superioris.
8) Swod XV. 1218.
12) Swod XV. 27.
Die Journalen der Landgerichte müssen von den Kreisfiscalen ebenso durchgesehen und bestätigt werden, wie die des Hofgerichts und der übrigen Gouvernements- Behörden von dem Gouvernements-Procurateur 1).

§. 83.

Von der Versendung der Acten an die Lenterationsinstanz.

Es ist schon oben bemerkt worden, daß nach dem genauen Ausdrucke der einheimischen Quellen nur Sachen die auf Leben, Leib und Ehre gehen 2), res vitam et famam concernentes 3), zur Lenteration an das Hofgericht zu versenden sind. Hiezu fügt der königliche Brief an die Hofgerichte vom 29. Juli 1698 4) zwar auch andere Strafsachen 5) hinzu, wenn es sich nämlich um die Beachtung der Mitwisser oder Helfer mit einer Leibes- oder Gefängnisstrafe handelt. Allein schon aus der Verhängung solcher Strafen auf bloße Mitwissenshaft oder Helfung und aus dem Zusatze: „Mord, Totschlag oder anders“, so wie aus der Stellung der beiden angeführten Noten in die Kapitel vom Totschlage und von der Verwundung geht hervor, daß hier nur von sehr schweren Verbrechen die Rede sein kann und die königliche Resolution v. 20. Mai 1699 6) nimmt ausdrücklich alle Diebstahlssachen, es sei denn, daß auch Todesstrafe erkannt worden, von der Lenteration aus. Um also eine sichere Grenzlinie ziehen zu können und die Lenteration nicht ohne Maass zu vermehren, muß man sich an die Ausdrücke der beiden speziell für Livland erlassenen, also hieselbst vorzüglich gültigen Landgerichtsordinanzen halten, mit denen auch das russische Recht 7) in Betreff der durch die Criminalgerichtshöfe 2ter Instanz anzustellenden Revisionen, überestimmt, denn die in demselben erwähnte öffentliche

1) Swod XV. 1224.
2) L. G.-Ord. von 1632, §. 30.; L. O. pag. 65.
3) L. G.-Ord. von 1630, §. 40.; L. O. pag. 53.
4) L. L. pag. 481. note b.; p. 486. n. a.
5) „und einige Missethät, Mord, Totschlag oder anders.“
6) L. L. pag. 509. note a.
7) Swod XV. 1223.
Leibesstrafe ist immer von der Verschickung nach Si-
birien 1) und häufig, ja im Falle der Knutstrafe immer
von dem Verluste der Ehre begleitet 2). In allen übri-
gen Fällen ist die Leuteration um so weniger notwen-
dig, da, wie wir ausführlicher zeigen werden, die Que-
rel an die Oberinstanz gestattet ist 3) und durch eine
Erhöhung der gesetzmäßigen Theilnahme der Kreisfis-
cale, als öffentlicher Ankläger, so wie der Defensoren an
den Verhandlungen der Landgerichte, dieselben noch mehr
Garantien darbieten werden, als es bei der gesteigert-
ten juristischen Bildung ohnehin zu erwarten ist.

Da nach den allegirten Stellen der Landgerichtsor-
dinanzen die Versendung zur Leuteration von der Na-
tur der verhandelten Sache, d. h. von der Wichtigkeit
der Anschuldigung und nicht von dem Inhalte des Land-
gerichtlichen Gutachtens abhängt, so versteht sich von
selbst, daß letzteres auch dann zur Leuteration an die
Oberinstanz gehen muß, wenn es den Inquisiten ganz
oder von der Instanz losspricht oder ihm nur eine leichte
Strafe auflägt, was auch das Reichsrecht 4) ausdrück-
liech vorschreibt. Nur Untersuchungen, in welchen kein
Verbrechen vorliegt oder kein Schuldiger auszumitteln
gewesen, sollen von dem Criminal-Gerichte erster In-
stanzen sich an die Leuturations-Behörde, sondern an
den Civilgouverneur gesandt werden, der sie nur dann
der Leuterrationsinstanz mittheilt, wenn er ein ferneres
Verfahren für zweckdienlich hält. Die Acten werden
im Originale der Leuterrations-Instanz vorgestellt 5) und
zugleich ein, von dem verhafteten Inquisiten unter-
schriebenes und von den Gerichtsgliedern beglaubigtes
Reversal darüber beigelegt, daß er keinen partheischen
Verhöre unterworfen worden 6). Unterdessen bleibt
der Inquisit inhaftirt 7). Diese Bestimmung schliesst
die Vorforderung desselben vor die Leuterrations-Instanz
ezur ewigen Vervollständigung der Verhöre keinesweges

1) Swod XV. 33.
2) l. c.
3) Swod XV. 1225.
4) Swod XV. 1226 und 1227.
5) l. c. 1230 u. 1231.
6) l. c.
160

aus, welches auch durch das Reichsrecht 1) vorgeschrieben wird, mit Ausnahme nur derjenigen nachträglichen Verhörte, welche an dem Orte des begangenen Delicts vollzogen werden müssen 2).

§ 84.

Verfahren in der Leuterations-Instanz.


Ist die von der Unterbehörde vollzogene Untersuchung durchaus unbrauchbar, so ist eine neue anzuord-

1) Swod XV. 1232 u. 1240.
2) L. c. 1239.
3) Samson, Inst. §. 1740 u. 1741.
4) Swod XV. 1240.
5) L. O. pag. 247.
nen 1) und zwar auf des Inquirenten Kosten 2). Sind sehr bedeutende Versehen begangen und hat gesetzwidriges Verfahren stattgefunden, so kann der Unterrichter einer fiscalischer Action unterworfen werden 3). Der Richter welcher Verbrechen nicht beahndet, erleidet die Strafe des Verbrechens selbst 4). Das Urtheil ist vor seiner Ausfertigung dem Procureurem mitzuteilen und kann auf seinen Antrag abgeändert werden, sonst wird es auch trotz seines Einspruchs vollstreckt 5). Zuvor aber wird es dem Civilgouverneuren vorgestellt, der es entweder bestätigt zur Publication zurückschickt oder die ganze Acte mit seinem Gutachten dem Senat unterlegt, nachdem er zuvor die etwa nötige nachträgliche Untersuchung hat veraushalten lassen 6). Entdecken sich hiebei neue, der Leuterrationsinstanz unbekannte gebliebene Thatumstände, so kann der Civilgouverneur bei ihr auf eine wiederholte abweichende Urtheilsfällung antragen; die darauf erfolgte Sentenz ist ihm wiederum zur Bestätigung vorzustellen, darf aber auch bei erfolgter Zustimmung nicht ohne die vorhergegangene Revision des Senats vollzogen werden 7). Ist der Inquisit von einer unheilbaren Krankheit behaftet, welche die Vollziehung einer Leibesstrafe für ihn lebensgefährlich macht, und hat sich der Civilgouverneur durch ein Zeugniss der Medicinalverwaltung hievon überzeugt, so theilt er solches der Leuterationsinstanz mit, welche dem gemäss die mit Verschickung nach Sibirien verknappte Leibesstrafe wegzulassen, oder wenn sie allein erkannt worden, in Zuchthaus- oder Gefängnissstrafe zu verwandeln hat 8). Der Generalgouverneur hat das Recht, besonders wichtige Sachen zu seiner Durchsicht einzufordern und die Erfüllung mit Berichterstattung an den Senat, oder in

1) L. L. pag. 360, note a.
2) L. L. i. c.
3) Königl. Brief an die Hofgerichte vom 8. April 1687. (L. L. pag. 363, note b.)
5) Swed XV. 1261 u. 1261.
6) Swed XV. 1266, 1272.
7) i. c. 1276 u. 1278.
8) Swed XV. 1279—1287.

Richters livl. Strafprocess. 11
eiligen Fällen an Kaiserliche Majestät selbst, zu inhi-
biren 1).

§. 85.

Von an die Revision des Senats und an die
landesherrliche Bestätigung gehenden
Sachen.

Es ist oben bemerkt worden, daß schon zur
schwedischen Regierungszeit, wegen verweigeter oder
nicht gehörig verwalteter Rechtspflege, bei dem Lan-
desherrn um die Revision hofgerichtlicher Urtheile, so
wie derer des rigaschen Rath's 2) nachgesucht werden
konnte 3), obwohl eine eigentliche Appellation in Cri-
minalsachen nicht zulässig war 4). Diese landesherr-
liche Revision geschah sonst durch das in Petersburg
residirende Reichsjustiz-Collegium. Heute geschieht sie
zuvorderst durch den Senat und nur in ausserordent-
lchen, vom Gesetze bestimmten Fällen, durch Kaiser-
liche Majestät mit Zuziehung des Reichsraths; auch
ist sie insofern zu Gunsten auch der livländischen Un-
terthanen ausgedehnt worden, daß gewisse Criminal-
sachen ihrer Natur nach immer zu dieser Revision ge-
hen. Für das hiebei zu beobachtende Verfahren kann
natürlich nur die russische Gesetzgebung gelten. Zur
Revision an den Senat gehen, noch vor ihrer Vollzie-
hung, diejenigen Urtheile der peinlichen Provinzial-
oder Gouvernements-Gerichtshöfe, durch welche Adlige
oder Beamte zum Verlust des Adels oder zu einer Be-
schränkung ihrer Standesrechte verurtheilt werden 5),
und in Todschlagsfällen auch nach erfolgter Losspre-
chung 6), oder wenn der Adel des Inquisiten zweifel-
haft ist 7). Eben so gehen zur Revision Urtheile,
durch welche Ehrenbürger oder Kanzleibeamte ohne
Klassenrang, aber von Aeltern geistlichen Standes, zum

1) Swod XV. 1288, 1289.
2) Rig. Stadtrecht L. II. C. 31.
3) L. O. p. 386.; L. L. p. 75. note g.
4) L. L. p. 330. note e.; p. 75. note g.; Rig. Stadtrecht l.
c. §. 3.
5) Swod XV. 1290.
6) Swod XV. 1291.
7) Swod XV. 1293.
Verlust des guten Namens oder der Standesrechte, oder
dergleichen Kanzeleibeamte aus dem Kaufmanns-, Ge-
werbs- oder Kirchendienerstande zum Tode, Verlust
der Ehre oder öffentlicher Leibesstrafe, oder endlich
mehr als neun Individuen zu einer Leibesstrafe verur-
theilt werden; ferner auf Allerhöchsten Befehl, auf
Antrag eines revidirenden Senators, oder Denunziations
von Seiten Unmündiger entwirte Untersuchungen, end-
lieh Sachen, in denen Leibegene Mitschuldige ihrer
Herren oder in denen zur orthodoxen griechischen Con-
fession übergetretene eines schweren Verbrechens we-
gen beschuldigt sind 1). In allen diesen Fällen werden
die Original-Urtheile nebst der Relation und einem
kurzen Actenextract, dem Gutachten des Civilgouver-
neurs und einem Berichte desselben über den Gang
der Sache, von ihm dem Senate zugesandt 2). Das Ver-
fahren dieser Oberbehörde bei der Revision gehört nicht
hieher. Zur Allerhöchsten Bestätigung gelangen Ur-
theile des Senats, wodurch Adlige oder Beamte des
Lebens, der Ehre oder des Adels verlustig oder Leibe-
gene für Mitschuldige ihrer Herren erklärt werden 3),
und zwar durch den Reichsrath; durch die Minister-
Comité hingegen, die betreffenden Ministerien der Ju-
stiz und des Innern und die Civilgouverneure, Urtheile,
durch welche Orden, Ehrenröhre oder Medaillen mit
dem kaiserlichen Bildnisse, dem Verurtheilten abzu-
nehmen sind 4).

§. 86.
Von Beschwerden gegen Criminalurtheile so-
wohl vor als nach Vollziehung derselben.

Gegen Strafurtheile der Criminalgerichte erster In-
stanz, die sich nicht zur Leuteration eignen, ist nach
dem, auch in Livland als Ausdehnung der Rechte der
Unterthanen gültigen russischen Rechte, eine Beschwer-
de 5) an den Provinzialgerichtshof oder an den Senat

1) Swod Xv. 1295—1297.
2) Swod Xv. 1298—1303.
3) Swod Xv. 1308 und 1309.
4) Swod Xv. 1311, 1313 u. 1315.
5) „Отзывл.”

11 *

---

1) Swod XV. 1320 und 1321.
2) l. c. 1331 und 1333.
3) l. c. 1336.
4) l. c. 1329.
5) l. c. 1337.
6) l. c. 1324 und 1337.
7) Swod XV. 1338 und 1342.
8) Swod XV. 1343 und 1344.
§ 87. Von der Rechtskraft des Criminalurtheils und der Begnadigung.


§ 88. Von der Eröffnung der Urtheile.

Obgleich der königliche Brief vom 2. März 1693 den Untergerichten die Eröffnung der Urtheile an die Betheiligten, noch vor der Versendung der Acten zur Leuteration, vorschreibt, so geschieht sie doch heute erst nach Eingang des Leuterationsurtheils, indem sich sonst die Unterbehörde durch Eröffnung etwa widersprechender Urtheile, des ihrigen und der Leuterations-Instanz, compromittiren, auch der Inquisit durch Er-

---
1) in bestimmten Fällen vom Landesherrn selbst.
2) Oestrich Strafgesetzbg. § 474.; Baiersche Crim.-Ordn. § 387.
3) L. L. p. 394. note c.
4) Swod XV. 1345
öffnung eines Strafurtheils, das vielleicht aufgehoben oder gemildert wird, unnützer Weise geängstigt würde. Freilich lässt sich ein die Bestätigung noch erfordern-des Urtheil mehr als ein blosses Gutachten, denn als eine Definitivsentenz betrachten. Es hat vor Erlangung seiner Bestätigung in der Revisions-Instanz noch nicht seine Vollendung erhalten und keine Rechtskraft erlangt. Auch werden der Angeschuldigte und sein Defensor durch die Vorenhaltung des Urtheils der Möglichkeit nicht beraubt, den Oberrichter auf etwanige Mängel des Verfahrens aufmerksam zu machen, da solche schon in der Defensionschrift gerügt und aus ihr alle gegen das Urtheil sprechenden Gründe zu entnehmen sein müssen. Über den Zeitpunkt der Eröffnung der Urtheile in schweren Criminalsachen enthalten die Quellen keine Bestimmung, sondern nur über die Form derselben, die durch Vorlesung bei offenen Thüren in Gegenwart der Betheiligten geschickt 1). Dem Losgesprochenen dürfte eine Abschrift auf sein Begehren nicht verweigert werden. Zur Anhörung von Urtheilen in nicht zur Lenteration gehenden Fällen, über welche Beschwerde binnen Monatsfrist zu führen gestattet, und wo also der Zeitpunkt der Eröffnung besonders wichtig ist, sind die Betheiligten vorzuladen und müssen sich in Monatsfrist, bei Strafe des Verluts des Klargerechts, melden, sie seien denn durch gesetzliche Ehehaft daran hindert. Abwesenden wird noch eine Frist zur Anreise, je nach Maassgabe der Entfernung, bewilligt 2).

§ 89.

Von der Urtheilsvollstreckung überhaupt.

Ob die Vollziehung der Criminalurtheile von dem erkennenden Gerichte oder auf Requisition desselben, von der Polizeibehörde ausgehen sollte, ist nicht immer gleichmässig normirt worden. Die letztere Ansicht herrschte in alten römischen Gerichtsverfahren vor 3); so auch im französischen 4) und russischen 5) Straf-

1) Deinliche Ger.-Ordn. §. 196.
2) Swod XV. 1350.
3) Schwegge, Römische Rechtsgeschichte §. 633.
4) Code d'instruction criminelle, art. 376.
5) Swod XV. 1352.

§. 90.

Von der Vollziehung der einzelnen Strafge- gattungen.

Als allgemeine Regel für die Vollziehung aller Strafgattungen gilt, daß sie durch eine schwere Krank-

1) §. 86 und 96.
2) von 1632 §. 35.
3) S a m s o n, Inst. §. 1748.
4) in die Arrestantencompagnien.
heit des Verurtheilten bis zu seiner Genesung aufge- 
schoben wird und im Falle der Gerichtsarzt auch dann die 
Vollziehung der Strafe für lebensgefährlich erklärt, die 
Strafe verwandelt werden muss ¹). Eben so ist die Straf-
vollziehung, wenn die Gegenwart des Verurtheilten noch 
zum Erweise einer von ihm ausgehenden Denunciation 
nöthig ist, bis zur Entscheidung dieser Denunciations-
sache aufzuschieben ²).

Die Todesstrafe, welche nach ihrer Aufhebung für 
den ordentlichen Criminalprocess im Jahre 1753 nur für 
die schwersten und einem ausserordentlichen Strafge-
richte unterworfenen Hochverratsfälle und für gewisse 
Militair- und Quarantine-Verbrechen beibehalten ist ³), 
will durch den Strang, das Schwert oder Erschiessen 
vollzogen, nachdem der Verbrecher den Tag zuvor 
geistlichen Zuspruch erhalten und ihm auf dem von 
Truppen umgebenen Richtplätze an dem zuvor öffent-
llich bekannt gemachten Tage sein Verbrechen laut ver-
kündigt worden ⁴). Die Verurtheilung zum bürgerli-
chen Tode wird durch Hinstreckung des Verbrechers 
auf das Schaffot und Verschickung nach Sibirien voll-
zogen ⁵). Öffentliche Leibesstrafen müssen an dem 
Orte des begangenen Verbrechens (in Livland am Straf-
pfähle, auf dem Lande bei der Kirchspiels-Kirche, und 
in Städten auf einem dazu geeigneten Platze) vollzogen 
werden ⁶). Sind die Uebelthäter zahlreich und haben 
an verschiedenen Orten Verbrechen begangen, so wer-
den sie zur Bestrafung in diese verschiedenen Orte 
vertheilt ⁷). Schwangere Frauen werden erst 40 Tage 
nach ihrer Niederkunft, sollten sie aber einen Säugling 
nähren, erst anderthalb Jahre nachher bestraft ⁸). Das-
selbe gilt von ihrer Verschickung nach Sibirien ⁹). Vor 
der Vollziehung wird das Urtheil verlesen ¹⁰). Auf die

¹) Swod XV. 1356.
²) Swod XV. 1355.
³) Swod XV. 17.
⁴) Swod XV. 1364—1371.
⁵) Swod XV. 1371.
⁶) Swod XV. 1378.
⁷) Swod XV. 1380.
⁸) Swod XV. 1382.
⁹) I. c. 1396.
¹⁰) Swod XV. 1385.

§ 91.

Von den Criminalkosten.

Da die Strafjustiz nicht so sehr im Interesse und auf Antrag etwaniger Kläger, als vielmehr von Staats wegen thätig ist, so folgt daraus, dass die Kosten der-

1) Swod XV. 1389.
2) mit den Buchstaben W O R (Räuber) ins Gesicht, Swod XV. 1386.
3) L. O. pag. 517.
4) in Bezug auf die Todesstrafe verordnet in L. L. p. 513. note c.; Swod XV. 1372.
5) L. O. p. 517.
7) Swod XV. 1394; XIV. 1082.

1) Swod XV. 903—908.
2) Swod XV. 909.
4) l. c. 903.
XIII. Ca p i t e l.

Von dem ausserordentlichen Strafprocesse.

§. 92.

U e b e r s i c h t.

in Hochverratsfällen, meist nach dem Reichsrecht. 6) In Standrechtsfällen, 7) bei Regierungs-Verbrechen oder Verbrechen gegen Anordnungen der Verwaltung, 8) bei Polizeivergehen und gerichtspolizeilichen Untersuchungssachen, desgleichen.

§ 93.

1) Vom Anklageprocesse a) gegen Adlige und Beamte.

Auf welcher gesetzlichen Grundlage der Anklageprocesse beruht und zum Theil nach den Regeln des Civilprocesses von dem Hofgerichte auf die Klage des Oberfiscals geführt wird, ist schon im § 41. angeführt worden. Auch in denjenigen deutschen Staaten wo das gemeine Recht gilt, wird er für gewisse Fälle gebraucht. Indessen hat die offenbare Unanwendbarkeit aller Vorschriften des Civilprocesses auf Criminaluntersuchungen zu mehrfachen, theils auf der Carolina, theils auf Gerichtsgebrauch gegründeten Abweichungen geführt. Die Vorschriften jenes Gesetzbuches passen um so mehr hieher, als zu der Zeit seiner Abfassung der Anklageprocesse der gewöhnlichere war. 1) Der Angeklagte muss zur Anhörung der öffentlichen Anklage und des Urtheils persönlich vor Gericht erscheinen, was ihm nur in ausserordentlichen Fällen erlassen wird 1). Dadurch wird der fiscalischen Anklage die ihr gebührende Feierlichkeit gegeben. 2) Die Zulässigkeit des Processe ist, besonders in Beziehung auf den Thatbestand, so wie auch das Anklaglibell genau zu prüfen 2). 3) Das Beweisverfahren ist nicht das gewöhnliche civilrechtliche, sondern die Processdirection des Richters ist weit ausgedehnter, und es findet eine Befragung des Augenschuldigten, mit Beobachtung aller für Verhöre vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln statt 3). Die Form des Verhörs, als die der Entdeckung der Wahrheit günstigste, wird daher in Deutschland als

2) Peinl. Ger.-Ord. §§. 6, 11 u. 16.
3) Peinl. Ger.-Ord. §. 56. (der ganz allgemein lautet.)
die vorherrschende betrachtet 1) und sollte es auch in Livland immer sein. Der Angeschuldigte muss daher persönlich gegenwärtig sein. Das Anklagelibell wird ihm nicht sogleich mitgetheilt 2) und ein Beweisinterlocut findet nicht statt. Der Richter ist verpflichtet, die Schwierigkeiten, die sich dem Entschuldigungsbeweise entgegenstellten, aus dem Wege zu räumen 3); also die für ihn sprechenden Umstände ex officio zu erforschen und actenmässig zu machen, wenn es auch von seinem Anwalde unterlassen wird, so wie den Angeklagten über die einzelnen Punkte der Anklage, die ihm mitzuteilen sind, zu vernehmen. 5) Über processhindernde Einreden wird der Ankläger vernommen und dann über Fortsetzung des Verfahrens entschieden 4). 6) Der Ankläger darf sich nur der im Untersuchungsprocesse gestatteten Beweismittel bedienen 5). Dem Ankläger steht daher weder der Erfüllungseid noch, wenn er keine andere Beweise hat, die Eidesdelegation zu 6). Auch bei erfolgtem Geständnisse ist die Wahrheit desselben von Amts wegen möglichst herzustellen 7). 7) Peremptorische Termine finden wie überhaupt im Strafprocesse nicht statt 8). 8) Nach geschlossener Verhandlung reicht der Ankläger, dem alle Acten mitzuteilen und die Zegenaussagen förmlich zu eröffnen sind 9), seine Beweisausführung ein, die dem Angeklagten mitgetheilt wird. 9) Sein Anwalt oder der ihm beigelegte Defensor 10) stellt dagegen eine Vertheidigungsschrift auf. Ausnahms-

3) P. G. O. §. 47.; Samson, Institut. §. 1637.
5) Mitterm. §. 218.
6) Richter-Reg. §. 30.
7) P. G. O. §. 53. (betrifft auch den Anklageproc.); Grollm. §. 531.; Müller, S. 466.; Mitterm. l. c.
8) Quistorp, §. 805.
9) P. G. O. §. 73.
10) P. G. O. §. 88.
weise sind noch Replik und Duplik zulässig 1). 10) Der öffentliche Ankläger ist wie billig nicht zur Cau-
tionsbestellung verpflichtet 2). 11) Der Angeklagte kann um das Armenrecht bitten, hat aber, auch freigespro-
chen, kein Recht auf Kostenersatz oder Widerklage, so lange der öffentliche Ankläger die limites officii nicht überschritten hat 3). 12) Sonst wurden dem ob-
liegenden Ankläger Kosten zugelegt, was durch Senats-
Ukas vom Jahre 1828 aufgehoben ist 4). 13) Es wird nicht auf Stempelpapier verhandelt 5). 14) Das Urtheil ist wie jedes hofgerichtliche Criminalurtheil vom Proc-
cureuren und Civilgouverneuren durchzusehen, und nach 
Massgabe seines Inhalts und den allgemeinen oben er-
örterten Grundsätzen, noch einer Revision höhern Orts 
unterworfen. Auch kann der öffentliche Ankläger eine 
Beschwerde an den Senat richten, wenn die Sache 
richt nicht schon ihrer Natur nach an denselben zur Revision 
devolviert 6). Angeschuldigten Beamten kann erlaubt wer-
den sich aus dem Gerichtsorte zu entfernen, sie müs-
sen aber ihren Wohnung anzeigen und zur Anhörung 
des Urtheils sich binnen einer Woche nach erhalten 
er Vorladung mit Zuzahlung der Reisestage, melden, bei 
Strafe des Verlusts des Gehalts für die versäumte Zeit 7). 
Mit Ausnahme des letzten Puncets wäre diese Bestim-
mung auch analogisch auf Adlige anzuwenden. Gewöhn-
lich geht der Verhandlung in dem Hofgerichte eine 
Voruntersuchung der Polizeibehörde voran, welche die 
Materialien zur Anklage liefert. Auch Geistliche wer-
den, ausser für Amtsvergehen, von dem Hofgerichte in 
der vorbeschriebenen Weise gerichtet.

§. 94.

b) Anklageprocess in Amtsvergehen.

Derselbe wird ebenfalls vor dem Hofgerichte durch

Mitterm. l. c. 
2) s. oben §. 32. 
3) l. c. 
4) s. §. 32. 
6) s. §. 85. 
7) Swod XV. 1851

---

1) Swod XV. 1458—1580.
2) Swod XV. 1476—1477.
3) l. c. 1480 und 1481.
4) Swod XV. 1479.
5) Swod XV. 1466.
6) Swod XV. 1491.
7) Swod XV. 1513.
8) Swod XV. 1560.
schriftlichen Fragepunkte ebenfalls schriftlich zu beantworten hat, seine Exceptionsschrift dem etwanigen Angeber zur Replik und diese dem Angeschuldigten wieder zur Duplik mitgetheilt wird 1). Ergiebt sich eine missbräuchliche Verwendung öffentlicher Gelder oder ein Verlust an denselben oder ein Cassendefect, so wird zur Besicherung eines etwanigen künftigen Ersatzes auf einen entsprechenden Theil des Vermögens des Schuldigen ein Sequester gelegt, welches im Laufe der Untersuchung, nach Lage der Sachen, ausgedehnt oder beschränkt werden kann. Das hofgerichtliche Urtheil ist vom Civilgouverneuren zu bestätigen 2) und geht zur Revision an den Senat: 1) wenn der Civilgouverneur nicht damit übereinstimmt, 2) wenn der Gouvernements-Procurer dagegen protestirt hat und der Senat seinen Widerspruch für begründet erachtet, 3) wenn der Inquisit zum Verlust aller Standesrechte oder zur Absetzung mit dem Verbot künftiger Wiederanstellung verurtheilt ist, 4) in Kronseitreibungssachen 3). Der Allerhöchsten Bestätigung bedarf das Urtheil, wenn ein adliger Beamte seines Adels oder Dienstranges für verlustig erklärt wird. Uber hofgerichtliche Urtheile, die nicht schon ihrer Natur nach zur Revision gehen, kann in allgemeiner Grundlage beim Senate Beschwerde eingereicht werden 4). Nur Kanzelleidien unter ohnehin förmliche Gerichtsübergabe des Amtes entlassen werden 5). Beamte, die durch ein Gnadenmanifest von Strafe befreit werden, können zu ihrer Rechtfertigung um gerichtliche Untersuchung bitten 6); dem für unschuldig anerkannten Beamten wird die Zeit der Gerichtsübergabe als Dienstzeit angerechnet 7).

Amtsvergehen der evangelischen Geistlichen werden von den Consistorien mittels des Untersuchungsproceses verhandelt 8). Derselbe fängt mit der Abordnung eines Probstes zur vorläufigen und geheimen

1) Swod XV. 1521—1523.
2) l. c. 1547.
3) Swod XV. 1550.
4) Swod XV. 1549.
5) Swod XV. 1550.
6) Swod XV. 1538.
7) Swod XV. 1563.
8) N. Kirchen-Ordn. von 1832 §. 344.

§. 95.

Bemerkungen über den Anklageprocess.

Der oben geschilderte Anklageprocess hat durch seine vom Civilprocesse abweichenden Eigenthümlichkeiten schon so viel von seiner civilrechtlichen Natur verloren, daß die zahlreichen Ubelstände, welche aus einer Verpfanzung des civilrechtlichen Verfahrens in den Strafprocesse entstehen würden, meist verschwunden sind und er sich daher der gemischten, accusatorisch-inquisitorischen Methode nähert, welche wir, übereinstimmend mit vielen neueren Rechtsgelehrten, für die Wahrheit und Vollendung des Criminalprocesse erklärt haben 5). Die Grundprincipien jener Eigenthümlichkeiten liegen 1) in der in den Anklageproces herübergenommenen inquisitorischen Form des Verhörs, welcher der Mittheilung der Anklage an den Angeschuldigten und dem Schriftwechsel vorangehend, die Gegenwart des Angeschuldigten vor Gericht nothwendig, die Ausmittlung von Widersprüchen, Lügen u. s. w. und die Erhaltung eines Geständnisses möglich, und so die Erforschung der materiellen Wahrheit thunlich macht. Hiedurch wird der Boden für die darauf folgenden Partenschriften vorbereitet; sie sind genöthigt sich in den Grenzen des vorangegangenen Verhörs zu halten, und demnoch erfolgende Abschweifungen

---

1) l. c. §. 347.
2) l. c. §. 348.
3) l. c. §. 352 u. 353.
4) l. c. §. 350.
5) s. oben §. 45.

Richters livl. Strafprocesse. 12
von der Wahrheit sind für den Richter leichter zu entdecken. 2) Das Streben nach materieller Wahrheit, welches in jeder Form des Strafprozesses vorherrschen muss, entfernt den Erfüllungsgeist, lässt nur die im Untersuchungsprozesse gestatteten Beweismittel (das Geständnis also nur nach Prüfung desselben) zu, erlaubt keine peremptorischen Termine und vermeidet überhaupt Alles, was die Ermittelung der Wahrheit von der Willkühr der Parteien abhängig machen kann. We- der die Beeidigung noch die Confrontation der Zeugen, noch die Feststellung von Beweisartikeln darf also dem Parten überlassen werden, denn der Beweis wird zwar von ihnen, nicht aber für sie, sondern für den Rich- ter geführt; er hat also zu bestimmen, was und wie zu beweisen ist. Auf die Erforschung der materiellen Wahrheit durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel angewiesen, hat er die Anschuldigungs- und Entschei- dungsbeweise, in sofern sie nicht vollständig von den Parten erbracht werden sollten, so viel als möglich sich selbst zu verschaffen. So wie es ihm ausdrücklich zur Pflicht gemacht ist, dem Angeschuldigten seine Beweisführung zu erleichtern, so muss er auch auf den öffentlichen Ankläger ein wachses Ange haben und keine Nachlässigkeit oder Connivenz desselben dulden und darf sich durchaus nicht nach der belichten civilrechtlichen Verhandlungsmaxime und dem non ultra petita partium richten.

Dafs die Gerichte nicht immer von der ausgedehnten, ihnen im Anklageverfahren zustehenden Processdirection den gehörrigen Gebrauch gemacht und dadurch Verschleppung und einseitige Beschränktheit des Pro- cessganges zum Nachtheile der Strafjustiz zugelassen haben, ist die Ursache des Misskredits, in welchen der fiscalische Anklageprozess bei vielen Rechtsgelehrten, zumal der älteren inquisitorischen Schule, so wie bei manchen Regierungen gerathen ist. Er trifft aber den Missbrauch und nicht den richtigen Gebrauch dessel- ben. Heute zu Tage, wo man die Mängel des reinen Untersuchungsprozesses in Deutschland immer mehr einzusehen beginnt 1), dürften die Lichtseiten des ac-

1) s. Leue: Der Anklage- und der Untersuchungs-Proces in Deutschland, 1840, mit dem ich indessen, in Bezeichnung
censorischen Verfahrens auch nicht länger verkannt werden, und das Fortbestehen desselben in Livland, aber in der oben angeführten Form, kann nicht anders als ersprieslich angeschen werden.

§ 96.

2) Der Adhäsionsproces.

Der Adhäsionsproces findet statt, wenn der durch ein Verbrechen Beschädigte an der Criminalverhandlung zur gleichzeitigen Verfolgung seiner Civilansprüche Theil nimmt 1). Auf dem deutschen Gerichtsgebrauche gegründet, wird er auch von der livländischen Praxis anerkannt 2). Das russische Recht scheint ihn als einzelne Processgattung nicht zu kennen und stellt über denselben keine besonderen Regeln auf. In Bezug auf die Bestimmungen des deutschen Gerichtsgebrauchs verweisen wir auf die bekannten Lehrbücher des deutschen Rechts.

§ 97.

3) Contumacialverfahren.

Ein Contumacialverfahren fand schon nach römischer Rechte insofern nicht statt, daß gegen den Ausbleibenden keine Strafe, namentlich keine Kapitalstrafe, erkannt und kein stillschweigendes Geständniss angenommen werden durfte 3), wovon nur bei leichten Vergehen oder nach wiederholten Vorladungen und Anrufen keine Ausnahme gemacht wurde 4). Der rückkehrende Contumax konnte zu jeder Zeit seine Unschuld darthun 5). Dieses System war wohl viel richtiger und zugleich menschenfreundlicher als die im Mittelalter gegen Ungehorsame gebräuchlich gewordene Achtserklärung, welche aus dem Sachenspiegel auch

auf die Verwerfung einer legalen Beweistheorie, keineswegs übereinstimme; Hepp, über Anklageschaft.

1) partie civile, action civile des französischen Rechts.
2) Samson, Institut. § 419.
4) I. 5. D. I. 21. Cod. de poenis; Cod. de requ. vel abs. damn.
in das livländische Ritterrecht übergegangen ist, allein in Livland sowohl wie in Deutschland später nach und nach ausser Gebrauch kam. Da weder die Carolina, noch sonstige in Livland gültige Gesetze etwas über den Contumacialprocess in Criminalsachen bestimmen, so sind in dieser Hinsicht die Vorschriften des römischen Rechts zu befolgen, wohin auch die Sequestration des Vermögens des Flüchtigen gehört, um ihn zur Rückkehr zu zwingen 1), nicht mehr aber die durch das römische Recht 2) verhängte Confiscation binnen Jahresfrist, da solche nach der peinlichen Gerichtsordnung 3) nicht mehr stattfindet.

§. 98.

4) Process in Religionsverbrechen und vor geistlichen Gerichten.


Anders ist es in Beziehung auf die griechischrussische Kirche und ihre Glaubensgenossen. Fleischesverbrechen der letztern gehören vor ihre geistlichen Gerichte 7), Religionsverbrechen aber vor die

1) 1. L. C. de requirendis reis.
2) 1. 5. D. h. t. u. c. 2. Cod. cod.
3) §. 206.
4) Swod XV. 772.
5) Swod XV. 774.
6) Swod XV. 1113.
7) Swod XV. 1630.
weltlichen, und zwar werden solche nach der allgemeinen Criminalprozessform verhandelt 1), mit Ausnahme einiger spezieller, für solche Fälle erlassenen Vorschriften. Sachen über Apostasie sind nämlich ausser der Reihenfolge zu verhandeln und die Urtheile der Provinzialgerichtshöfe der Minister-Comité, und in besonders wichtigen Fällen Kaiserlicher Majestät zu unterlegen 2). In Sachen, betreffend besonders gefährliche Secten und Sectirer, sind die Urtheile dem Ministerio des Innern zu unterlegen 3).

§. 99.

5) Process in Hochverratsfällen.

In die Theorie des livländischen Strafverfahrens gehört natürlich nur die Processführung vor den Provinzialgerichten, nicht die vor dem Senate oder einem ausserordentlichen obersten Criminalgerichte. In ersterer Hinsicht enthält das Reichsrecht durchaus keine, den Processgang abweichend normirende Vorschriften, so dass er also auch in Livland ganz den allgemeinen Bestimmungen des Provinzialrechts zu folgen hat, sondern es schreibt nur in Beziehung auf die Denunciation und Revision der Urtheile einige wohlthätige und menschenfreundliche Vorsichtsmaassregeln vor. Die allgemeine Pflicht zur Denunciation 4) ist zwar ausgesprochen, indess braucht der Geistliche ihm in der Beichte anvertraute hochverrätherische Absichten nur anzuzeigen, wenn keine Reue bezeugt wird, weil dann die blossen reuelose Anzeige keine echte Beichte ausmacht 5). Anonyme oder von schweren Verbrechern ausgehende Denunciationen werden nicht beachtet, auch den Angeber auf die Wichtigkeit seiner Angabe aufmerksam gemacht und wenn er gar keine Beweise liefern kann, arretirt, der Angeschuldigte aber nur dann, wenn schon Indizien gegen ihn vorhanden sind 6). Von der Denuncia-

---

1) Swod XV. 1408.
2) Swod XV. 1409—1111.
3) Swod XV. 1413.
4) Swod XV. 1424, 1428.
5) Swod XV. 1426, 1427.
6) Swod XV. 1129, 1433, 1437—1440.
tion wird 1) die einfache Anzeige unterschieden, welche von keinen Beweisen unterstützt zu sein braucht 2). Von dem Anfange des Processes wird so fort der Civilgouverneur und durch diesen der Senat unterrichtet, und das Urtheil, wie milde und günstig es auch lauten möge, durch die gewöhnlichen Instanzen immer Kaiserlicher Majestät unterlegt 3). Letzteres hatte schon die schwedische livländische Gesetzgebung verordnet 4), nach welcher auch in Hochverratssachen das Hofgericht in erster Instanz zu entscheiden hat 5). Die falsche Denunciation wird bestraft 6).

§. 100.

6) Von Standrechtsfällen.


1) wie überhaupt, s. §. 56.
2) Swod XV. 1434.
3) Swod XV. 1443, 1446.
4) L. L. p. 328. note e.
5) Hofger.-Ord. von 1630. §. 20. Ob im Wege des Anklage- oder Untersuchungs-Processos?
6) Swod XV. 1417.
7) Diese Verbrechen sind ganz kürzlich wieder dem ordinären Richter zugewiesen worden.
8) Swod XV. 1607.
an Kriegsgerichte liegt in dem Bedürfnisse von vielverbreiteten oder leicht sich ereignenden und besonders gefährlichen Verbrechen dadurch abzuschrecken, daß namentlich der gemeinsame Mann von einem Kriegsgerichte eine raschere Verhandlung und unnachseitigere Beurtheilung fürchtet. So haben auch mehrere neue Gesetzbücher auf Standrecht erkannt, wenn zur Wiederherstellung der Ordnung außerordentliche Zwangsmittel nötig sind ¹), während in dem deutschen gemeinen Rechte nichts davon vorkommt. Im Fall sub Nro. 1 besteht das Kriegsgericht zur Hälfte aus Officieren und zur Hälfte aus Gliedern des Landgerichts ²). Die Urtheile gehen nicht an das Hofgericht, sondern unmittelbar an den Civilgouverneur, und im Falle mehr als 9 Individuen zur Leibesstrafe oder Verschickung nach Sibirien verurtheilt werden, durch den Minister des Innern und die Minister-Comité an Kaiserliche Majestät ³). Alle diese Bestimmungen gelten auch in Fällen bewaffneter Schmuggel, nur mit dem Unterschiede, daß die Revision durch den Finanzminister geht ⁴). In allen übrigen Fällen besteht das Kriegsgericht nur aus Militairpersonen und es scheint sich von selbst zu verstehen, daß das Verfahren des Kriegsgerichte, sie sein nun gemischte oder ungemischte, sich nach den Bestimmungen des Militair-Codex richten müsse, um so mehr, da in dem allgemeinen Strafgesetzbuch nichts davon vorkommt.

§. 101.

7) Von Regierungsverbrechen oder Verbrechen gegen Anordnungen der Verwaltung.

A. Acciseverbrechen.

In Livland geniessen die Gutsbesitzer das Recht des freien Branntweinbrandes gegen eine dafür dem Staate entrichtete Steuer, so wie der freien Bierbrauerei und der Verfertigung von Liqueuren und dergl. zur Hausconsumtion. Acciseverbrechen finden daher auf

¹) Oestr. Strafgesetzbuch §. 500, 501, 505.; Baiersches §. 441—449.
²) Swod XV. 1621.
³) Swod. XV. 1262—1263.
⁴) Swod. XV. 1759—1761.
dem platten Landé nur insofern statt, als die Verfärgung und der Verkauf starker Getränke durch nicht dazu berechtigte Personen oder auf unerlaubte Weise geschieht, z. B. in nicht obrigkeitlich concessionirten Krügen oder Schenken und im Hofskeller seit dem Landtage von 1842 1), oder, in Betreff des Branntweins, unter dem gesetzmäßigen Preise 2), oder als Tauschhandel 3). Dergleichen Contraventionen werden, von den Ordnungsgerichten summarisch untersucht und entschieden, mit Beschwerden an die Gouvernements-Regierung und von ihr an das 1ste (Verwaltungs-) Departement des Senats 4). In den Städten hingegen besteht eine getrennte Accise, welche von den Magisträten verwaltet oder auch verpachtet wird. Die Untersuchung und Entscheidung geschieht durch die ordinarischen städtischen Polizei- und Gerichtsbehörden 5), also in zweiter Instanz durch das Hofgericht oder, in Riga, durch den vollen Rath, deren Urtheile trotz der etwasigen Beschwerde und Unzufriedenheitserklärung des Accispächters (nicht aber der Verurtheilten), auch dann, wenn mehr als neun Individuen zu bestrafen sind, vollstreckt werden 6). Accisevergehen werden ausser der Reihenfolge vorgenommen 7) und die Augeschuldigten werden während der ganzen Untersuchung in Haft gehalten 8). Da die Accise zum Besten der Städte errobren wird, so scheint die durch einige §§. des Reichscodex vorgeschriebene Theilnahme der Kameral- oder Provinzial-Finanzhöfe an Acciseuntersuchungen in Livland nicht Platz greifen zu dürfen, so wie auch was in den §§. 1698-1710 über Acciseuntersuchungen auf dem platten Lande gesagt ist.

B. Untersuchungen über Zolldefraudationen werden von den Zollämtern, und wo solche nicht vorhanden sind, von den ländlichen oder städtischen

2) Patent vom 8. October 1830 Nr. 123.  
4) Swod XV. 1692.  
5) Swod XV. 1696, 1716.  
6) Swod XV. 1718—1720.  
7) Swod XV. 1717.  
8) Swod XV. 1727.

C. Münzverbrechen.

Eine Abweichung vom gewöhnlichen Verfahren fin- det hier nur insofern statt, dass der Besitzer und Aus- geber falscher Münzen nur dann zur Untersuchung ge- zogen und verhaftet wird, wenn sie sich auf 15 Pro- cent der ausgegebenen Summe belaufen und von neuer und gleichförmiger Prägung sind; sonst wird die fal- sche Münze nur confiscirt.

D. Forstfrevel.

Die Untersuchung wird in erster Instanz von dem bäuerlichen Gemeindegerichte geführt und bis zu dem nach der Forsttaxe berechneten Werthe des Schadens

1) Swod XV. 1743 u. 1745.
2) Swod XV. 1740.
3) Swod XV. 1737 u. 1738.
4) Swod XV. 1743, 1744, 1745 u. 1747.
5) Swod XV. 1746.
6) Swod XV. 1731—1759.
7) Swod XV. 1748.

§. 102.

8) Verfahren in Polizeivergehen.

Die geringere Wichtigkeit der mit gelerteren Strafen belegten Polizeiübertritte gestattet, und ihr häufiges Vorkommen, so wie die daraus entspringende Notwendigkeit eines raschen Verfahrens erfordert sogar die Einrichtung einer summarischen Verhandlung für Fälle dieser Art, nur dafs dem Inculpaten keine wentsentliche Garantie entzogen werde, und vor allen Dingen die Vollständigkeit der Rechtsvertheidigung nicht leide. Nur neuere Gesetzbücher enthalten dahin einschlägige Bestimmungen 5), nicht das gemeine deutsche

---

2) Swod XV. 1824, 1827.
3) Swod XV. 1733.
4) Swod XV. 1831.
Recht, so wie denn auch kein constanter deutscher Ge-
richtsgebrauch sich ausgebildet hat 1); das ländliche
Provinzialrecht beschränkt sich darauf, den Ordnungs-
gerichten als der ländlichen Polizeiinstanz ein Verfah-
ren de simplici ac plano vorzuschreiben 2), ohne sol-
ches näher zu normiren. Das Reichsrecht bestimmt als
der Dijidicatur der Polizeibehörde unterliegende Sachen
Diebstahl und Betrug, bis zum Werthe von 15 Rubel
Silber, ausgenommen den vierten Diebstahl, so wie jedes
Vergehen, das nur eine leichte Leibesstrafe oder po-
lizeiliche oder händliche Züchtigung nach sich zieht,
es sei denn von Personen aus den der Leibesstrafe
nicht unterworfenen Ständen, Kauflteuten 3ter Gilde oder
Handwerkern begangen 3). Die Verhandlung findet nach
Arrestation des Angeschuldigten mündlich zum Proto-
colle statt. Der Inculpat und die etwanigen Zeugen
werden verhört und die zur Ermittlung der Wahrheit
notwendigen Nachforschungen veranstaltet 4). Von ei-
er Nichtbeeidigung der Zeugen ist hier nicht die Rede,
so wie solche überhaupt tadelnwerth ist 5) und die
Verordnungen mehrer deutscher Länder die Beeidigung
bei Polizeiuntersuchungen vorschreiben 6). Ueberhaupt
darf es mit dem Beweise nicht zu leicht genom-
men werden, denn jede Strafverfügung ohne vor-
hergegangene vollständige Ueberführung des Inculpaten
ist ungerecht. Auch Arrestation sollte durch Ca-
tion leicht abgewandt werden können 7). Eine Tren-
nung der Vor- und Hauptuntersuchung ist natürlich
nicht notwendig, und dem Geständnisse ist ohne Er-
hebung des Thatbestandes durch andere Mittel zu
trauen 8). In appellabeln Fällen kann binnen 4 Wo-

d’instruction criminelle, §. 137—176.; Baseler Strafproce-
Ordn. vom 18. Mai 1837. § 246 u. folg.; Meklenb. Ge-
setz vom 15. Jun. 1836; Baiersches Strafgesetz. II. Th.
II. Buch §§. 457, 461—463, 469—473, 476, 477, 480.
1) Mittermaier, deutsches Strafverfahren, §. 214.
2) L. O. pag. 10.
3) Swod XV. 1676, 1677 u. 1682.
4) Swod XV. 1684 u. 1685.
5) Mittermaier, l. c.; Henke, Handbuch IV. S. 865.
eines Verfahrens in Polizeistrafsachen v. J. 1836. §. 73.
7) Baiersches Strafgesetz. §§. 461—463.
8) Baiersches Strafges. §. 470.; Stübel, Crim.-Verf. §. 3035.
chen an die Gouvernements-Regierung geklagt werden, und bis dahin ist die Entscheidung der Polizeibehörde nicht zu vollziehen 1).

§. 108.

9) Gerichtspolizeiliches Verfahren.

Einem abgekürzten gerichtspolizeilichen Verfahren unterliegen folgende specielle Fälle.


2) Vagabunden, Läuflinge und Militair-Deserteurs werden von den Polizeien aufgesucht und nebst ihren etwanigen Hehlern verhaftet und den Criminalgerichten erster Instanz überliefert, deren Urtheile von den Civilgouverneuren bestätigt und sodann, wenn nur Leibes- oder Geldstrafe oder Abgabe zum Rekruten verhängt ist, vollzogen werden, wobei der Civilgouverneur die Leibesstrafe mildern kann 6). Findet er aber das Urtheil sonst unangemessen, so übergibt er es zur Lectoration in gewöhnlicher Ordnung dem Hofgericht 7).

1) Swod XV. 1688 u. 1689.
2) Swod XV. 1633—1635.
3) Swod XV. 1636.
4) Swod XV. 1639.
5) Swod XV. 1641, 1642.
6) Swod XV. 1643—1656.
7) Swod XV. 1657.


1) Swod XV. 1654.
2) Swod XV. 1659.
3) Swod XV. 1660.
4) Swod XV. 1662—1667.
5) Swod XV. 398.
6) Swod XV. 1670.
7) Swod XV. 1671.
8) Swod XV. 45.
Der

livländische

Strafprocess

nach
den einheimischen Quellen und
den Hülfssrechten,

mit

Bezugnahme auf die Grundsätze einer
richtigen Processtheorie und die neuesten
Gesetzgebungen,

von

Dr. A. v. Richter,

kaiserlich russischem Staatsrathe und mehrer Orden Ritter.

Zweiter Theil.

Riga,

Nikolai Kymmel's Buchhandlung.

1845.
Der Druck wird gestattet,
mit der Anweisung, nach Vollendung desselben die gesetzliche
Anzahl von Exemplaren hierher eingängig zu machen.
Dr. C. E. Napiersky,
Censor.

Est. A

9870

Maschinen-Druck von W. F. Häcker in Riga.
Inhalts-Verzeichniss des zweiten Theiles.

Vorwort ................. Seite VII.

I. Abschnitt.

Allgemeine Lehren.

I. Capitel.

Vom Criminalprocesse und Criminalsachen überhaupt, von §. 1—20. incl. .... Seite 3.

II. Capitel.

Vom Gerichtsstande. von §. 21—41. ......... „ 8.

III. Capitel.

Von den aus der Versäumnung von Hauptregeln des Criminalprocesse erwachsenden Nullität-
ten, von §. 42—55. ........................ „ 13.

IV. Capitel.

Von den Criminkosten, von §. 56—61. ........ „ 17.

II. Abschnitt.

Von der durch die Polizei-Gebr. zu führenden Vor-
untersuchung oder General-Inspektion.

I. Capitel.

Von den Veranlassungsgründen zur Untersuchung, von §. 62—78. ................. Seite 19.


IV. Von den Anzeigen der Privatpersonen und der De- munciation, §. 72. ........................ „ 22.

V. Von der Klage des Verletzten, §. 73—74. .... „ 22.

VI. Von der Selbstsklage, §. 75. ........................ „ 23.

VII. Von der Notorietät u. dem Gerüchte, v. §. 76—78. „ 24.
II. Capitel.
Von den zur Führung des Processes nothwendigen Maassregeln und Mitteln.
   A. Von der Vorladung und Sistierung, von 79—97. 25.
II. Von der Herbeischaffung verschiedenen Processmittel ausser dem Angeschuldigten selbst, von §. 108—120. 33.
   A. Von der Haussuchung, von §. 108—115. 33.
   B. Von der Pflicht zur Zeugenschaft und zur Urkundenédiction, von §. 116—117. 36.
   C. Von der Recognition, §. 118. 36.
   D. Von Ungehorsam, von §. 119—120. 37.
III. Von Protocollen, von §. 121—126. 38.

III. Capitel.
Von der Erforschung des Thathaltandes.
II. Erhebung des Thathaltandes in einzelnen Fällen, von §. 131—141. 41.

IV. Capitel.
Von der Ermittelung der Thätätenschaft. v. §. 142—148. 45.

V. Capitel.

III. Abschnitt.
Von der durch das Criminalgericht erster Instanz zu vollziehenden Hauptuntersuchung und Beweisführung.
I. Capitel.
Von dem Gange der Hauptuntersuchung und insbesondere von den Verhören in derselben.
I. Von der Eröffnung der Specialuntersuchung, von §. 159—161. Seite 53.
II. Von der Vornahme der Hauptuntersuchung von §. 165—178. 55.
III. Von der Theilnahme der Fiscule an der Hauptuntersuchung, von §. 179—187. 61.
IV. Von der Vertheidigung der Angeschuldigten, von §. 188—197. 63.

II. Capitel.
Von der Beweisführung.
I. Allgemeine Bestimmungen, von §. 198—205. 67.
II. Von dem Beweise durch richterlichen Augenschein, von §. 206—212. Seite 70.
   A. Von der Augenscheinseinnahme, v. §. 206—210 70.
   B. Von der Beweiskraft des Augenscheines, §. 211—212. 71.

III. Von dem Beweise durch Sach- und Kunstverständige, von §. 213—221. 72.
   A. Von der Einholung des Gutachtens, von §. 213—218. 72.
   B. Von der Beweiskraft des Gutachtens, von §. 219—221. 74.

IV. Von Beweise durch Geständniss, von §. 222—237. 75.
   A. Von den Erfordernissen eines rechtmäßigten Geständnisses, von §. 222—225. 75.
   B. Von der Erhaltung des Geständnisses, von §. 226—232. 78.
   C. Von der Beweiskraft des Geständnisses, von §. 233—237. 80.

V. Von Zeugenbeweis, von §. 238—266. 81.
   A. Von den Erfordernissen des Zeugnisses, von §. 238—250. 81.
   B. Von dem Zeugenverhör, von §. 251—259. 86.
   C. Von der Beweiskraft der Zeugenaussagen, von §. 260—266. 89.

VI. Von Urkundenbeweis, von §. 267—279. 91.
   A. Von den Erfordernissen der zum Beweise dienenden Urkunden, von §. 267—270. 91.
   B. Von der Erbringung des Urkundenbeweises, von §. 271—275. 93.
   C. Von der Beweiskraft der Urkunden, von §. 276—279. 95.

VII. Von Beweise durch Anzeigen, von §. 280—291. 96.
   A. Von den Erfordernissen des Anzeigebeweises, von §. 280—287. 96.
   C. Von der Beweiskraft der Anzeigen, von §. 290—291. 99.

VIII. Von Beweise durch den Reingungsseid, von §. 295—300. 102.
   A. Erfordernisse desselben, von §. 295—296. 102.
   B. Von der Ablegung desselben, von §. 297—298. 102.
   C. Von der Beweiskraft des Reingungsseides, von §. 299—300. 103.

IV. Von zusammengesetzten Beweise, v. §. 301—302. 103.

IV. Abschnitt.

Von dem Urtheile, seiner Revision, Publication und Vollstreckung.

I. Capitel.

Von dem Urtheile, von §. 303—317: Seite 105.
VI


II. Capitel.

III. Capitel.
Von der Vollstreckung der Urteile, v. §. 321—332. „ 111.

V. Abschnitt.
Von dem ausserordentlichen Strafprocesse.

I. Capitel.
I. Von der Anordnung desselben, von §. 333—331. „ 113.
II. Von den öffentlichen Anklägeru und dem Angeklagten, von §. 333—341. „ 114.
III. Vom Anklageverfahren, von §. 342—355. „ 115.

II. Capitel.
Von den übrigen ausserordentlichen Processgattungen, von §. 356—375. „ 119.
II. Vom Contumacioulsverfahren, von §. 361—363. „ 121.
Vorwort.


*) Siehe Theil I. §. 17.

Zweiter, darstellender Theil,

oder

System des livländischen Strafprocesses.
I. Abschnitt.

Allgemeine Lehren.

I. Capitel.

Vom Criminalprocesse und Criminalsachen überhaupt.

§. 1.

Der Strafprocesse ist der Inbegriff der zur Ermittlung, Aburtheilung und Bestrafung von Verbrechen und Vergehen festgesetzten Regeln).

§. 2.


1) Swod XV. 882.
mit schwerer Strafe beahndete Gesetzesübertretung ist ein Verbrechen ¹).

§ 3.
Die Untersuchung und Beahndung der Vergehen oder Polizeiübertretungen liegen den Polizeibehörden ob, die der Verbrechen den Criminalgerichten ²).

§ 4.
Das hiebei von den Polizeibehörden zu beobachtende Verfahren ist für die Bauerbehörden durch die livländische Bauerverordnung, für die übrigen durch das Reichsrecht ³) geregelt.

§ 5.
Wesentliche Bestandtheile, sowohl des polizeilichen als criminalgerichtlichen Verfahrens, sind: 1) die Untersuchung, verbunden mit der Beweisführung über die Schuld oder Unschuld eines inculpaten, 2) die Urteilsfällung, 3) die Vollstreckung.

§ 6.
Ohne ein rechtskräftiges Erkenntniss der competenten Behörde darf Niemand bestraft, und ohne vorgängige Untersuchung kein Urtheil gefällt werden.

§ 7.
Im criminalgerichtlichen Verfahren zerfällt die Untersuchung 1) in die von der Polizeibehörde zu führende Vor- oder Generaluntersuchung, welche auf erhaltene, wenn auch nur wahrscheinliche Kunde von einem Verbrechen, die Spuren desselben, so wie die des Thäters und seiner Mitschuldigen aufzusuchen und bis zu einem so hohen Grade von Wahrscheinlichkeit festzustellen hat, daß ein oder mehrere Individuen in Anklagestand versetzt und dem Criminalgerichte überliefert werden können, und 2) in die auf die Voruntersuchung folgende und vom Criminalgerichte zu füh-

¹) Swod XV. 1676, 1677 und 1682.
²) Bauerverordnung §§. 119, 151 und 171.; Swod XV. 888, 1677 u. 1688.
³) Swod XV. 1676—1689.
rende Haupt- oder Special-Untersuchung, welche die Schuld oder Unschuld oder den Grad der Verdächtigkeit des Inquisiten bis zur möglichsten Gewissheit, durch genauen Beweis und Gegenbeweis auf das Schärfste festzustellen und alle zur Begründung des Urtheils erforderlichen Umstände auf das Genaueste zu ermitteln hat.

§. 8.

Die Verbrechen zerfallen in leichte, welche von den Criminalgerichten erster Instanz abgeurtheilt werden, und in schwere, welche mit dem Tode, Verlust der Ehre und des guten Namens oder öffentlichen Leibesstrafe beehndet werden und in welchem die Urtheile der Untergerichte, in Form von Gutachten, zur Revision (Revision) der Oberinstanz unterlegt werden müssen 1).

§. 9.

Der Criminalprocess zerfällt in den ordentlichen und ausserordentlichen.

§. 10.

Peinliche Sachen dürfen weder verglichen, noch durch Schiedsrichter entschieden werden 2). Eine Ausnahme hiervon machen Injuriensachen 3).

§. 11.

Der Richter darf weder die ihm vom Staate übergebene Gerichtsbarkeit aufgeben, noch sich einer ihm obliegenden Untersuchung entziehen oder dieselbe vernachlässigen, noch den überwiesenen Verbrecher unbestraft lassen, daher die Begehung solcher Handlungen, als Verletzung der Amtspflicht, nach den Gesetzen zu bestrafen ist 4).

3) Swod XV. 919.
4) L. L. 1. c.; Verordnung über alle Executionen vom Jahre 1669. (L. O. p. 216.)
§ 12.

Kommen in derselben Sache, sowohl Criminal- als Civilrechtsfragen vor, so werden sie von demselben Gerichte, und zwar die Criminal-Rechtsfragen zuerst, verhandelt, die Entscheidung über beide aber kann in ein und dasselbe Urtheil zusammengefasst werden 1). Hier von machen die von den Bauergerichten verhandelten Sachen eine Ausnahme, wo die Beurtheilung des Civilpunctes von dem Landgerichte immer an die competente Civil-Bauerbehörde zu remittiren ist.

§ 13.

Ist aber der Civilpunct ein präjudicieller, so ist er zuerst abzumachen 2).

§ 14.

Incidente so wie präjudicielle, im Laufe des Criminalprocesses sich ergebende und von einem Criminalgerichte zu beurtheilende Civilfragen sind auf dem Wege des Untersuchungsverfahrens zu untersuchen und zu ermitteln.

§ 15.

Im Laufe eines Civilprocesses sich ergebende Criminalfragen sind auf dem Wege des Criminalprocesses zu untersuchen und zu entscheiden 3), und zwar noch vor der Entscheidung der Civilsache, es sei denn bei der letzteren Gefahr im Verzuge 4).

§ 16.

Ein früher ergangenes Civilurtheil hat auf eine Criminaluntersuchung keinen Einfluss, sondern wird, in Beziehung auf letztere, als nicht bestehend angenommen; sie ist also, ganz unabhängig von jenem, selbstständig zu führen und nur nach ihrem Ergebnisse das Criminalurtheil zu fällen 5).

---

3) Swod XV. 900.
5) Swod XV. 900.; (Württembergische Strafprocessordnung von 1818, §. 7.)
§ 17.

Ein früher ergangenes Criminalurtheil präjudicirt einer spätern Civilverhandlung nicht und kann, in Beziehung auf den Civilpunkt, durch einen Gegenbeweis jedesmal als unrichtig erwiesen werden 1).

§ 18.

Wenn bei einer Civilverhandlung die Anzeige eines zu strafenden Verbrechens oder Vergehens erfolgt, oder der Verdacht eines solchen sich ergiebt, so hat das Gericht hiervon sowohl den Kreisfiscal als die Polizeibehörde zu benachrichtigen, welche sofort die gesetzlichen Maassregeln zur Untersuchung des Vorfalls beantragen oder resp. ergreifen müssen 2).

§ 19.

Dem Verletzten steht die Wahl zwischen der Civil- oder Criminalklage jedesmal zu; allein mit Ausnahme von Injuriensachen, wird durch die Wahl der Civilklage die Untersuchung und Bestrafung des begangenen Vergehens im Namen des Staates und im Interesse der öffentlichen Gerechtigkeit nicht ausgeschlossen 3).

§ 20.

Bei einer Strafsache erstreckt sich das Urtheil ausser der criminalrechtlichen Beurtheilung auch auf die Processtkosten und die aus der Uechtretung hervorgehenden, privatrechtlichen Ansprüche des Beschädigten oder seiner Hinterbliebenen 4), und darf das Criminalgericht bei gehöriger Bescheinigung derselben, auch schon Sicherungsmaassregeln in Bezug auf das Vermögen des Angeschuldigten treffen 5), es sei denn, daß die Beteiligten ihre Ansprüche im Wege des Adhäsionsprocesses, oder durch einen abgesonderten Civilprocess selbst zu verfolgen vorzichen.

1) (Oestreichische Strafprocesordern., §. 423.; Holländisches Civil-Gesetzbuch v. 1837, §. 1955.)
2) (Würtemb. Strafprocesordernung §. 6.)
3) folgt aus Swod XV. 919.
4) Swod XV. 905.; (Würtemb. Strafprocesordernd. §. 8.)
5) Swod l. c.
II. Capitel.
Vom Gerichtsstande.

§ 21.

Die erste Instanz in Criminalsachen bildet für Adlige 1), Beamte 2) und Geistliche 3) das livländische Hofgericht, für garnisonierende Soldaten 4) und Bewohner des platten Landes, die nicht zu den drei oben genannten Ständen gehören 5), das Landgericht, für die Bewohner der Städte, mit Ausnahme der Glieder der drei ersterwähnten Stände 6), so wie für die Bauern der städtischen Patrimonialgüter 7), die Magisträte.

§ 22.

Studirende der Universität Dorpat werden von dem ihrem Geburtsstande nach, competenten Gerichte abgerichtet; dem Universitätsgerichte steht nur die Untersuchung zu 8).

§ 23.


---

2) Weil der Dienstadel dem Erbadel gleich gestellt ist; in Beziehung auf Beamte des Lehrlauchs s. Statuten der Universität Dorpat, § 3.
4) L. O. pag. 56.
5) L. O. p. 50 u. 56.
7) B. V. von 1819, § 202 u. 546.
8) Stat. der Universität Dorpat, § 6 u. 207.
9) N. K. O. von 1832, § 344.
§ 24.


§ 25.

In allen den Fällen, wo das Hofgericht nicht erste Instanz ist, bildet es für die Landgerichte und Magisträte, ausgenommen den Rigaer Rath, die zweite oder Leuterations- und Appellationsinstanz 2). Eine Ausnahme machen hiervon diejenigen Sachen, welche von den Untergerichten oder Polizeibehörden direct an den Civil-Gouverneur gehen 3).

§ 26.


§ 27.

Ehefrauen haben sowohl während ihrer Verheira-

---

1) B. V. §§. 170, 189 u. 190.
3) s. weiter unten vom ausserordentlichen Strafprocesse.
thung als während des Wittwenstandes den Gerichtsstand ihrer Männer 1). — Kinder, welche noch keinen eigenen Lebensstand gewählt haben, den ihres Vaters, — uneheliche Kinder den ihrer Mutter, — Kinder, die von ihren Alters getrennt oder entfernt erzogen werden, den ihres Wohnortes, jedoch nach dem Stande ihres Vaters, oder wenn sie unehelich sind, ihrer Mutter.

§. 28.

Concurriren mehrere fora des Geburtsstandes, oder ist derselbe nicht auszumitteln, so tritt als das forum des begangenen Verbrechens ein, und ist der Inculpat von der ergreifenden Polizeibehörde diesem foro zu überliefern, sobald sich aus der Voruntersuchung der Ort des begangenen Verbrechens ergibt 2). Für den Ort des begangenen Verbrechens gilt derjenige, wo die zur Vollendung desselben erforderliche Hauptphandlung begangen ist.

§. 29.

Wird dasselbe Individuum mehrerer, gleichartiger oder verschiedener, aber nicht in ein und denselbem Gerichtsbezirke begangener Verbrechen beschuldigt, so ist dasjenige Gericht competent, in dessen Bezirk das schwerere Verbrechen verübt worden ist 3).

§. 30.

Bis zur Ermittelung des Ortes des begangenen Verbrechens, so wie für die Bestrafung von Vagabunden,

1) In Bezug auf adlige Frauenpersonen verordnet der Schwed. IX. art. 43., dass sie durch Verheirathung mit einem Bürgerlichen ihre Standesrechte nicht verloren. Diese Ausnahme von der allgemeinen Regel findet sich aber weder im deutschen gemeinen Rechte (Philipp, deutsches Privatrecht, §. 181.) noch in den einheimischen Quellen, und kann daher um so weniger auf die übrigen Stände ausgedehnt werden.


3) (Waaltländische Strafprocesordnung §. 14.)
gilt der Gerichtsstand der Ergreifung ¹) oder der angefangenen Untersuchung ²).

§. 31.

Bei Polizeivergehen ³) gilt der Gerichtsstand des bleibenden oder zeitweiligen Aufenthalts des Inculpaten ⁴).

§. 32.

Collidiren mehrere gleichberechtigte Gerichtsstände, so entscheidet die Prävention, d. h. jede sich auf den Process beziehende gerichtliche Handlung ⁵).

§. 33.

Durch die Flucht des Schuldigen wird weder der Gerichtsstand der Ergreifung ⁶), noch der Prävention ⁷) aufgehoben.

§. 34.

Das für den Hauptverheber eines Verbrechens kompetente Gericht, ist es auch für die von ihm angegebenen Mitschuldigen, so wie auch für Gehilfen und sonstige Teilnehmer am Verbrechen ⁸).

---

¹) c. 20. X. de foro compet.; Rig. Stadtrecht L. II. c. 2. §. 2.; Landfrieden von 1548, art. 16.; Reichsabschied v. 1559, art. 26.; Reichspolizeiordnung von 1557, §. 23.; Swod XV. 897.
³) (Bayerisches Strafgesetzbuch §. 157.) Mittermaier, deutsches Strafverfahren §. 53.
⁷) (Oestreichisches Gesetzbuhe §. 221.) Mittermaier, I. c. §. 58.; Quistorp, Lehrbuch, §. 574.
⁸) Swod XV. 898. (Bayerisches Strafgesetzbuch §. 21.; Wür-
§. 35.


§. 36.


§. 37.

Das competent Gericht hat das Recht von dem incompetenten die Auslieferung des in dem Bezirke des letzteren ergriffenen oder wohnhaften Verbrechers zu fordern, wenn solche nicht schon von Amtswegen erfolgt war.

§. 38.

Jede Polizeibehörde, in deren Bezirke sich Spuren eines begangenen Verbrechens verbinden oder sich ein eines Verbrechens Verdächtiger aufhält, ist verhindered, die zur Voruntersuchung erforderlichen, unaufliegbaren, richterlichen Handlungen (namentlich die Einnahme des Augenscheines) und Verhöre vorzunehmen, den Verdächtigen in den gesetzlich vorgeschrie-
benen Fällen zu inhaftiren und ihm nebst Acten der zuständigen Polizeibehörde auszuliefern 1).

§. 39.

Zur Vornahme von Gerichtshandlungen, die in einem fremden Gerichtsbezirke vorzunehmen sind, ist die dortige competente Gerichts- oder Polizeibehörde zu requiriren.

§. 40.

Entstehen Zweifel über Competenz, so wendet sich die Unterbehörde um eine Entscheidung an die Gouvernements-Regierung oder an das Hofgericht, welche darüber den Gouvernements-Procureur zu Rathe ziehen können 2).

§. 41.

Jede von einem unzuständigen Gerichte unternommene Gerichtshandlung ist nichtig 3), und ein forum prorogationis daher im Strafprocesse nicht zulässig.

III. C a p i t e l.

Von den aus der Versäumung der Hauptregeln des Criminalprocesses erwachsenden Nullitäten.

§. 42.

Nullitätsgründe finden rücksichtlich des Richters, des Angeschuldigten, der Verhandlung und und des Urtheils statt 4).

1) (Würtemb. Strafprocessordnung §. 33.)
2) Swod XV. 901 und 902.
3) C. t. si a non comp. jud.; 1. 5. §. 1. C. de jurisd. omn. jud.; e. 26. de reg. Jur. in 6to; e. 4., X. de judiciis.
4) L. L. pag. 383—385. note b.
§ 43.

A. Rücksichtlich des Richters: 1) wenn er in der Sache nicht als Richter verordnet worden oder zu ihrer Entscheidung nicht competent war; 2) wenn er zwar als Richter verordnet, aber nicht beigeidigt war; 3) wenn der Beklagte nicht unter seinem Gerichtszwange stand; 4) wenn die Sache schon bei einem anderen Gerichte anhängig war. Diese Nullitäten involvieren die Nichtigkeit des ganzen Processes. Hingegen wird bloss das Urtheil nützlich wenn es 5) nicht an dem Gerichtsorte, nicht nach Stimmenmehrheit, nicht von der gesetzlichen Anzahl Glieder, oder vor der Entscheidung einer, in Fällen die nicht zur Leuteration oder zur Revision gehen, eingelegten Beschwerde, erlassen worden.

§ 44.

Incompetent ist der Richter, wenn er zu dem Inculpaten oder dem Beschädigten im ehelichen Verhältnisse oder in Verwandtschaft, bis zum vierten Grade einschliesslich, oder in Schwägerschaft bis zum zweiten, oder in offenkundiger Freund- oder Feindschaft steht 1), wenn die Sache des Richters eigene ist 2), wenn sie früher von ihm als Auwald vertheidigt 3) oder in der Unterinstanz von ihm entschieden worden 4), endlich aus allen den Gründen, welche zur Zusage unfähig machen 5), namentlich wenn derselbe einen Vorteil oder Nachtheil aus der Sache zu erwarten hat 6).


2) priv. Sig. Aug. § 18.; C. ne quis in sua causa; 1. 10. D. de jurisdictione; Richterregeln § 6.

3) Gerichtsgebrauch (Württemberg. Strafprocessordnung von 1843, § 39.)


5) L. L. p. 376. note a. (Würtemb. Strafprocessordn. § 40.)

§. 45.

Die einzelnen Gerichtsglieder treffenden Inkompetenzgründe sind von ihnen selbst anzugeben und haben sie alsdann sich sofort der Theilnahme an der betreffenden Verhandlung zu enthalten 1); zu einer solchen Anzeige sind auch ihre Collegien verpflichtet.

§. 46.

Für incompeten anerkannten Gerichtsglieder sind, und zwar die der Landgerichte durch die entsprechenden Glieder des Ordnungsgerichts und umgekehrt 2), die der städtischen Untergerichte durch ein anderes Magistratsglied zu ersetzen. Liegt die Sache dem vollen Magistrat zur Entscheidung ob, so scheidet bloss das incompetent Glied aus.

§. 47.

Jede von einem incompetenten Gerichtsgliede, in der Sache für welche er nicht zuständig ist, vorgenommene Amtshandlung ist von dem Zeitpunkte an nichtig, in welchem der Unfähigkeitsgrund vorhanden war 3).

§. 48.

Sollte sich eine ganze Gerichts- oder Polizeibehörde als incompetent ausweisen, so ist die Führung der Sache von der Oberinstanz einer coördinirten Unterbehörde aufzutragen.

§. 49.

B. Nullitätsgründe rücksichtlich des Angeschuldigten finden statt, wenn er wegen zu grosser Jugend unzurechnungsfähig, oder nicht vorgefordert, oder nicht gehört, oder bei der verhandelten Sache nicht beteiligt ist, oder durch einen nicht legitimirten Sachwalter oder Defensor verteidigt wurde, wodurch alle durch solche gesetzwidrige Vorgänge bestimmten Processhand-
lungen nichtig werden ¹), oder endlich wenn der In-
culpat zur Zeit der Urtheilsfällung gestorben war ²).

§. 50.

C. Nullitäten rücksichtlich der Form der Verhand-
lungen finden statt, wenn das Urtheil ohne vorherge-
gangene General- und Special-Inquisition und ohne den
Beklagten gehört zu haben, gefällt wird ³).

§. 51.

Nullitätsgründe rücksichtlich des Inhalts des Ur-
theils finden statt, wenn es den früher in derselben
Sache gefällten ⁴), oder einem positiv gebietenden oder
verbietenden Gesetze offenbar widerspricht, unmöglich
zu vollziehen ⁵), oder durch Bestechung erlangt ist ⁶).
Im letztern Falle ist auch die ganze Verhandlung nichtig.

§. 52.

Jede über ein schon verjährtes Verbrechen geführte
Criminalverhandlung ist nichtig, es sei denn, daß der
desselben Beschuldigte auf eine solche zu seiner Recht-
fertigung dringe, was ihm, ohne Rücksicht auf Verjäh-
rung, zu jeder Zeit zuzugestehn ist ⁷).

§. 53.

Durch die Einwilligung des Angeklagten in ein
unter Strafe der Nichtigkeit verbotenes Verfahren wird
ein solches nicht gültig ⁸).

¹) L. L. l. c.; l. 6. C. de accus.; Kammergerichtsordnung
von 1555. II. 28. §. 5.
²) l. 2. D. quæ sent. sine appel. rescinduntur.
³) L. L. l. c.
⁴) L. L. l. c.
⁵) l. 5. Cod. quando provocare non est necesse; l. 1., l. 3.,
D. quæ sent. sine appel. res.
⁶) l. 7. Cod. l. c. Die Unterscheidung zwischen der Nich-
tigkeit des Urtheils und der der ganzen Verhandlung ist
nicht nur gerecht, sondern auch, zur Abkürzung des
Strafprozesses wesentlich und findet sich auch unter an-
dern in der Württemb. Strafprozessordnung von 1848.
⁷) l. 2. §. 4. D. de requ. reis.
⁸) l. 38. D. de pactis.
§ 54.

Findet der Richter wesentliche, zur richtigen Führung des Processes notwendig erforderliche Thathandlungen oder Vorsichtsmaßregeln, obgleich sie nicht bei Strafe der Nullität geboten waren, in seinem eigenen Verfahren oder in dem einer Unterbehörde gar nicht, oder auf mangelhafte Weise vorgenommen, so hat er solche nachzuholen; ist aber solches nicht mehr möglich, so ist die ganze Verhandlung, so wie auch das Urteil, in sofern sie durch den begangenen Fehler bedingt wurden, nichtig 1).

§ 55.

Die Polizei- und Gerichtsbehörden haben, so wie die Leuteationsinstanz, von Amts wegen für die Vermeidung von Nullitäten zu sorgen, auch sind die Fiscalse namenentlich verpflichtet darauf zu sehen, und der Angeschuldigte, sein Defensor, so wie sonstige Theilnehmer am Processe berechtigt, um Abstellung sich ereignender Nullitäten zu bitten.

IV. C a p i t e l.

V o n d e n C r i m i n a l k o s t e n.

§ 56.

Über die Tragung der Criminalkosten entscheiden die im Reichscodex XV. 903—911. aufgestellten Regeln 2).

§ 57.

Wird der Angeschuldigte völlig oder auch nur von der Instanz losgesprochen, oder stirbt er noch während des Verlaufs der Untersuchung, so sind die Kosten von ihm oder seinen Erben nicht beizutreiben; es sei denn, daß eine erwiesene straffliche, oder doch gesetz-

1) Mittermaier, I. c. § 35.
2) S. Theil I. § 91.

Richters livl. Strafproces. II.
widrige Handlung desselben den Verdacht und die Untersuchung gegen ihn veranlassen 1).

§ 58.
Von mehreren Mitschuldigen haftet zuvörderst jeder einzelne für die von ihm allein verursachten Gerichtskosten; für die von ihnen gemeinschaftlich verschuldeten haften sie pro rata 2), und zwar nach dem Grade ihrer Theilnahme an dem Verbrechen 3).

§ 59.
Im Falle einer lügenhaften oder gänzlich unbegründeten Denunciation und bei Nichtermittlung eines Schuldigen, trägt der Denunciator die Kosten 4), im Fall einer böswilligen Beantragung eines gänzlich unbegründeten Criminalprocesses von Seiten des Gouvernements-Procurateurs oder eines Fiscals, tragen sie diese Be- aume 5), so wie endlich der Richter selbst, wenn er eine Untersuchung böswillig veranlasst oder sie geflissentlich oder aus Nachlässigkeit verzögert 6).

§ 60.
Sind sämtliche vorbenannte Individuen zugleich in der obengenannten Weise schuldig, so haften sie für die Kosten pro rata, und im Falle der Insolvenz des einen, solidarisch 7).

§ 61.
Im Adhäsionsprocesse hat die klagende Civilpartei nur die, durch ihre Anträge verursachten Kosten, un-

3) (Hannov. Crim.-Ordn.-Entwurf § 347.; Würtemb. Strafprocesssordnung § 445.)
5) Swob XV. 948.
6) Peinliche Ger. -Ordn. §. 20 u. 21.; (Baiersches Gesetzbl. §. 406.; Würtemb. Strafproces.ord. §. 443.)
7) weil die Böswilligkeit der Denuncianten ohne die Mit- schuld der Beamten unkompensiert bliebe.
abhängig von denen der Criminaluntersuchung, nach den Regeln des Civilprocesses, zu tragen und kann, wenn sie obsiegt, sich dieselben vom unterliegenden Theile erstatten lassen, worüber der Richter in seinem Urtheile zu bestimmen hat.

II. Abschnitt.

Von der durch die Polizeibehörden zu führenden Voruntersuchung oder General-Inquisition.

I. Capitel.

Von den Veranlassungsgründen zur Untersuchung.

§ 62.

Veranlassungsgrund zu einer Criminaluntersuchung ist jeder Umstand, aus welchem sich die Vermuthung eines verübten Verbrechens ergiebt 1). Ein solcher ist sobald er auf irgend eine Weise zur Kenntniss des Polizeiamts kommt, sofort acetenmässig zu machen, um als Grundlage der ohne Verzug einzuleitenden Untersuchung zu dienen 2).

§ 63.

Die hauptsächlichsten Veranlassungsgründe zur Untersuchung sind: Ergreifung des Thäters auf frischer That, eigene Wahrnehmung des Richters oder des Po-

1) Deutscher Gerichtsgebrauch; alle Lehrbücher; Swod XV. 913.
lizeibeamten, Antrag des Gouvernements-Procurateurs oder der Fiscals, Anzeige einer Privatperson, Denunciation, Klage des Verletzten, Selbstklage, Notorietät und lautes, allgemein verbreitetes Gerücht.

I. Von der handhaften That.

§ 64.

Zur handhaften That gehört die Ertappung in dem Augenblicke der Begehung des Verbrechens oder sogleich nach derselben 1), so wie im Fall eines begangenen Raubes oder Diebstahls, das Anreffen von Diebst-ver oder Raubsgut in den Behältnissen oder in der Behau-sung eines Individui, welches den Schlüssel dazu trägt 2).

§ 65.

Bei Ertappung auf frischer That ist der Thäter sofort von jedem Privatmann zu verfolgen, anzuhalten und der Polizei zu überliefern 3).

II. Von der eigenen Wahrnehmung des Richters oder Polizeibeamten.

§ 66.


§ 67.

Die von einem Polizeibeamten bei der competenten Behörde über eine während seiner Amtstätigkeit wahrgenommene Gesetzesübertretung gemachte Anzeige, so wie das vom Richter über eine vor Gericht geschehene und von ihm wahrgenommene Ungesetzzlichkeit aufge-  

---

1) Ritterrecht cap. 183., Reichsabsch. von 1520, § 40.
2) Ritterrecht cap. 144.
3) Ritterrecht cap. 188.; Reichsabschied von 1520, § 40.; (Code d'inst. crim. Art. 106.)
nommene Protocoll, geniessen vollen Glauben, so lange das Gegentheil nicht erwiesen ist, es sei denn, dafs der Richter oder der anzeigende Polizeibeamte bei dem Vorfalle betheiligt sind. Von dieser Beschränkung sind aber, auf Geheiss des Richters aufgenommene, und eine ihm vor Gericht widerfahrene Beleidigung betreffende Protocolle ausgenommen 1).

III. Von den Anträgen des Gouvernements-Procureurs- und der Fiscale.

§ 68.

Der Gouvernements-Procureur theilt die ihm auf irgend eine Art gewordene Kunde einer Gesetzesübertretung der Gouvernements-Regierung zur Einleitung des gesetzlichen Verfahrens mit, doch nur als dann, wenn wenigstens bestimmte Anzeichen vorhanden sind 2).

§ 69.

Zu diesem Zwecke hat er das Recht, Anzeigen und Denunciationen von Privatpersonen anzunehmen, auch die Namen der Denuncianten auf ihren Wunsch zu verschweigen, es sei denn, dafs im Laufe der Untersuchung eine Confrontation derselben mit dem Denunciaten nothwendig würde, oder letzterer, nachdem er sich vollständig gerechtfertigt, die Mittheilung des Namens des Denuncianten verlangte 3).

§ 70.

Der Gouvernements-Procureur ist zwar für die Richtigkeit seiner Mittheilungen in allen, auch den Nebenumständen, nicht verantwortlich, wohl aber für eine vom Angeschuldigten in allen Puncten widerlegte, obwohl unabsichtliche, Anklage. Eine wissentlich falsche, peinliche Anklage wird mit derselben Strafe, die den Angeschuldigten hätte treffen sollen und ausserdem durch Dienstentsetzung und vollständigen Schadenersatz bestraft 4).

2) Swod XV. 937—940.
3) Swod XV. 938.
4) Swod XV. 941—943.
§ 71.

Auch die Fiscale sind auf erhaltene Kunde, Anzeige oder Denunciation von einer Gesetzesübertretung verpflichtet, bei der competenten Behörde auf Einleitung des gesetzlichen Verfahrens anzutragen und zwar der Oberfiscal, sobald die Sache in erster Instanz vor das Hofgericht sortirt 1). Sie brauchen, so lange sie die Grenzen ihres Amtes nicht überschreiten, keine Reconvention zu fürchten 2). Im übrigen gelten für sie die auf die öffentlichen Ankläger bezüglichen Bestimmungen.

IV. Von der Anzeige der Privatpersonen und der Denunciation.

§ 72.

In dieser Rücksicht gelten die Bestimmungen des Reichscodexes 3).

V. Von der Klage des Verletzten.

§ 73.

Klagen über erlittene Verletzungen sind von dem Verletzten selbst oder auf dessen Geheiss von dritten Personen, so wie von den Eltern, Vormündern oder nächsten Verwandten für unmündige Verletzte, oder von dem Gatten für seine Ehefrau, auch ohne vorgängige Aufforderung von Seiten der Beschädigten, und zwar bei der nächsten competenter Polizeibehörde anzubringen, welche solche sofort zu verprotocolliren und zur genauen Prüfung derselben mit dem Ankläger ein umständliches Verhör über die bei der Verletzung oder Beeinträchtigung vorgefallenen Thatumsände zu halten und solches schriftlich aufzunehmen hat, worauf

1) L. O. pag. 217 u. 85.
2) L. L. p. 344. note n.
sie die übrigen unten angegebenen Maßregeln zur Ausmittlung des Thatbestandes, so wie des Thäters trifft 1).

§. 74.

Eidliche Erhärting des erlittenen Schadens oder Verlustes findet nur in Ermangelung anderer Erforschungsmittel und blos in sofern statt, als sie zur Begründung der Competenz und Bestimmung der Strafe notwendig sein kann 2); vielmehr ist zu prüfen, ob die Klage nicht aus gehässigen Absichten oder in Erwartung eines Vortheils angebracht worden sei 3).

VI. Von der Selbstanklage.

§. 76.

Eine Selbstanklage ist ein freiwilliges, gerichtliches Geständniss, folglich wie ein solches umständlich von der Behörde vor der sie gescheht, nach genauer Befragung des sich selbst Anzeigenden über alle Umstände der That 4), so wie namentlich über den Beweggrund der Selbstanklage 5), aufzunehmen und ihre Glaubwürdigkeit nach den für Geständnisse unten gegebenen Regeln genau zu prüfen 6).

1) Mittermaier, Strafverfahren §. 118.
4) Swod XV. 915.  
5) (Würtemb. Strafprocessordn. §. 70.)  
VII. Von der Notoricität und dem Gerüchte.  

§ 76.  

Ist ein Verbrechen notorisch, d. h. allgemein bekannt), so haben der Gouvernements-Proceureur und die Fiscals sofort nach den in den §§ 68—71. festgestellten Regeln, wo gehörig Anzeige zu machen und ein gerichtliches Verfahren zu beantragen; auch sind zur Einleitung desselben die Polizeibehörden von sich aus verpflichtet.  

§ 77.  

Finden nur Gerüchte über ein begangenes Verbrechen statt, so hat die competente Polizeibehörde von sich aus, wie auf Antrag des Fiscals oder Gouvernements-Proceureurs, besonders wenn diese Gerüchte nicht an sich unwahrscheinlich, auch sehr verbreitet und anhaltend sind), in möglichster Stille und Schnelligkeit Untersuchungen zur Ermittelung des Thatbestandes anzustellen, wobei die Personen, von denen das Gerücht auszugehen scheint, zu vernehmen 3) und aufzufordern sind, die Gründe desselben anzugeben 4). Sollte sich das Gerücht als ein leerer oder aus Bosheit, Muthwillen oder Habsucht erdachtes, oder aus Albernheit und Missverstand herstammendes Gerede ausweisen, so ist die Untersuchung sofort einzustellen 5), und namentlich solche ohne dringende Indicien gegen kein bestimmtes Individuum zu richten 6).  

§ 78.  

Verbreitet sich ein Gerücht über ein bevorstehendes Verbrechen, so hat die Polizei zur möglichsten  

1) Bei evidentia facti, c. 9. x. de accept.; c. 24. x. de verb. sign.  
2) Quasi deferente fama et nunciante clamore, c. 17. x. de accus.; c. 19. 21. 21. l. c.; c. 81. x. de simon.; Peinl. G. O. §§ 6. 16.  
3) (Oestr. Strafgesetzbl. § 227.)  
4) Richterreg. § 27.  
5) Swod XV. 917.  
Abwendung desselben die Maasregeln örtlicher Beaufsichtigung zu verschärfen 1).

II. Kapitel.
Von den zur Führung des Processes notwendigen Maassregeln und Mitteln.

I. Von der Vorladung, Sistirung und Verwahrung des Angeschuldigten.
A. Von der Vorladung und Sistirung.

§ 79.
Zur Sistirung des Angeschuldigten und zur Verhinderung seiner Entfernung von dem Gerichtsorte hat die Behörde jedesmal von den ihr gesetzlich erlaubten und unten zu erörternden Mitteln nur dasjenige zu wählen, welches dem Umständen am besten entspricht und darf zu einem strengern nur dann schreiten, wenn zu vermuten ist, daß die gelindern im vorkommenden Falle sich als unzureichend erweisen würden, oder sich als solche schon erwiesen haben.

§ 80.
Ueberhaupt darf niemand ohne dringende Verdachtsgründe, bei Strafe der Erlegung eines angemessenen Schimpf- und Schmerzensgeldes und eines vollständigen Schadensersatzes, zur Untersuchung gezogen werden, und so lange dieselben dazu nicht hinreichen, hat die Polizeibehörde ihre Nachforschungen im Stillen auf Verstärkung derselben zu richten, ohne noch zur Sistirung des Angeschuldigten zu schreiten 2).

§ 81.
Geht die Anschuldigung nur auf ein Polizeivergehen

1) Swod XV. 917.
2) Swod XV. 976—978.
und ist sie gegen ein am Orte ansässiges Individuum gerichtet, so wird solches durch einen Gerichtsdienner vorgeladen 1).

§ 82.


§ 83.

Ist der Beschädigte nicht am Orte ansässig, erscheint er nach erhaltener Vorladung nicht, geht die Bezugtigung auf ein Verbrechen, oder ist sonst Fluchtgefahr, Besorgniss neuer Verbrechen oder der Collusion oder sonstiger Versuche zur Verheimlichung der Wahrheit und Erschwerung der Untersuchung vorhanden, so wie wenn aus einer Mehrzahl bei Begehung des Verbrechens anwesend gewesener Leute der Verbrecher nicht sogleich auszumitteln ist, so ist 3) gegen den Angeschuldigten ein Vorschriffsbefehl zu erlassen, worin er namentlich bezeichnet und welcher dem Gerichtsdienner eingehändigt wird, mit dem Befehle, das bezeichnete Individuum sofort vor Gericht zu bringen 4). Ein solcher Befehl kann nur gegen ein durch starke Verdachtsgründe gravirtes Individuum erlassen werden 5).


2) Rig. Stadtr. L. II. c. 9. §. 1. Dass rigische Bürger nur auf die dritte der alle 14 Tage zu wiederholenden Ladungen zu erscheinen brauchen (§. 4. l. c.), ist nur für den Civilproces vorgeschrieben, ehen so wie dass die Urteilsvollstreckung erst auf dreimaligen Exeptionsbefehl erfolgt, L. II. c. 32. §. 1.

3) (Bayerisches Strafgesetzbl. H. §§. 118—123.; Preuss. Crim.-Ordn, §§. 205—210.)

4) Swod XV. 984.

§ 84.
Erforderlichen Falls wird dem Gerichtsdienner ein Polizei- oder Militair-Commando mitgegeben, auch ist er berechtigt von jeder Militair- oder Civil-Ortsbehörde, so wie von allen umstehenden Leuten oder Nachbarn des Vorzuführenden, bei Strafe gesetzlicher Beaulung, Unterstützung zu verlangen und darf auch Haussuchungen, ohne Zuziehung von Zeugen, veranstalten, sobald gegründeter Verdacht vorhanden ist, daß der Vorgeforderte sich in einem Hause verbirgt 1).

§ 85.
Entdeckt der abgeordnete Gerichtsbeamte außer dem vorzuführenden Individuo noch andere gleich schuldige, oder die als solche angegeben werden, so hat er sie ebenfalls vor Gericht zu stellen und die allgemeine Ermächtigung zur Vorführung in solchem Falle ist in jedem Vorführungsbefehle auszudrücken.

§ 86.
Ist der Vorzuführende in einem fremden Gerichtsbezirk gegangen, so kann er dahin verfolgt werden, und wird, sobald er angetroffen wird, der dortigen Ortsbehörde gegen Quittung überliefert 2).

§ 87.
Im Falle thätlicher Widersetzlichkeit von Seiten des Vorgeforderten ist der Gerichtsdienner befugt Gewalt zu gebrauchen 3).

§ 88.
Ist der Vorzuführende vom Gerichtsorte entfernt, so ist bei seiner Ergreifung für Besicherung seiner Habe, durch Uebergabe derselben an seine nächsten Verwandten und Angehörigen gegen Quittung, und wenn es die Zeit erlaubt, nach Aufnahme eines kurzen Inventars, zu übergeben 4).

1) Swod XV. 985, 986, 989.
2) Ister Reichsabschied von 1559. §§. 22, 26.; Swod XV. 987. (Würtemb. Strafsprocessordn. §. 166, und andere neue Gesetzgebungen.)
3) Deutscher Gerichtsgebr., alle Lehrbücher; Swod XV. 990.
4) Swod XV. 981.
§ 89.

In fremden Gerichtsbezirken befindliche Individuen sind durch an die dortigen Polizeibehörden zu richtende Requisitionen vorzufordern 1), in welchen jedesmal auszudrücken ist, ob die Vorgeladenen frei oder unter Bewachung einzusenden sind.

§ 90.

Solche Requisitionen sind, bei Strafe gesetzlicher Beahndung, ungesäumt zu erfüllen und gehen, wenn sie in ein anderes Gouvernement gerichtet sind, durch die Gouvernements-Regierungen.

§ 91.

Civil- und Militairbeamte, so wie Geistliche, werden durch die Polizeibehörden nur dann unmittelbar vorgeladen und vorgeführt, wenn sie sich an einem, der allgemeinen Polizeigerichtsbarkeit unterworfenen Orte befinden. Befinden sie sich aber in ihrer resp. Behörde, Geistliche im Kirchenhause, Studierende im Universitätsgebäude und dergleichen, so muss die Requisition wegen ihrer Sistirung, sehr dringende Fälle ausgenommen, an ihre unmittelbaren Vorgesetzten gerichtet werden 2).

§ 92.

Adlige geniessen auf Erfordern ein freies sicheres Geleit zu und vom Gerichte 3). Der in solchen Fällen ihnen zu ertheilende Geleitsbrief darf sich nur auf ein bestimmtes Vergehen beziehen, und erlischt 4) durch Nachterscheinen oder willkürliche Entfernung aus dem Gerichtsbezirke 5).

2) Swod XV. 997—1000.
4) L. L. pag. 57. note b. (Baiersches Strafgesetzb. §. 418.; Württemb. Strafprocesordn. §. 172.)
§ 93.
Adlige und Geistliche dürfen nur bei Ertappung auf frischer That verhaftet werden 1).

§ 94.
Der Vorzuführende ist, sobald er sich nicht weigert dem Vorführungsbefehl zu gehorchen und sich keine Widersetzlichkeit erlaubt, mit der seinem Stande und sonstiger bürgerlichen Stellung geziemenden Achtung, und in Berücksichtigung seiner möglicherweise noch zu erweisenden Unschuld 2), mit der größten Schonung zu behandeln, blos vom Gerichtsdienst zu begleiten und nur bei Fluchtgefahr Wache zu gebrauchen 3). Es ist aber darauf zu sehen, daß er von den Gegenständen, die er etwa bei sich trägt, nichts heimlich wegwerfe oder verstecke; auch ist sein Signal gut sofort an Ort und Stelle aufzunehmen 4). Nur auf Räub, Totschlag und ähnliche Gewalttätigkeiten Ertappte werden gefesselt geführt 5).

§ 95.
Ist der Aufenthaltsort des Vorzuladenden oder Vorzuführenden unbekannt, so hat die Gouvernements-Regierung auf hievon erhaltenen Bericht entweder durch die Gouvernements-Zeitung, wenn das fragliche Individuum vermutlicherweise sich in Livland aufhält, oder im entgegengesetzten Falle durch eine an alle Gouvernements-Regierungen, mit Zusendung eines Signalements, gerichtete Requisition die Vorladung oder Vorführung desselben zu erwirken 6).

§ 96.
Lieg ein schweres Verbrechen und ein erheblicher

---
2) Swod XV. 1004 n. 1005. (Würtemb. Strafprocesseordnung § 120.)
3) Mittermier, l. c. § 72. (Würtemb. Strafproce. § 122.)
4) Swod XV. 1001.
Verdacht 1) gegen den Inculpaten vor, oder ist er weichhaft geworden, so kann eine sechsmonatliche Edictalisation 2), mit Androhung der Beschlagnahme des Vermögens, erlassen werden, welches nach Ablauf dieser Zeit, beim Nichterscheinen des Vorgeladenen, gerichtlich inventirt und unter Curatell gestellt wird, mit der Aufgabe seiner Familie den nothwendigen Lebensbedarf zukommen zu lassen, ohne ihm selbst etwas zu überschicken 3). Der Beschlag ist zu heben sobald der Grund seiner Verhängung wegfällt, oder Verjährung eintritt oder der Angeschuldigte ver stirbt 4).

§. 97.

Bekanntmachungen über Ergreifung und Sistirung von Läuflingen und über gestohlene Sachen, werden in den Beilagen zu den Senats-Zeitungen und auf Kosten der die Anzeige machenden Personen abgedruckt 5).

B. Von den Maassregeln zur Verhinderung der eigenmächtigen Entfernung des Angeschuldigten.

§. 98.


§. 99.

Liegt kein schweres Verbrechen vor 7) und ist keine

1) Quistorp, §. 830.; Tittmann, III. S. 238.; Mittermaier, §. 79. (Würtemb. Strafprocessordn. §. 174.)
2) L. O. pag. 605.; L. L. pag. 335. note c.
3) P. G. O. §. 206. (Würtemb. Strafprocessordn. §. 175.)
4) (Würtemb. Strafprocessordn. §. 176.)
5) Swodem XV. 1002.
6) Swodem XV. 1007.
7) L. O. pag. 66.; L. L. pag. 306. note c; 364. note c; i. i.
Entprechung oder Erschwerung des Processganges, z. B. durch Collusionen 1), zu befürchten, vorzüglich wenn der Angeschuldigte durch Stand, Vermögen, Unbescholtenheit Garantien darbietet, so kann derselbe gegen Caution entlassen werden, es sei denn, daß er schon früher einmal sich heimlich entfernt habe oder aus der Haft entwichen sei 2).

§ 100.

Die Bürgschaft kann in einer von dem Angeschuldigten selbst, oder seinen Bürgen bei Gericht deponirt, oder von den letzteren, wenn sie solvent sind, für den Nichterscheinungsfall des Angeschuldigten, versprochenen Geldsumme oder werthvollen Sache 3) bestehen, deren Betrag nach der Höhe der drohenden Strafe, der Prozesskosten und des zu leistenden Schadensersatzes, so wie nach der Wahrscheinlichkeit zu bestimmen ist, daß der Angeschuldigte eher sich stellen oder von den Bürgen gestellt werden, als die Cautionssumme verlieren wird 4).

§ 101.

Die Caution ist verwirkt und der Inculpat zu verhaften, sobald er auf eine an ihn ergangene Ladung ohne gültige, auch von den Bürgen nachzuweisende Entschuldigungsgründe sich nicht stellt 5), oder Anstalten zur Flucht trifft, wirklich entfliht, oder den besonderen Bedingungen seiner Freilassung entgegenhan-

3) (Würtemb. Strafproces- ordn. § 178.)
delt, oder sie zu Collusionen missbraucht, oder sich Anzeigen eines schweren, die Haft begründenden, von ihm begangenen Verbrechens ergeben oder er ein solches nach der Cautionsstellung begeht. Hierbei kann auch der Bürge nachweisen, daß, während er seine Pflicht gethan hat, die Stellung des Angeschuldigten nur durch Nachlässigkeit der Behörde unterblieben ist 1). Wenn der Bürge den Angeschuldigten gefloßentlich und böswillig der Sistirung vor Gericht entzogen, so ist er mit der, auf Entweichenlassen eines Gefangenen gesetzten Strafe zu belegen 2). Die verfallene Cautionssumme wird verwandt zur Zahlung 1) der Geldstrafen, 2) der Processtkosten, 3) für Civilentsädigung des Damnificaten 3), 4) das Uebrige fällt dem Collegio allgemeiner Fürsorge zu 4).

§ 102.
Die Cautionssumme wird frei und der Bürge ist seiner Verbindlichkeit entledigt, wenn trotz derselben im Fortgange der Untersuchung die Verhaftung des Inculpation dennoch nothwendig wird, oder der Process auf irgend eine Weise seine Endschaft erreicht, ohne daß die Cautionssumme durch die Flucht des Inculpation verfallen wäre 5).

§ 103.
Bei leichterem Vergehen können hiebei betheiligte Personen aus den gebildeten Ständen und von ganz unbescholtenem Rufe auf ein Handgelübde entlassen werden 6).

§ 104.
Im Falle der Nichtofferirung oder Nichtannahme

---
1) (Baiersches Strafgesetzbuch § 138.) Tittmann, III. Seite 214.; Stübel, § 1702.
2) In l. 4. D. de custodia, ist für diesen Fall die ausserordentliche Strafe festgesetzt.
3) Stübel und Tittmann l. c.
4) l. c. (Preuss. Crim.-Ordn. § 229—231.; Baiersches Strafgesetzbuch § 138.)
5) Mittermaier l. c. (Württemb. Strafprocessohrdn. § 182.)
6) l. 17. Cod. de dignitat., Novelle 131. caput 9.; Bauers Lehrbuch, § 74.; Mittermaier l. c. § 76.; Stübel, Crim.-Verf. § 1680; (siehe auch Sächs. Ges. vom 30. März 1898. § 6.)
einer Cautions kann der, eines mit nicht mehr als zeitlicher Freiheitsstrafe zu beaufendenden Vergehen, Anschuldigte in Hausarrest oder unter polizeilicher Aufsicht, mit Beschlagnahme seines Passes gehalten werden 1).

§ 105. Erscheinen die bisher angeführten Sicherheitsmittel als unzureichend, so wird der Inculpat in das Gefängnis geführt. Dazu gehören jedesmal die eines schweren (zur Leuteration gehenden) Criminalvergehens Angeschuldigten 2), so wie die eines leichteren Verbrechens Inculpiren, sobald Gefahr der Flucht oder einer von den übrigen Umständen vorhanden sind, welche nach §. 83. die Erlassung eines Vorführungsbefehls rechtfertigen 3).

§ 106. Je nach dem sich im Laufe der Untersuchung der Stand der Sache zum Vortheile oder Nachtheile des Inculpaten ändert, ist die Behörde auch verpflichtet, die Sicherungsmaassregeln gegen den Inculpaten nach den obigen Grundsätzen zu modifiziren 4).

§ 107. In Bezug auf den Transport und Aufbewahrung der Untersuchungsgefangenen gelten die Bestimmungen des Reichscodex, Band XIV. Theil V.

II. Von der Herbeischaffung verschiedener Processmittel ausser dem Angeschuldigten selbst.

A. Von der Haussuchung.

§ 108. Im Falle dringender Anzeige eines gegründeten Verdachtes, das Verbrecher, Läufinge oder abhanden gekommenes Vermögen in einem Hause oder son-

1) Swod XV. §. 1010. (Würtemb. Strafproces-ordn. §. 151.)
2) L. G. O. von 1632. §. 32.; Swod XV. 1009. (Würtemb. Strafproces-ordn. §. 150.)
3) Swod XV. 1008.
4) (Würtemb. Strafproces-ordn. §. 153.)

Richters livl. Strafproces, II.
verurtheilen kann, der ist vor (für) unschuldig zu halten, und soll man ihn freisprechen und loslassen 1).

XII. C a p i t e l.
Von der Urtheilsfällung, Revision, Publication und Vollstreckung.

§ 77.
Von der Lossprechung von der Instanz.

Ausser dem lossprechenden und dem verdammen- den Urtheile kennt die deutsche gemeinerechtliche Pra- xis auch noch das von der Instanz losbindende, über dessen Zulässigkeit die Theorie noch schwankt. Für Livland scheint die Frage zwar durch den so eben allegirten § 31. der Richterregeln entschieden, der bei der Unmöglichkeit einer gehörig begründeten Verur- theilung, die vollkommene Freisprechung ausdrücklich vorschreibt, also jeden Mittelweg ausschliesst. Wenn aber auch Theoretiker behaupten, der Angeklagte habe ein Recht auf eine vollständige Unschulderklärung so lange seine Schuld nicht erwiesen worden, so wäre dies nur dann richtig, wenn zwischen jener und der nur auf vollen Beweis zu gründenden Verurtheilung und Bestrafung, in der Ueberzeugung des Richters kein Drittes möglich wäre. Denn das Urtheil muss, um nicht eine offizielle Lüge genannt werden zu können, genau dem Grade der Ueberzeugung des dasselbe fällenden Richters entsprechen, und so wenig es beim mangelnden Beweise der Schuld verdammten darf, so darf es auch nicht für schuldlos erklären und so den Verdächtigen dem Unschuldigen gleichstellen, wenn nicht die Unschuld durch Entfernung der Verdachts- gründe hergestellt worden ist. Wenn daher mehre neuer Gesetzgebungen die Lossprechung von der In-

1) Richterregeln § 31.
stigen Gebäude oder Behältnisse sich befindet, ist ein Beamter unter Begleitung einer Wache, so wie des et-
wanigen Denunzianten, ohne Zeitverlust und mit einem
schriftlichen Befehle versehen abzusenden, um den an-
gegebenen Raum in allen seinen Theilen zu durchsu-
chen, wonach die Häuser oder zeitweilige Wohnzimmer
von Mitgliedern des diplomatischen Corps allein ausge-
nommen sind 1).

§. 109.

Der mit der Haussuchung beauftragte Beamte hat
an Ort und Stelle einige Nachbarn aufzufordern, ihn
als Urkundspersonen zu begleiten 2) und in ihrer Ge-
genwart, und wo möglich auch in der des Angeschul-
digten, oder in dessen Abwesenheit in der des Hauseigen-
thümers oder des Bewohners des zu untersuchenden
Raumes 3), ausgenommen in dringenden Fällen und
zur Nachtzeit 4), die Haussuchung vorzunehmen und
tzu diesem Zwecke alle Behältnisse, wo möglich ohne
Gewalt öffnen zu lassen, und die etwa gefundenen
Personen oder abhanden gekommenen Sachen sammt
Demjenigen, in dessen Behältniss oder Wohnung sie
vorgefunden, unaufhältlich dem Gericht vorzustellen.

§. 110.

Die Haussuchung ist mit aller, mit dem Zwecke
derselben vereinbarer Schonung, ohne Gewaltthätigkeit,
Störung der häuslichen Ruhe und Zufügung irgend wel-
chen Schadens zu bewerkstelligen und nicht weiter aus-
zudehnen, als es der jedesmalige Zweck derselben er-
fordert 5).

1) Samson, Institut. §. 1097 u. 1098.; Tittmann, III. S. 178.;
Müllers Lehrbuch, S. 287.; Martin, §. 97.; Stübels Crim.
Verfahren, §. 1804.; Jagemanns Untersuchungskunde, S.
79, 100. (Würtemb. Strafprozessordn. §. 239.) Dieses und
die folgenden §§. gründen sich auf Swor XV. 968—975,
womit der livländische und deutsche Gerichtsgebrauch im
Ganzen übereinstimmen.

2) Mittermaier l. c. §. 65. (Baiersches Strafgesetzb. §. 254.;
Würtemb. Strafprozessordnung §. 242.)

3) l. l. c. c.

4) Mittermaier l. c. §. 65.; Kittka, über Erhebung des That-
bestandes, Seite 243. (Portug. Strafger.-Ordnung §. 61.;
Französ. Gesetz vom 11. Frimaire an XIII. Art. 76.)

5) (Würtemberg. Strafprozessordn. §. 239.)
§. 111.

Die gesetzsmässigen Forderungen des haussuchenden Beamten sind genau zu erfüllen und jede Widersetzlichkeit, so wie der Versuch, das Gesuchte zu verbergen, strafbar.

§. 112.

Wird nichts gefunden, so hat der Denunciant allen etwanigen Schaden zu ersetzen und der adlige Haus-eigenthümer erhält ausserdem noch ein Ehrenengeld. Den Schaden, so wie die Hälfte des Ehrenengeldes hat die Behörde zu tragen, welche ohne genügende Gründe eine Haussuchung angeordnet hat, und wird ausserdem noch nach Maassgabe ihres Verschuldens bestraft 1).

§. 113.

Hingegen ist die Behörde auch für Unterlassung einer notwendigen Haussuchung verantwortlich. Gewährt es solches aus Begünstigung, oder war der einer Haussuchung zu Unterwerfende im Voraus davon benachrichtigt worden, so haben die Schuldigen den daraus entstehenden Schaden doppelt zu ersetzen, und werden des Amtes mit dem Verbote künftiger Wiederanstellung und Zulassung zu Wahlämtern, entsetzt 2).

§. 114.

Die Beschlagnahme der Papiere, wozu auch die an Angeschuldigte gerichteten oder von ihnen abgesandte Briefe und Pakete zu rechnen, ist, als eine Art der Haussuchung, ganz nach den obigen Regeln zu behandeln, und alle schon bei derselben als irrelevant sich ergebenden Aufsätze dem Eigenthümer zu lassen 3).

§. 115.

Die gefundenen und der Behörde vorgestellten Sachen sind von ihr zu inventiren, in den Akten zu verzeichnen und wo möglich zu numeriren und unter dem

1) Swod XV. 974.
2) Swod XV. 975.
Gerichtssiegel zu asserviren\(^1\)) ; Individuen aber sind von der Behörde sofort zu vernehmen und nach den oben auseinandergelegten Regeln entweder ins Gefängnis abzuschieben, oder sonstige Maßregeln zur Verhinderung einer eigenmächtigen Entführung zu ergreifen. Dasselbe gilt auch von den etwaigen Helfern gefundener Sachen oder Personen.

**B. Von der Pflicht zur Zeugenschaft und zur Urkundenedition.**

§ 116.

Jeder zur Ablegung eines Zeugnisses vor eine Behörde Vorgeladene und nicht durch das Gesetz von der Pflicht zur Zeugnissablegung befreite oder für ungültig erklärte Zeuge ist verpflichtet, ein Zeugniss abzulegen\(^2\)), und zwar bei angemessener Geld- oder Gefängnisstrafe\(^3\)).

§ 117.

Eben so ist ein Jeder verpflichtet, von der Behörde zum Belauf einer Criminaluntersuchung geforderte Urkunden, unter Quittung und Ausreichung einer beglaubigten Abschrift, zu übergeben\(^4\)).

**C. Von der Recognition.**

§ 118.

Zur Vergewisserung über die Identität von Personen und Sachen sind dieselben nach Befund der Umstände bald dem Angeschuldigten, bald den Zeugen zur Aukennung vorzuzeigen. Zur Vermeidung jeder Täuschung sind von dem Recogniscenden vorher alle Kennzeichen des fraglichen Gegenstandes anzugeben,

---

\(^1\) (Württemb. Strafprozeßordnung §. 244.)

\(^2\) l. 1. §. 1., D. de testibus; l. 16. Cod. de testibus; Novelle 90. c. 3 u. 4.; Swod XV. 1094.

\(^3\) Quistorp, Grundsätze, §. 702.; Stübel l. c. §. 2439.; Tittmann, III. S. 183.; Mittermaier, l. c. §. 67. (Baiersches Strafgesetzbuch §. 206.)

\(^4\) l. 21. Cod. de fide instrumentorum; Swod XV. 1070.; Stübel, l. c. §. 2888.; Martin l. c. §. 99.; Henke, Lehrbuch §. 225.; Tittmann, l. c. III. S. 182. (Auch in England und Frankreich: Russel, on crimes. II. pag. 639.; Code d'inst. §. 256.)
und dann derselbe wo möglich in demselben Zustande, wie er ihn früher gesehen hatte, unter mehreren ähnlichen Gegenständen (Personen oder Sachen) vorzustellen 1).

D. Vom Ungehorsam.

§ 119.

Angeschuldigte Zeugen oder sonst vor Gericht Vorgeforderte, die ohne legale Entschuldigunggründe die Beantwortung einzelner Fragen oder überhaupt jede Antwort verweigern, oder gefälligst durch ganz leere, nichtssagende Erklärungen, offenbare Lügen oder Vorspiegelung eines, sie von der Pflicht der Aussage befreitenden oder ihre Zurechnung aufhebenden Zustandes, z. B. Taubheit, Stummheit, physische oder Geisteskrankheit, die Behörde zu täuschen versuchen oder sich vor Gericht sonst ungebührlich benehmen, werden sofort von der Behörde mit angemessener Geld- oder Gefängnisstrafe oder, wenn sie sich schon in Haft befinden, mit Verschärfung des Gefängnisses, durch Schmälerung der Kost, durch einsame Einsperrung oder durch Dunkelarrest auf höchstens acht Tage bestraft 2). Die Verhängung von Ungehorsamsstrafen ist jedesmal im Protocoll nebst Angabe des Grundes derselben zu bemerken 3).

§ 120.

Reichen diese Mittel nicht hin, so wird der Process nach Lage der Acten fortgeführt und entschieden, wobei auf beharrliches Stillstehen des Angeschul-

3) um der richterlichen Willkürr und Leidenschaftlichkeit Grenzen zu setzen; s. Jagemann, über die Mittel zur Unterdrückung der Missbräuche der Untersuchungsbeamten, 1839.
digten, derselbe für geständig und sachfällig augenommen wird 1). Solches ist dem Inquisitoren aber vor Schliessung der Untersuchung anzuzeigen.

III. V o n P r o t o c o l l e n.

§ 121.

Jede Handlung der Gerichte, so wie jede zu deren Kunde gekommene Begobjeheit oder Anzeige, sind auf das genaueste protocollarisch aufzunehmen. Die Protocolle bezeichnen im Eingange Tag, Tageszeit und Ort der Aufnahme desselben, so wie die Namen der Gerichtsglieder, in deren Gegenwart sie aufgenommen worden. Die Protocolle werden von den Gerichtsgliedern und dem Protocollführer unterschrieben, was auch von später gemachten Zusätzen und Abänderungen gilt 2).

§ 122.

Die Verhörsprotocolle müssen sowohl die Fragen des Inquirenten, als die Antwort des Vernommenen, wörtlich 3) und zwar in der ersten Person 4) enthalten, sind sofort nach ihrer Aufnahme zu verlesen und vom Vernommenen in ihrer Richtigkeit zu agnoisiren 5) und hierauf nicht nur von den oben genannten Gerichtspersonen und von dem anwesenden Fiscale, sondern auch von dem Vernommenen selbst 6), nebst den etwa gemachten Zusätzen und Abänderungen 7) zu unterschreiben, oder die etwanige Verweigerung der Unterschrift auf dem Protocolle zu bemerken 8). Kann der Ver-

1) RR. c. 219.
2) Livl. u. deutscher Gerichtsgebr., alle Lehrbücher. (Württemb. Strafprocessordn. § 52 u. 56.)
5) L. L. p. 355. note b. (Württemb. Strafprocessordn. § 51.)
6) Swod XV. 1056, 1057. (Preuss. Crim.-Ordn. § 55.; Baiersches Strafgesetzbuch § 43.)
7) (Baiersches Strafgesetzb. § 42.; Württemb. Strafprocessordnung § 53.)
nommene nicht schreiben, so unterzeichnet er mit drei Kreuzen ¹) und bittet einen der gegenwärtigen Gerichtsglieder, an seiner Stelle die Unterschrift zu vollziehen, was auf dem Protocoll bemerkt werden muss ²).

§. 123.

Ein in gesetzmässiger Form abgefasstes Protocoll hat gerichtlichen Glauben, es sei denn, daß die Unrichtigkeit desselben auf völlig überzeugende Weise dargethan werden könne.

§. 124.

Die nicht von genügenden, gesetzlichen Gründen unterstützte Anstreichung der gesetzlichen Abfassung eines abgefassten Protocolls, ist als muthwillige Beleidigung der mit der Abfassung beschäftigt gewesenen Gerichtspersonen anzusehen ³) und als solche auf fiscalsche Anklage mit gesetzmässiger Strafe zu belegen ⁴).

§. 125.

Eben so werden auch die bei der Abfassung des Protocolls thätig gewesenen Gerichtspersonen, im Fall eines aus Versuchen oder absichtlich falsch aufgenommenen Protocolls, mit der gesetzlichen Strafe, wie für Vernachlässigung oder wissentliche Verletzung ihrer Amtspflicht belegt, und haben ausserdem jeden dadurch einem Dritten erwachsenden Schaden zu ersetzen.

§. 126.

Fehlt aber eins oder mehrere der oben angeführten Erfordernisse des Protocolls, so ist solches sofort nachzuholen, und ist dieses nicht mehr möglich, so geniesst das Protocoll keinen vollen gerichtlichen Glauben, sondern die Richtigkeit des Inhalts ist anderweitig zu erweisen und die stattgehobte Versäumung der vorgeschriebenen Abfassungsart als Verletzung oder Vernach-

²) Swod XV. 1056.
³) folgt aus der Natur der Sache.
⁴) L. L. pag. 396. note b.
lässigung der Dienstpflicht, nach den allgemeinen Gesetzen zu bestrafen 1).

III. C a p i t e l.
Von der Erforschung des Thatbestandes.

I. Allgemeine Bestimmungen.
§ 127.
Die Erforschung des Thatbestandes, d. h. der gesetzlichen Merkmale des Verbrechens, welche die notwendige Vorbedingung und die Grundlage aller übrigen, richterlichen Thätigkeit im Strafprozesse ausmacht, ist von der Polizeibehörde sofort nach erhärteter Kunde von einem vermuteten Verbrechen mit möglichster Schnelligkeit und Umsicht zu veranstalten, und zu diesem Zwecke das Dasein sowohl derjenigen Thatsachen zu ermitteln, ohne welche die fragliche Handlung nicht begangen werden konnte, als derjenigen, die sie zum Verbrechen und zwar zu einer bestimmten Gattung desselben, und namentlich zum vollendeten oder nur versuchten Verbrechen stempeln.

§ 128.
Diese Untersuchung findet auch bei abgelegten Ge
ständnisse 2) und ohne die Ankunft eines Abgeordneten aus den Standesgenossen des Angeklagten abzuwar
ten 3), durch gerichtlichen Augenschein und Vermeh
nung nicht nur des Inculpatis, sondern überhaupt aller verdächtigen oder in der Nähe befindlichen Indivi
duen, bei den einige Kunde von dem fraglichen Vor
fall zu erwarten ist, wenn sie auch nicht die Eigen
schaften vollgültiger Zeugen besitzen, statt 4), und zwar

1) Cap. II. x. de probationibus; Cap. 28. x. de testibus.
2) l. l. § 17., D. de quaestionibus; L. L. pag. 471, note e.;
Swod XV. 946.
3) Swod XV. 947.
4) (Livl. und deutscher Gerichtsgebrauch; Mittermaier, l. c. §§. 120, 133.; Kittka, über Erhebung des Thatbestandes,
S. 99.) Swod XV. 949.
auf dem Lande vorläufig und bis zu Ankunft eines Ordnungsgerichtsgliedes, durch die Gemeindegerichte 1),
in den Städten durch den nächsten Polizeiofficiantten.

§. 129.

Auch die Nebenumstände, von deren Kenntniss die Beurtheilung der Art und Weise, wie die That verübt worden, abhängt, müssen so viels als möglich erforscht und durch protocollarische Aufzeichnung, nöthigenfalls auch durch eine Abzeichnung der Localitäten, wo diese von Wichtigkeit sind, für den urtheilenden Richter anschaulich gemacht werden 2). Vorgefundene Werkzeuge, Waffen und Sachen, die zur Ermittlung des Verbrechens dienen können, sind zu inventiren, zu den Acten zusammen und wo möglich zu numeriren und unter Siegel zu asserviren 3).

§. 130.

Ist das fragliche Verbrechen von der Art, das es keine dauerden Spuren hinterlassen hat (delicta facti transeuntis), so ist der Thatbestand durch Befragung von Zeugen und ähnliche zweckdienliche Mittel möglichst herzustellen 4).

II. Erhebung des Thatbestandes in einzelnen wichtigen Fällen.

§. 131.

Ueber die Erforschung des Thatbestandes in Tötungs-, Kindermords- und Vergiftungsfällen, so wie bei Körperverletzungen gelten die Vorschriften des Reichs-Rechts 5).

1) Bauer-Verordnung von 1819. §. 117; Swod XV. 951.
2) (Livl. u. deutscher Gerichtsgebrauch; Jagemann, Untersuchungskunde S. 34.; Kittka, über Erhebung des Thatbestandes S. 15.)
§ 132.

Die von dem Polizeibeamten dem Arzte zur Beantwortung vorgelegten Fragen müssen so gestellt sein, daß der urtheilende Richter durch ihre Beantwortung alle Materialien erhält, die er notwendig braucht, um über den Thatbestand der Verletzung oder Tötung und darüber urtheilen zu können, ob der stattgebahnte Erfolg dem Thäter zuzurechnen sei und die Folge seiner Handlungen oder leicht vorherzuschliessen, oder vielmehr geheimer Nebenursachen gewesen sei 1).

§ 133.

Der Thatbestand der Tötung ist nur dann erwiesen, wenn der Tod wirklich und in Folge einer verletzenden Handlung eines Dritten, wenn auch durch den von ihm voraus gewussten oder leicht vorauszuschliessenden Einfluss begleitender Nebenumstände erfolgt ist; der Thatbestand des Kindermords, wenn ein völlig ausgetragenes, lebendig und lebensfähig gebornes Kind, kurz nach der Geburt von der eigenen Mutter gefessentlich oder aus Versehen und Nachlässigkeit getötet worden ist; der Thatbestand des Giftmords, wenn die Giftsubstanz in der Leiche wieder aufgefunden oder die Thathandlung der Beibringung des Giftes auf andere Weise ermittelt ist, und ausserdem in beiden Fällen die tödliche Wirkung des Giftes durch die an dem Gestorbenen sich gezeigt habenden Krankheitserscheinungen erwiesen wird.

§ 134.

Wenn über eine simulirte oder wirklich Geisteskrankheit eines Angeschuldigten, Zeugen oder sonst bei der Untersuchung beteiligten Individuen eine medizinische Untersuchung von der inquirirenden Behörde notwendig erachtet wird, so wendet sie sich an den Gerichtsarzt und zwar mit der Frage: ob die Willensfreiheit des fraglichen Individu durch krankhafte Erscheinungen dauernd, oder nur in gewissen Augenblicken, und namentlich bei Begehung des in Untersu-

1) Mittermaier, I. c. § 122. (S. auch Preuss. Crim.-Ordn. § 69.)
chung stehenden Verbrechens, als gestört oder aufgehoben angesehen werden könne, seit welcher Zeit und bis zu welchem Grade dies der Fall sei, und auf welchen actenmässigen Thatsachen oder ärztlichen Wahrnehmungen sich das Gutachten gründe. Dieses Gutachten wird zu den Acten gelegt, um von dem Criminalgerichte bei der Beurtheilung der Zurechnungsfähigkeit des fraglichen Individui berücksichtigt werden zu können 1). In sehr schwierigen und zweifelhaften Fällen findet eine förmliche Besichtigung dieses Individui nach den Vorschriften des Reichscodex X., Civilgesetze 340—343. statt.

§. 135.

In Diebstahlsfällen ist die Untersuchung des Thatbestandes 1) auf die Zeit und die Art und Weise der Begehung des Verbrechens, durch genaue Besichtigung und nöthigenfalls durch Abzeichnung der Localität zu richten; 2) darauf, ob der angeblich Bestohlene wirklich Besitzer der vermissten Gegenstände war, zu welchem Zwecke letztere von jenem genau zu beschreiben und sobald eine ähnliche Sache entdeckt wird, diese ihm zur Recognition vorzulegen, und wenn sie von ihm als die gestohlene anerkannt wird, über den früheren Besitz Erkundigungen einzuholen sind; 3) auf den Werth des Entwendten, welcher, sobald eine genaue Bestimmung desselben zu der Feststellung der Strafe nothwendig ist oder Ersatz gefordert wird, durch gerichtliche Taxation auszumitteln ist 2), wobei aber dem Bestohlene die Nachweisung eines höhern Werthes freisteht 3).

§. 136.

Die Auffindung angeblich gestohlener Gegenstände


bei einem Individuum schliesst den Erweis rechtmässigen Erwerbs von Seiten des Letztern nicht aus, wobei dieser die Klage an seinen Auctor verweisen kann; nur wer von ihm selbst gefundenes Gut bei der Nachfrage verheilt, wird dem Diebe gleich geachtet 1).

§. 137.

Bei Brandschäden ist nicht nur die Localität der Brandstätte, sondern insbesondere auch der Ort, wo zuerst das Feuer ausgebrochen und wenn erforderlich mit Zuziehung von Bauverständigen genau zu besichtigen, um sowohl die Ursache des stattgebahnten Brandes als den angestifteten und jedesmal zu taxirenden Schaden, so wie den, aus der Nähe der Brandstätte von benachbarten Gebäuden, zu entnehmenden, Grad der Gefahr für Leben und Eigenthum ermitteln zu können 2).

§. 138.

Bei Münzverbrechen ist über zweifelhafte Achtheit und Vollwichtigkeit der Münze, so wie über die zur Verfälschung etwa angewandten chemischen und mechanischen Mittel, wenn durch die sofort vorzunehmende Haussuchung die Werkzeuge deren man sich bedient hat nicht aufzufinden waren, durch die Gouvernements-Regierung von dem Petersburger Münzhofe ein Gutachten einzuziehen, so wie die Menge der etwa ausgegebenen falschen Münzen zu erforschen 3).

§. 139.

Bei Fälschungen ist ein etwa zweifelhafter Thatbestand derselben durch Zuziehung von Sachverständigen (meist Chemikern), oder bei Schriftvergleichung von Schriftverständigen, auszumitteln 4).

§. 140.

Handelt es sich um einen betrüglichen Bankerott,

---

1) R. R. c. 145—147.
4) Mittermaier, l. c.; Jagemann, Untersuchungskunde I.
so ist die Insolvenz zuvörderst auf dem Wege des Criminalverfahrens, aber ex officio, herzustellen 1).

§. 141.

Die Erforschung des Thatbestandes von Amtsvergehen geschieht, so wie die ganze Voruntersuchung, durch die Vorgesetzten des Angeschuldigten, zu welchem Zwecke auch der Gouernements-Chef einen oder mehrere besondere Beamten delegiren kann 2).

IV. C a p i t e l.

Von der Ermittelung der Thäterschaft.

§. 142.

Anzeigen, welche auf die Spur der Thäterschaft führen können, sind: 1) besonderes Interesse an der Verübung der That 3); 2) Drohungen 4); 3) Vorbereitungen zur Ausführung und Einziehung von Erkundigungen über die dazu dienlichen Mittel; 4) Gegenwart am Orte der That; 5) Auffindung einer Sache, die erweisen zuletzt dem Angeschuldigten gehörte, an dem Orte, an dem das Verbrechen verübt wurde 5); 6) Fussritte, welche vom Ort der That an einen andern Platz, z. B. zur Wohnung einer Person führen; 7) auffallendes Hinzuzeigen zu einer Person, an welcher die That ausgeführt wurde; 8) Besitz von Werkzeugen 6) oder Mitteln 7), durch welche das Verbrechen vollführt wurde; 9) Spuren an einer Person, welche aus der Verübung

---

1) Swod XV. 960.; Mittermaier, l. c. §. 127. (Preuss. Crim.-Ordn. §. 201.)
2) Swod XV. Verfahren in Amtsvergehen.
3) P. G. O. §. 25. (Baltersches Gesetzbuch §. 310.)
4) P. G. O. §. 32.
5) P. G. O. §. 29.
6) z. B. Diesbinsinstrumente.
7) Auch eigenthümliche Kennzeichen von Fälschung gehören höher.

§. 143.

In Tödungsfällen liegen von der Behörde zu benutzende Anzeigen darin, wenn Jemand zur Zeit des verübten Mordes mit blutigen Flecken gesehen worden oder er Gegenstände, die dem Ermordeten geschen oder besessen hatte 6). Bei Todeschlag in Raufhandeln ist zu untersuchen, wer den thätlichen Antheil an der Rauferei und die meisten Beweggründe zur Tötung hatte 7); wer Waffen geführt, wessen Waffen blutig gewesen oder zur zugefügten Wunde gepasst, und wem nach seiner körperlichen Stellung beim Streite, die Verwundung am füglichsten zugetraut werden kann.

§. 144.

In Kindermordsfällen liegt eine Anzeige in den et-

1) P. G. O. §. 43.
2) (Bayerisches Gesetzbuch §. 312.)
3) Vergleiche über die That, 1. 4. §. 5.; D. de his qui not. inf.; l. 429., D. de jure fisci.
4) (Bayerisches Gesetzbuch §. 312.)
5) P. G. O. §. 25.
6) P. G. O. §. 33.
7) P. G. O.; §. 34.
wanigen Zeichen einer Schwangerschaft und Nieder-
kunft, worüber ein ärztliches Gutachten einzufordern ist 1); in der Verheimlichung derselben 2); in dem ausserehelichen verdächtigen Umgange einer Weibsperson mit einem Manne 3).

§ 145.

Bei Vergiftung gilt als Anzeige der Ankauf von Gift oder die Bereitung desselben kurz vor dem Tode des Vergifteten 4); Beibringung von Speisen und Getränken an denselben auf ungewöhnliche Weise; Verhinderung der Herbeirufungen des Arztes zu dem Kranken oder ärztlicher Besichtigung nach dessen Tode, so wie Versuch den Arzt irre zu leiten; — bei Brandstiftung, Ausschaffung brennbarer Materialien oder Umgehen damit kurz vor dem Vorfall 5); bei Diebstahl, Besitz oder Veräußerung gestohlenen Sachen, ohne den Auctor angeben zu können, Besitz von Werkzeugen zum Aufbrechen, so wie plötzlicher Aufwand, ohne die Ursachen der Bereicherung angeben zu können 6) und dergl.

§ 146.

Alle die oben angeführten, so wie die sonst aus der Natur der Sache sich ergebenden Indicien, müssen genau constatirt 7), der Inculpat über dieselben vernommen und auch die von ihm zur Enknüpfung derselben vorgebrachten Thatumstände erforscht werden.

§ 147.

Bei einem Zweifel über die Identität des Thäters sind die verschiedenen, als solche vermuteten Individuen den Verletzten oder den erwähnten Zeugen vorzuführen, um von ihnen recognoscirt zu werden,

1) P. G. O. §. 35.
2) L. O. pag. 319.
3) P. G. O. §. 36.
4) P. G. O. §. 37, 41, 43.; Tittmanns Handb. III. S. 592, 593, 595.
5) I. I. c. c.
6) I. I. c. c. (Baiersches Strafgesetzb. §. 350.; Oestr. Strafgesetzbuch §. 263.)
7) P. G. O. §. 23.
was bei etwaniger Schüchternheit und Furchtsamkeit derselben auch aus dem Verstecke geschehen kann 1).

§. 148.

Bei der Beurtheilung der Indicien über die Thäterschaft ist besonders zu berücksichtigen, ob man sich des Verbrechens zu dem Inculpaten nach seinem Charakter und früherem Lebenswandel verscchen kann 2). Zu diesem Zwecke sind die nächsten Nachbarn oder sonstige Bekannte des Angeschuldigten, sowohl im allgemeinen über seine früheren Verhältnisse, als auch über solche zu befragen, deren Kenntniss zur Beurtheilung des vorliegenden Falles vorzüglich nützlich ist; auch haben sowohl die Ortspolizei, als der örtliche Prediger, und vorzüglich der Beichtvater des Inculpaten Sittenzeugnisse über denselben auszufertigen, die zu den Acten zu legen sind 3).

V. C a p i t e l.

Von dem Gange der Voruntersuchung und insbesondere von den Verhören in derselben.

§. 149.

Alle in der Voruntersuchung vorzunehmenden, sowohl auf die Erforschung des Thatbestandes als auf

1) Deutscher Gerichtsgebrauch; Jagemann, Untersuchungsk.
§. 131 u. folg.; Quistorp, Grundsätze, §. 704.; Bauer, 
Grunds. §. 188.; Stübel, Crim.-Verf. §. 1053, 1080.; Titt-
mann, III. S. 405.; Martin, Lehrbuch, §. 60.; Mitter-
maier, l. c. §. 69.

2) l. 3. §. 12., l. 5. pr. D. de re milit.; P. G. O. §§. 25, 
26, 28, 31, 32, 35, 41, 42, 143. (Preuss. Crim.-Ordn. §§. 
102, 126, 279, 405, 407.; Oestr. Strafgesetzbl. §§. 262, 
263, 270, 306, 412.; Baiersches Strafgesetzbl. §§. 97, 99, 
101, 119, 131, 135, 261, 269, 313, 315, 326, 461.)

3) Deutscher Gerichtsgebrauch; Jagemann, Untersuchungskunde
§. 692.; Müllers Lehrbuch, §. 437.; Mittermaier, l. c. §. 
131. (Code d'inst. criminelle §. 321.)
die Ermittlung des Thäters bezüglichen Handlungen sind wo möglich am Orte der That 1) und mit der grössten Schnelligkeit zu vollziehen, um sowohl Collusionen als Veränderungen der Spuren des Verbrechens vorzubehalten, und zwar zuerst die für den Gang der Untersuchung präjudiziel len, dann die wichtigsten, und unter diesen die am wenigsten Aufschub leidenden 2).

§. 150.

Hiebei ist sowohl auf die genaue Ermittlung der Umstände, welche für die Begehung eines Verbrechens, und zwar durch ein gewisses Individuum, sprechen, als derjenigen, aus welchen das Gegenheil vermuthet werden könnte, zu sehen 3).

§. 151.

Da der Zweck der Voruntersuchung sich aber darauf beschränkt zu ermitteln, ob ein oder mehrere Inculpaten in Anklagestand versetzt und dem Criminalgerichte zur Eröffnung der Specialuntersuchung übergeben werden können, so hat sie sich nur auf Ermittlung der zu diesem Belange nothwendig festzustellenden Thatumstände, und namentlich etwaniger processhindernder Einreden, deren Nichtbeachtung eine Nullität zur Folge haben könnte, insonderheit der Verjährung, zu richten 4).

§. 152.

Die Inculpaten sind daher auch noch nicht wie schwer gravirte, sondern wie nur entfernt betheiligte Individuen, mit aller Vorsicht zu vernehmen 5), und es darf ihnen der Grund ihrer Vorladung verheimlicht werden, wenn aus einer vorzeitigen Eröffnung desselben eine Erschwerung der Untersuchung zu befürchten ist 6). War dagegen zu hoffen, dass durch rasches Vorhal-

1) Jagemann, I. c. §. 125.
2) Mittermaier, I. c. §. 120. und die übrigen Lehrbücher.
3) P. G. O. §. 47.; alle Lehrbücher über den Strafproces.
4) Mittermaier, I. c. §. 132. (Baiisches Gesetz vom 10. December 1814.)
5) Mittermaier, §. 132.; Kittka, S. 93. (Baiisches Strafgesetzbuch §. 86.)

Richters livl. Strafproces, II.
ten desselben, so wie der übrigen Verdachtsgründe, ein Geständniss schon in der Voruntersuchung zu erhalten ist, so ist solches nicht zu versäumen, so wie auch bei erfolgtem Geständnisse, sofort die günstige Stimmung des Inculpaten zu Erhaltung eines ausführlichen Bekennnisses über alle Nebenumstände zu benutzen ist 1). Ueberhaupt hat der Inquirent Zeitpunkt, Dauer und Inhalt der Verhöre, nach der Lage der Sache und mit Berücksichtigung des persönlichen Charakters der Vernommenen zu bestimmen 2).

§. 153.

Dem Inculpaten, so wie andern bei einer Untersuchung Betheiligten, die um ein Verhör bitten, ist solches nie abzuschlagen, sondern vielmehr, wo möglich sofort zur Benutzung einer etwa günstigen Stimmung zu veranstellen 3); den Verhafteten sind während des Verhörs die angelegten Fesseln abzunehmen 4) und, im Falle besonderer Körperschwäche, ist allen Vernommenen auch zu erlauben, während der Verhöre vor Gericht sich zu setzen 5).

§. 154.

Die in der Voruntersuchung Vernommenen sind nach vorhergegangener Ermahnung zur Aussage der Wahrheit zu befragen, und erst diejenigen unter ihnen, die im Laufe der Untersuchung als nicht bei der Sache betheiligt und als exceptionsfreie Zeugen anerkannt werden, sind zu beedigen und haben ihre Aussagen nach geleistetem Eide zu wiederholen 6).

1) Mittermaier, I. c.; Tittmann, III. S. 351.; Jagemann, S. 301., 162.
5) Mittermaier, I. c.; Tittmann, III. S. 352.; Jagemann, S. 385. (Baiersches Strafgesetzbl. §. 151.)
6) Tittmann, Handbuch, III, S. 411.; Jagemann, Untersu-
§ 155.

Bei sich ereignenden Widersprüchen mehrerer Be-
theiligten findet eine unverweltete Gegenstellung dersel-
ben, noch vor der Beidigung der etwanigen Zeugen
und wo möglich am Orte der That statt, wobei die
zum Nachtheil des Angeschuldigten Aussagenden ihm
plätzlich vorgeführt und aufgefordert werden, ihr Zeug-
niss in seiner Gegenwart zu wiederholen 1).

§ 156.

Ergiebt sich aus der Vormuntersuchung, daß kein
Verbrechen vorliegt, so ist die Acte zu schliessen und
nebstd Gutachten dem Civilgouverneuren zu unterlegen,
welcher bei etwaniger Mangelhaftigkeit der Untersu-
chung, die nötigen Maassregeln zur Vervollständigung
derselben, und wo möglich auch zur Eröffnung der
Special-Inquisition trifft 2).

§ 157.

Hat zwar ein Verbrechen stattgefunden, es ergeben
sich aber gegen keine Individuen genussame Verdachts-
gründe, um dieselben der Special-Inquisition zu über-
gehen, so ist die Vormuntersuchung nach vorheriger Ver-
nehmung des Inculpaten über diesen Gegenstand, eben-
falls zu schliessen, indem die bloss Möglichkeit, noch
neue Anschuldigungsgründen zu entdecken, keine Ver-
schiebung des Processes, oder gar Gefangenhaltung des
Inculpaten auf unbestimmte Zeit hinaus, rechtsfertigt 3)
und die Acte an das Criminalgericht erster Instanz ab-
zusenden, bis zu dessen Entscheidung der etwa verhal-
tete Inculpat im Arreste verbleibt 4).

1) Clarus, quast. 46. Nro. 14.; Grollmann, Grundsätze, §.
496.; Henke, IV. S. 699.; Tittmann, l. c. S. 418.; Stübel,
Crim.-Verf. §. 2044—2048.; Müller, Lehrbuch, S. 361.;
Martin, Lehrb. §. 110.; Mittermaier, l. c. §. 83. (Oest.
Gesetzb. §. 337.; Preuss. Crim.-Ordn. §. 345.; Baiersches
Strafgesetzb. §. 219.; Jugemann, Untersuchungskunde §.
226.)

2) Swod XV. 1228.

3) Mittermaier, l. c. §. 136.

Wenn die voruntersuchende Polizeibehörde die Einleitung einer Special-Inquisition für zulässig anerkennt, so ist der Inzelpat 1), und zwar wenn er verhaftet gewesen, als Arrestant und nebst den Acten mit dem Gutachten der Behörde über die zu verhängende Special-Inquisition, dem Criminalgerichte erster Instanz vorzustellen.

Mai 1814, darf ebenfalls keine Untersuchung ohne Anfrage beim Criminalgerichte geschlossen werden.

III. Abschnitt.

Von der durch das Criminalgericht erster Instanz zu vollziehenden Hauptuntersuchung und Beweisführung.

I. C a p i t e l.

Von dem Gange der Hauptuntersuchung und insbesondere von den Verhören in derselben.

I. Von der Eröffnung der Specialuntersuchung.

§ 159.

Nach Erhaltung der Voruntersuchungsaceten hat das Criminalgericht zuerst über die Zulässigkeit der Special-Inquisition zu erennen und zu diesem Zwecke die Acete dem Kreisscale zur Formirung eines desfallsigen Antrages mitzuteilen.)

1) Da die Fiscal-Instruction § 6. (in L. O. pag. 87.) und die Executions-Ordnung (in L. O. pag. 247.) dem Fiscaler die Ausklagung „aller und jeder Gesetzesübertretung“ aufträgt, womit auch der Swod II. im Capitel von den Kronanwälden, in Beziehung auf Strafprocesse, die nicht auf Privatklage begründet sind, übereinstimmt, das ganze weitere Verfahren aber in der Verfügung über Eröffnung der Special-Inquisition seine Grundlage hat, so scheint es dem Geiste dieser Verordnungen angemessen, den Fiscalen als öffentlichen Ankläger, wie als controllirenden Beamten auch zu diesem wichtigen Acte hinzuzuziehen, obgleich es heut zu Tage nur insofern geschicht, als der Fiscal alle Journalverfügungen des Gerichts, folglich auch die überr zum Behuf der Special-Inquisition vorzunehmenden Verhöre zu Gesicht bekommt. Eine solche Ver-
§. 160.

Hat die Polizeibehörde nicht auf Special-Inquisition sentirt, das Criminalgericht hält sie aber für nothwendig (der Fiscal mag nun damit übereinstimmen oder nicht), so sind die Inculpate sofort vorzufordern und über ihre etwainigen Einwendungen gegen Eröffnung der Special-Inquisition, in Gegenwart des Fiscals und ihres etwainigen Defensors, dem die Acte ebenfalls zuvor mitzuteilen ist, zu vernehmen, worauf nach Entgegennahme des Antrages des Fiscals und des Gegenantrages des Defensors, über Eröffnung der Special-Inquisition zu statuiren ist.

§. 161.

Hat die Polizeibehörde hingegen auf Special-Inquisition sentirt, so ist, nach Mittheilung ihrer Acte an den Kreisfiscal und dem etwainigen Defensor, der mitgesandte Inculpat in ihrer Gegenwart, ebenfalls über seine Einwendungen gegen die Eröffnung der Special-Inquisition zu vernehmen und, nach erfolgtem Antrage des

füng ist aber nothwendig, denn es kann dem Criminalgerichte nicht zugemuthet werden, auf blossem Antrag der voruntersuchenden Polizeibehörde, ohne Prüfung der über- sandten Acten, zur Special-Inquisition zu schreiten, und sie liegt ohnehin in dem Beschlusse, die zur Hauptuntersuchung nötigen Höhere vorzunehmen.

Fiscals und Gegenantrage des Defensors, hierüber zu statuiren.

§. 162.

Findet das Gericht eine gegen bestimmte Individuen zu richtende Specialuntersuchung zwar nicht zu-lässig, jedoch auch die Delirung der ganzen Untersuchung nicht thunlich, weil die Unvollständigkeit der General-Inquisition noch die Wahrscheinlichkeit weiterer Ergebnisse bei Vervollständigung derselben ausweist, so sendet es der Polizeibehörde ihre Acte zur Vervollständigung zurück¹).

§. 163.

Gegen das auf Delirung der Untersuchung oder Eröffnung der Special-Inquisition lautende Decret findet kein Recurs statt²); betrifft aber die Sache einen Leuterationsfall, so ist die Acte mit dem Decrete des Gerichts erster Instanz, jedesmal der Oberinstanz zu unterlegen ³).

§. 164.

Ist die Specialuntersuchung gegen ein Individuum definitiv verhängt, so sind zu Befriedigung der gegen ihn sich wahrscheinlicher Weise ergebenden Schadensersatzansprüche bis zum mutmasslichen Belauf derselben, die geeigneten Sicherungsmaassregeln in seinem Vermögen von Gerichtswegen anzuordnen ⁴).

II. Von der Vornahme der Hauptuntersuchung.

§. 165.

Die in der Hauptuntersuchung vorzunehmenden Ver-

¹) Folgt aus der Natur der Sache. (S. auch Baiersches Strafgesetzbuch II. §. 98.)
²) weil ein solcher nur gegen Definitiv-Urtheile der Criminalgerichte erster Instanz, in nicht zur Leuteration gehenden Fällen, gestattet ist. Swod XV. 1320, 1321.
³) Weil kein Leuterationsfall dem Erkenntnisse der leuteri- renden Behörde entzogen werden darf.
⁴) Der Zeitpunkt der Vornahme solcher Maassregeln ist durchaus auf das genannte zu bestimmen und darf nicht eher eintreten, als wenn jemand für wahrscbeinlich schuldig erkannt ist und also auch für die Folgen seiner Handlungen wahrscheinlicher Weise haften muss.
höre sind, so viel es der Antrag der Geschäfte erlaubt, vor vollständig besetztem Gerichte 1), sonst aber nur von einem Gerichtsgliede nebst einem geschwornen Protocollführer und in Gegenwart des Fiscalen zu halten 2). Auch gelten hier die Bestimmungen der §§. über Abnahme der Fesseln, Sitzen vor Gericht, Confrontationen und Recognitionen.

§. 166.

Das Verhör wird von dem vorsitzenden Gerichtsgliede, dem allein die directe Fragstellung zusteht 3), nach einem vorher wohl überlegten und aus der Voruntersuchungsakte geschöpften Inquisitionsplane geleitet, der auch in einzelne Artikel, und zwar sowohl in allgemeine, die Person nicht des Befragten betreffende, als in specielle, sich auf den vorliegenden Fall beziehende abgetheilt sein kann 4), ohne dafs das inquirirende Gerichtsglied dadurch verhindert werde, dieselben bei dem Verhör, nach Maassgabe der erhaltenen Antworten, abzuändern 5).

§. 167.

Jeder Artikel darf nur eine einfache Frage enthalten 6) und weder irrelevant 7), noch suggestiv 8), noch

1) P. G. O. §§. 13, 56, 91, 181, 206, 210.; s. Theil I. §. 60. (Nach der Württemb. Strafprocessordn. §. 110., bei allen Beweishandlungen.)
2) Swed XV. 1040.
3) Liegt in der Natur der Sache.
5) Mittermaier, l. c.; Stübel, l. c. §. 2029.; Bauer, Lehrb. §. 737.
6) Livl. und deutscher Gerichtsgebrauch; Samson, Inst. §. 1599—1603.; Quistorp, Grundsätze, §. 668.; Mittermaier, l. c. §. 114.
7) l. l. c. c.; P. G. O. §. 100.; Mittermaier, §. 141.
verfänglich sein 1), ohne dass indessen der Richter dadurch verhindert würde, den Inculpaten, besonders gegen den Schluss der Verhandlungen, alle gegen sie sprechenden Umstände, Aussagen oder eigene Widersprüche vorzukommen, um sie zu einem Geständnis zu bewegen 2). Doch ist bei dem Vorhalten der Verdachtsgründe mit der grössten Vorsicht zu verfahren, damit der Verdächtige den ganzen Umfang der gegen ihn vorliegenden Beweismittel nicht zu früh ermesse 3).

§ 168.

Jeder bei einer Untersuchung Beteiligte, er sei Inculpat, Zeuge u. s. w., ist Anfangs einzeln zu vernehmen 4), im Falle sich ergebender Widersprüche, oder wo der Gang der Untersuchung es sonst erforderlich macht, sind Confrontationen und Recognitionen nach den oben angegebenen Regeln zu bewerkstelligen, und zwar müssen solche immer mit den Inquisiten unerwartet vorgenommen werden, um Leugnende durch Ueberraschung und Erschütterung zum Geständnisse zu bringen 5). Auch ist zur möglichsten Aufklärung aller Widersprüche, so wie zur Entdeckung noch verborgener Nebenumstände, der Unterredung der Confrontirten mit einander freier Lauf zu lassen und nur ord-

1) Bauer, l. c. §. 128.; Müller, l. c. S. 208.; Jagemann, l. c. S. 631.


3) (Würtemb. Strafprocessordnung § 133.; das hier vorgeschriebene stufenweise Vorhalten der Verdachtsgründe ist nicht immer zweckmässig, weil der Inquisit im Gegentheil bisweilen durch ein plötzliches Vorhalten aller Indicien überrascht und zum Geständnisse bewogen werden kann.)

4) Livl. und deutscher Gerichtsgebrauch; Mittermaier, §§. 105, 142.; Stübel, l. c. § 2080. (Baiersches Gesetzbuch § 207.; Preuss. Crim.-Ordn. § 218.; Oestr. Gesetzbuch § 359.)

5) Stübel, l. c. § 2072.; Mittermaier, l. c. § 81.; Jagemann, § 145.
nungswidriges Benehmen derselben, als Drohungen, Schmähungen u. s. w. nicht zu dulden 1).

§. 169.


§. 170.

Alle vor Gericht vernommenen Individuen haben die an sie gestellten Fragen mündlich zum Protocollen zu beantworten 4), und nur wenn weitläufige und verwickelte Auseinandersetzungen oder Berechnungen erforderlich sind, wird eine schriftliche Beantwortung gestattet 5), die zwar von dem zu Vernehmenden außer dem Verhörlocale aufgesetzt werden kann, aber vor Gericht von ihm abzulesen ist 6).

1) Mittermaier, §. 81.; Jagemann, S. 418, 419.
2) Alle Lehrbücher.
3) L. 1. Gerichtsgebrauch; Samson, 1. c. §. 1523—1529.; Swod XV. 1016.
4) Alle Lehrbücher und Gesetzgebung.
5) Mittermaier, 1. c. (Württembergsche Strafprozessordnung §. 125.)
6) Um durch die Feierlichkeit des Verhör, auf sein Gemuth zu wirken, und im Fall sich lügenhafte Aussagen durch auffallendes Benehmen verrathen, solches in einem Geberdenprotocollen bemerken zu können.
§ 171.

Die Gerichtspersonen haben im ganzen Laufe der Verhandlungen die vorgedrängten Individuen, und vorzüglich den Inquisiten, mit Ruhe und Gelassenheit zu behandeln und durch Menschenfreundlichkeit ihr Vertrauen so viel als möglich zu gewinnen, so wie jedes leidenschaftlichen Benehmens und Fragens sich zu enthalten.

§ 172.

Der überwiesene Inquisit ist aufzufordern seine etwanigen Mitleidigen, so wie etwa andere von ihm verübte Verbrechen anzugeben, worauf in Beziehung auf Beides, die nötige Untersuchung sofort einzuleiten ist.

§ 173.


§ 174.

Tauben Individuen werden die Fragen schriftlich vorgelegt, Stumme hingegen haben die mündlichen Fragen schriftlich zu beantworten. Bei Taubstummen sind Fragen und Antworten schriftlich. Können Taube

1) Alle Lehrbücher.
2) Mittermaier, §. 118.
3) Livl. und deutscher Gerichtsgebrauch; Mittermaier, §. 145.; Stübel, §. 2152.; Tittmann, I. c. III. §. 781.
5) Mittermaier, I. c.
60

nicht lesen, Stumme nicht lesen oder nicht schreiben, so ist ein Gerichtsarzt beizuziehen, um zu untersuchen, ob nicht Verstellung stattfindet; und wenn dies nicht der Fall ist, sind Bekannte des zu Vornimmenden und gewöhnlich mit ihm verkehrende Personen zum Dottmetschen seiner Zeichen hinzzuziehen 1) und die gemachten Zeichen sowohl 2), als die Erklärung derselben zu Protocoll zu nehmen.

§. 175.

Ist bei einem zu Vornimmenden eine Geisteskrankheit zu vermuten und ist solche nicht schon in der Voruntersuchung constatirt worden, so hat es in der Hauptuntersuchung, 3) auf der oben angegebenen Weise, zu geschehen, und ist bei wirklich bestehender Seelenstörung zu erwägen, ob und wie weit das Verhör mit Anwendung der gehörigen Vorsichtsmassregeln (z. B. nur in lichten Augenblicken und bei von fiksen Ideen Befallenen mit Vermeidung alles auf dieselben Bezüglichen) nützlich fortgesetzt werden könne 3).

§. 176.

Sowohl in der Vor- als in der Hauptuntersuchung müssen alle auffallenden Geberden und Mienen der Vernommenen während des Verhörs, im Protocoll bemerkt werden 4).

§. 177.

Die Untersuchung darf nicht eher geschlossen werden, als bis entweder die zur Fällung eines, alle Inculpaten umfassenden, verdammenden oder freisprechenden Urtheils erforderlichen Materialien vollständig gesammelt sind, oder keine Wahrscheinlichkeit zur Erhaltung derselben vorhanden ist, wo der Inculpat von der Instanz zu entlassen ist, indem die blossen Möglichkeit der Auffindung neuer Beweismittel nicht hin-

2) (Baiersches Strafgesetz-buch §. 197.) Mittermaier, i. c.
3) Mittermaier, §. 147.
reicht, den Anklagestand auf unbestimmte Zeit zu verlängern 1).

§. 178.
In Bezug auf die Zuziehung von Abgeordneten aus den Standesgenossen des Inquisiten, treten die Bestimmungen des Reichs-Codex ein 2).

III. Von der Theilnahme der Fiscale an der Hauptuntersuchung.

§. 179.
Als öffentliche Ankläger sind die Fiscale nicht bloss verpflichtet, Denunciationen und Anzeigen über Verbrechen von Privatpersonen entgegen zu nehmen, sondern auch solche den Polizeibehörden mit dem Antrage auf eine anzustellende Generaluntersuchung mitzuteilen 3).

§. 180.
Der Fiscal kann sich der gesetzmaßigen Theilnahme an einer Criminalverhandlung nur aus denjenigen Gründen entziehen, welche ihn auch als Richter inkompetent machen würden, und in diesem Falle ist für denselben von der Gouvernements-Regierung, auch ohne daß der Fiscal selbst seine Inkompetenz erkläre, ein anderer Beamter zu delegiren.

§. 181.
Wenn die polizeiliche Voruntersuchungssache an das Criminalgericht erster Instanz gelangt ist, so haben die Fiscale nicht blos über die Eröffnung der Special-Inquisition, nach §. 159., ihren Antrag zu stellen, sondern auch nach Eröffnung derselben, "auf geschehenen Beweis und Gründe, welche sie selbst durch Hülfe und

---

1) Tittmann, Handbuch, III. S. 455.; Mittermaier, l. c. §. 149.; Jugemann, l. c. S. 731. (Preuss. Cr.-Ordn. §. 415.; Bätersches Strafgesetzbuch §. 141.; Württemb. Strafproce-

cordn. §. 285.)

2) Swod XV. 1024—1031.; s. Theil 1. §. 65.

Zuthun der Behörde zusammenbringen können, die Sache zum Urtheil zu betreiben.

§ 182.

Zu diesem Zweck haben sie, wo nöthig, auf Verhaftung des Inquisiten und auf Vervollständigung der Verhöre und sonstiger Beweismittel, so wie auf die den Inquisiten und übrigen vernommenen Personen noch etwa vorzulegenden Fragen anzutragen; bei den Verhören so viel als möglich gegenwärtig zu sein; die Verhörsprotokolle mit zu unterschreiben und endlich, nach dem Schlusse der Verhandlungen, dem Gericht ihre Conclusionen nebst Antrag auf das aus denselben sich ergebende gesetzliche Verfahren vorzustellen.

§ 183.

Jede im Laufe des Verfahrens vorfallende Unordnung oder Widergesetzlichkeit hat der Fiscal zu rügen und auf Abstellung derselben anzutragen; im Falle seine Bemühungen erfolglos bleiben, dem Gouvernements-Procururens zu berichten, der sodann die Competenz der Oberbehörde zur Abstellung des bei dem Untergerichte gerigten Missbrauches zu requiriren hat.

§ 184.

Im Falle vor Gericht geladene Personen sich unhöflich benehmen und unter einander, oder gar den Richter beleidigen, so hat der Fiscal auf gesetzmässige Bestrafung derselben anzutragen.

§ 185.

Der Fiscal hat das Recht einen verdächtigen Richter zu recusiren und braucht, so lange er die Grenzen seines Amtes nicht überschreitet, keine Rekonzession, oder sonstige Verantwortung oder Behandlung zu fürchten. Auch ist er von jeder Cautionsstellung.

1) L. O. pag. 217.
2) Swod XV. 1037, 1038, 1040, 1057.
3) Fiscal-Instruction § 3.
4) Fiscal-Instruction § 3 u. 9.
5) L. O. pag. 46.
6) L. I. pag. 314. note a.
befreit 1); jede Säumnigkeit aber in Betreibung des Processes wird als Amtsvergehen angesehen und bestrafft 2).

§. 186.

Von allen Strafgeldern, sowohl den ad pios usus, als auch sonst zu erlegenden, gebührt dem Fiscal ein Drittheil.

§. 187.


IV. Von der Vertheidigung der Ange- schuldigten.

§. 188.

Blosse Polizeiübertretungen ausgenommen 6), ist es den Inquisitoren weder in der Vor- noch in der Hauptuntersuchung gestattet, sich, ohne selbst vor Gericht zu erscheinen, durch einen Dritten vertreten zu lassen, sondern sie haben sich persönlich zu stellen und jede, an sie gerichtete Frage auch selbst zu beantworten 7).

2) ex analog. L. O. pag. 248.
3) P. G. O. §§. 12, 14, 17.
4) P. G. O. §. 12.
5) Swol. XV. 873.; R. R. c. 116 u. 44.
6) (Code d'instr, crim. §. 152, 185.)
wobei Unmündige von ihren Eltern, Verwandten oder Vormündern begleitet und verteidigt werden dürfen 1).

§ 189.

Der Inquisit, und ist er unmündig, seine Eltern, Verwandten oder Vormünder haben das Recht, sich aus den in Livland anwesenden Rechtsgelahrten 2) einen Vertreter zu wählen 3), und ist ihnen die Befugnis hierzu bei ihrer Vorordnung vor das Criminalgericht erster Instanz sofort jedesmal zu eröffnen 4).

§ 190.

Ueberlassen sie die Wahl dem Gerichte, oder lehnt der Gewählte sie ab, so hat solches aus den bei demselben practizirenden Advocaten nach der Reihenfolge einen zu bestimmen 5). Dasselbe findet statt wenn sie auf ihr Recht verzichten, aber ein schweres Verbrechen vorliegt 6), oder die Sache verwiekt, d. h. nicht sofort durch Geständniss oder Augenschein erledigt ist.

§ 191.

Die vom Gerichte getroffene Wahl darf von dem Advocaten nicht abgelehnt werden, selbst wenn der In-

---

2) Stübel, Crim.-Verf. § 2306.; Tittmann, III. § 809.; Mittermaier, § 152; Müller, Lehrbuch, S. 401.; Henke, IV. S. 718. (Würtemberg. Strafprocesordn. § 253.)
4) Mittermaier, I. c. § 151.; Tittmann, Handbuch, III. § 806.; Stübel, Crim.-Verf. § 2263.
5) Livl. und deutscher Gerichtsgebrauch; alle Lehrbücher.
quisit zu arm wäre, um seine Dienste nach der gerichtlichen Taxe zu remunerieren 1). Dem Inquisiten steht aber das Recht zu, gegen die Wahl des Gerichts seine Einwendungen vorzubringen 2), welche jeder Zeit zu den Acten zu nehmen sind, auch wenn das Gericht sie nicht der Berücksichtigung werth findet.

§ 192.

Der Defensor geniesst in Beziehung auf Fragestellung, Recusirung des Richters und Beantragung zu Ver vollständigung der Untersuchung, die oben geschilderten Rechte des öffentlichen Anklägers 3).

§ 193.


§ 194.

Die Defenseionsschrift 6) sowohl, als die fiscalischen Conclusionen werden zu den Acten genommen und gehen mit denselben an die Leuterationsinstanz.

1) s. Samson, §. 86 u. 87.; deutscher Gerichtsgebrauch und alle Lehrbücher, so wie auch Meklenburg. Gesetz über Rechtsmittel von 1839, §. 18. (Würtemb. Strafproces ordnung §. 253.)

2) Mittermaier, §. 152. (Auch anerkannt in Sachsen und durch obliges Meklenburgisches Gesetz.)

3) Weil die Gerechtigkeit fordert, das die Vertheidigung dem Angriffe gleich sei.

4) Livl. und deutscher Gerichtsgebrauch; Samson, Instit. §. 1491 u. folg. und alle Lehrbücher. (Würtemb. Strafproces ordnung. §. 257.)

6) Samson, l. c. §. 1503.
§ 195.

Obgleich der Defensor dem Inquisiten ein treuer Rathgeber und eifriger Vertheidiger sein soll, so darf er doch nicht zur Erfüllung dieser seiner Pflichten sich unerlaubter Mittel bedienen, und sich sophistische Rechtsverdrehungen und sächsentstellende oder aetenwidrige Behauptungen, so wie beleidigende Ausfälle erlassen, oder den Inquisiten zur Zurücknahme eines Geständnisses zu überreden suchen 1). Im Übertretungsfalle, so wie bei ungebührlicher Verzögerung oder Vernachlässigung der Vertheidigung, trägt das Gericht bei der Leuterationsinstanz auf Beendigung durch angemessene Geld- oder Arreststrafe, oder für Advocaten auf Verbot der Praxis, so wie auf Ersatz alles einem Dritten, durch solches widersetzliche Verfahren zugefügten Schadens an 2).

§ 196.

Daher darf der Defensor, wenn er von der Schuld des Inquisiten überzeugt ist, zwar die Vertheidigung nicht aufgeben 3), muss sich aber dann auf das Vorbringen etwaniger Milderungsgründe beschränken, ohne die Schuld zu leugnen oder wahrheitswidrig zu verringern.

§ 197.

Ist der Defensor nicht ein beim Gerichte reciprierter Advocat, so ist er auf die Erfüllung seiner Defensionspflichten vor Gericht zu vereidigen 4).


2) (Strafandrohungen finden sich auch im Preuss. Criminal-Recht § 466, und Würtemb. I. c. u. 272.)


II. Kapitel.
Von der Beweisführung.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§ 198.

Die Beweisführung hat den Zweck, alle für die Schuld oder Unschuld der Inquisiten sprechen den Umstände mit möglichster Genauigkeit festzustellen und so den Richter in den Stand zu setzen, durch einen logischen Schluss aus dem geführten Anschuldigung- oder Entschuldigungsbeweise den Grad der Schuld oder Unschuld mit vollkommener Gewissheit auszusprechen.

§ 199.

Die vollkommene juristische Gewissheit, welche zur Fällung eines Urtheils hinreichet, muss sich auf Gründe stützen, welche die Annahme des Gegentheils, d. h. die Wirklichkeit oder die Wahrscheinlichkeit, nicht aber die Möglichkeit desselben ausschliessen 1). Sind solche entweder gar nicht, oder doch nicht in der gehörigen Stärke vorhanden, indem die Anschuldigungsgründe die Wirklichkeit oder Wahrscheinlichkeit des Gegentheils nicht ausschliessen, und weder die Unschuld noch die Schuld des Inquisiten klar erwiesen werden kann, so ist der Beweis unvollkommen und der Inquisit von der Instanz zu entlassen, wobei dem Richter gestattet wird, von ihm eine genügende Bürgschaft seines Wohlverhaltens 2) zu verlan-

---

1) S. Theil I. § 68.
gen oder ihn unter polizeiliche Aufsicht zu stellen und diese Maassregeln, je nach der Wichtigkeit der Anklage und der Stärke der Anschuldigungsgründe, eine bestimmte Zeit durch dauern zu lassen 1).

§ 200.


§ 201.

Der Anschuldigungsbeweis hat den Thatbestand, die Thäterschaft (als Urheberschaft oder blasse Beihilfe, Bегünstigung und dergl.) und endlich das Verhältniss des Thäters zur That (dolus oder culpa), so wie die etwanigen Milderungs- oder Schärfungsgründe in vollständige Gewissheit, mit Entfernung auch der Wahr- scheinlichkeit des Gegenteils 3), zu bringen. Gelingt dieses nicht, so ist der Beweis unvollkommen geblieben und es darf auf keine Strafe erkannt werden 4).

§ 202.

Der Dolus ist zwar auch zu beweisen, da aber anzunehmen ist, dass jeder Mensch in der Regel mit Ab- sicht handelt, so liegt es, sobald im einzelnen Falle

---

3) S. Theil l. §. 68. (Württemberg. Strafprocesordnung §. 290 u. 355.)
der Dolus nicht an sich unwahrscheinlich ist, dem Entschuldigungsbeweise ob, die Gründe für nicht Vorhandensein des Dolus, so wie sonstige Strafmilderungs- oder Aufhebungsgründe, z. B. Nothwehr, festzustellen.

§. 203.

Die Führung des Anschuldigungsbeweises liegt hauptsächlich dem öffentlichen Ankläger 1), die des Entschuldigungsbeweises dem Defensor ob 2). Das Gericht hat aber durch die von ihm zu führende Special-Inquisition alle zu derselben nothwendigen Beweismittel herbeizuschaffen, wobei es an die einseitigen Anträge des Fiscals oder Defensors eben so wenig, als an die Conclusionen des Ersteren und Petita des Letzteren gebunden ist, sondern von Amts wegen für eine vollständige Beweis- und Gegenbeweisführung zu sorgen, nur nach seiner Überzeugung und auch ultra petita partium zu verfahren und das Urtheil zu sprechen hat 3).

§. 204.

Die Vorstellung und Ermittlung von Beweisen ist an keine Termine gebunden 4) und kann, wenn sich neue Beweismittel darbieten, sogar nach der Fällung des Urtheils stattfinden, dessen Vollstreckung dann sofort zu sistiren und die Oberinstanz, wenn ihr die Acten zur Leuteration schon übersandt worden, hiervon zu benachrichtigen ist.

§. 205.

Da schon in der Voruntersuchung die Materialien zu der späteren Beweisführung zu sammeln sind, so gelten die folgenden Regeln über die Beweisaufnahme auch für die Voruntersuchung.

---

1) L. O. pag. 247., obgleich es heutzutage nicht mehr beobachtet wird.
2) Liegt in der Natur der Sache.
3) Folgt aus dem Hauptgrundsätze des Criminalprocesses, dem Streben nach materieller Wahrheit. (S. Theil I. §. 68.) und ist von der livl. und deutschen Praxis anerkannt. (Samson, l. c. §. 1635.; Mittermaier, l. c. §. 87. und die übrigen Lehrbücher.)
4) Livl. und deutscher Gerichtsgebrauch und folgt aus dem Wesen des Strafprocesses; alle Lehrbücher.
II. Von dem Beweise durch richterlichen Augenschein.

A. Von der Augenscheineinnahme.

§ 206.

Der Augenschein ist diejenige gerichtliche Handlung, durch welche ein Gerichts- oder Polizeibeamter sich durch seine eigenen Sinne von der Existenz gewisser, beim Strafprozesse einflussreicher Thatsachen überzeugt und die Ergebnisse seiner Beobachtungen amtlich aufzeichnen lässt 1).

§ 207.

Die Augenscheineinnahme hat schon in der Voruntersuchung, und zwar so schleunig als möglich 2), durch die Polizeibehörde zu erfolgen und ist bei Unterlassung oder Mangelhaftigkeit derselben durch das Criminalgericht, und zwar entweder vermittelst der Polizeibehörde oder, bei sehr verwickelten Fällen, durch Abdelegierung eines Gerichtsgliedes zu veranstalten oder zu ergänzen 3).

§ 208.

Die Augenscheineinnahme ist auf alle, für die juristische Beurtheilung des Falles erheblichen Thatsachen oder Nebenumstände zu richten 4) und so oft als

---

4) Mittermaier, §. 91.
nöthig zu wiederholen 1) und hiebei alle Ergebnisse
derselben, und namentlich Lage, Umgebung und Beschaf-
fenheit des besichtigten Gegenstandes auf das genaueste
im Protocolle zu verzeichnen.

§. 209.

Haben an dem besichtigten Gegenstande wahrschein-
licher Weise Veränderungen stattgefunden, so sind
solche so viel als möglich zu constatiren und ist durch
Zeugenvernehmung zu ermitteln, von wem, zu wel-
cher Zeit und auf welche Weise sie geschehen sind.
Auch können sowohl der Inculpat als der Verletzte zur
Angabe der nothigen Erläuterungen, zur Recognition
eines Gegenstandes, oder zur Erwirkung eines Geständ-
nisses beigezogen werden 2).

§. 210.

Der Augenschein darf von Niemanden verweigert
werden 3); aber an einer Person, welche durch Vor-
nahme desselben eines Verbrechens beschuldigt wird,
darf er nur bei dringendem Verdachte gegen dieselbe,
und bei Wahrscheinlichkeit des Thatbestandes vorge-
nommen werden 4); an einem nicht inculpirten Indivi-
duo nur wenn Wahrscheinlichkeitsgründe für die Be-
gehung des Verbrechens vorhanden sind 5).

B. Von der Beweiskraft des Augenscheins.

§. 211.

Bei der Prüfung des Augenscheinprotocolles hat das
Gericht zu untersuchen, ob gegen die Fähigkeit des
aufnehmenden Beamten die Wahrheit im vorliegenden
Falle zu beobachten und gegen seine Bereitwilligkeit sie
anzusagen, keine Zweifel zu erheben seien, ob der Au-
genschein zur gehörigen Zeit, vor noch eingetretenen
Veränderungen und in einem Augenblicke, wo sich treu

1) l. c.; Tittmann, III. S. 291. (Preuss. Crim.-Ordn. §. 134.;
Oestr. Gesetzbuch §. 238.; Baiersches Gesetzbl. §. 232.)
2) Mittermaier, l. c.; Tittmann, III. l. c. S. 292.; Kittka, l.
c. S. 225.
3) Tittmann, l. c.
4) (Preuss. Crim.-Ordn. §. 145.; Baiersche Cr.-Ordn. §. 80.)
5) Mittermaier, l. c.
beobachten liess, vollständig und so vorgenommen worden, dass jeder Zweifel über die Identität der beobachteten Gegenstände und über die Einwirkung fremder Vorstellungen auf den Beobachter beseitigt sei, ferner ob der aufnehmende Beamte dazu ermächtigt war und das Protocoll, sogleich nach der Beobachtung und in gehöriger Form, aufgenommen worden ¹).

§. 212.

Jede, durch einen gehörig vorgenommenen richterlichen Augenschein, amtlich bezeugte Thatsache ist als erwiesen anzunehmen²). Dahin gehören auch in Gegenwart des Gerichtes selbst begangene Vergehen, wie z. B. ungebührliches Benehmen oder Beleidigung eines Gerichtsgliedes oder eines Dritten vor Gericht, sobald solche durch ein, auf Gehiss des Gerichts (nicht aber des einzelnen beleidigten Gliedes) aufgenommenes Protocoll constatirt worden ist.

III. Von dem Beweise durch Sach- und Kunstverständige.

A. Von der Einholung des Gutachtens.

§. 213.

Sobald bei der Urteilsfällung eine Thatsache oder ein Umstand zu berücksichtigen ist, dessen Wahrnehmung oder Beurtheilung in Hinsicht seiner factischen Ursachen oder Folgen oder in irgend einer andern bei der Urteilsfällung zu berücksichtigenden Hinsicht spezielle technische oder überhaupt solche Kenntnisse erfordernt die weder dem Gebildeten überhaupt, noch dem Rechtsgelehrten zu Gebote stehen, so ist von dem Gerichte über den fraglichen Gegenstand ein Gutachten von Sach- oder, wo nothig, von Kunstverständigen einzuziehen³).

¹) Mittermaier, I. c.
§ 214.

Zu diesem Behufe wählt das Gericht, ausgenommen wenn ein ärztliches Zeugnis erforderlich ist, wo es sich nach den Bestimmungen des § 218. zu richten hat, zwei, im Notfalle auch nur einen, Sach- oder Kunstverständigen 1), welche die Requisite vollgültiger Zeugn haben müssen 2). Es vereidigt sie 3) selbst dann, wenn gegen dieselben vom Fiscaler, als öffentlichem Ankläger, dem Defensor, oder dem Inquisiten, keine Einwendungen gemacht werden 4).

§ 215.

Das Gericht hat den Sach- oder Kunstverständigen bestimmte Fragen vorzulegen 5) und ihnen die zur Beurtheilung derselben dienlichen, in den Acten enthaltenen Thatumstände mitzuteilen 6), braucht aber nur dann bei der anzustellenden Beobachtung durch eines seiner Glieder gegenwärtig zu sein, wenn die Einnahme eines richterlichen Augenscheins von Nutzen scheint 7).

§ 216.

Die Beobachtung hat mit der grössten Genauigkeit und Vollständigkeit, unter Anwendung aller dazu etwa

2) (Württemberg. Strafprocessordn. § 293.)
3) P. G. O. § 149.; Tittmann, III. S. 297.; Mittermaier, l. c. (Oestr. Gesetzbl. § 241.)
4) Mittermaier, l. c.
erforderlichen Kunstmittel, wo möglich bei hellem Tage und zu einer Zeit zu geschehen, wo der fragliche Zustand der Sache noch unverfälscht zu erkennen ist. Etwanne mit dem zu beobachtenden Gegenstande seit Verübung des vermuteten Verbrechens vorgefallene Veränderungen sind sorgfältig aufzuzeichnen.

§. 217.

Die Sach- oder Kunstverständigen haben über den Hergang und den Erfolg ihrer Beobachtung, wo möglich in loco, ein Protocoll aufzunehmen und dem Gerichte zu überreichen 1); in verwickelten Fällen aber und wo es sich um eine wissenschaftliche Beurtheilung des Beobachteten handelt, muss ausserdem ein schriftliches, wohl motivirtes 2) Gutachten 3) eingebbracht oder vom Gerichte nachgefordert werden.

§. 218.

Für Einforderung ärztlicher Gutachten gelten die im Swod XIII. Theil V. aufgestellten Regeln 4).

B. Von der Beweiskraft des Gutachtens.

§. 219.

Sind die in den §§. 213—218. enthaltenen Regeln nicht befolgt worden, oder ist das Gutachten in sich widersprechend, dunkel oder unbestimmt, oder nicht genügsam, oder auf offenbar irrigen Voraussetzungen gegründet, so ist es nichtig und es sind andere Sach- oder Kunstverständige zu requiriren, in Ermangelung solcher aber die früheren anzuhalten, ihre Beobachtung in gesetzmässiger Weise zu wiederholen und ein fehlerfreies Gutachten vorzustellen 5). Dasselbe findet

1) Mittermaier, l. c. (Preuss. Crim.-Ordn. §. 168.; Bayerisches Ges. §. 241.)
4) S. Theil I. §. 58.
statt, wenn die Sach- oder Kunstverständigen in ihrer Beobachtung oder Beurtheilung von einander, oder von der Augenscheinseinnahme des etwa anwesenden Beamten abweichen.

§ 219.

Ein fehlerfreies Gutachten gilt, bis zum Beweise des Gegenthells, als wahrhaftes Zeugniss für die Wirklichkeit der durch dasselbe festgestellten Thatsachen, während die juristische Beurtheilung und Schlussfolgerung aus denselben lediglich dem Gerichte anheimgestellt bleibt. Ist der unter den Sach- oder Kunstverständigen, bei völlig fehlerfreiem Verfahre, sich ergebende Widerspruch durch eine unter ihnen zu veranstaltende Berathung nicht zu heben und kein übereinstimmendes Gutachten zu erlangen, so gilt die dem Angeschuldigten günstigere Meinung 1).

§ 220.

In Betreff ärztlicher Gutachten gelten die Bestimmungen des Swod XV. 955, 956.

§ 221.

Nach denselben Grundsätzen sind Verwaltungsstellen zur Begutachtung eines ihren Geschäftskeiris berührenden und in einem Strafprozesse relevanten Umstands zu rekuriren und die von ihnen ausgestellten Gutachten zu beurtheilen 2).

IV. Vom Beweise durch Geständniss.
A. Von den Erfordernissen eines rechtsgültigen Geständnisses.

§ 222.

Als Geständniss ist jede Aussage eines Angeschuldigten anzusehen, wodurch er die Begehung eines Ver-


2) (Würtemberg. Strafprozessordn. §. 297.)
brechens oder überhaupt eine dasselbe betreffende, ihm nachtheilige Thatsache als wahr zugiebt 1).

§ 223.

Soll diese Aussage für wahr gehalten werden und folglich das Geständniss als Beweismittel gelten, so muss es 1) innere Wahrscheinlichkeit haben, d. h. a) sowohl den Naturgesetzen 2), als sich selbst und den schon acetenmässig ermittelten Thatsachen, ausgenommen in Nebenumständen, nicht widersprechen; b) der Gestehende muss über von ihm selbst wahrgenommene und ihm völlig bekannte Thatsachen aussagen und nicht sich auf blosse Schlussfolgerungen beschränken 3); c) der Gestehende muss sowohl zu der Zeit, wo er die von ihm ausgesagten Thatsachen wahrnahm, zur Beobachtung derselben vollkommen fähig gewesen, als auch im Augenblicke der Ablegung desselben im Stande sein, die Folgen desselben einzusehen, daher Kindheit, Geistesschwäche, Sinneuverwirrung, z. B. durch Trunkenheit, in einem jener beiden Zeiträume, die Glaubwürdigkeit ausschliessen 4); d) es darf nicht zu vermuten sein, dass der Gestehende aus Lebensüberdruss, Schwärmerei und dergl. sich selbst, oder aus Hass und Rache, Anderen zum Nachtheil, oder um irgend einen Vorteil oder andern Zweck zu erreichen, eine Aussage mache 5).

§ 224.

Das Geständniss muss 2) bestimmt, d. h. mit An-

4) Stübel, l. c. §. 734.; Martin, §. 73.; Tittmann, III. S. 478.; Mittermaier, l. c.
5) l. i. §. 27. D. de quaest.; Stübel, Crim.-Verf. §. 733.; Mittermaier, l. c.
gab aller Nebenumstände und vollkommen deutlich abgelegt sein ¹).

§ 225.

Das Geständniss muss ²) vor Gericht ³), und zwar entweder in der Vor- oder in der Hauptuntersuchung ⁴), ausdrücklich ⁵) und völlig freiwillig ⁶) abgelegt sein, d. h. ohne durch Zwang, Drohungen, suggestive ⁷) oder captiöse ⁸) Fragen oder andere Täuschungsmittel oder Versprechungen ⁹) bewirkt zu werden. Aussergerichtliche¹⁰) und stillschweigende¹¹) Geständnisse, so wie das


²) L. L. pag. 471. note c.; c. 4. x. de judiciis; P. G. O. §. 32.; Quistorp, Grundsätze, §. 682.; Stübel, l. c. §. 833.; Martin, l. c. §. 74.; Tittmann, III. S. 491. (Preuss. Cr.-Ordn. §. 371.)

³) Da die Voruntersuchung in Livland von der Polizeibehörde und nur die Hauptuntersuchung vom urtheilenden Gerichte geführt wird, was in Deutschland nicht der Fall ist, wo beide Untersuchungen von einem und denselben Inquirienten geleitet werden, so passt die von den meisten deutschen Rechtsgelehrten aufgestellte Behauptung von der Ungültigkeit eines vor der Polizeibehörde abgelegten Geständnisses nicht zu der livl. Gerichtsordnung, nach welcher in der Voruntersuchung die Polizeibehörde ganz die Stelle des deutschen Inquirienten vertritt. Auch wäre es der Rechtspflege nachtheilig, wenn die Inquisiten wüssten, daß das in der Voruntersuchung von ihnen etwa abgelegte Geständniss keine Kraft habe und es jedesmal in der Hauptuntersuchung wiederholt werden müsste.

⁴) Stübel, l. c. §. 736.; Martin, l. c. §. 76.; Mittermaier, §. 163.


⁷) Martin, l. c. §. 73.; Mittermaier, l. c.

⁸) Tittmann, l. c.; Mittermaier, l. c.; Clarus, quaest. §. 55. Nro. 8.

⁹) P. G. O. §. 32.; Mittermaier, l. c.

¹⁰) Stübel, l. c. §. 736.; Martin, l. c. §. 76.; Mittermaier, l. c.
Abschliessen eines Vergleichs 1) über ein Verbrechen, sind nur als Anzeigen zu betrachten.

§. 226.

B. Von der Erhaltung des Geständnisses.

Ist in der Voruntersuchung schon ein vollständiges und glaubwürdiges Geständnis abgelegt worden, so ist solches als gültig zu betrachten und der Inquisit nicht mehr aufzufordern, es in der Hauptuntersuchung zu wiederholen 2).

§. 227.

Längnet der Inquisit, so ist derselbe, doch ohne Anwendung der in §. 225. verpönten Mittel, je nach Lage der Sache und nach Beschaffenheit seines Charakters, theils zur Aussage der Wahrheit aus religiösen und sittlichen Gründen zu ermahnen, theils durch plötzliche Confrontationen und Recognitionen, durch Hin führen an den Ort der That, Vorzeigen der Folgen derselben, namentlich der Leiche des Getöteten, Vor führen des Verletzten oder seiner Angehörigen, oder durch ähnliche dienliche Mittel zu erschüttern, oder endlich durch ernstes und unausgesetztes 3) Vorhalten aller schon erwiesenen Anschuldigungsgründe, und zwar von den schwächeren zu den stärkeren fortschreitend 4), so wie der Beschuldigungen etwaniger Mitschuldigen, so wie durch Widerlegung aller Ausflüchte oder Aufförderung zum Beweise derselben und durch Aufzeigung aller Widersprüche, Irrthümer oder Lügen in denselben, von der Grundlosigkeit und Unnützigkeit seines vom Richter durchsichtigen Längens zu überzeugen 5).

1) I. I. D. de bonis corum qui ante sentientiam; Tittmann, III. S. 362.; Mittermaier, l. c.
2) Weil er sonst leicht, bei veränderter Gemüthsstimmung, in Versuchung gerathen könnte, es zu widerrufen, um der verdienten Strafe zu entgehen. (Württemb. Strafproces sordn. §. 130.)
3) Mittermaier, §. 145.; Jagemann, Untersuchungskunde, §§. 162, 441, 444.
4) (Oestr. Gesetzb. §. 353.) Jagemann. §§. 392, 393.
§. 228.

Sobald der Inquisit eine zum Geständnisse günstige Stimmung äussert, ist das Verhör nicht abzubrechen oder auszusetzen 1), sondern auch über die legalen Sitzungsstunden hinaus, und wo möglich bis zu Erhaltung des Geständnisses zu verfolgen; auch muss der Richter, bei vom Gefängnissaufscher gemachter Anzeige, ein Inquisit bitte um Verhör, solchen sofort zu jeder Tageszeit vornehmen 2); es sei denn, dass dasselbe Individuum schon mehrmals dieses Recht muthwilliger Weise zu leeren und nichtssagenden Erklärungen gemischaucht habe, wofür er durch Verschärfung der Haft zu bestrafen ist.

§. 229.

Der gestehende Inquisit ist sofort zu Angabe aller Nebenumstände und des ganzen Herganges der That, so wie der etwanigen Mitschuldigen und Zeugen derselben und überhaupt derjenigen Individuen, durch deren Aussage, und derjenigen Thatsachen, durch deren Bewahrung die Richtigkeit seines Geständnisses beprüft werden kann, zu vermög'n, um ein möglichst vollständiges, sicheres und den oben angegebenen Erfordernissen gemässes Geständniss zu erlangen und sich gegen etwanigen Widerruf zu sichern 3).

§. 230.

Im Falle eines qualifizirten Geständnisses wird dem Inquisiten die etwanige Unwahrscheinlichkeit der zugefügten Beschränkungen vorgehalten 4) und einem spätern Widerruf eines Geständnisses durch Belobung des Geständigen 5), achtungsvollere Behandlung 6), Entfernung jedes Mittels zur Collusion 7) und Beschleunigung des Verfahrens 8) möglichst vorgebeugt.

1) Mittermaier, §. 145. (Oestr. Gesetzbl. §. 355.; Baiersches §. 178.)
2) Jagemann, §. 371.; Mittermaier, §. 102.
3) Jagemann, §§. 430, 305.; Mittermaier, §. 145.
4) Mittermaier. §. 155.
5) Jagemann, §§. 325, 326.
6) Jagemann, §. 431.
7) Mittermaier, §. 145.
8) Jagemann, §. 366.
§ 231.

Erfolgt ein Widerruf, so sind zur Zurücknahme desselben die zur Erlangung des Geständnisses von einem Läugnenden vorgeschriebenen Mittel anzuwenden 1), und ist zunächst der Inquisit nach den Gründen seines früheren Geständnisses zu fragen 2).

§ 232.

Behauptet der Inquisit, zur Ablegung eines Geständnisses durch widergesetzliche Mittel gebracht worden zu sein, so ist eine solche Behauptung sofort zu verschieben, die Wahrheit derselben von der inquirrenden Behörde durch die geeigneten Mittel, auch durch Abhörung von Zeugen, zu untersuchen, der Inhalt dieser Untersuchung zu Protocoll zu nehmen und das Resultat durch ein Decret festzustellen. Dieses Verfahren findet auch statt, wenn die Behauptung des Inquisiten gegen die Behörde selbst gerichtet ist 3).

C. Von der Beweiskraft des Geständnisses.

§ 233.

Ein mit den gesetzlichen Erfordernissen versehenes Geständniss setzt, insofern es nicht durch Gegenbeweis aufgehoben wird, die eingestandenen Thatsachen in volle Gewissheit 4), sobald der Thatbestand, wenn noch Spuren desselben vorhanden sind, auch noch anderweitig constatirt worden ist 5), was in Ermangelung solcher Spuren aber nicht gefordert werden kann 6).

§ 234.

Im Falle eines qualificirten Geständnisses ist durch dasselbe nur so viel zum Nachtheil des Aussagenden erwiesen, als er unumwunden eingestanden hat 7). Fehlt

1) (Würtemb. Strafproc. § 137.) Jagemann, §§ 430, 431.
2) (Würtemb. Strafproc. l. c.)
3) Jagemann, §§ 433, 436.
5) L. L. l. c.; J. Clarus, qu. 55. Nro. 11.
6) (Würtemb. Strafproces السود. § 300.)
7) Martin, §. 74.; Stübel, §. 802.; Mittermaier, §. 115.; (Würtemb. Strafproces surtout, §. 301.)
also an der einbekaunten Thatsache ein zum in Frage stehenden Verbrechen nothwendig gehörliches Merkmal, so ist es nicht als eingestanden anzunehmen; werden bei dem Bekennnisse desselben zugleich Milderungs- oder Befreiungsgründe von der Strafe angegeben, so sind solche durch fernere Untersuchung festzustellen 1):

§. 235.

Widersprechen sich die Geständigniss desselben oder mehrer Individuen, so gilt das, den in den obigen §§. aufgestellten Erfordernissen gemässeste, und nach der Lage der Sachen und dem übrigen Inhalte der Untersuchung, wahrscheinlichste 2) Gestänniss.

§. 236.

Ein auf gesetzmaßige Weise abgelegtes Gestänndniss wird durch den Widerruf desselben nicht ungültig 3), es sei denn, daß der Widerrufende Mängel oder offenbare Unwahrscheinlichkeit desselben, so wie die Art, wie er zur Ablegung eines falschen Gestännisses gekommen sei, nachweise 4). Widerruf irrelevanter Nebenumstände hat keine Wirkung.

§. 237.

Der Widerruf muß, um rechtlich wirksam zu sein, freiwillig, vor Gericht, und überhaupt allen den für ein gültiges Gestänniss vorgeschriebenen Erfordernissen gemäss, abgelegt sein.

V. Vom Zeugenbeweise.
A. Von den Erfordernissen des Zeugnisses.

§. 238.

Das Zeugniss ist die über das Dascin und die Be-

1) Mittermaier, l. c.; Stäbel, §. 805.; Tittmann. III. S. 487.
4) P. G. O. §§. 54, 57, 69 u. 91.; Mittermaier, §. 166.; Mül- ler, Lehrbuch, S. 218. (Württemb. Strafprocz. §. 302.)
Schaffenheit gewisser Thatsachen aus eigener Sinnenerfahrung abgelegte Aussage 1).

§ 239.

Zu einem vollgültigen Zeugnisse gehört I. die Glaubwürdigkeit der Zeugen. Daher sind zur eidlichen Zeugnissablegung nicht zuzulassen: 1) Unmündige unter 14 Jahren 2); 2) Wahn- und Blödsinnige, wenn sie zur Zeit des zu bezeugenden Vorfalls oder der Zeugnissablegung in einem dieser Zustände sich befanden 3); 3) Diejenigen, denen die zur Wahrnehmung des fraglichen Vorfalls nötigen Sinne fehlen 4), oder die nicht im Stande sind ihre Wahrnehmungen auf deutliche und unzweifelhafte Weise wiederzugeben 5); 4) Zeugen in eigener Sache oder wenn sie einen mittelbaren oder unmittelbaren, sichern Vorteil oder Nachtheil von dem Ausgang der Sache zu erwarten haben, oder überhaupt bei der Untersuchung Beteiligte 6); 5) Bestochene Zeugen 7); 6) Bürgerliche Todte, durch Urtheil für ehrlos Erklärte 8), Meineidige 9), die eines falschen Zeugnisses Ueberführten 10), die wegen Verläumlung und betrüglichen Bankerottes Verurtheilten 11), so wie Fälscher von Grenzmalen 12); 7) offenbare und erklärte Feinde 13); 8) Aeltern in Sachen

1) L. L. pag 350. note a.
4) Alle Lehrbücher.
5) Tittmann, l. c. S. 517.; Mittermaier, § 169. (Baiersches Gesetzbl. § 4.)
7) l. 2. § 5. D. de testibus; P. G. O. § 64. (Preuss. Crim.-Ordn. § 356.; Baiersches Strafgesetzbl. § 278.)
8) L. L. l. c. (Preuss. Crim.-Ordn. § 356.)
9) L. L. l. c. § 51. X. de testibus; (Preuss. Crim.-Ordn. § 356.; Baiersches Strafgesetzbl. l. c.)
11) Mittermaier u. Baiersches Gesetzbl. l. l. c. c.
12) Mittermaier, l. c.
13) L. L. l. c.
ihrer Kinder und Kinder in Sachen ihrer Aeltern, Ehe-
gatten oder Verwandte des Angeschuldigten bis zum
vierten, und Verschwägerste bis zum zweiten Grade 1);
9) Mitschuldige 2).

§. 240.

Die Aussagen der obengenannten Personen sind,
ohne vorhergegangene Beeidigung derselben, zu erhe-
ben, können aber nur, je nach dem Maasse ihrer Wich-
tigkeit und Glaubwürdigkeit, in dem vorliegendem Falle
eine nähere oder entferntere Wahrscheinlichkeit be-
gründen.

§. 241.

Zur eidlichen Zeugnissablegung sind zwar zuzu-
lassen, aber als nicht unbedingt glaubwürdig anzusehen,
diejenigen Zeugen, bei welchen die Vermuthung einer
richtigen Beobachtung und einer wahrhaftigen Aussage
durch bestimmte Gründe geschwächt wird. Dahin ge-
hören: 1) Personen, denen die zur Beobachtung der
fraglichen Thatsachen nothwendigen Fähigkeiten feh-
len 2), oder die sich zu der Zeit derselben in einer
Lage oder in einem Zustande (z. B. Trunkenheit) be-
fanden, der keine richtige Beobachtung verstattet 4);
2) die von dem Ausgange eines Processes einen ent-
fernten oder mittelbaren Vorteil zu erwarten haben 5);
3) die durch das Verbrechen Beschädigten 6); 4) De-

1) Nach L. L., l. c. und I. 9. D. u. l. 6., C. de testibus, An
everwandte überhaupt: in der Processeordnung bei Thun-
capiteln vom II. Februar 1687, §. 8. wird der Grad auf
Kinder, Schwiegerschaft u. Geschwisterkindern festgesetzt.
2) Quistorp, Grundsätze, §. 694.; Mattin, I. c. §. 72.; Müller,
Lehrbuch, §. 226.; Mittermaier, §. 170. Nach Swad
XV. 947, sind auch Roskohns in Sachen Rechtgläubiger
griechischer Confession unzulässige Zeugen. Für Livland
ist aber diese Bestimmung durch den Uka vom 15. März
1838 aufgehoben.
3) Mittermaier, §. 170. (Baiersches Gesetzbl. §. 280.; Wür
temb. Strafproc. §. 305.)
4) Mittermaier, l. c. (Württemb. Strafproc. §. 305.)
5) l. c. (Baiersches Gesetzbl. l. c.)
6) P. G. O. §. 25. Nro. 6. (Baiersches Gesetzbl. §. 282.;
Hannöv. Entwurf, §. 218.) Quistorp, Grundsätze, §. 223.;
Mittermaier, l. c.
nuncianten 1), wenn sie von dem Ausgange der Sache keinen Vortheil zu hoffen haben; 5) Freunde und in Liebesverhältnissen stehende Personen 2); 6) Verlobte, Vormünder und Pflegegefolgliche, Adoptiv-Väter und Kinder 3); Hausgesinde des Inculpaten 4) und von demselben abhängige Personen 5); 7) ganz unbekannte 6) und 8) offenbaren Mangel an Offenherzigkeit und Wahrheitsliebe 7) darthende Individuen; 9) Mündige, welche über, in ihren Kinderjahren von ihnen wahrgenommene Thatsachen aussagen 8).

§. 242.

Mitschuldige dürfen nicht beedigt und es kann daher auf ihre Aussage keine Verurtheilung gegründet werden 9); sie liefert aber eine dringende Anzeige, wenn der gravirlich aussagende Mitschuldige der Mitschuld überwiesen ist, von seiner Aussage keinen Vortheil zu erwarten hat und durch keine Suggestionen auf den Namen des von ihm ausgegebenen Mitschuldigen geführt worden ist, man sich bei dem Letzteren zu dem Verbrechen versehen kann, unter den Mitschuldigen keine besondere Feindschaft besteht, die Aussage ausführlich und genau ist und von dem aussagenden Mitschuldigen, auch nachdem er seine eigene Verurtheilung erfahren hat, bestätigt wird 10).

§. 243.

Zu einem vollgültigen Zeugnisse gehört ferner

1) Mittermaier, l. c.; Tittmann, III. S. 518. (Preuss. Cr.-Ordn. § 257.; Baiersches Gesetzbl. § 283.)
2) l. 1. pr. D. de testibus.
3) Tittmann, III. Seite 220; Müller, l. c. S. 227.; Mittermaier, l. c.
4) L. L. pag. 350. note a.; l. 24. D. l. 3. C. de testibus.
5) l. 6 u. 7. D. und l. 3. Cod. de testibus.
6) L. l., l. c.; P. G. O. § 63. (Baiersches Gesetzbl. § 280.)
7) Mittermaier, § 170.; Tittmann, III. S. 522.; l. 3. § 5. u. l. 15. D. de testibus. (Baiersches Gesetzbl. § 280.)
8) Tittmann, III. S. 410.; Henke, IV. S. 404. (Baiersches Gesetzbl. § 281.)
9) Quistorp, Grundsätze, § 694.; Martin. l. c. § 72.; Müller, l. c. S. 226.; Mittermaier, § 170.
10) P. G. O. § 31.; l. 4. C. de quæst.; l. 7. C. de accusat. c. 10. X. de probationibus.

§. 244.

Es kann aber nur der als Zeuge vereidigt werden, der nach den §§. 239—241. zu der Eidesleistung zulassen ist. So lange darüber noch nicht entschieden werden kann, sind die Aussagenden ohne vorhergegangene Vereidigung zu vernehmen und ihnen, nach erkannter Befähigung zur Eidesableistung, solche nachträglich aufzuerlegen. Diese eventuelle Verpflichtung ist ihnen aber schon vor der Vernehmung bei einer nachdrücklichen Ermahnung zur Aussage der Wahrheit zu eröffnen 4).

§. 245.

Der Angeschuldigte und sein Defensor, so wie der etwanige Kläger dürfen bei der Vereidigung zugegen sein 5).

§. 246.

Von der Vereidigung als Zeugen sind befreit: 1) Geistliche, die auf ihren Priestereid, und Mönche, die auf ihr Mönchsgelübde verhört werden 6); 2) Mitglieder der herrenhutterschen Brüdergemeinde, von denen nur eine mündliche Bekräftigung ihrer Aussagen verlangt wird 7); 3) Duchoborzen 8); 4) Beamte, die in Amts- sachen Zeugnisse ablegen sollen, so wie Aerzte, hinsichtlich der von ihnen amtlich ausgestellten Zeugnisse, die, bloss auf ihren Amtseid vernommen werden 9).

1) I. 9. C. de testibus; c. 51. X. de testibus; L. O. pag. 60.
3) Alle Lehrbücher.
5) Jagemann, §. 473.
6) 7) 8) Swod X. 2382.
9) Gerichtsgebrauch; Mittermaier, §. 172.
§ 247.

Die gegen Zeugen vom Inculpatein oder seinem Defensor zu machenden Einwendungen müssen vor ihrer Beeidigung vorgebracht werden 1).

§ 248.

Der Zeuge muss 2) persönlich, vor Gericht 2), frei und ungezwungen, und ohne durch Drohungen, Furcht, Irrthum, capriöse und suggestive Fragen, zu seiner Aussage vermocht zu sein, sich erklären 3).

§ 249.

Die Aussage muss sich 3) auf Thatsachen 4) be- schränken und auf eigenen Wahrnehmungen 5) be- ruhen, in sich wahrscheinlich 6) und nicht widersprechend 7), ausgenommen etwa in Nebenumständen, auch nicht durch richterlichen Augenschein widerlegt sein 8).

§ 250.

Die Glaubwürdigkeit der Zeugen sowohl als die des Zeugnisses ist von dem Richter ex officio und ohne etwanige Einwendungen der Betheiligten gegen dieselben abzuwarten, und zwar die der Zeugen vor ihrer Vereidigung, auf das sorgfältigste zu untersuchen und festzustellen 9).

§ 251.

B. Von dem Zeugenverhörre.

Zum Verhörre sind alle diejenigen Personen vor Gericht zu laden, aus deren Aussagen irgendeine Aufklärung über den Gegenstand der Untersuchung zu er-
wärten ist; auch untüchtige, verdächtige oder vom In-
culpaten, oder öffentlichen Ankläger, perhorrescirte Zeu-
gen nicht ausgenommen; solche sind aber bis zur et-
wanigen Erweisung ihrer Tüchtigkeit unvereidigt und 
as bloße Informationszeugen zu vernehmen 1).

§. 252.

Für Reisekosten und andere durch die Vorladung 
verursachte Schäden und Nachtheile kann der Zeuge 
aus dem Vermögen des Verurtheilten Entschädigung 
verlangen 2).

§. 253.

Frauenzimmer adligen Standes 3), kranke, alte 
und schwächliche Personen 4) können auf ihr Gesuch 
und nach dem Ermessen des Richters 5), in ihrer Woh-
nung verhört werden.

§. 254.

Bei grosser Entfernung der Zeugen, so wie wenn 
sie durch Amtspflichten an ihren Wohnort gebunden 
sind, oder wenn aus einem oder mehreren Orten eine 
grosse Anzahl Zeugen zu verhören ist, sind dieselben 
auf Requisition des untersuchenden Gerichts, nach den 
von demselben möglichst genau und vollständig gestell-
ten Fragepunkten, von der Behörde ihres Wohnortes 
zur Vernehmung, und ist das Verhörsprotocoll an die re-
quirirende Behörde zu senden 6).

§. 255.

Die Zeugen sind von einander abzusondern und

1) Mittermaier, §. 95.; Tittmann, l. c. S. 390.; Jagemann, 
l. c. S. 559. (Preuss. Crim.-Ordnung §. 357.; Baiersche 
Crim.-Ordn. §. 85 u. 86.; Würtembergsche §. 213.)
2) Swod XV. 941. (Würtemb. Strafproc. §. 200.)
3) Swod XV. 951.
4) I. S. D. de testibus. (Baiersches Gesetzbl. §. 205.) Titt-
mann, III. §. 795.; Stübel, l. c. §. 2456.; Jagemann, S. 509.
5) L. O. pag. 61.
6) L. L. pag. 353. note f.; Swod XV. 951. (Preuss. Crim.- 
Ordn. §. 353.; Baiersche Crim.-Ordn. §. 201.; Würtemb. 
§. 198.) Tittmann, III. S. 400.; Stübel. l. c. §. 2407.; 
quistorp, l. c. §. 701.; Jagemann, S. 594.; Mittermaier, 
§. 94.
jeder ist einzeln und ohne Beisein des Inculpateden oder eines Mitzeugen zu vernehmen 1); im Falle sich ergebender Widersprüche zwischen den Aussagen mehrerer Zeugen oder mit den Erklärungen des Inquisiten, ist zu Confrontationen zu schreiten.

§. 256.

Das Verhör jedes Zeugen hat nach an ihn gerichteter, eindringlicher Ermahnung zur Aussage der Wahrheit, mit Generalfragen über seine persönlichen Verhältnisse anzufangen, aus deren Beantwortung der Richter Momente zur Beurteilung ihrer Glaubwürdigkeit schöpfen kann 2), worauf er zuvorderst zu einer freien, zusammenhängenden Erzählung aufgefordert wird und ihm zur Ermittlung aller, zur Führung der Untersuchung nothwendig zu kennenden Umstände, spezielle Fragen gestellt werden 3). Mit Berücksichtigung des persönlichen Charakters des Zeugen wird er zur ausführlichen und treuen Beantwortung derselben durch passende Ermahnungen und Vorhalte, aber mit Vermeidung aller Suggestionen, geleitet und angehalten 4).

§. 257.

Der Zeuge muss bei seinen Angaben immer um den Grund seiner Kenntniss von der Sache befragt werden 5), und wenn er behauptet, etwas nur durch Hörensagen zu wissen, so sind auch diejenigen Personen, von denen er es erfahren haben will, zu vernehmen 6).

3) Mittermaier, L. c.; Jagemann, §. 514. (Würtemb. Strafproezssordn. §. 201.)
4) Mittermaier, L. c. (Würtemb. Strafproez., §. 201.)
6) Mittermaier, §. 96.
§ 258.

Auf den Namen des Verdächtigen darf nur vorsichtig, durch allgemeine Fragen übergelenkt werden 1); jeder Widerspruch oder jede Dunkelheit muss durch passende Fragen beseitigt 2), das aus reiner Erfahrung Ausgesagte von etwanigen Schlüssen oder Vermuthungen des Zeugen getrennt 3) und am Schlusse gefragt werden, ob der Zeuge nichts auf die Untersuchung Bezügliches weiter anzugeben wisse 4).

§ 259.

Vor dem Schlusse der Untersuchung sind dem Angeschuldigten die Zeugenaussagen, insofern er nicht durch frühere Vorhalte davon schon unterrichtet ist, mitzuteilen und derselbe ist zur Angabe dessen, was er etwa zu ihrer Widerlegung oder Bekräftigung anzuftihren habe, aufzufordern 5).

C. Von der Beweiskraft der Zeugenaussagen.

§ 260.

Das in Allem, ausgenommen irrelevante Nebenpunkte, übereinstimmende exceptionsfreie Zeugniss zweier vollkommen glaubwürdigen, von einander unabhängigen und aus selbstständiger Wahrnehmung aussagenden Zeugen, gilt für einen vollkommenen Beweis der von ihnen ausgesagten Thatsachen, insofern das Gegentheil nicht erwiesen werden kann 6).

§ 261.

Auch der Thatbestand kann durch Zeugenbeweis

---

1) P. G. O. § 31. (Oestr. Gesetzbl. § 271.; Baiersches Gesetzb. §§ 88 u. 215.)
4) Jagemann, S. 582.
dargesthan werden, sobald keine Spuren von dem verübten Verbrechen zu erhalten sind 1).

§. 262.

Die Aussagen verdächtiger, oder gar ungültiger Zeugen, so wie schriftliche, aussergerichtliche oder sonst mit den gehörigen Erfordernissen nicht versehene Zeugnisse 2), liefern nur eine, nach dem Gesamtergebnis der Verhandlungen zu beurtheilende, mehr oder weniger dringende Anzeige.

§. 263.

Widerruf, ein Zeuge seine Aussage, so hat er darzutun, wie er zu ihr gekommen ist, und es sind ebenso die Gründe des Widerrufs so viel als möglich zu ermitteln und ist dann der Grad der Glaubwürdigkeit seines früheren oder späteren Zeugnisses zu bestimmen 3).

§. 264.

Die Aussage eines selbst classischen Zeugen 4), auch wenn er als Beamter 5) über Amtssachen aussagt, so wie die mehr Verduchtigen, begründet nur einen halben Beweis 6), es sei denn, dass sie ihre Wahrheitsliebe dadurch beurkunden, dass sie gerade gegen diejenigen Motive aussagen, welche ihre Verduchtigkeit begründen 7).

§. 265.

Bei widersprechenden und sich einander in der Hauptsache aufhebenden Zeugnissen gelten diejenigen,

1) Stübel, §. 907.; Mittermaier, §. 172.; Henke, IV. S. 532. (Baiersches Gesetzbl. §. 292.)
2) Müller, S. 228.; Tittmann, §. 858.; Mittermaier, §. 168.
5) P. G. O. §. 91.; Mittermaier, §. 172.
6) Quistorp, §. 706. (Preuss. Crim.-Ordn. §. 387.)
welche allen den oben angeführten Erfordernissen am besten entsprechen, wobei auf die Zahl der Zeugen nicht zu sehen ist 1).

§. 266.

Sind die Zeugen gleich glaubwürdig, so sind die Gründe, welche im vorliegenden Falle die Kraft eines Zeugnisses schwächen können, (als Schwäche oder Mangel an Uebung der zur Wahrnehmung der berichteten Thatsachen erforderlichen Sinne, Leichtsinn, Flüchtigkeit und Gleichgültigkeit des Zeugen bei der Wahrnehmung oder der Zeugnissablegung, so wie bisweilen im Gegenheil übertriebene Ängstlichkeit desselben, Mangel an Bildung, wo das abzulegende Zeugnis eine solche erfordert, unruhiges Benehmen vor Gericht, Mangel an Zusammenhang, Genauigkeit und Vollständigkeit) zu berücksichtigen und mit dergleichen Mängeln behaftete Zeugnisse den von denselben freien hintanzusetzen 2). Bei vollkommen gleicher Stärke gilt das dem Angeschuldigten günstigere Zeugniss 3.) Widerspruch in unbedeutenden Nebenpunkten ist irrelevant.

VI. Vom Urkundenbeweise.

A. Von den Erfordernissen der zum Beweise dienenden Urkunden.

§. 267.

Urkunden, die den Beweis einer Thatsache im Strafprozesse begründen sollen, müssen 1) im Original, oder wo die Natur der Sache es zulässt, in beglaubigten Abschriften beigebraucht werden 4); 2) sie dürfen keine offenbaren Merkmale der Mangelhaftigkeit oder

1) Mittermaier, §. 171.; Tittmann, III. S. 523. (Württemb. Strafproc. §. 317.)
Fälschung, als: Rasuren, Risse u. s. w. an sich tragen, es sei denn, daß der Angeschuldigte und sein Defensor die, in diesem Zustande vorgelegte Urkunde für ächt und beweisend anerkennen, oder ihre Gültigkeit anderweitig erwiesen werden kann 1); 3) sie müssen ganz, und wo sie sich auf andere Urkunden beziehen, deren Einsicht zum Verständniss jener notwendig wäre, auch mit diesen zusammen vorgelegt werden 2); 4) sie müssen deutlich und nicht in sich widersprechend sein 3); 5) sie müssen ächt sein, welches von jeder öffentlichen Urkunde — wozu auch Notariatsurkunden 4) — so wie Maklerbücher, die von den Maklern beschworen worden, gehören 5) — bis zur etwanigen Erweisung ihrer Fälschung angenommen wird 6).

§ 268.

Erscheint eine öffentliche oder als solche ausgegebene Urkunde verdächtig, so ist ihre Achtheit, und zwar wo möglich durch Vernehmung der Beamten, welche sie ausgestellt haben sollen, zu ermitteln 7).

§ 269.

Soll eine Urkunde gegen den Inculpaten, als Aussteller, beweiskräftig sein, so kann ihre Ausstellung erwiesen werden 1) durch das ausdrückliche und gerichtliche Geständig der Angeschuldigten 8); 2) durch die Aussage von Zeugen, welche den Angeschuldigten die Urkunde schreiben sahen 9); 3) durch andere Be-

1) c. 5. X. de fide instr. Mittermaier, l. c.
2) Nov. 119. c. 3.; Mittermaier, l. c.
4) Rig. Stadtrecht L II. c. 24. §. 2.; Martin, l. c. §. 80.; Mittermaier, l. c.
5) Rig. Stadtrecht L II. c. 24. §. 6.
7) Nov. 73. c. 7. §. 1.; Mittermaier, l. c. Bei verdächtigen Privaturschänden sind die dabei Bethelgten zu vernehmen; Henke, IV. S. 515.
8) Stübel, l. c. §. 1051.; Mittermaier, §. 175. (Preuss. Cr.-Ordnu. §. 383.; Baiersches Gesetzbg. §. 299.; Württemberg. §. 322.)
9) Nov. 73. c. 1.; Stübel, l. c. §§. 1052, 1056.; Mittermaier, l.
weismittel, welche dafür sprechen, dass der Anschuldigte die Urkunde verfasst oder unterzeichnet, oder ihre Verfertigung durch Dritte veranstaltet habe 1). Die durch Kunstverständige anerkannte Gleichheit der Schriftzüge bewirkt nur eine dringende Anzeige 2).

§. 270.

Anzeigen für die Unächtheit einer Schrift liegen in der Ungleihheit der Schriftzüge mit denen des angeblichen Ausstellers aus derselben Zeit, in der Angabe von Ereignissen die sich erst später zugegangen haben, oder die dem Aussteller als nicht geschehen bekannt waren, — so wie in der Verschweigung von Thatsachen, die zur Sache gehören und ihm bekannt waren, — im Gebrauche, zur Zeit der angeblichen Ausstellung nicht angewandter Ausdrücke, — in Widersprüchen mit bereits für echt anerkannten Urkunden, — in der Unterlassung der Vorzeigung, namentlich zur gerichtlichen Bestätigung, wo sie hätte erfolgen sollen, — in einer wesentlichen Verschiedenheit des Stils und der Darstellungssort der Schrift, so wie der in letzterer geäußerten Meinungen von denen des angeblichen Ausstellers 3).

B. Von der Erbringung des Urkundenbeweises.

§. 271.

Die zur Führung des Anschuldigungs- so wie des Entschuldigungsbeweises dienlichen Schriften sind von der Untersuchungsbehörde sorgfältig aufzusuchen, wo gehörig einzufordern und zu den Acten zu nehmen und

1) Würtemb. Strafproc. §. 322.
3) Bentham, traité des preuves, I. 304.
darf keine Behörde oder Privatperson die Einlieferung verweigern, so wie sich auch Niemand einer zu diesem Zwecke vorzunehmenden Haussuchung widersetzen oder entziehen darf. Wie das Gericht in den Besitz einer Urkunde gekommen, ist jederzeit zu den Acten zu be-merken 1).

§. 272.

Sind Rechnungsbücher als Urkunden zu produzie-
ren, so braucht nicht das ganze Buch, sondern nur der be-
zügliche Passus desselben producir zu werden 2), so-
bald gegen die Aechtheit und richtige Führung dersel-
ben kein Zweifel obwaltet.

§. 273.

Jede zum Anschuldigungs beweise zu benutzende
Urkunde ist dem Inquisiten zur Erklärung, und wenn sie muthmaßlich von ihm herrührt, zur Anerkennung
vorzulegen. Erkennt er sie nicht an, so ist die Urhe-
berschaft der Urkunde durch die obengenannten, zweck-
dienlichen Beweismittel festzustellen 3).

§. 274.

Bei Zweifeln über die Aechttheit der Urkunde ist
der vermutliche Aussteller zum Behuf der Schrift-
vergleichung außufordern, einige Zeilen 4), und zwar
die in der Urkunde vorkommenden Worte, vor Gericht
zu schreiben; auch sind andere von ihm unzweifel-
haft herrührende Schriften aus derselben Zeit, als die
to untersuchende Urkunde, beizubringen und ist die
Gleichheit der Handschrift von Schreibverständigen zu
prüfen 5).

§. 275.

Erkennt der Inculpat nur die Unterschrift der Ur-

1) (Würtemb. Strafproc. §. 228 und 229.)
2) Rig. Stadtrecht L. II. c. 21. §. 9.; Mittermaier, l. c.
(Würtemb. Strafproc. §. 231.)
3) (Würtemb. Strafprocessordn. §. 233.)
4) Nov. 78. c. 1.; Mittermaier, l. c. §. 99. (Würtemberg.
Strafprocessordn. §. 232.)
5) Stühel. §. 2730.; Henke. IV. S. 549.; Mittermaier, l. c.
(Preuss. Crim.-Ordn. §. 384.; Baiersche §. 249.; Wü-
temb. Strafproc. §. 232.)
kunde als die einzige an, bekennt sich aber nicht zu dem Inhalte, so ist er zu befragen, wie die Ausfüllung der Schrift ohne sein Wissen oder Willen geschehen konnte 1).

C. Von der Beweiskraft der Urkunden.

§ 276.

Öffentliche Urkunden geniessen in Betracht der Wahrheit jeder thatsache, welche durch sie als geschehen aus hinreichenden Gründen der Wissenschaft bezeugt wird, bis auf den Beweis des Gegentheils 2) vollständige Beweiskraft für und gegen Jedermann 3).

§ 277.

Durch eine Privaturkunde kann 1) der Thatbestand eines Verbrechens erwiesen werden und zwar: a) wenn die Ausstellung der Urkunde das Verbrechen in sich fasst, wo sie nach den Regeln des Augenscheins zu beurtheilen ist 4); b) wenn die Urkunde den Beweis der Verübung des Verbrechens in sich enthält, wo sie als aussergerichtliches Geständniss oder Zungniss gilt 5); c) wenn sie Indicien der Begehung eines Verbrechens in sich enthält 6). 2) Die Thäterschaft, insofern die Urkunde ein aussergerichtliches Geständniss oder Zeugniss, oder ein Indiciun ausmacht 7); 3) der Animus, insofern aus dem Inhalte der Urkunde sich eine Absichtlichkeit erweisen lässt 8).

2) c. 10. X. de fide instr.; Rig. Stadtrecht, l. II. c. 24. § 1.
4) Mittermaier, § 176. (Würtemb. Strafproc. § 320.)
6) (Würtemb. l. c.) Mittermaier, l. c.
7) (Würtemb. l. c.) Mittermaier, l. c.
8) Mittermaier, l. c.
§ 278.

Das in einer Privaturkunde, wozu auch Atteste unbeidigter Privatpersonen zu rechnen sind, aufgestellte Zeugniss muss, um beweisend zu sein, vor Gericht beschworen¹) und das in demselben enthaltene Geständniss vor Gericht von dem Inculpaten wiederholt werden. Das daraus sich ergebende gerichtliche Zeugniss oder Geständniss muss mit allen, in den obigen §§. angegebenen Erfordernissen versehen sein.

§ 279.

Was eine Privaturkunde zum Vorteil ihres Ausstellers aussagt, hat gar keine Beweiskraft (scriptura privata pro scribente non probat)²), ausgenommen 1) in gehörig geführten Handelsbüchern unbescholtener Kaufleute und sonstiger richtig geführten Rechnungsbüchern, die einen halben Beweis liefern³); 2) wenn der Inhalt der Urkunde durch andere Gründe unterstützt wird, wo sie als Entschuldigungsanzeige gilt⁴); 3) wenn sich aus Aufzeichnungen des Inculpaten Entschuldigungsgründe ergeben und erwiesen ist, dass sie nicht absichtlich, um das Gericht zu täuschen, vorgenommen worden sind⁵).

VII. Vom Beweise durch Anzeigen.

A. Von den Erfordernissen des Anzeigebeweises.

§ 280.

Anzeige ist jede Thatsache, aus welcher auf eine andere, im Strafprocesse relevante, Thatsache geschlossen werden kann⁶).

---

¹) L. O. pag. 607.
²) 1. 5, 6, 7. C. de probationib; 1. 6. C. de testamentis.
⁴) 1. 26. §. 2. deposit; 1. 5. C. de probat.
⁵) Mittermaier, l. c.
§ 281.

Da in jedem Anzeigebeweise ein logischer Schluss von einer That als die andere liegt, so ist dieselbe nur dann als gültig zu betrachten, wenn 1) der Obersatz oder das allgemeine Princip, nach welchem von einer bekannten That aus unbekannte geschlossen wird, unbezweifelt feststeht. Der Schluss aus physischen Gesetzen ist meist sicherer, als der aus psychischen, aus Handlungen sicherer, als aus Eigenschaften, aus eigenen Handlungen und aus individuellen Eigenschaften sicherer als aus Handlungen festerer oder aus allgemeinen Eigenschaften einer ganzen Klasse von Menschen.

§ 282.

Es muss 2) der Untersatz oder die anzugebende That vollständig erwiesen sein, was durch jedes rechtlich gestattetes Beweismittel geschehen kann.

§ 283.

Es muss 3) die Subsumtion des Untersatzes unter den Obersatz auf richtige, logische Weise geschehen.

§ 284.

Es darf 4) eine Anschuldigungsanzeige nicht durch eine, wenn auch nur wahrscheinlich gemachte Entlastungsanzeige geschwächt sein.

§ 285.

Die Anschuldigungsanzeige ist um desto stärker: 1) je inniger sie mit der Begehung des Verbrechens (etwa durch Causalszusammenhang oder als Bedingung)

2) Bauer und Mittermaier, I. I. c. c.; Stübel, I. c. § 939.
3) Mittermaier, § 170.; Stübel, § 962. (Würtemb. Strafprozessordn. § 330.)
4) Tittmann, III. S. 552.; Martin, I. c. § 86.; Mittermaier, I. c.
5) (Würtemb. § 329.)

Richters livl. Strafproces. II.
verknüpft ist 1); 2) in je unmittelbarer Verbindung sie mit dem Verbrechen steht, ohne erst verknüpfender Mittelglieder zu bedürfen 2); 3) je weniger ein unverdächtiger Zusammenhang der Anzeige mit dem Verbrechen denkbar oder nachzuweisen ist 3); 4) je spezieller die Anzeige auf ein einzelnes Individuum 4) als Thäter hinweiset, und je mehr man sich nach seinem Charakter und bisherigem Lebenswandel oder den Beweggründen, die ihn bestimmen konnten, zu dem Verbrechen an ihm versehen kam 5); 5) je mehrere selbstständige, unzweifelhafte und auf besonderen Thatsachen gegründete Anzeigen zusammentreffen und auf den nämlichen Schluss leiten 6).

§. 286.


§. 287.

Gegenanzeigen sind solche, welche die Möglichkeit eines, der aus der Anschuldigungs- oder Entschuldigungsanzeige gezogenen Schlussfolgerung widersprechenden Zusammenhanges, aufzeigen und dadurch die Beweiskraft der Anzeige aufheben.

1) Mittermaier, §. 180.; Bauer, l. c. §. 26. (Württemberg, §. 331.)
2) Stübel, l. c. §. 963.; Mittermaier, l. c. (Baiersches Gesetzbuch §. 320.)
3) Mittermaier, l. c. (Baiersches Gesetzbuch §. 321.; Württemb, §. 337.)
4) (Württemb. §. 334.)
7) (Württemb. Pr.-Ordn. §. 333.)
B. Von der Erbringung der Anzeigebeweises.

§ 288.

Zur Herstellung des Anzeigebeweises ist jede, auch die leiseste Spur des Verbrechens oder des Täters durch Augenschein, Haussuchung und Verhöre aufzusuchen und zu verfolgen, wobei auch die scheinbar unbedeutendsten Nebenumstände zu beachten und möglichst festzustellen sind. Ueber das Resultat ist jedesmal der Insolpat zu vernehmen, damit er die etwa für ihn sprechenden Entschuldigungs- oder Gegenanzeigen angehen könne 1).

§ 289.

Auch dann, wenn aus Anzeigen ein vollständig stringenter Beweis abgeleitet werden kann, ist die Aufsuchung und möglichste Erbringung anderer directer Beweismittel nicht zu versäumen 2).

C. Von der Beweiskraft der Anzeigen.

§ 290.

Die mit den, in den obigen §§. aufgezählten Erfordernissen verschenen Anzeigen begründen einen vollständigen Beweis sowohl für den Thatschuld 3) als die Thäterschaft 4) und den Animus des Angeschuldigten; es kann daher auf einen solchen Beweis eine Verurtheilung stattfinden 5).

1) Alle Lehrbücher; P. G. O., §. 28.
2) Mittermaier, l. c.; Benthani, traité des preuves, l. p. 397.
5) l. 25. C. de probat.; l. 9. C. de R. V.; l. 3. C. majestatis; l. 4. C. quorum appell, non necess.; l. 31. C. de adult;
§ 291.

Der Anzeigebeweis ist erbracht, sobald kein haltbarer Grund für die Wirklichkeit oder Wahrscheinlichkeit des Gegentheils der durch diesen Beweis bewahrheiteten Thatsachen vorhanden, und so nach § 234. die strafrechtliche Gewissheit derselben festgestellt ist 1).

§ 292.

Zu den nahen, einen dringenden Verdacht begründenden Indizien, bei welchen eine andere Erklärungsart als die durch dieselben begründete, unwahrscheinlich erscheint 2), gehören 1) das Finden einer dem Beschuldigten gehörigen Sache an dem Orte der verübten That 3); die Drohung eines Verbrechens, das nachher wirklich so ausgeführt wurde 4); 3) Vorfinden dem Verletzten gehöriger Sachen im Besitze des Ange- schuldigten 5); 4) unvollkommener Beweis, d. h. Aussage eines classischen 6), oder mehrer verdächtigen Zeugen, aussergerichtliches Geständnis 7) und Bezügung durch einen Mitschuldigen 8).


1) Hauer, l. c. § 37.
2) Mittermaier, § 181.; Tittmann, III. S. 511; Stübel, Thatbestand, § 218. (Baiersches Gesetzbl. § 326 u. 327.)
3) P. G. O. § 29.
4) P. G. O. § 32. (Pr. Cr.-O. § 398.)
5) P. G. O. § 33.
6) P. G. O. § 30.
7) P. G. O. § 31.
8) P. G. O. § 32.
§ 293.

Zu den entfernten, einen leisen Verdacht begründenden Anzeigen, deren Zusammentreffen mit dem Beweisgegenstande oft eine Ausnahme erleidet, und daher keinen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit gibt¹), gehören: 1) böser Ruf²); 2) Gegenwart an verdächtigen Orten³); 3) Umgang mit Verbrechern⁴); 4) Anreizung zur That⁵); 5) Bezichtigung durch den Verletzten⁶); 6) Flucht⁷); 7) auffallendes Benehmen⁸); 8) Vertilgung der Spuren der That⁹).

§ 294.

Dennoch kann die Kraft jeder einzelnen Anzeige, so wie die, welche sie durch das Zusammentreffen mit anderen enthält, nur nach den wechselnden Umständen des einzelnen Falles, von dem Richter beurtheilt werden¹⁰). Wenn aus einem Indicium der Thathandlung, die Thäterschaft oder der Animus mit völliger Gewissheit entweder hervorgeht¹¹), oder widerlegt wird¹²), so ist dieses Indi-

¹) Tittmann u. Stübél, I. l. c. c., im vor. §.; P. G. O. §. 25.
²) P. G. O. §. 25.
³) P. G. O. §. 25.
⁴) P. G. O. §. 25.
⁵) P. G. O. §. 25.
⁶) P. G. O. §. 25.
⁷) P. G. O. §. 25.
⁸) (Baltersches Gesetzbuch §. 312.)
⁹) Tittmann, III. S. 577.
¹⁰) Bauer, I c. S. 151.; Mittermair, §. 181.; Stübél, l. c. §. 252.
¹¹) S. das dritte 4. §. 290. gegebene Beispiel der ehemaligen Töchtersfrau.
¹²) Z. B. wenn der für ermordet gehaltene selbst vor Gericht erscheint, was sich in Russland einmal zugetragen hat, bei erwiesenen Alibi im Augenblinde der Begehung der That, oder bei Verbrechen der Wahnsinnigen, wo alsdann der Wahnsinn wenigstens die Zurechnungsfähigkeit ausschliesst, und die sogenannten indicia indubitata oder notwendige Anzeigen, wo die bewehrte Thatsache nicht durch ein directes Beweismittel, sondern ebenfalls durch eine Schlussfolgerung hergestellt wird, die aber als eine notwendige, die Möglichkeit des Gegenheils ausschliesst und daher das directe Beweismittel noch an Sicherheit übertrifft.
VIII. Vom Beweise durch den Reinigungseid.

A. Erfordernisse desselben.

§ 295.

Wenn gegen einen Angeschuldigten sich dringende und unwiderlegte Verdachtsgründe herausschlagen und keine Aussicht da ist, dieselben durch Entdeckung neuer Beweismittel entweder ganzlich aufzuheben, oder bis zur Gewissheit zu steigern, auch der Beschuldigte von unbescholtene unbescholtenem Ruf und in einem Zustande ist, zum Eide gelassen werden zu können), so ist ihm der Reinigungseid aufzuerlegen 4).

§ 296.

Auch darf vom Inquisiten kein Meinseid zu besorgen sein 5), er daher keines schweren (der Leute- n entrepreneur unterliegenden) Verbrechens beschuldigt werden 6); indessen ist nur bescholtener Lebenswandel aus früherer Zeit, wenn hernach Besserung erfolgt und kein schwereres Verbrechen begangen worden, kein Grund, dem Inquisiten den Reinigungseid zu verweigern 7).

B. Von der Ablegung desselben.

§ 297.

Der Reinigungseid kann nur durch eine gerichtliche Verfügung aufgelegt werden 8), welche die Eides-
formel festgesetzt¹) und dem Inquisiten einen Termin zur Eidesleistung bestimmt²).

§. 298.

Zur Abwendung des Reinigungseides ist dem Inquisiten eine eigene Defension gestattet³), auch kann er zu jeder Zeit sich durch Erweisung seiner Unschuld von dem auferlegten Eide losmachen⁴).

C. Von der Beweiskraft des Reinigungseides.

§. 299.

Durch den in gehöriger Form geleisteten und mit den oben genannten Erfordernissen versehenen Reinigungseid wird die Wahrheit der, von dem Inquisiten beschworenen und in der Eidesformel genau zu bezeichnenden Thatsachen als erwiesen angenommen⁵), und wenn solche seine Unschuld darthun, der Inquisit freigesprochen⁶).

§. 300.

Verweigert der Angeschuldigte den ihm durch gerichtliche Verfügung auferlegten Reinigungseid, so wird er deswegen nicht für schaffändig anerkannt⁷), sondern die Verweigerung gilt nur für eine, höchst dringende, Anschuldigungsanzeige⁸), und ist kein Mittel vorhanden, zu grösserer Gewissheit zu gelangen, so wird die Untersuchung geschlossen und der Inquisit von der Instanz entbunden.

IX. Vom zusammengesetzten Beweise.

§. 301.

Wenn unter mehreren erbrachten Beweisen, jeder einzeln nicht zur Bewahrheitung des Beweisgegen-

---

¹) I. I. c. c.; c. 16. X. de purg. canonica.
²) Tittmann, S. 543.; Stübel, §. 1542.; Mittermaier, l. c.
³) Deutscher Gerichtsgebrauch; Mittermaier, l. c.
⁴) Stübel, S. 1273.; Tittmann, S. 516.
⁵) Quisítorp, S. 763.; Mittermaier, l. c.
⁶) Tittmann, III. S. 544.; Mittermaier, l. c.
⁷) L. I. pag. 346. note d.
standes hinreicht, so ist ein solcher nur als Anzeige zu betrachten 1); es kann aber durch die Verbin-
dung derselben, wenn sie einander gehörig unter-
stützen, nach den Regeln des Anzeigebeweis es und bei
Ausschliessung jedes halbaren Grundes für die Wirk-
lichkeit oder Wahrscheinlichkeit des Gegenteils 2), ein
vollständiger Beweis erwirkt werden 3).

§. 302.

Jeder einzelne unvollkommene Beweis muss dann
aus einer selbstständigen Quelle fließen 4), und es darf
sich unter ihren Resultaten, in wesentlichen Punkten,
kein Widerspruch zeigen.

1) P. G. O. §. 30—32.
2) P. G. O. §§. 30—32.
3) Bauer, Theorie des Anzeigebeweises, §. 29.; Mittermaier,
§. 186.; Stübel, §. 1072.; Tittmann, I. 1. S. 501.; Henke,
über Gefällsübertretungen von 1835. §. 762—765.; Goth.
Gesetz von 1836 über Indicienbeweis, §. 16.; Altenburg.
Gesetz vom 15. April 1837, §. 18.; Württemb. Strafpro-
cessordn. §. 338. Die letztere schliesst indessen die Todes-
strafe aus, wenn die Thäterschaft bloss aus einem zusam-
mengezogenen Beweise hergeleitet wird. Diejenigen Rechts-
lehrer, welche, wie selbst Mittermaier, die P. G. O. §.
22. noch als gültig betrachten und eine Verurtheilung
auf Indicien nach gemein deutschem Rechte nicht für
erlaubt halten, sind hier genötigt, das deutsche Recht,
im Widerspruch mit ihrer eigenen richtigem Ansicht, zu
zudeln.
4) Württemb. §. 338. Ein und derselbe Zeuge z. B. der eine
Anzeige gegen den Angeschuldigten, als wahrscheinlichen
Thäter, und eine directe Aussage über die Begehung des
Verbrechens liefert, hat nicht zwei, sondern nur Ein
Zeugnis erbracht, also nur unvollständigen Beweis; Mit-
termaier, §. 186; dies folgt auch daraus, daß jede An-
zeige, welcher der unvollständige Beweis nach P. G. O.
§§. 30, 32. gleich steht. aus einer selbstständigen Quelle
fließen muss.
IV. Abschnitt.

Von dem Urtheile, seiner Revision, Publication und Vollstreckung.

I. Capitel.

Von dem Urtheile.

I. Von der Urtheilsfällung.

§ 303.

Sobald ein vollständiger Anschuldigungs- oder Entschuldigungsbeweis erbracht ist oder aus der Untersuchung die Unmöglichkeit, einen solchen zu erlangen, hervorgeht, ist die Untersuchung durch Decret zu schliessen und die Acten sind dem Fiscal, sobald er es für nöthig erachtet, zur Vorstellung seiner Conclusion und darauf nebst letzterer dem Defensor zur Abfassung der Vertheidigungsschrift zu übergeben.

§ 304.

Nach Eingang der letztern werden die Acten samt Conclusion und Defensionsschrift dem versammelten Gerichte vorgetragen und nach gepflogener Berathung ein Urtheil gefällt, welches in Leuterationsfällen von den Untergerichten in Form eines Gutachtens abzufassen ist.

§ 305.

In schwierigen und verwirkelten Fällen kann der Vorsitzer des Gerichts die Acten vor der Urtheilsfällung einem Gerichtsgliede zur Anfertigung einer schriftlichen Relation übergeben, oder sie auch selbst anfertigen. Auch ist in solchen Fällen, so wie in Erman-
gelung von Gesetzesvorschriften, dem Gerichte gestattet, bei der Oberinstanz anzufragen 1).

§. 306.


§. 307.

Die Urtheile sind nach Stimmenmehrheit zu fallen und müssen an der Fällung desselben alle Gerichts- glieder concurriren. Ergeben sich drei oder mehre verschiedene Meinungen, so haben diejenigen den Vorzug, welche sich am leichtesten mit einander vereinigen lassen, auch den Fall am gelindesten beurtheilen 7).

§. 308.

Ueberhaupt soll in zweifelhaften Fällen eher für, als wider den Angeschuldigten gesprochen werden 8).

§. 309.

Beim Votiren hat das im Dienste jüngste Gerichts-

1) Königl. Erklärung auf des Hofgerichts Unterlegung vom 23. März 1689. (L. L. pag. 325. note b.)
3) Swod XV. §. 1069.
4) l. 35. D. de jure fisci; L. L. pag. 329. note e.
8) L. L. pag. 374. note u.; L. L. p. 513. note u.; l. 38. D. de re judicata. (Batersches Gesetzb. §. 350.)
glied zuerst seine Stimme abzugeben, dann das ältere u. s. w. bis zum Vorsitzer ¹), dessen Stimme im Hofgerichte, bei gleicher Anzahl widersprechender Vota, doppelt gerechnet wird ²).

II. Von der Abfassung und Eröffnung des Urtheils.

§ 310.

Das Urtheil benennt im Eingange das Gericht, den Inquisiten und das Verbrechen, darauf folgt die getroffene Entscheidung selbst (die verba dispositiva), dann kommen die Entscheidungsgründe ³), d. h. die Geschichtserzählung, nebst dem ganzen Anschuldigungs- oder Entschuldigungsbeweise, mit genauer Angabe des Alters oder der sonstigen Personalien des Inquisiten, so wie besonderer Verdienste oder erheblicher Laster desselben ⁴); hierauf sind die wörtlich auszuschreibenden oder wenigstens durch genaue Citate zu bezeichnenden Gesetze, auf welche das Urtheil gegründet worden, namentlich anzugeben, worauf endlich das Datum und die Unterschriften der Richter und des Secretaryen folgen.

§ 311.

Anfang und Dauer der Untersuchung und der Haft des Inquisiten, so wie der Zeitpunkt der Entlassung desselben auf Caution, müssen im Urtheil bemerkt sein ⁵).

§ 312.


²) Hofger.-Ordn. von 1630, § 33.
³) L. L. p. 325. note b.
⁷) Swod XV. 27.
§ 313.

Die Urtheile und Journale werden vom Kreisfiscale nach denselben Bestimmungen durchgeschen und bestätigt, die in Beziehung auf die hoferichtlichen Urtheile für den Gouvernements-Procureuren erlassen sind.

§ 314.

Das vom Kreisfiscale genehmigte Urteil wird dem Inquisiten nur dann sofort eröffnet, wenn es keinen Leuterationsfall betrifft; sonst werden vorher Urtheil und Acten zur Leuteration an die Oberhörde gesandt.

§ 315.

Die Publication geschieht in allen Fällen durch Verlesung des Urtheils nebst den Entscheidungsgründen bei offenen Thüren, in Gegenwart der Betheiligten, und dem Losgesprochenen oder von der Instanz Entbundenen muss, auf sein Begehren, eine Abschrift des Urtheils eingehändig werden.

§ 316.

Zur Anhörung von Urtheilen in nicht zur Leuteration gehenden Sachen sind die Betheiligten, wenn sie nicht inhaftirt sind, vorzuladen und müssen sich in Monatsfrist, bei Strafe des Verlustes der Appellation, melden, sie seien denn durch legale Ehehaft den daran behindert worden. Abwesenden wird noch eine Frist zur Reise, je nach Maassgabe der Entfernung, bewilligt.

§ 317.

Etwanige ins Urtheil sich eingeschlichen habende Fehler in einzelnen Worten, Namen oder Zahlen, hat das Gericht von sich aus, oder auf Bitten des Klägers oder des Beklagten, so wie seines Defensors, oder auf

---


2) P. G. O. § 197. (Würtemb. § 372.)

3) Mittermaier, § 194. (Würtemb. 372.)

4) Swod XV. 1380.
Antrag des Fiscals, auch nach der Eröffnung des Urtheils, zu emendiren 1).

II. C a p i t e l.

Von der Lenteration, Revision und Appellation.

§. 318.

In Betreff der in originali an die Oberinstanz, und in gewissen Fällen an den Civilgouverneuren zu versendenden Acten gelten die Bestimmungen des Swod XV. 1226, 1227, 1228, 1230, 1231, 1239 und 1240 2). Während der Lenteration bleibt der Inquisit inhaftirt 3), wenn es bis dahin gewesen.

§. 319.

Wird in der Lenterationsinstanz die Untersuchung durchaus mangelhaft und unbrauchbar gefunden, so ist eine neue anzunehmen und zwar auf Kosten des Untergerichts 4). Sind sehr bedeutende Versehens begangen und hat ein gesetzwidriges Verfahren stattgefunden, so kann das Untergericht einer fiscalischen Action unterworfen werden 5) und ist, bei Nichtbehandlung eines offenbar erwiesenen Verbrechens, selbst der Strafe zu unterziehen die es gegen den Schuldigen hätte verhängen sollen 6).

2) S. Theil I. §. 82.
4) L. L. pag. 360. note a.
5) Königl. Brief an die Hofgerichte vom 8. April 1687. (L. L. pag. 353, note b.)
6) R. R. c. 133; L. O. pag. 218.
§ 320.

Im Hofgerichte geht der Beratlungen über das anzu-
zuflertige Leitungsurtheil immer eine, von einem
der Glieder angefertigte Actenrelation voraus 1).

§ 321.

An der Fällung eines Urtheils müssen im Hofge-
richte der Präsident oder Vice-Präsident, nebst vier
Gliedern theilnehmen; verwickelte Fälle werden bis zu
einer Beratlung in pleno aufgeschoben 2). In Bezie-
hung auf Meinungsverschiedenheit, Fällung und Abfas-
sung der Urtheile gelten die obigen Bestimmungen.

§ 322.

In Betreff der Durchsicht und Bestätigung der Ur-
theile durch den Gouvernements-Procurure und Ci-
vilgouverneure, der Revision durch den Dirigirenden
Senat, der Unterlegung an den Landesherrn, der Ap-
pellation in Fällen, die sich nicht zur Leuteration eig-
nen, und der Begnadigung, gelten die Bestimmungen
der Reichsgesetze 3).

§ 323.

In Fällen, die von den Untergerichten nicht zur
Leuteration der Oberinstanz, oder von der Oberinstanz
nicht zur Revision des Senats gehen, kann in der Ap-
pellationsfrist auch um Declaration eines etwa unde-
llichen Urtheils nachgesucht werden 4), womit aber eine
eventuelle Appellations-Anmeldung zu verbinden ist 5).

1) Hofgerichts-Ordnung von 1630, § 8 u. 31.
2) Königl. Reser. an das dörpische Hofgericht vom 28. Sep-
tember 1638, § 8. (Eine ähnliche Einrichtung findet sich
in der Württemb. Strafproceßordn. § 311.)
3) S. Thel. 1. §§ 83—86.
4) Rig. St.-R. L. II. c. 27.
5) Ueber unnötiger Weise zu Fristverlängerungen An-
lasse zu geben; s. Linde, Handb. von den Rechtsmitteln,
S. 74. (Hannöv. Untergerichts-Ordnung vom J. 1827, §
141.; Oldenb. Process-Reglement von 1821, § 33.)
III. Chapter.

Von der Vollsrechtung der Urtheile.

§. 324.

Ein Urtheil in achen, die sich nicht zur Leuteration eignen, wird echtskräftig, wenn gegen dasselbe die Beschwerde nicht in gehöriger Frist eingereicht oder dasselbe von der Oberinstanz bestätigt worden ist; ein Urtheil für einen Leuterationsfall, wenn und so wie es von der höchsten, für diesen Fall sich eignenden Instanz bestätigt worden ist.

§. 325.


§. 326.

Der Inquisit darf nicht vor der Bestrafung durch den Genuss zügiger Getränke der Sinne beraubt werden').

§. 327.

Die auf dem Lande zu vollziehende, öffentliche Leibesstrafe wird auf Requisition des Landgerichts an das östliche Kirchspielsgericht, bei dem Strafpfähle der Kirche durch den aus Riga abgesandten Scharfrichter vollstreckt: in den Städten zu vollziehende aber eben-

1) O. pag. 547.
falls an einem Strafpfahle und auch denselben Scharfrichter 1).

§. 328.

Der zur Vollziehung der öfentlichen Leibesstrafe, so wie zur Stempelung des Verbrechers nöthige Scharfrichter wird auf Vorstellung des Untergerichts an die Gouvernements-Regierung und an Anordnung der letzteren vom rigaschen Rathe abdelegirt 1).

§. 329.

Derselbe wird für ein grobes erscheinen in Vollziehung seines Amtes, namentlich wenn er sich durch unmäßigen Genuss geistiger Getränke aus unfähig macht, zur Strafe gezogen 2); wird aber in Urtheilsvollstreckung durch einen blossen Zufall unverbrochen, so wird sie wieder vorgenommen 3).

§. 330.

Wer sich an dem Scharfrichter während seiner Amtsvollziehung, sie möge auch schlecht vor sich gehen, thätlich vergreift, wird zur Zwangsarbeit nach Sibirien verschickt 4).

§. 331.

Lautet das Urtheil auf Kirchenbuche, so ist das Consistorium zu ersuchen, einem Geisth Rodriges Ortes die Vollziehung der Kirchenbusse aufzutragen.

§. 332.

Im Übrigen gelten über die Vollziehung der Urtheile die Bestimmungen des Swod XV. 335 und folgende. S. Theil I. §. 89.

1) Livl. Gerichtsgebrauch.
2) L. O. pag. 547.
3) In Beziehung auf die Todesstrafe verordnet dies L. L. S. 516. note c.
4) Nach L. L. pag. 411. note a. und pag. 468. note d. am Leben gestraft.
V. Abschnitt.
Von dem ausserordentlichen Strafprocesse.

I. CapiteI.
Von dem Anklageprocesse.

I. Von der Ordnung desselben.

§ 333.
Der Anklageprocesse findet in erster Instanz vor dem Hofgerichte gegen Erb- und Persönlich-Adlige und gegen Geistliche statt 1).

§ 334.

2) P. G. O. §§ 6, 11 u. 16.; siehe oben §§ 156 u. 157.
3) S. oben § 160.

Richters livl, Strafprocesse. II. 8
II. Von dem öffentlichen Ankläger und dem Angeklagten.

§ 335.

Zur Anstellung der öffentlichen Anklage ist der Oberfiscal verpflichtet, welcher zu diesem Zwecke mit dem ihm dazu ertheilten Auftrage auch die Vornuntersuchungsacten erhält, um darauf sein Anklagelibell zu begründen 1). Das Hofgericht gestattet dem öffentlichen Ankläger die Durchsicht der Acten nur in seiner Kanzellei 2).

§ 336.

Der Oberfiscal kann den ihm gewordenen Auftrag nur aus denjenigen Gründen ablehnen, welche ihm als Richter incompetent machen würden, in welchem Falle auch ohne ausdrückliche Ablehnung von seiner Seite die auftraggebende Behörde die Anstellung und Durchführung der Klage einem beim Hofgerichte recipirten Advocaten aufträgt.

§ 337.

Findet der öffentliche Ankläger die Untersuchung unvollständig, so hat er auf Ergänzung derselben durch die geeigneten Verhöre anzutragen. Eben so hat er allen Fleiss auf Herstellung des Anklagebeweises zu verwenden, und im Falle der Säumnigkeit wird mit ihm, wie mit einem pflichtwidrigen Beamten verfahren und wo nöthig, ein anderer an seiner Stelle ernannt 3).

§ 338.

Der öffentliche Ankläger ist eben so wenig zur Cautionsbestellung verpflichtet 4), als einer Widerklage von Seiten des Angeklagten oder einem Ersatz seiner Kosten ausgesetzt 5), so lange er in den Grenzen seines Amtes bleibt.

1) Folgt aus der Natur der Sache.
2) L. O. pag. 217 u. 218.
3) L. O. pag. 311. note a.
§ 339.

Er hat das Recht einen verdächtigen Richter zu excusiren 1).

§ 340.

Er ist von allen Gehörsamen befreit und erhält einen Drittheil von den Strafgeldern, zu welchen der Angeklagte verurtheilt wird 2).

§ 341.

In Betreff der Defension und etwanigen Inhaftirung der Angeklagten gelten die allgemeinen Grundsätze 3).

III. Vom Anklageverfahren.

§ 342.

Der öffentliche Ankläger hat das Hofgericht, unter Mittheilung seines Auftrages, um schriftliche Vorladung des Angeklagten oder um Vorführung desselben, wenn er inhaftirt ist, zur Anhörung der Klage zu ersuchen. Das persönliche Erscheinen kann dem Angeklagten nur legaler Ehrethaft wegen, oder wo es sich nur um ein leichtes Vergehen handelt, erlassen werden. Für den Fall der Nichtermittlung oder des Ungehorsams des Angeschuldigten gelten die allgemeinen Grundsätze 4).

1) L. O. pag. 16.
(L. L. pag. 339, note c.)
§ 343.

Das Anklagelibell, welches alle die zur Begründung und Verurtheilung des Angeschuldigten notwendigen Momente enthalten muss, wird vom öffentlichen Ankläger in dem dazu festgesetzten Termine und in Gegenwart des Angeklagten, bei offenen Gerichtsthüren verlesen und dem Gerichte übergeben.'); doch kann bei Verhandlungen über blosse Vergehen der öffentliche Ankläger die Klage auch zu Protocoll geben 2), und es darf auch die öffentliche Verlesung der Klage bis nach den mit dem Inculpaten vorzunehmenden Verhören ausgesetzt werden, wenn der Gang der Untersuchung es erfordert 3).

§ 344.

Von der öffentlich verlesenen Anklage erhalten der Angeklagte und seine Mitschuldigen eine Abschrift und wird ihnen zugleich ein Termin zur Beibringung ihrer Erklärung anberaumt, welche alle zu Gunsten derselben dienenden Momente und die dilatorischen oder peremtorischen, so wie die forideclinatorischen Einreden und etwanige Recusationen des Anklägers oder Richters vollständig begründen muss 4).

§ 345.

Nachdem die Erklärung dem öffentlichen Ankläger mitgetheilt worden, hat derselbe zuförderst die processhindernden Einreden des Angeschuldigten zu elidiren, worüber erforderlichen Falls auch Du- und Replik gestattet werden und dann über solche entschieden wird 5).

§ 346.

Wird auf Fortsetzung der Verhandlung erkannt, so hat der öffentliche Ankläger binnen 8 Tagen den Beweis seiner Klage anzutreten, und zu diesem Zwecke das Gericht um Ergreifung der nöthigen Maassregeln

1) Livl. Gerichtsgebrauch.
2) Folgt aus P. G. O. § 89.; Stübel, 1. c. § 611.; Mittermaier, 1. c. § 218.
3) Martin, 1. c. § 137.; Bauer, 1. c. § 242.; Abegg, Lehrb. § 166.; Müller, 1. c. S. 262.; Mittermaier, 1. c.
4) Livl. Gerichtsgebrauch.
und Einziehung der erforderlichen Auskünfte, und zwar im Wege der Special-Inquisition, durch die geeigneten Verhöre, Confrontationen und sonstigen oben angegebenen Maßnahmen zu ersuchen 1).

§. 347.

Wenn das Gericht die vom öffentlichen Ankläger, sei es in seinem Klagebrief, sei es in seiner Beweisantretung und sonstigen Satzschriften gemachten Anträge nicht zweckmässig, oder nicht mit der Lage der Sache übereinstimmend erachtet, so ist es an dieselben durchaus nicht gebunden, sondern vielmehr verpflichtet, von sich aus die zweckdienlichsten Maßregeln zur Ermittlung der Wahrheit und Uberführung des Angeschuldigten, nach den Regeln der Special-Inquisition, zu ergreifen, die Schwierigkeiten, die sich sowohl dem Anschuldigungs- als Entschuldigungsbeweise entgegenstellen, ex officio aus dem Wege zu räumen, ohne dazu die Anträge der Parten abzuwarten, vom Angeschuldigten versäumte Einreden von sich aus zu berücksichtigen und zu prüfen, und zu dem Zwecke den Angeklagten und sonst geeigneten Personen über die einzelnen Punkte der Anklage sowohl, als über andere, nach dem Ermessen des Gerichts notwendig zu ermittelnde Umstände zu vernehmen 2).

§. 348.

Als Beweismittel sind nur die im ordentlichen Strafprozesse geltenden, und zwar unter Anwendung aller für den Gebrauch derselben vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln, zu benutzen 3). Dem Ankläger steht daher weder der Erfüllungseid noch, wenn kein dringender Verdacht gegen den Angeschuldigten spricht, die Eidesdelegation zu 4), und auch bei erfolgtem Geständnise ist die Wahrheit desselben vom Gerichte ex officio möglichst festzustellen 5).

1) P. G. O. §. 56.; Meister, prin. jur. crim. §. 455.; Söhne, l. c. §. 610.; Grollmann, l. c. §. 530.; Tittmann, III. S. 677.; Mittermaier, l. c.
2) l. l. c. c.
3) Lex. Gerichtsgebräuch; Mittermaier, l. c.
4) Richter Reg. §. 30.
5) P. G. O. §. 55.; Grollmann, §. 531.; Müller, Seite 466.; Mittermaier, l. c.
§ 349.

Der öffentliche Ankläger muss den Verhören beitreten und erforderlichenfalls das Gericht um Stellung bestimmter, seiner Ansicht nach zweckdienlicher Fragen an die Inculpaten oder Zeugen ersuchen.

§ 350.

Die den Parten zur Einreichung von Satzschriften vorgeschriebenen Termine sind insofern nicht peremptorisch, als der Inhalt der auch später eingereichten immer zu berücksichtigen ist 1); aber der zu spät Eingekommene wird dann nach den allgemeinen, oben entwickelten Grundsätzen, für seinen Ungehorsam bestraft.

§ 351.

Unterlässt der öffentliche Ankläger, aus Nachlässigkeit oder Arglist, die Beibringung der schon aus den Voruntersuchungsacten ersichtlichen oder aus dem Laufe der Verhandlungen sich ergebenden Beweise, oder die Vorstellung anderer, ihm zu Gebote stehender Beweismittel, so ist solches vom Gerichte von Amts wegen zu supplieren, und er ist in der Fortführung der Anklage durch einen Audern zu ersetzen und für Ueberbreitung seiner Dienstpflicht nach den Gesetzen zu bestrafen 2).

§ 352.

Nach geschlossener Untersuchung reicht der öffentliche Ankläger, dem die Acten mitzuteilen sind 3), seine Beweisausführung ein 4), die dem Angeklagen zur Beweisführung kommunizirt wird, wobei erforderlichenfalls eine Re- und Duplik zugelassen wird 5).

§ 353.

In Betreff der Fällung und Eröffnung des Urtheils,

1) Weil im Strafproceso keine Präclusion eintreten kann, siehe Quistorp. § 803.; Mittermaier, I. c.
2) L. O. pag. 248.
3) P. G. O. § 73.
4) Denn früher könnte solche nicht genügend ausgeführt werden.
der Genehmigung durch den Gouvernements-Procureure-
ren und Civil-Gouverneurens, der Revision und Appel-
lation gelten die allgemeinen Grundsätze.

§. 354.

Beamte, die für Amtsvergehen dem Gerichte über-
geben werden, sind ebenfalls vom Hofgerichte, im Wege
des Anklageprocesses, zu richten, im Übrigen aber gel-
ten in Betreff derselben die Vorschriften des Reichs-
Codex XV. 1458. u. s. w. Geistliche unterliegen für
Amtsvergehen der Gerichtsbarkeit des betreffenden Con-
sistorii, und zwar sind evangelische nach den Re-
geln der neuen Kirchen-Ordnung §. 344 und folgende,
zu behandeln 1).

§. 355.

Zu den oben angeführten Nullitätsgründen gefäll-
ter Urtheile kommen im Anklageprocesse noch folgende
hinzu: 1) wenn es vor Ablauf einer ertheilten Frist,
2) nachdem die Parten gesetzliche Eichäften erwiesen
hatten, 3) über in der Vorladung nicht erwähnte Ge-
genstände gefällt worden 2). Im letzten Falle ist das
Urtheil, nur in so weit es sich auf solche Gegen-
stände bezicht, nichtig; zeigen sich aber im Laufe der
Verhandlungen bisher ungekannte oder auch nicht ge-
hörig beachtete Anklagepunkte, so ist sofort eine neue,
vollständigere Vorladung zu erlassen.

II. C a p i t e l.

Von den übrigen ausserordentlichen
Processgattungen.

I. V o m A d h ä s i o n s p r o c e s s e.

§. 356.

Der Adhäsionsprocess tritt ein, sobald derjenige,
der in Folge des verübten Verbrechens einen begrün-

1) S. Theil I. §. 93.
2) L. L. pag. 383—385. note b.
deten Entschädigungs- oder sonstigen Civilanspruch hat, mit demselben sich an das, die Criminalsache verhandelnde Gericht wendet 1).

§ 357.
Der Inquisit ist dann auch über den Civilpunct im Verhöre zu befragen, übrigens sind aber die Verhandlungen nach den Regeln des Civilprocesses zu führen 2), daher Erstellungseid und Eidesdelegation so wie Rechtsmittel von Seiten des Klägers zulässig sind 3).

§ 358.
Der Kläger kann verlangen, über diejenigen Gerichtshandlungen, die auf den Civilpunct Einfluss haben, gehört zu werden 4), so wie das Gericht auf noch unbenutzte Beweise aufmerksam machen, darf aber bei den Verhören nicht gegenwärtig sein, sondern muss seine Anträge und Beweise dem Gerichte vorstellen, welches darüber den Inculpaten zu vernehmen hat 5).

§ 359.
Die Erledigung des Strafprocesses darf durch die mit ihm fortgehende Civilverhandlung nicht aufgehalten werden 6). Schliesst jener vor dieser, so ist letztere abgesondert fortzusetzen 7) und die Strafe nur dann sofort zu vollstrecken, wenn dadurch die Beendigung des Civilprocesses nicht unmöglich wird.

§ 360.
Wo bei völliger Armuth des Verurtheilten, so wie seiner Erben, keine Hoffnung auf Schadensersatz vorhanden ist, braucht der Civilanspruch von dem Ge-

---

2) Mittermaier, 1. c.; Martin, 1. c.; Linde, 1. c.; Henke, Handbuch, IV. S. 873.
3) 1. l. c. c.
4) Z. B. über Befreiung von der Haft gegen Cautionstellung, Mittermaier, 1. c. (Baiersches Gesetzbuch §. 186.)
5) Mittermaier, 1. c.
6) Martin, §. 253.; Henke und Mittermaier, 1. l. c. c. (Badensches Strafedict §. 19.)
7) Mittermaier, 1. c.
richte gar nicht angenommen zu werden, und war solches vor Ermittelung der Armuth geschehen, so ist er nicht weiter fortzusetzen und die verhängte Strafe sofort zu vollstrecken.

II. Vom Contumacialverfahren.

§ 361.

Wenn der Angeschuldigte der gerichtlichen Ladung nicht Folge leistet und auf geschehene Nachforschung nicht zu ermitteln ist, so wird gegen ihn eine Edictalladung auf einen sechsmonatlichen Termin erlassen¹). Unterdessen wird auch in seiner Abwesenheit die Voruntersuchung so viel als möglich fortgeführt, der Thatsbestand wird constatirt, Beweise werden erhoben und Zeugen vernommen, und überhaupt alle zweckdienliche Massregeln zur einstigen Vollführung der Untersuchung und Erlangung und Aufbewahrung der ewigen Beweismittel getroffen.

§ 362.

Wenn er zu dem Termin nicht erscheint, so wird sein Vermögen gerichtlich obsignirt und in Curatel gegeben. Die Curatoren haben aus den Einkünften der Familie des Contumax den nötigen Unterhalt zu verabfolgen, dürfen aber dem Contumax nichts daraus schicken²).

§ 363.

Kehrt der edictaliter Vorgeladene binnen sechs Monaten nach der Beschlagnahme seines Vermögens nicht zurück und geht die Anschuldigung auf ein schweres Criminalverbrechen, so kann kein Strafurtheil ausgesprochen werden³).

§ 364.

Ist die Anschuldigung auf ein geringeres Verbrechen oder nur auf ein Vergehen gerichtet, so wird die

¹) L. O. pag. 605.; L. L. pag. 335. note e.
³) I. I. D. de requir. vel abs. dam.; 1. 5. D. de poenis; 1. 6. C. de accus.
Untersuchung auch in der Abwesenheit des Beklagten fortgesetzt, das Urtheil nach Lage der Acten und gehöriger Vertheidigung des Angeschuldigten durch einen Defensor 1) gefällt 2), und im Falle der Vertheidiger keine Beschwerde gegen dasselbe einlegt 3), in soweit es die Abwesenheit des Inculpaten zulässt, vollzogen 4).

§. 365.
Kann die Strafe in Abwesenheit des Inculpaten nicht vollzogen werden, so bleibt die Sache ruhen, bis er sich freiwillig stellt oder ergriffen oder ausgeliefert wird, wo es ihm immer noch und zu jeder Zeit freisteht, seine Unschuld zu erweisen und alsdann erst nach der neuen Lage der Acten ein Urtheil gefällt werden darf 5).

III. Vom Verfahren in einigen andern, vom Gesetze ausgezeichneten Fällen.
§. 366.
Religionsverbrechen werden nach den allgemeinen Processgrundsätzen verhandelt, mit Beobachtung der im Swod der Reichsgesetze, Band XV. 772, 774, 1408, 1413 u. 1630. enthaltenen Bestimmungen 6).

§. 367.
Hochverratshfälle werden ebenfalls noch den Grundsätzen des ordentlichen Strafprocesses verhandelt, mit dem Unterschiede, daß sie, in erster Instanz, vor das Hofgericht und resp. den Rig. Rath sortiren 7), und

1) Mittermaier, §. 210.
3) Mittermaier, l. c.
4) Mittermaier, l. c.; Quistorp, l. c. §. 814.; Martin, l. c. §. 55.
6) S. Theilt I. §. 97.
das Urtheil jedesmal der Landesherrlichen Bestätigung zu unterlegen ist 1), so wie mit Beobachtung der im Codex der Reichsgesetze, Band XV. §§. 1424—1447. enthaltenen Bestimmungen 2).

§. 368.

In Beziehung auf die in Livland vorkommenden Standrechtställe gelten die Bestimmungen des Swod XV. §§. 1607 und folgende.

§. 369.

Was Regierungsverbrechen betrifft, so werden Sachen, betreffend ordnungswidrigen Verkauf starker Getränke, oder de umgesetzliche Anlegung von Krügen und Schenken auf dem platten Lande, als blosse Polizeivergehen auf dem Wege des summarischen Processes von den Ordnungsgerichten untersucht und entschieden 3), von denen an die Gouvernements-Regierung, von dieser aber an das 1ste Senats-Departement querulirt 4) werden kann. Hierbei müssen die Gravamina spezifizirt 5) und die etwa von den Ordnungsgerichten aufgelegten Pönit vor Einreichung der Querel erlegt sein, worüber der Beweis zugleich mit der Introduction, bei Verlust des Rechtsmittels, zu führen ist 6), es sei denn, daß nt derselben ein Gesuch um Suspension der Vollstreckung erbeten und solches von der Gouvernements-Regierung bewilligt würde.

§. 370.

Accisovergehen, die in den Städten vorfallen, werden auf den Wege des summarischen Polizeiverfahrens von den sämtlichen Polizei- und Gerichtsbehörden untersucht und entschieden 7), deren Urtheile, trotz der

1) L. L pag. 328. note c.; Swod XV. 1443.
2) Nieh Theil I. §. 98.
4) Swod XV. 1692.
7) Swd XV. 1696 und 1716.
etwanigen Unzufriedenheitserklärung und Beschwerde der Accisepächter, nicht aber de Vernurtheiten, auch dann wenn mehr als neun Menschen zu bestrafen sind, vollstreckt werden 1).

§. 371.

Accisevergehen sind ausser de Reihenfolge vorzunehmen 2) und die Angeschuldigten während der ganzen Verhandlung in Haft zu behalten 3).

§. 372.


§. 373.

Besitzer und Ausgeber falscher Münzen sind nur dann zur Untersuchung zu ziehen, wenn solche sich auf 50 Procent der ausgegebenen Summe belaufen und von neuer und gleichförmiger Prägung sind; sonst wird die falsche Münze nur confiscirt 5).

§. 374.

Untersuchungen über Forstfrevel werden in erster Instanz von den bäuerlichen Gemeindegerichten geführt und bis zu einem nach der Forstste zu berechnenden Schaden von 10 Ruhel Lam oder 3 Ruhel Silber entschieden, beläuft sich aber der tavorde Schaden auf sechs Ruhel Silber, von der Kirchspielsgerichten. Ist der Schaden beträchtlicher, so ist die Verhandlung, nach vorheregangener Untersuchung des Gemeinde- und Kirchspielsgerichts, dem Landgerichte zur Dijudicatur, und wenn der Schaden de Worth

1) Swod XV. 1718—1720.
2) Swod XV. 1717.
3) l. c. 1727.
4) S. Theil I, §. 100.
5) Swod XV. 1774.
von 30 Rbl. Silber übersteigt, noch dem Hofgerichte zur Leuteration zu übergeben 1).

§. 375.

Bei Beschädigung eines Kronstorfes ist ein Forstbeamter, Behufs der Taxation, zur Untersuchung zu ziehen und das Urtheil dem Domainenhofe mitzuteilen 2).

§. 376.

Im Falle von demselben erfolglicher Einwendungen gegen das Urtheil, oder einer Beschwerde von Seiten der Verurtheilten, die aber nur zulässig ist, wenn ein jeder derselben mit einer sechs Rubel Silber-Münze übersteigenden Strafe belegt wird, geht das Urtheil zur Leuteration an das Hofgericht, und im Falle einer wiederholten Unzufriedenheitserklärung von Seiten des Domainenhofes, an den Senat 3).

§. 377.

Das in Polizeivergehen von den Polizeibehörden zu beobachtende summarische Untersuchungsverfahren richtet sich nach den Bestimmungen des Codex der Reichsgesetze 4).

§. 378.

In Läuflings-, Deserteur- und Vagabunden-Sachen, bei Untersuchungen gegen der Selbstverstümmelung, um dem Kriegsdienste zu entgehen, angeschuldigte Militärpflichtige, so wie gegen ordnungswidrige Aufführung verabschiedeter, unter polizeilicher Aufsicht stehender, oder der Rabulisterie überführter Beamten an öffentlichen Orten, tritt das vom Codex der Reichsgesetze XV., in den einschlägigen §§ vorgeschriebene gerichtspolizeiliche Verfahren ein 5).

---

2) Swod XV. 1824, 1827, 1836.
3) Swod XV. 1834 u. folg.
4) Swod XV. 1676 u. folg.; siehe Theil I. §. 101.
5) Siehe Theil I. §. 102.
§. 379.

In Untersuchungen gegen Unterthanen des Grossherzogthums Finnland und des Königreichs Polens sind die einschlägigen Vorschriften des Codex der Reichsgesetze, Swod XV., zu befolgen.